

EASO Informationsbericht über das Herkunftsland

Russische Föderation

Schutz bietende staatliche Akteure





EASO Informationsbericht über das Herkunftsland

Russische Föderation

Schutz bietende staatliche Akteure

März 2017

Weder das European Asylum Support Office noch Personen, die in dessen Namen handeln, sind für die Verwendung der nachstehenden Informationen verantwortlich.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2018

© European Asylum Support Office, 2018

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Für die Verwendung oder den Nachdruck von Fotos oder anderen Materialien, die nicht unter das Urheberrecht des European Asylum Support Office fallen, ist eine Genehmigung direkt bei den Urheberrechtseinhabern einzuholen.

Titelfoto: JessAerons – [Istockphoto.com](https://www.istockphoto.com)

Print ISBN 978-92-9494-832-8 doi:10.2847/77527 BZ-04-17-273-DE-C
PDF ISBN 978-92-9494-834-2 doi:10.2847/841903 BZ-04-17-273-DE-N

Danksagungen

Das EASO dankt den folgenden nationalen COI-Stellen und Asyl- und Migrationsstellen als den Mitverfassern dieses Berichts:

Belgien, Cedoca (Zentrum für Dokumentation und Forschung), Büro des Generalkommissars für Flüchtlinge und Staatenlose

Polen, Referat Herkunftslandinformationen, Abteilung für Flüchtlingsverfahren, Ausländeramt

Schweden, Lifos, Zentrum für Herkunftslandinformationen und Analyse, Schwedische Migrationsagentur

Norwegen, Landinfo, Zentrum für Herkunftslandinformationen

Die folgenden Stellen haben diesen Bericht gegengelesen:

Dänemark, Abteilung Herkunftslandinformationen, Dänische Einwanderungsbehörde, Ministerium für Einwanderung und Integration

Schweiz, Abteilung Analysen und Services, Staatssekretariat für Migration

Die folgende Organisation hat den Bericht überprüft und auf den neuesten Stand gebracht:

ACCORD – Österreichisches Zentrum für Herkunftsland- und Asylforschung und -dokumentation

Inhalt

Danksagungen	3
Haftungsausschluss	7
Glossar und Abkürzungen	9
Einleitung	13
Karte	15
1. Russische Föderation (RF) – Verfassung und Aufbau des Staates	17
1.1 Der Präsident der Russischen Föderation	17
1.2 Die Regierung der Russischen Föderation	18
1.3 Die Föderationsversammlung	19
1.4 Justizsystem und Staatsanwaltschaft	20
1.5 Vom Föderalismus zur Zentralisierung	20
2. Staatlichen Schutz bietende Akteure in der Russischen Föderation und gefährdete Gruppen	23
2.1 Innenministerium (MVD) und Polizei	24
A. Allgemeines	24
B. Kapazität der Polizei	27
C. Integrität der Polizei	29
2.2 Untersuchungskomitee der Russischen Föderation (SK)	36
A. Allgemeines	36
B. Kapazität	39
C. Integrität	40
2.3 Staatsanwaltschaft	44
A. Allgemeines	44
B. Kapazität	49
C. Integrität	50
2.4 Gerichte	54
A. Allgemeines	54
B. Kapazität	56
C. Integrität	60
2.5 Menschenrechtsbeauftragter in der Russischen Föderation	69
A. Allgemeines	69
B. Kapazität	72
C. Integrität	73
2.6 Gefährdete Gruppen	75
3. Tschetschenische Republik	83
3.1 Hintergrund und Einführung	83
3.2 Jüngste Entwicklungen	85
3.3 Staatlicher Schutz	87
Anhang 1: Bibliografie	97
Anhang 2: Aufgabenstellung	130

Haftungsausschluss

Dieser Bericht wurde nach Maßgabe der „Methodik für das Erstellen von COI-Berichten des EASO“ (2012) ⁽¹⁾ erstellt. Er basiert auf sorgfältig ausgewählten Informationsquellen. Alle Quellen sind als solche gekennzeichnet. Soweit es möglich war und sofern nicht anders angegeben, wurden alle enthaltenen Informationen, außer unstreitigen/offenkundigen Tatsachen, einer Gegenprüfung unterzogen.

Die in diesem Bericht enthaltenen Informationen wurden mit äußerster Sorgfalt recherchiert, bewertet und analysiert. Das Dokument erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sollte ein bestimmtes Ereignis, eine Person oder Organisation in dem Bericht nicht erwähnt werden, bedeutet das nicht, dass das Ereignis nicht stattgefunden hat oder die Person oder Organisation nicht existiert.

Dieser Bericht lässt keine Schlüsse im Hinblick darauf zu, ob ein bestimmter Antrag auf Gewährung des Flüchtlingsstatus oder auf Asyl begründet ist. Die verwendete Terminologie darf nicht als Hinweis auf eine bestimmte rechtliche Position aufgefasst werden.

„Flüchtling“, „Risiko“ und ähnliche Begriffe werden als Sammelbezeichnungen verwendet und nicht im Sinne der rechtlichen Definition im EU-Asyl-Acquis und in der Genfer Flüchtlingskonvention.

Weder das EASO noch in dessen Namen oder Auftrag tätige Personen können für die Nutzung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen haftbar gemacht werden.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Beachten Sie bitte, dass die Seitennummerierung in der hochgeladenen PDF-Version und im ausgedruckten Dokument aufgrund von Formatierungsvorgaben unterschiedlich sein kann.

Der Bericht ist für Asyl-Sachbearbeiter, COI-Forscher, politische Entscheidungsträger und Behörden mit Entscheidungsbefugnis bestimmt.

Der Bericht wurde im Dezember 2016 fertiggestellt. Spätere Ereignisse sind daher nicht berücksichtigt. Nähere Informationen zum Bezugszeitraum dieses Berichts sind im Abschnitt „Methodik“ in der Einleitung zu finden. Nicht unter diesen Stichtag fallen die im Februar 2017 angenommenen Rechtsvorschriften zu häuslicher Gewalt, deren wesentliche Punkte in diesen Bericht aufgenommen wurden.

⁽¹⁾ Die EASO-Methodik stützt sich weitgehend auf die „Common EU Guidelines for processing Country of Origin Information (COI)“, 2008, und kann von der Website des EASO heruntergeladen werden: <http://www.easo.europa.eu>.

Glossar und Abkürzungen

ACPC	Verwaltungsgerichtsordnung (Administrative Court Proceedings Code)
<i>adat</i>	indigenes Gewohnheitsrecht ⁽²⁾
ADC Memorial	Antidiskriminierungszentrum Memorial (Anti-Discrimination Centre Memorial)
AI	Amnesty International
<i>blat</i> (блат)	Austausch von „Gefälligkeiten beim Zugang“ zu öffentlichen Ressourcen über persönliche Kanäle Austausch von <i>blat</i> wird häufig beschrieben als „Teilen“, „Aushelfen“, „freundschaftliche Unterstützung“ oder „gegenseitiges Kümmern“. Aufgrund seiner Verflechtung mit persönlichen Netzwerken verschafft <i>blat</i> Zugang zu öffentlichen Ressourcen über persönliche Kanäle. ⁽³⁾
CAC	Komitee für Bürgerschaftshilfe (Civic Assistance Committee)
CAN	Chechnya Advocacy Network
CAT	VN-Ausschuss gegen die Folter
CEDAW	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CIA	Central Intelligence Agency
CoE-CCJE	Europarat – Beirat Europäischer Richter
CoE-CCPE	Europarat – Beirat Europäischer Staatsanwälte
CoE-CEPEJ	Europarat – Europäische Kommission für die Wirksamkeit der Justiz
CoE-CommDH	Europarat – Menschenrechtskommissar
CoE-CPT	Europarat – Europäischer Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe
CoE-ECRI	Europarat – Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
CoE-PACE	Parlamentarische Versammlung
CPC	Strafprozessordnung der RF
CPJ	Komitee für den Schutz von Journalisten
DIS	Dänischer Einwanderungsdienst
Demokratische Republik Kongo	Dänischer Flüchtlingsrat
EASO	Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen
EMRK	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EPRS	Europäischer Parlamentarischer Forschungsdienst
FCO	UK Foreign & Commonwealth Office

⁽²⁾ ICG, The North Caucasus: The Challenges of Integration (I), Ethnicity and Conflict, 19 October 2012, p. 35.

⁽³⁾ Ledeneva, A., Russia's Economy of Favours. Blat, Networking and Informal Exchange, 1998, p. 37.

Föderationsrat	<i>Sovet Federatsii/Совет Федерации</i>
Föderationssubjekt	territoriale Einheit der RF, Subjekt der RF
FIDH	Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme
FSSS	Föderales staatliches statistisches Amt (<i>Federalnaya Sluzhba Gosudarstvennoy Statistiki/Федеральная служба государственной статистики</i>), auch als „Rosstat“ bekannt)
FSB	Föderaler Sicherheitsdienst (<i>Federalnaya Sluzhba Bezopasnosti/Федеральная служба безопасности</i>)
FSKN	Föderaler Dienst für Drogenkontrolle (<i>Federalnaya Sluzhba po Kontrolyu za Oborotom Narkotikov/Федеральная служба по контролю за оборотом наркотиков</i>)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GUVM	Generaldirektion für Migrationsangelegenheiten (<i>Glavnoye upravleniye po voprosam migratsii/Главное управление по вопросам миграции</i>)
HRC Memorial	Menschenrechtszentrum Memorial
HRW	Human Rights Watch
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung
ICC	Internationaler Koordinierungsausschuss der nationalen Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte
ICJ	Internationale Juristenkommission
IOM	Internationale Organisation für Migration
IRL	Institut für Rechtsstaatlichkeit (<i>Institut Problem Pravoprimeneniya, IPP/Институт проблем правоприменения, ИПП</i>)
ICG	Internationale Krisengruppe
IRB	Kanadischer Ausschuss für Einwanderung und Flüchtlingsangelegenheiten
KGI	Bürgerinitiativenausschuss (<i>Komitet Grazhdanskikh Initsiativ/Комитет гражданских инициатив</i>)
<i>koordinatsionny sovet</i> (координационный совет)	Koordinierungsrat
<i>krysha</i> (крыша)	Hoch angesiedelte Korruption bei der Polizei („Roofing“, auch als „Protection Racket“ (Schutzgelderpressung) bezeichnet); hat ihre Wurzeln in der Liberalisierung der Wirtschaft in den 1990er Jahren, als die organisierte Kriminalität Unternehmen „Schutz“ vor anderen organisierten kriminellen Gruppen anbot. ⁽⁴⁾)
KSRF	Verfassungsgericht der Russischen Föderation (<i>Konstitutsionny sud Rossiyskoy Federatsii/Конституционный Суд Российской Федерации</i>)
LGBT	Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle
<i>militsiya</i> (милиция)	frühere Bezeichnung der Polizei (vor 2011)
<i>mirovye sudya</i> (мировые судья)	Friedensrichter

⁽⁴⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 222.

MVD	Innenministerium (<i>Ministerstvo Vnutrennikh Del/Министерство внутренних дел</i>)
<i>nadzor</i> (надзор)	aufsichtliches Überprüfungsverfahren (Justizsystem)
NHRI	nationale Menschenrechtsinstitutionen
NPM	nationale Präventionsmechanismen
NRO	Nichtregierungsorganisation
NYT	New York Times
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
<i>Obshchestvenny Verdict</i> (Общественный вердикт)	Public Verdict Foundation
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OHCHR	Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte
OMON	„Sondereinsatzkräfte“ der Polizei (<i>Otryad Mobilny Osobogo Naznacheniya/Отряд мобильный особого назначения</i>)
<i>operativniki</i> (оперативники)	Agenten/Ermittler in Ermittlungsverfahren oder Voruntersuchungen
OSAC	Overseas Security Advisory Council
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
<i>palochnaya sistema</i> (палочная система)	Russisches System für die Leistungsbeurteilung bei der Polizei
<i>politsiya</i> (полиция)	Polizei
Pravo.gov.ru	Amtliches Internetportal mit rechtlichen Informationen über die RF
PRI	Penal Reform International
<i>rabochy apparat</i> (рабочий аппарат)	Unterstützungsapparat
<i>rayon</i> (район)	Kreis
RBC	RosBusinessConsulting
RBTH	Russia Beyond The Headlines
RC	Tschetschenische Republik
<i>reiderstvo</i> (рейдерство)	Der illegale Erwerb eines Unternehmens oder eines Teils eines Unternehmens in Russland (auch als „Asset-Grabbing“ bezeichnet) ⁽⁵⁾
RF	Russische Föderation
RFE/RL	Radio Free Europe/Radio Liberty
RG	Amtsblatt der RF (<i>Rossiyskaya Gazeta/Российская газета</i>)
RJI (auch SRJI)	Russian Justice Initiative (auch: Stitching Russian Justice Initiative)
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RT	Russia Today
SCA	Unterausschuss Akkreditierung

⁽⁵⁾ Chatham House, Reiderstvo: Asset-Grabbing in Russia, March 2014, p. 2.

SEM	Staatssekretariat für Migration (Schweiz)
SFH	Schweizerische Flüchtlingshilfe
<i>Scharia</i>	Islamisches Gesetz, ein Regelwerk aus rechtlichen, moralischen, ethischen und religiösen Vorschriften des Islam, das einen großen Teil des Lebens von Muslimen abdeckt und auf dem Koran, der Sunnah ⁽⁶⁾ und der Fiqh ⁽⁷⁾ beruht.
SK	Untersuchungskomitee der Russischen Föderation (<i>Sledstvennyy Komitet Rossiyskoy Federatsii/Следственный комитет Российской Федерации</i>)
SOVA	SOVA Center for Information and Analysis, Russische NRO
Staatsduma	<i>Gosudarstvennaya дума Rossiyskoy Federatsii/Государственная дума Российской Федерации</i>
TI	Transparency International
UN	Vereinte Nationen
UNHRC	Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung
US DoS	US-Außenministerium
WSJ	Wall Street Journal

⁽⁶⁾ Die Sunnah enthält die „Handlungen und Worte des Propheten Mohammed“, die „beispielhaft für muslimisches Verhalten sowie wichtigste Quelle des islamischen Recht wurden“; Oxford University, Oxford Islamic Studies Online, Sunnah, ohne Jahresangabe.

⁽⁷⁾ Fiqh ist die „muslimische Rechtsprechung und ein mit der Theologie untrennbar verknüpftes Bündel gesellschaftlicher Verhaltensnormen“ in ICG, The North Caucasus; ICG, The North Caucasus: The Challenges of Integration (I), Ethnicity and Conflict, 19 October 2012, pp. 35-36.

Einleitung

Dieser Bericht wurde von den Spezialisten für Herkunftslandinformationen (COI) der COI-Abteilungen oder Asylbehörden, die im Abschnitt „[Danksagungen](#)“ als Mitverfasser aufgeführt sind, zusammen mit dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) erstellt.

Er soll einen Überblick über die Funktionsweise der Verwaltung der Russischen Föderation in den Bereichen Justiz und Sicherheit in ihrer Rolle als Schutz bietende staatliche Akteure vermitteln. Im Mittelpunkt des Berichts stehen die staatlichen Funktionen, die aus der Sicht der Bürger eine zentrale Rolle spielen, also die amtlichen Institutionen, die dem Individuum letztendlich garantieren, dass es seine Rechte ausüben kann. Vor diesem Hintergrund wurden die Bestandteile des traditionellen Ziviljustiz- und Sicherheitssystems, also Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte, das staatliche Untersuchungskomitee und der Bürgerbeauftragte (Menschenrechtsbeauftragte), als zentrale Akteure ermittelt.

Daneben sind im russischen Justiz- und Sicherheitssektor noch andere Einrichtungen mit wichtigen Funktionen tätig, so z. B. der Föderale Sicherheitsdienst, die Generaldirektion für Migrationsangelegenheiten (GUVM) – an die Stelle des Föderalen Sicherheitsdienstes getreten –, und die Sicherungstreitkräfte des Innenministeriums (*Ministerstvo vnutrennikh del* – MVD). Da diese Institutionen keine potenziellen staatlichen Akteure im Bereich Schutz darstellen, die Sicherheit gewährleisten und Rechte garantieren, wurden sie in diesem Bericht nicht behandelt.

Methodik

• Festlegung der Aufgabenstellung

Im August 2015 traf das bereits erwähnte Team von COI-Spezialisten aus EU+-Ländern und vom EASO zusammen, um die [Aufgabenstellung](#) des Berichts festzulegen und die Aufgaben zu verteilen. Die Aufgabenstellung wurde in Anlehnung an die Leitlinien der COI-Stelle der Schwedischen Migrationsagentur (LIFOS) für die Beurteilung der grundlegenden Funktionsweise des Justiz- und Sicherheitssektors eines Landes in ihrer Funktion als Anbieter staatlichen Schutzes formuliert. Vorgegangen wurde mit einem systematischen Ansatz, bei dem zwischen Faktoren unterschieden wurde, die mit Fähigkeit bzw. Integrität zu tun haben. Eine erste Fassung wurde zwischen September 2015 und Januar 2016 verfasst.

• Qualitätskontrolle

Um sicherzustellen, dass sich alle Verfasser an die Methodik für das Erstellen von COI-Berichten des EASO halten, begutachteten zwischen Januar und Februar 2016 Experten aus den im Abschnitt [Danksagung](#) aufgeführten Ländern den Bericht. ⁽⁸⁾

Unter Beachtung der Methodik für das Erstellen von COI-Berichten des EASO und der vorliegenden Aufgabenstellung erfolgte zwischen September und Dezember 2016 eine weitere Überprüfung und Aktualisierung des Inhalts durch ACCORD.

Alle Anmerkungen der Überprüfer wurden berücksichtigt, die meisten sind in den endgültigen Entwurf dieses Berichts eingeflossen.

Aufbau und Verwendung dieses Berichts

In der [Aufgabenstellung](#) wurde eine Reihe von Kernparametern festgelegt, anhand derer Fragen zu allgemeinen Informationen, zur Fähigkeit und Integrität der einzelnen Akteure im Bereich Schutz in der Russischen Föderation beantwortet werden sollen.

[Kapitel 1](#) enthält Informationen über die Verfassung der Russischen Föderation und zum Aufbau des Staates.

⁽⁸⁾ Beteiligt an dieser Peer Review waren Dänemark (Abteilung Herkunftslandinformationen, Dänischer Einwanderungsdienst) und die Schweiz (Abteilung Analysen und Services, Staatssekretariat für Migration).

In [Kapitel 2](#) werden die für die bereits erläuterten Zwecke dieses Berichts relevanten Schutz bietenden staatlichen Akteure in Russland behandelt:

- Innenministerium – MVD;
- Staatsanwaltschaft;
- Gerichte;
- Staatliches Untersuchungskomitee – SK;
- Menschenrechtsbeauftragter in der Russischen Föderation.

Zu Tschetschenien wurde, auch im Hinblick auf dessen besonderen Status, ein eigenes Kapitel verfasst. [Kapitel 3](#) bietet Hintergrundinformationen über die Republik, ihren Aufbau, neuere Entwicklungen, staatlichen Schutz, einzelne Akteure im Bereich Schutz, Auswirkungen traditioneller und religiöser Gesetze und Schutzangebot für Frauen.

Dieser Bericht enthält Informationen zu Elementen und Indikatoren, mit deren Hilfe festgestellt werden kann, ob es in der Russischen Föderation staatlichen Schutz gibt.

Karte ⁽⁹⁾



Karte 1: Russische Föderation – Verwaltungsgliederung

⁽⁹⁾ United Nations, Geospatial Information Section, Russian Federation, Map No. 3840 Rev. 2, January 2004, (<http://www.un.org/Depts/Cartographic/map/profile/russia.pdf>), aufgerufen am 13. Dezember 2016.

1. Russische Föderation (RF) – Verfassung und Aufbau des Staates

Dieses Kapitel bietet einen Überblick über die Verfassung und den staatlichen Aufbau der Russischen Föderation (RF), denn sie bilden den Rahmen, innerhalb dessen die Schutz bietenden staatlichen Akteure agieren.

Laut Verfassung der RF ist Russland ein „demokratischer föderativer Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform“. ⁽¹⁰⁾ Die Verfassung wurde am 12. Dezember 1993 angenommen und seitdem mehrfach geändert. Sie erkennt die Souveränität des „multinationalen Volks“ Russlands ⁽¹¹⁾ an und garantiert die „Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers“. ⁽¹²⁾ Bei einer Kollision von Völkerrecht und russischem Recht hat das Völkerrecht Vorrang. ⁽¹³⁾

Die Verfassung unterteilt die Staatsgewalt in eine gesetzgebende, eine vollziehende und eine rechtsprechende Gewalt. ⁽¹⁴⁾ Die wechselseitige Kontrolle ist jedoch aufgrund des stark zentralisierten Charakters des Systems und der weit reichenden Kontrolle des Präsidenten über alle drei Gewalten nur wenig ausgeprägt. ⁽¹⁵⁾

1.1 Der Präsident der Russischen Föderation

Das Präsidentenamt wurde in Russland mit dem „Gesetz über den Präsidenten der RSFSR“ vom 24. April 1991 eingeführt. ⁽¹⁶⁾ In die Verfassung von 1993 wurden die meisten Befugnisse des Präsidenten nach diesem Gesetz übernommen. ⁽¹⁷⁾ Der Präsident wird von den Bürgern der RF in allgemeiner, gleicher und direkter Wahl gewählt. Gemäß Artikel 81 der Verfassung kann der Präsident für zwei aufeinander folgende Amtszeiten von je sechs Jahren gewählt werden. ⁽¹⁸⁾

Präsident der Russischen Föderation ist Wladimir Putin. Zwischen den Jahren 2000 und 2008 hatte er dieses Amt zweimal inne und trat es dann an Dmitri Medwedjew ab, da laut Verfassung nur zwei aufeinander folgende Amtszeiten erlaubt sind. 2012 bewarb sich Putin nach einer Verfassungsänderung, mit der die Amtszeit auf sechs Jahre verlängert wurde, erneut um das Amt und wurde gewählt. ⁽¹⁹⁾ Medwedjew übernahm das Amt des Premierministers. ⁽²⁰⁾

Die Verfassung räumt dem Präsidenten umfangreiche Befugnisse ein. So hat er die Aufgabe, Garant der Verfassung zu sein sowie die territoriale Integrität und Souveränität der RF zu schützen. ⁽²¹⁾ Als Staatsoberhaupt legt er die Außenpolitik der RF fest ⁽²²⁾ und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte. ⁽²³⁾ Er ernennt mit Zustimmung der Staatsduma den Premierminister und benennt dem Föderationsrat Richter für das Verfassungsgericht, den Obersten Gerichtshof sowie Kandidaten für das Amt des Generalstaatsanwalts. Ferner ernennt er Richter für Föderationsgerichte niedrigerer Instanzen. ⁽²⁴⁾

⁽¹⁰⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 1.

⁽¹¹⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 3 Absatz 1.

⁽¹²⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 17 und 18.

⁽¹³⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 15 Absatz 4.

⁽¹⁴⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 10.

⁽¹⁵⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016; Bertelsmann Stiftung, BTI 2016 – Russia report, 2016, p. 11.

⁽¹⁶⁾ Pravo.gov.ru, Law on the President of RSFSR, 24 April 1991; Presidential Library Named after Boris Yeltsin, RSFSR law “On the President of RSFSR” adopted, 24 April 1991.

⁽¹⁷⁾ Presidential Library Named after Boris Yeltsin, RSFSR law “On the President of RSFSR” adopted, 24 April 1991.

⁽¹⁸⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 81.

⁽¹⁹⁾ European Forum for Democracy and Solidarity, Russland, letztes Update 21. September 2016.

⁽²⁰⁾ BBC News, Russia profile, Leaders, 30 November 2015.

⁽²¹⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 80 Absatz 2.

⁽²²⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 80.

⁽²³⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 87.

⁽²⁴⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 83.

Der Präsident erlässt Erlasse und Verfügungen, die auf dem gesamten Territorium der Russischen Föderation umgesetzt werden müssen und für Föderations-, Regional- und Kommunalbehörden verbindlich sind; Erlasse des Präsidenten dürfen der Verfassung und den Föderationsgesetzen nicht widersprechen. ⁽²⁵⁾

Der Präsident kann Gesetze und Verordnungen, die der Verfassung, Föderationsgesetzen, völkerrechtlichen Verpflichtungen widersprechen oder die Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers verletzen, bis zur Klärung dieser Frage durch ein Gericht aussetzen. ⁽²⁶⁾ Der Präsident kann sein Veto gegen von den Kammern der Staatsduma verabschiedete Gesetze einlegen; ein solches Veto kann mit den Stimmen von zwei Dritteln der Mitglieder der Staatsduma überstimmt werden. ⁽²⁷⁾ Mit der Zustimmung des Föderationsrats kann der Präsident den Ausnahmezustand ausrufen oder das Kriegsrecht verhängen. ⁽²⁸⁾

Zwar ist offiziell der Premierminister der Regierungschef, doch führt der Präsident die Aufsicht unter anderem über folgende Ministerien und Agenturen: Verteidigung, Inneres (Polizei), Justiz, Auswärtige Angelegenheiten, Zivilschutz, Not- und Katastrophenhilfe, Föderaler Sicherheitsdienst und Auslandsgeheimdienst. ⁽²⁹⁾ Diese Einrichtungen, die im Namen des Staates mit Zwang verbundene Befugnisse wahrnehmen können, sind in Russland als die „Machtministerien“ bekannt. ⁽³⁰⁾

1.2 Die Regierung der Russischen Föderation

Die Exekutivgewalt wird in Russland von der Regierung ausgeübt, und zwar über ihren Vorsitzenden (Premierminister), die stellvertretenden Vorsitzenden (Erster stellvertretender Premierminister, stellvertretende Premierminister) und die Föderationsministerien. ⁽³¹⁾ Der Vorsitzende der Regierung wird vom Präsidenten mit Zustimmung der Staatsduma ernannt. ⁽³²⁾ Der Vorsitzende bestimmt die Grundrichtungen der Tätigkeit der Regierung und organisiert deren Arbeit. ⁽³³⁾

Im April 2016 gab es 21 Föderationsministerien. ⁽³⁴⁾ Wie bereits ausgeführt ([1.1 Der Präsident der Russischen Föderation](#)), ist zwar der Premierminister offiziell der Regierungschef, doch beaufsichtigt der Präsident die Ministerien und Agenturen, die mit innerer Sicherheit, auswärtigen Angelegenheiten und Justiz befasst sind. ⁽³⁵⁾

Das Innenministerium unter der Führung von Wladimir Kolokoltsew ⁽³⁶⁾ überwacht die Arbeit der internen Sicherheitskräfte und der Strafverfolgungsbehörden, einschließlich strafrechtlicher Ermittlungen durch die Polizei. Des Weiteren ist es für die Bekämpfung von Extremismus zuständig und kontrolliert Drogenhandel und Migration. ⁽³⁷⁾ Das Justizministerium unter der Leitung von Alexander Konowalow formuliert die politischen Vorgaben und erlässt Vorschriften für den Strafvollzug, die Anwaltschaft und die Notare, überwacht die Einhaltung etablierter Verfahrensabläufe durch die Gerichte, die Umsetzung von Gerichtsentscheidungen und von Erlassen anderer Agenturen sowie von Prozesskostenhilfeprogrammen. ⁽³⁸⁾ Seit 1998 ist das Justizministerium auch für die Strafvollzugsanstalten zuständig. ⁽³⁹⁾

⁽²⁵⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 90.

⁽²⁶⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 85 Absatz 2.

⁽²⁷⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 107.

⁽²⁸⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 102.

⁽²⁹⁾ Pravo.gov.ru, Decree of the President of the RF No. 636 “On the Structure of the Federal Organs of the Executive Power”, 21 May 2012; siehe ferner die jeweiligen Einträge für die Ministerien und Agenturen unter „Government of the RF“, About the Government – Ministries and Agencies, last update 5 April 2016; Renz, B., Civil-Military-Relations and the Security Apparatus, 2010, S. 57; de Andrés Sanz und J. and Ruiz Ramas, R., Institutions and political regime in Putin’s Russia: an analysis, 2008, S. 40, Anmerkung 10.

⁽³⁰⁾ Taylor, B. D., State-Building in Putin’s Russia. Policing and Coercion after Communism, 2011, pp. 36-37.

⁽³¹⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 110; Government of the RF, About the Government – Senior Russian Government Officials, n.d.

⁽³²⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 111.

⁽³³⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 113.

⁽³⁴⁾ Government of the RF, About the Government – Ministries and Agencies, letztes Update 5. April 2016.

⁽³⁵⁾ Pravo.gov.ru, Decree of the President of the RF No. 636 “On the Structure of the Federal Organs of the Executive Power”, 21 May 2012; siehe ferner die jeweiligen Einträge für die Ministerien und Agenturen unter „Government of the RF“, About the Government – Ministries and Agencies, letztes Update 5. April 2016; Renz, B., Civil-Military-Relations and the Security Apparatus, 2010, S. 57; de Andrés Sanz und J. and Ruiz Ramas, R., Institutions and political regime in Putin’s Russia: an analysis, 2008, S. 40, Anmerkung 10.

⁽³⁶⁾ Ministry of Internal Affairs of the RF (The), Minister, n.d.

⁽³⁷⁾ Ministry of Internal Affairs of the RF (The), Structure, n.d.

⁽³⁸⁾ Government of the RF, About the Government – Ministry of Justice of the Russian Federation, n.d.

⁽³⁹⁾ Taylor, B. D., Historical Legacies and Law Enforcement in Russia, May 2011, S. 2.

Im Zuge einer Umorganisation des Innenministeriums im Mai 2016 setzte Präsident Putin die föderale Nationalgarde ein, die dem Präsidenten Bericht erstattet und mit der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität beauftragt ist. ⁽⁴⁰⁾ Viktor Zolotow, ein ehemaliger Leibwächter Putins, wurde zum Chef der Nationalgarde ernannt. ⁽⁴¹⁾

1.3 Die Föderationsversammlung

Die Föderationsversammlung, das Parlament der Russischen Föderation, ist das Vertretungs- und Gesetzgebungsorgan der Russischen Föderation. ⁽⁴²⁾ Sie besteht aus zwei Kammern: dem Föderationsrat und der Staatsduma. ⁽⁴³⁾ Die Föderationsversammlung ist ein ständig tagendes Organ. ⁽⁴⁴⁾

Der Föderationsrat ist das Oberhaus des mit der Verfassung von 1993 geschaffenen Russischen Parlaments. ⁽⁴⁵⁾ Ihm gehören jeweils zwei Vertreter jedes Föderationssubjekts an: je einer des Legislativ- und des Exekutivorgans der Staatsgewalt. ⁽⁴⁶⁾

Dem Föderationsrat steht das Recht zur Gesetzesinitiative zu. ⁽⁴⁷⁾ Zu seinen Zuständigkeiten gehört die Billigung der vom Präsidenten vorgeschlagenen Ausrufung des Kriegsrechts und des Notstands; laut Verfassung hat der Rat die Befugnis, den Präsidenten seines Amtes zu entheben. Er billigt ferner die Ernennungen an das Verfassungsgericht und die Obersten Gerichte sowie des Generalstaatsanwalts. ⁽⁴⁸⁾ Der Rat billigt von der Staatsduma beschlossene Gesetze. ⁽⁴⁹⁾

Die Staatsduma setzt sich aus 450 Abgeordneten zusammen ⁽⁵⁰⁾, die für fünf Jahre gewählt werden ⁽⁵¹⁾. Zum Abgeordneten der Staatsduma kann jeder Bürger gewählt werden, der das 21. Lebensjahr vollendet und das aktive Wahlrecht hat. Ein- und dieselbe Person kann nicht gleichzeitig Mitglied des Föderationsrates und Abgeordneter der Staatsduma sein. ⁽⁵²⁾

Im Februar 2014 unterzeichnete der Präsident ein Gesetz über die Wiederherstellung eines Systems, in dem die eine Hälfte der Duma-Abgeordneten nach dem Verhältniswahlrecht, die andere Hälfte nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wird. ⁽⁵³⁾

Nach Ansicht von Jesús de Andrés Sanz und Rubén Ruiz Ramas, zwei spanischen Politikwissenschaftlern, die sich auf die Analyse der Zeit nach dem Sowjetregime spezialisiert haben, sicherte die Beherrschung der Staatsduma den Einfluss des Präsidenten auf die gesetzgeberische Agenda und machte es überflüssig, Wahlkoalitionen zu bilden oder das Veto-Recht des Präsidenten einzusetzen. ⁽⁵⁴⁾

Von den 78 beim Justizministerium eingetragenen politischen Parteien sind seit Oktober 2015 nur sechs in der Staatsduma vertreten ⁽⁵⁵⁾, wobei 2011 nur zwei Kandidaten der Opposition einen Sitz errangen ⁽⁵⁶⁾. Nach der Wahl 2011 kam es zu Massenprotesten, da viele Menschen glaubten, die Regierung habe die Wahlen manipuliert, als Einiges Russland nicht die Mehrheit der Stimmen gewinnen konnte. ⁽⁵⁷⁾ Bei den Wahlen 2016 galten zwar liberalere Vorschriften für die Parteienregistrierung und konnten sich daher mehr unabhängige Kandidaten zur Wahl stellen,

⁽⁴⁰⁾ BBC News, Putin creates new National Guard in Russia 'to fight terrorism', 6 April 2016; Eurasianet, Russia: What Interior Ministry Reform Means for the Migration and Drug Control Services, 9 May 2016.

⁽⁴¹⁾ BBC News, Putin creates new National Guard in Russia 'to fight terrorism', 6 April 2016.

⁽⁴²⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 94.

⁽⁴³⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 95.

⁽⁴⁴⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 99.

⁽⁴⁵⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 95.

⁽⁴⁶⁾ Russland besteht aus 83 föderalen territorialen Einheiten (Subjekten), siehe Official Russia, Subjects of the RF, n.d.; amtliche Website des Föderationsrates; KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 95.

⁽⁴⁷⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 104 Absatz 1.

⁽⁴⁸⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 102 Absatz 1.

⁽⁴⁹⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 105 Absätze 3 und 4.

⁽⁵⁰⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 95.

⁽⁵¹⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 96.

⁽⁵²⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 97.

⁽⁵³⁾ Freedom House, Freedom in the World 2015, Russia, 28 January 2016.

⁽⁵⁴⁾ Andrés Sanz, J. and Ruiz Ramas, R., Institutions and political regime in Putin's Russia: an analysis, 2008, pp. 43-44.

⁽⁵⁵⁾ CIA, World Factbook, letztes Update 10. November 2016.

⁽⁵⁶⁾ NYT, Putin Parties Show Strength in Russian Parliament Elections, 18 September 2016.

⁽⁵⁷⁾ Guardian (The), Russia's anti-Putin protests grow, 7 December 2011.

doch errangen lediglich vier von 14 auf dem Wahlzettel stehende Parteien und keiner der unabhängigen Kandidaten Sitze in der Staatsduma. ⁽⁵⁸⁾ Die Wahlbeobachtungsmission der OSZE kam zu dem Schluss, dass die Art und Weise, in der der Wahlkampf geführt worden war, eindeutig Parteien bevorzugt hatte, die Präsident Putin gegenüber loyal sind. ⁽⁵⁹⁾ Einiges Russland gewann drei Viertel der Sitze in der Staatsduma. ⁽⁶⁰⁾

Die Staatsduma beschließt Föderationsgesetze, und dies mit Billigung (oder Nichtbehandlung binnen 14 Tagen) des Föderationsrates. ⁽⁶¹⁾ Föderationsgesetze mit Verfassungsrang werden mit einer qualifizierten Mehrheit des Föderationsrates (3/4) und der Staatsduma (2/3) angenommen. ⁽⁶²⁾ Damit ein Gesetz in Kraft treten kann, muss es vom Präsidenten unterzeichnet und innerhalb von vierzehn Tagen veröffentlicht werden. ⁽⁶³⁾ Die Staatsduma ernennt ferner den Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation. ⁽⁶⁴⁾

1.4 Justizsystem und Staatsanwaltschaft

Die rechtsprechende Gewalt wird in der Russischen Föderation im Wege des Verfassungs-, Zivil-, Verwaltungs- und Strafrechtsverfahrens ausgeübt. ⁽⁶⁵⁾ Gegenstand von Kapitel 7 der Verfassung („Rechtsprechende Gewalt und Staatsanwaltschaft“) sind das Verfassungsgericht der Russischen Föderation ⁽⁶⁶⁾, das Oberste Gericht der RF ⁽⁶⁷⁾, andere Föderationsgerichte ⁽⁶⁸⁾ sowie die Staatsanwaltschaft der RF ⁽⁶⁹⁾. Das Verfassungsgericht der RF überprüft die Vereinbarkeit mit der Verfassung von föderalen und regionalen Gesetzen sowie von völkerrechtlichen Verträgen, ist zuständig für Streitigkeiten zwischen Organen der Staatsgewalt der Föderation und der Subjekte der RF und verhandelt individuelle Beschwerden wegen Verstößen gegen verfassungsmäßige Rechte. ⁽⁷⁰⁾ Das Oberste Gericht der RF ist das höchste Gerichtsorgan für Zivil-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und Strafsachen. ⁽⁷¹⁾ Ferner verfügt jedes Subjekt über ein Verfassungsgericht (oder Charta-Gericht) sowie ein Oberstes Gericht. ⁽⁷²⁾ Auf unterer Ebene gibt es Kreisgerichte, vor denen die meisten Zivil-, Straf- und Verwaltungssachen verhandelt werden, sowie Friedensrichter. ⁽⁷³⁾

Das Büro des Generalstaatsanwalts, das seit 2006 von Yuri Chaika ⁽⁷⁴⁾ geleitet wird, gehört zu den mächtigsten Behörden, denn es ist für die strafrechtliche Verfolgung von Regierungsbeamten und die Überprüfung der Rechtmäßigkeit ihrer Handlungen zuständig. ⁽⁷⁵⁾ Seit 2007 liegen strafrechtliche Ermittlungen in den Händen des Untersuchungskomitees, das 2011 zu einer eigenständigen Behörde wurde und von Alexander Bastrykin ⁽⁷⁶⁾ geleitet wird.

1.5 Vom Föderalismus zur Zentralisierung

Russland besteht aus 83 Föderationssubjekten, die im Föderationsrat mit gleichem Gewicht vertreten sind, obwohl sie sich in ihrer Autonomie unterscheiden. Zu ihnen gehören 46 *oblasts* (Regionen oder Provinzen),

⁽⁵⁸⁾ BBC News, Russian election: Big victory for Putin-backed party United Russia, 19 September 2016; Jamestown Foundation, Duma Elections and the Future of Russian Politics After Putin, 19 September 2016.

⁽⁵⁹⁾ OSCE, Russian Federation, State Duma Elections, 18 September 2016: Statement of Preliminary Findings and Conclusions, 19 September 2016; siehe ferner Economist, United Russia, divided Putin, 4 June 2016.

⁽⁶⁰⁾ BBC News, Russian election: Big victory for Putin-backed party United Russia, 19 September 2016; Jamestown Foundation, Duma Elections and the Future of Russian Politics After Putin, 19 September 2016.

⁽⁶¹⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 105 bis 107.

⁽⁶²⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 108.

⁽⁶³⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 107 und 108.

⁽⁶⁴⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 103.

⁽⁶⁵⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 118.

⁽⁶⁶⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 125.

⁽⁶⁷⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 126.

⁽⁶⁸⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 128.

⁽⁶⁹⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 129.

⁽⁷⁰⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 125.

⁽⁷¹⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 126.

⁽⁷²⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No. 1-FKZ “On the judicial system of the Russian Federation”, 31 December 1996, Article 4.

⁽⁷³⁾ Supreme Court of the RF, Overview of the Judicial System of the RF, n.d.

⁽⁷⁴⁾ Prosecutor General’s Office of the RF, Prosecutor General, n.d.

⁽⁷⁵⁾ Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, pp. 188-193; Taylor, B. D., State-Building in Putin’s Russia. Policing and Coercion after Communism, 2011, S. 50; Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 1(2).

⁽⁷⁶⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, S. 12-13; dekoer, Ermittlungskomitee, 17 August 2015.

21 Republiken, neun *krais* (Territorien), vier autonome *okrugs* (Kreise), ein autonomer *oblast* und zwei föderale Städte (Moskau und St. Petersburg).⁽⁷⁷⁾ Darüber hinaus schuf Putin acht Föderationskreise, die Zusammenschlüsse von Verwaltungseinheiten mit einem Gesandten des Präsidenten sind.⁽⁷⁸⁾ Nach dem am 18. März 2014 unterzeichneten Vertrag über den Beitritt der Republik Krim und Sewastopols zu Russland wurde das Gebiet der Krim als Republik Krim integriert. Die Stadt Sewastopol wurde als eine föderale Stadt Russlands aufgenommen.⁽⁷⁹⁾ Im Juli 2016 wurde der Föderationskreis Krim in den Südlichen Föderationskreis integriert.⁽⁸⁰⁾ Die meisten Staaten haben die Aufnahme der Krim und von Sewastopol in die RF nicht anerkannt.⁽⁸¹⁾

Nach Ansicht von Jadwiga Rogoża vom Zentrum für östliche Studien in Warschau führt die territoriale Expansion der Russischen Föderation zu einer immensen Vielfalt und zu „schwerwiegenden Disparitäten im Entwicklungsstand der Regionen“, in der Geografie, der Wirtschaft und der ethnischen und kulturellen Identität der einzelnen Regionen.⁽⁸²⁾ Rogoża vertritt die Auffassung, dass trotz dieser Vielfalt die Kontrolle der Föderationsregierung über die politischen, wirtschaftlichen und administrativen Angelegenheiten in diesen Regionen so weit reicht, dass sie die formal föderale Staatsform in der RF verzerrt.⁽⁸³⁾

Nach Artikel 72 der Verfassung ist die Strafverfolgung im Prinzip eine gemeinsame Zuständigkeit der Föderationsregierung und der regionalen Regierungen.⁽⁸⁴⁾ Die einzige Ausnahme bildet die Staatsanwaltschaft, für die allein die Föderation zuständig ist.⁽⁸⁵⁾ Brian D. Taylor, ein Experte für russische Politik an der Syracuse University, unterstreicht, es sei für Putin in seiner ersten Präsidentschaft daher wichtig gewesen, im Rahmen seines Projekts „Wiedergewinnung der zentralen Kontrolle über die Staatsgewalt“ die Strafverfolgung in die Kompetenz der Föderation zu überführen.⁽⁸⁶⁾

Auch andere Wissenschaftler weisen darauf hin, dass die in den 2000er Jahren eingeleitete Serie von Reformen dazu diente, Putin zu einer straffen Kontrolle über die Regionen mit Hilfe einer Reihe neuer Institutionen zu verhelfen, zu denen insbesondere die Föderationskreise und Bevollmächtigten gehören, und zu einer Reform der Vertretung von Regionen im Föderationsrat, im Staatsrat, im Sicherheitsrat und in der Präsidialverwaltung führte.⁽⁸⁷⁾ Der Präsident kontrolliert regionale Regierungen mit Hilfe von acht Föderationskreisen⁽⁸⁸⁾, Einheiten, die in der Verfassung nicht vorgesehen sind und im Jahr 2000 mit Putins Zentralisierungsreform eingeführt wurden.⁽⁸⁹⁾ An der Spitze von Föderationskreisen stehen so genannte bevollmächtigte Vertreter, die vom Präsidenten als Beschäftigte der Präsidialverwaltung ernannt werden und die Aufgabe haben, über die Lage in den Regionen zu berichten, die verfassungsmäßigen Befugnisse des Präsidenten umzusetzen und dafür zu sorgen, dass regionale Gesetze mit den Gesetzen der Föderation in Einklang stehen.⁽⁹⁰⁾

Nach Auffassung von Taylor band Putin auch den Generalstaatsanwalt und das Justizministerium in eine Kampagne der rechtlichen Harmonisierung von regionalen und föderalen Gesetzen ein⁽⁹¹⁾, mit dem Ergebnis, dass „Föderationskreise eine weitere Quelle für die Manipulation der Strafverfolgung wurden, und nicht ein Instrument für die Bekämpfung derartiger Praktiken“⁽⁹²⁾. Der gleiche Autor argumentiert, die Fokussierung auf politische Motive habe die Fähigkeit der föderalen Strafverfolgung beeinträchtigt, sich mit der rechtmäßigen Verbrechensprävention in den Regionen zu befassen.⁽⁹³⁾

⁽⁷⁷⁾ Official Russia, Subjects of the RF, n.d.; Permanent Committee on Geographical Names, Administrative divisions of Russia, May 2015.

⁽⁷⁸⁾ RBTH, Putin abolishes the Crimean District, 3 August 2016; Permanent Committee on Geographical Names, Administrative divisions of Russia, May 2015.

⁽⁷⁹⁾ RG, Abkommen zwischen der Russischen Föderation und der Republik Krim über den Beitritt der Republik Krim zur Russischen Föderation und zum Aufbau neuer Föderationssubjekte innerhalb der Russischen Föderation, 19. März 2014.

⁽⁸⁰⁾ RFE/RL, Putin Reshuffles Regional Leaders Ahead Of Vote; Russian Customs Chief Out, 28 July 2016.

⁽⁸¹⁾ UN News Centre, Backing Ukraine’s territorial integrity, UN Assembly declares Crimea referendum invalid, 27 March 2014.

⁽⁸²⁾ Rogoża, J., Federation without federalism. Relations between Moscow and the Regions, April 2014, p. 5.

⁽⁸³⁾ Rogoża, J., Federation without federalism. Relations between Moscow and the Regions, April 2014, p. 5.

⁽⁸⁴⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 72.

⁽⁸⁵⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 129.

⁽⁸⁶⁾ Taylor, B. D., State-Building in Putin’s Russia. Policing and Coercion after Communism, 2011, S. 128.

⁽⁸⁷⁾ Cashaback, D., Risky Strategies? Putin’s Federal Reforms and the Accommodation of Difference in Russia, 2003, pp. 8-9; Ross, C., Federalism and Electoral Authoritarianism under Putin, 2005, pp. 355-360.

⁽⁸⁸⁾ RFE/RL, Putin Reshuffles Regional Leaders Ahead Of Vote; Russian Customs Chief Out, 28 July 2016.

⁽⁸⁹⁾ Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe, Regionalisation trends in European countries 2007-2015. June 2016, p. 15; Rogoża, J., Federation without federalism. Relations between Moscow and the Regions, April 2014, pp. 13-14.

⁽⁹⁰⁾ Rogoża, J., Federation without federalism. Relations between Moscow and the Regions, April 2014, pp. 13-14.

⁽⁹¹⁾ Taylor, B. D., State-Building in Putin’s Russia. Policing and Coercion after Communism, 2011, pp. 138-141.

⁽⁹²⁾ Taylor, B. D., State-Building in Putin’s Russia. Policing and Coercion after Communism, 2011, p. 142.

⁽⁹³⁾ Taylor, B. D., State-Building in Putin’s Russia. Policing and Coercion after Communism, 2011, p. 144.

Auch nach Auffassung von Rogoza hatten die Reformen das Ziel, die Macht der Gouverneure zu beschränken. Zwischen 2004 und 2012 wurden die Gouverneure vom Präsidenten ernannt. Nach einer Gesetzesänderung im Mai 2012 konnten auf regionaler Ebene die Gouverneurswahlen wieder aufgenommen werden. Dennoch üben Vertreter der Föderation und der Regionen nach wie vor großen Einfluss auf das Verfahren zur Nominierung der Kandidaten aus. Vermutlich hat dies Einiges Russland bei allen seit damals erfolgten Gouverneurswahlen begünstigt. ⁽⁹⁴⁾ Anlässlich der Regional- und Kommunalwahlen von 2015 meldete Freedom House, dass die Namen praktisch aller Kandidaten der Opposition von den Stimmzetteln entfernt wurden und sich nur 61 % der nominierten Parteien registrieren lassen durften. ⁽⁹⁵⁾ Unterstrichen haben diesen Autoritätsverlust regionaler Führer aufgrund der erwähnten Reformen auch Maria Lipman, Autorin und Herausgeberin von Zeitschriften über russische Politik, sowie Nikolay Petrow, Professor an der Hochschule für Wirtschaft in Moskau, beide ehemalige Fellows am Carnegie Moscow Center. ⁽⁹⁶⁾

2015 begann die Regierung mit den Arbeiten an einer neuen regionalen Entwicklungspolitik, über die seit September 2016 diskutiert wird. ⁽⁹⁷⁾

⁽⁹⁴⁾ Rogoza, J., Federation without federalism. Relations between Moscow and the Regions, April 2014, pp. 13-14.

⁽⁹⁵⁾ Freedom House, Nations in Transit 2016 – Russia, 12 April 2016.

⁽⁹⁶⁾ Lipman, M. and Petrov, N., The Future of Domestic Politics, 2016, p. 18.

⁽⁹⁷⁾ Präsident Russlands, Sitzung des Sicherheitsrates, 22. September 2016.

2. Staatlichen Schutz bietende Akteure in der Russischen Föderation und gefährdete Gruppen

In strafrechtliche Ermittlungen sind mehrere staatliche Akteure eingebunden: die **Polizei (MVD)**, das **Untersuchungskomitee (SK)**, die **Staatsanwaltschaft**, **Gerichte**. Die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Akteuren und die Phasen einer Ermittlung sind äußerst komplex. Eine vom Institut für Rechtsstaatlichkeit (IRL) ⁽⁹⁸⁾ und der NRO Bürgerinitiativenausschuss (KGI) 2016 veröffentlichte Illustration bietet einen guten Überblick über die beteiligten Parteien und die einzelnen Phasen. ⁽⁹⁹⁾

Die Arbeit der Ermittlungsbehörden ist in der russischen Strafprozessordnung (CPC) geregelt. ⁽¹⁰⁰⁾ Die Aufteilung von Fällen auf MVD und SK ist Gegenstand von Artikel 151 CPC. ⁽¹⁰¹⁾ Das SK ist im Allgemeinen zuständig für Ermittlungen bei schweren und sehr schweren Straftaten (z. B. Mord, Vergewaltigung, Verbrechen an Minderjährigen, Straftaten im Zusammenhang mit den verfassungsmäßigen Rechten einer Person; Bestechlichkeit und Fehlverhalten von Beamten). Das MVD ermittelt bei gewöhnlichen Delikten, die nicht in die andere Zuständigkeit fallen, darunter Ordnungswidrigkeiten, Straftaten gegen die Gesundheit einer Person, Eigentumsdelikte und Wirtschaftsstraftaten. ⁽¹⁰²⁾

Die CPC kennt zwei Arten von Ermittlungen: Untersuchung und Voruntersuchung. ⁽¹⁰³⁾ Die Untersuchung ist eine Ermittlung bei Verdacht auf geringfügige Straftaten ⁽¹⁰⁴⁾, die innerhalb von 30 Tagen abgeschlossen werden muss ⁽¹⁰⁵⁾. Im Untersuchungsverfahren ⁽¹⁰⁶⁾ erfolgt keine Anklageerhebung; nach Abschluss eines Falls legt der Ermittler dem Beschuldigten die Anklageschrift vor und leitet sie an den Staatsanwalt weiter. ⁽¹⁰⁷⁾ Der Staatsanwalt hat dann binnen zwei Tagen eine der folgenden Entscheidungen zu treffen: 1) Billigung der Anklageschrift und Weiterleitung der Sache an das Gericht; 2) Rückverweisung der Sache zwecks weiterer Untersuchung; 3) Abschluss der Sache; 4) Weiterleitung der Sache zwecks Voruntersuchung. ⁽¹⁰⁸⁾

Die Voruntersuchung ist bei Verdacht auf schwere Straftaten durchzuführen ⁽¹⁰⁹⁾ und muss binnen zwei Monaten abgeschlossen sein ⁽¹¹⁰⁾. Der Ermittler verfügt über umfangreiche Befugnisse: Er entscheidet über alle Beweismittel, die in die Akte betreffend die Strafsache aufgenommen werden, darunter auch Beweismittel, die vom Verteidiger vorgelegt werden. Der Ermittler kann auch über die Inhaftierung eines Verdächtigen und, was noch wichtiger ist, darüber entscheiden, ob ein Verdächtiger angeklagt wird, zunächst im Wege der Anklageschrift, und später durch die Feststellung einer Schuld/Anklageerhebung ⁽¹¹¹⁾. Der Oberstaatsanwalt muss die Feststellung einer Schuld/

⁽⁹⁸⁾ Das Institut für Rechtsstaatlichkeit (Institut Problem Pravoprimereniya, IRL) gehört zur unabhängigen Europäischen Universität in St. Petersburg.

⁽⁹⁹⁾ IRL and KGI, Police department in clear terms, 2016. Die Illustration kann abgerufen werden unter (http://www.enforce.spb.ru/images/infographics/otdelenie_english.pdf).

⁽¹⁰⁰⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001.

⁽¹⁰¹⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 151.

⁽¹⁰²⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, pp. 27-28; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 15; Galeotti, M., Purges, power and purpose: Medvedev's 2011 police reforms, 2012; KGI, Who needs the current reform of the law enforcement organs and why all instances will be against, 18 November 2013; Expert of the Russian NGO Committee for Prevention of Torture, email response, 2 November 2015.

⁽¹⁰³⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 150.

⁽¹⁰⁴⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 150(3).

⁽¹⁰⁵⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 223(3).

⁽¹⁰⁶⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Articles 223-226.

⁽¹⁰⁷⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 225.

⁽¹⁰⁸⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 226.

⁽¹⁰⁹⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 150(2).

⁽¹¹⁰⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 162.

⁽¹¹¹⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Articles 171-172, Articles 220-221; Paneyakh, E., Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege, 2014, p. 122; Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 139.

Anklageerhebung billigen, bevor sie an das Gericht gesandt wird. ⁽¹¹²⁾ Nach Auffassung des IRL „ist es in Russland eigentlich der Ermittler, der letztendlich darüber entscheidet, ob eine Person einer Straftat für schuldig befunden wird“. ⁽¹¹³⁾

In den folgenden Kapiteln werden die an strafrechtlichen Ermittlungen beteiligten staatlichen Akteure (MVD, SK, Staatsanwaltschaft, Gerichte) und der Menschenrechtsbeauftragte, der die Funktion eines Bürgerbeauftragten hat, näher beschrieben. Im Anschluss daran findet sich ein Kapitel über gefährdete Gruppen, das einen Überblick über die Vorgehensweise von Behörden und der Justiz bei Beschwerden von Minderheiten und Frauen vermittelt.

2.1 Innenministerium (MVD) und Polizei

Die russische Polizei gehört zum und wird beaufsichtigt vom Innenministerium (Ministerstvo Vnutrennykh Del—MVD), der föderalen Exekutivbehörde für innere Angelegenheiten in der RF; wenn Autoren von der russischen Polizei sprechen, verwenden sie dafür häufig die Abkürzung MVD.

In diesem Abschnitt werden nur die Teile des MVD behandelt, an die sich Bürger wenden können, um Schutz zu erhalten. Sonderpolizeikräfte wie OMON (seit Mai 2016 der Nationalgarde der Föderation unterstehend) sind daher nicht Gegenstand dieses Berichts.

A. Allgemeines

2.1.1 Historischer Hintergrund

Das sowjetische Erbe und der Wandel der russischen Gesellschaft in den 1990er Jahren sind in vielerlei Hinsicht der Schlüssel zum Verständnis der modernen russischen Polizei (bis 2011 *Militsiya* genannt). In einer vergleichenden Studie der Polizeiarbeit nach politischen und gesellschaftlichen Übergangszeiten beschreiben Matthew Light et al., wie die Polizei unter dem kommunistischen Regime der Sowjetunion fester Bestandteil eines „intrusiven, proaktiven und ideologischen“ Sicherheitsapparats war und auf politischer Indoktrinierung beruhte. ⁽¹¹⁴⁾

Unter dem Sowjetregime war das MVD nicht nur mit normalen Strafverfolgungstätigkeiten betraut, sondern hatte auch die Aufgabe, repressive Maßnahmen der Regierung umzusetzen und eine weitreichende Überwachung der Bürger vorzunehmen. Die meisten Polizeibeamten stammten aus unterprivilegierten Kreisen und erhielten eine schlechte Ausbildung. ⁽¹¹⁵⁾ Sie unterlagen einem strengen System der Leistungsbeurteilung mit Quartalszielen ⁽¹¹⁶⁾, das zu gefälschten Berichten geradezu aufforderte ⁽¹¹⁷⁾. In vielerlei Hinsicht wies die sowjetische Polizei die Merkmale eher einer paramilitärischen Organisation als einer Polizeitruppe auf ⁽¹¹⁸⁾ – erst 2011 wurde sie von *militsiya* in Polizei umbenannt ⁽¹¹⁹⁾.

Der Übergang vom Kommunismus in den 1990er Jahren und die tief greifende Wirtschaftskrise hatten schwere Auswirkungen auf die Kultur des MVD und seiner Mitarbeiter. ⁽¹²⁰⁾ Sinkende Gehälter und Leistungen sowie die hohe Inflationsrate zwangen viele Polizeibeamte dazu, ihre Gehälter mit gesetzwidriger Nebenbeschäftigung und Erpressung aufzubessern. ⁽¹²¹⁾ Viele Dienststellen des MVD wurden regionalisiert: Plötzlich waren Polizeibeamte nicht mehr für die Föderation tätig, sondern dienten regionalen Gouverneuren, die die Polizei dazu nutzten, gegen ihre politischen oder geschäftlichen Widersacher vorzugehen. ⁽¹²²⁾

⁽¹¹²⁾ Paneyakh, E., Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege, 2014, pp. 122-123.

⁽¹¹³⁾ Titaev, K. and Shklyaruk, M., *Investigators in Russia*, 2016, p. 115.

⁽¹¹⁴⁾ Light, M., Prado, M. M. and Wang, Y., Policing following political and social transitions: Russia, Brazil, and China compared, 2015, pp. 220-221; see also Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 93.

⁽¹¹⁵⁾ Light, M., Prado, M. M. and Wang, Y., Policing following political and social transitions: Russia, Brazil, and China compared, 2015, pp. 220-221.

⁽¹¹⁶⁾ McCarthy, L. A., Local-level law enforcement: Muscovites and their uchestkovyy, 5 December 2013.

⁽¹¹⁷⁾ Light, M., Prado, M. M. and Wang, Y., Policing following political and social transitions: Russia, Brazil, and China compared, 2015, p. 221.

⁽¹¹⁸⁾ Light, M., Prado, M. M. and Wang, Y., Policing following political and social transitions: Russia, Brazil, and China compared, 2015, p. 221.

⁽¹¹⁹⁾ Light, M., Prado, M. M. and Wang, Y., Policing following political and social transitions: Russia, Brazil, and China compared, 2015, pp. 220-221; Semukhina, O. B., From Militia to Police: The Path of Russian Law Enforcement Reforms, 30 June 2014, p. 2.

⁽¹²⁰⁾ Light, M., Prado, M. M. and Wang, Y., Policing following political and social transitions: Russia, Brazil, and China compared, 2015, p. 221; Gladarev, B., *Russian Police before the 2010-2011 Reform: A Police Officer's Perspective*, 2012.

⁽¹²¹⁾ Light, M., Prado, M. M. and Wang, Y., Policing following political and social transitions: Russia, Brazil, and China compared, 2015, p. 221; Gladarev, B., *Russian Police before the 2010-2011 Reform: A Police Officer's Perspective*, 2012.

⁽¹²²⁾ Light, M., Prado, M. M. and Wang, Y., Policing following political and social transitions: Russia, Brazil, and China compared, 2015, pp. 221-222.

Nach Ansicht von Boris Gladarew, einem ehemaligen hochrangigen Polizeibeamten, der mit dem Zentrum für unabhängige Sozialforschung in St. Petersburg in Verbindung steht, waren die Schwierigkeiten beim Übergang zu einer demokratischen, gut funktionierenden Polizei der Vorherrschaft der Hierarchie über die Rechtsstaatlichkeit, dem weit verbreiteten Einsatz repressiver Methoden in der Polizeiarbeit und dem internen Leistungsbeurteilungssystem geschuldet. ⁽¹²³⁾

Olga Semukhina, Assistant Professor für Kriminologie und Recht an der Marquette University, und K. Michael Reynolds, Professor an der University of Central Florida und ehemaliger Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden, teilen diese unerfreuliche Darstellung der Entwicklung der postsowjetischen russischen Polizei bis 2008. Ihrer Auffassung nach ist es mit den Reformen bis 2008 nicht gelungen, eine demokratische Polizei aufzubauen: Völlig unberührt von den Veränderungen blieb die „ausgeprägt hierarchische, zentralisierte und militarisierte Natur des MVD“, dem es auch weiterhin an interner und externer Aufsicht und Rechenschaftspflicht mangelte. ⁽¹²⁴⁾

2.1.2 Die Reform von 2011

2009 kündigte der damalige Präsident Dmitri Medwedew Pläne für eine umfassende Reform der Polizei an, und am 1. März 2011 trat das neue Polizeigesetz in Kraft. Im Mittelpunkt der Reform standen im Wesentlichen vier große Bereiche: 1) der Wechsel von der Bezeichnung *militsiya* zu dem international üblichen Namen *politsiya*; 2) Abbau von Personal (durch Entlassung ungeeigneter Polizisten) und Gehaltserhöhungen; 3) Rezentralisierung des Haushalts und der Dienststellen, die nach 1991 regionaler Kontrolle unterstanden, und 4) Veränderungen am heftig kritisierten starren Leistungsbeurteilungssystem. ⁽¹²⁵⁾ Semukhina merkt an, dass die Reform es nicht geschafft hat, umfassende strukturelle Veränderungen einzuleiten, und keine konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption in Polizeikreisen enthielt. ⁽¹²⁶⁾ Das Polizeigesetz von 2011 sollte für die Tätigkeit von Strafverfolgungsbehörden einen Menschenrechtsrahmen vorgeben und beschnitt einige der früheren Befugnisse der Polizei. ⁽¹²⁷⁾

2012 leitete der neue Innenminister weitere Veränderungen innerhalb der Polizei ein. Alle höheren Beamten werden nunmehr für die von ihren Untergebenen begangenen Straftaten persönlich zur Verantwortung gezogen. Innerhalb des Untersuchungskomitees wurde eine unabhängige Stelle eingerichtet, deren ausschließliche Aufgabe darin besteht, bei allen von Polizeibeamten begangenen Straftaten zu ermitteln und sie strafrechtlich zu verfolgen; damit sollte der ineffizienten Streuung der Zuständigkeiten zwischen Staatsanwaltschaft, Föderalem Sicherheitsdienst und staatlichem Untersuchungskomitee ein Ende bereitet werden. ⁽¹²⁸⁾

Zwar sehen einige Autoren die Reformen nach 2008 als Ausdruck „ernsthafter Bemühungen“, angesichts des Misstrauens der Öffentlichkeit gegenüber der Polizei „die Legitimität und Wirksamkeit des MVD zu stärken“ ⁽¹²⁹⁾, doch weisen Kritiker auf das Fehlen eines klaren Konzepts und auf fehlende Unterstützung innerhalb des MVD für einen echten Wandel bei der Polizei hin. ⁽¹³⁰⁾ Mehr als 90 % der Polizeibeamten behielten nach einer internen Überprüfung ihren Posten ⁽¹³¹⁾, die Gehaltserhöhungen konnten die Inflationsrate nicht ausgleichen ⁽¹³²⁾, und das neue System für die Leistungsbeurteilung enthielt noch immer strenge Zielvorgaben von oben ⁽¹³³⁾. Laut Semukhina schwächte auch die Tatsache, dass der Präsident die Polizei fest im Griff hat, die Aussichten auf eine ernstzunehmende Rechenschaftspflicht. ⁽¹³⁴⁾

Human Rights Watch (HRW) kritisierte das Polizeigesetz von 2011 als „zurückbleibend hinter dem, was erforderlich ist, um Verletzungen von Menschenrechten durch Beamte von Strafverfolgungsbehörden am ehesten zu verhindern und eine zivile Kontrolle des Polizeiwesens zu gewährleisten“ ⁽¹³⁵⁾. Die Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH) und das Anti-Diskriminierungszentrum – ADC Memorial wiesen darauf hin, dass das Gesetz zwar großes

⁽¹²³⁾ Gladarew, B., Russian Police before the 2010-2011 Reform: A Police Officer's Perspective, 2012.

⁽¹²⁴⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 107.

⁽¹²⁵⁾ Semukhina, O. B., From Militia to Police: The Path of Russian Law Enforcement Reforms, 30 June 2014, p. 2, note 3.

⁽¹²⁶⁾ Semukhina, O. B., From Militia to Police: The Path of Russian Law Enforcement Reforms, 30 June 2014, p. 2.

⁽¹²⁷⁾ Robertson, A., Police Reform and Building Justice in Russia: Problems and prospects, 2013, p. 168.

⁽¹²⁸⁾ Semukhina, O. B., From Militia to Police: The Path of Russian Law Enforcement Reforms, 30 June 2014, p. 3.

⁽¹²⁹⁾ Cheloukhine, S. et al., Police integrity in Russia, 2015, p. 157.

⁽¹³⁰⁾ Galeotti, M., Purges, power and purpose: Medvedev's 2011 police reforms, 2012; Semukhina, O. B., From Militia to Police: The Path of Russian Law Enforcement Reforms, 30 June 2014, p. 4.

⁽¹³¹⁾ Semukhina, O. B., From Militia to Police: The Path of Russian Law Enforcement Reforms, 30 June 2014, p. 2.

⁽¹³²⁾ Semukhina, O. B., From Militia to Police: The Path of Russian Law Enforcement Reforms, 30 June 2014, p. 2.

⁽¹³³⁾ McCarthy, L. A., The Day-to-Day Work of the Russian Police, 30 June 2014, p. 6.

⁽¹³⁴⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 244.

⁽¹³⁵⁾ HRW, World Report 2011, 24 January 2011; see also AI, Amnesty International Report 2012 – The State of the World's Human Rights, 24 May 2012.

Gewicht auf die Schutzfunktion der Polizei für ethnische und kulturelle Minderheiten legt, dass es aber auch 2011 und 2012 Übergriffe gegen Roma, Ausländer, LGBT-Aktivist*innen (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle) und ihre Unterstützer gab und es bei solchen Übergriffen nur geringe oder gar keine Bereitschaft gab, wirksame Ermittlungen anzustellen und jemanden zur Verantwortung zu ziehen. ⁽¹³⁶⁾

2.1.3 Derzeitiger Rechtsrahmen, derzeitige Struktur und Autorität

Seit 2011 ist die Arbeit des MVD im Föderationsgesetz Nr. 3-FZ „Über die Polizei“ geregelt. ⁽¹³⁷⁾ Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung von Straftaten, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Schutz von Personen, der Gesellschaft und des Staates vor rechtswidrigen Eingriffen, einschließlich Zeugenschutz, gehören zu den Hauptaufgaben der Polizei. ⁽¹³⁸⁾ Wie bereits unter Punkt 2.1.2 Die Reform von 2011 ausgeführt, unterstreicht das Gesetz die Rolle der Polizei beim Schutz von Bürgern und bei der Wahrung der Menschenrechte.

Die Polizei ist Teil des Innenministeriums (Ministerstvo vnutrennikh del – MVD). Das MVD nimmt seine Aufgaben durch eine Reihe struktureller Untereinheiten wahr, die es jeweils auf Ebene des ganzen Landes, der Föderationskreise, der Regionen und der Kommunen gibt. ⁽¹³⁹⁾ Die nachstehend aufgeführten Abteilungen sind die relevantesten für diesen Bericht und sind auf allen Ebenen des MVD zu finden:

- Abteilung Ermittlungen – zuständig für Voruntersuchungen von Straftaten;
- Abteilung Durchsuchung – arbeitet mit Informanten, Abhöreinrichtungen usw.;
- Abteilung Untersuchungen – zuständig für Ermittlungen bei weniger schweren Straftaten;
- Abteilung Operative Nachforschungen und Information – Datenbanken mit Informationen über Verdächtige, Vermisste usw.;
- Abteilung Extremismusbekämpfung;
- Abteilung Interne Sicherheit – ermittelt bei Fehlverhalten von Polizeibeamten und Mitarbeitern des MVD. ⁽¹⁴⁰⁾

Wie in anderen Ministerien änderten sich im Verlauf der diversen Reformen der Strafverfolgung in den vergangenen Jahren auch im MVD die interne Organisation und die Namen der Abteilungen. ⁽¹⁴¹⁾

Die Operativen Nachforschungen und Informationen des MVD unterstützen die Ermittlungsbehörden innerhalb und außerhalb des MVD, die bei schweren Straftaten ermitteln, damit diese rechtlich zulässige Beweismittel erlangen und strafrechtliche Dossiers erstellen, die der Staatsanwaltschaft vorgelegt werden können. Die Untersuchung, die binnen 30 Tagen abgeschlossen sein muss ⁽¹⁴²⁾, bietet eine kürzere Form der Ermittlungen bei geringfügigen Straftaten ⁽¹⁴³⁾.

Das MVD hat auch Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten. ⁽¹⁴⁴⁾ Das bedeutet in der Regel, dass es bei Taten ermittelt und entscheidet, die zwar gegen das Gesetz verstoßen, nach russischem Recht aber keine Straftat sind. ⁽¹⁴⁵⁾ Die Polizeistations- und Streifendienste des MVD sind für den Streifendienst in den Straßen zuständig. Zu den Hauptaufgaben des Posten- und Streifendienstes gehören der Schutz von Leben und Eigentum, die Entgegennahme von Beschwerden der Öffentlichkeit, die Prävention von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten und der Schutz von Tatorten. In Moskau und St. Petersburg, den beiden Städten mit besonderen Meldeverpflichtungen, kontrollieren die Polizeistations- und Streifendienste auch, ob die Bürger den Meldeverpflichtungen nachgekommen sind. ⁽¹⁴⁶⁾

Innerhalb der Polizei befassen sich auf kommunaler Ebene tätige Spezialeinheiten mit jugendlichen Straftätern. Einheiten der Verkehrspolizei sind für die Ausstellung von Führerscheinen, die Registrierung von Fahrzeugen und die allgemeine Durchsetzung der Straßenverkehrsregeln zuständig. Die Polizei ist ferner für die Erteilung von Lizenzen

⁽¹³⁶⁾ FIDH and ADC Memorial, Roma, Migrants, Activists: Victims of Police Abuse, 2012, pp. 3, 26/27, 43, 46/27.

⁽¹³⁷⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 3-FZ “On the Police”, 7 February 2011.

⁽¹³⁸⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 3-FZ “On the Police”, 7 February 2011, Article 2.

⁽¹³⁹⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, pp. 119-131.

⁽¹⁴⁰⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, pp. 119-131.

⁽¹⁴¹⁾ Galeotti, M., Purges, power and purpose: Medvedev’s 2011 police reforms, 2012.

⁽¹⁴²⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 223(3).

⁽¹⁴³⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, pp. 136-141; Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 150(3).

⁽¹⁴⁴⁾ Pravo.gov.ru, Code of Administrative Offences of the Russian Federation No 195-FZ, 30 December 2001.

⁽¹⁴⁵⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, pp. 141-142.

⁽¹⁴⁶⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 142; Eurasianet, Russia: What Interior Ministry Reform Means for the Migration and Drug Control Services, 9 May 2016.

an Privatdetektive und Sicherheitsfirmen sowie für Feuerwaffen verantwortlich. Seit der Reform von 2011 ist die Polizei nicht mehr für Passangelegenheiten und die Registrierung von Bürgern oder Ausländern zuständig. Diese Zuständigkeiten wurden an den [damaligen] Föderalen Migrationsdienst⁽¹⁴⁷⁾ – heute GUVM⁽¹⁴⁸⁾ – übertragen, der 2016 dem Innenministerium unterstellt wurde.⁽¹⁴⁹⁾

B. Kapazität der Polizei

2.1.4 Mittelausstattung

Seit 2012 unterstehen dem MVD unter der Leitung des Innenministers und seiner Stellvertreter Polizeikräfte in einer Stärke von rund 1,2 Millionen Angehörigen.⁽¹⁵⁰⁾ Der Großteil der praktischen Polizeiarbeit findet auf kommunaler Ebene statt. Es gibt in Russland rund 2 000 örtliche Polizeibehörden, die jeweils für ungefähr 50 000 bis 100 000 Einwohner zuständig sind.⁽¹⁵¹⁾ Anfang 2014 veröffentlichte die Regierung der Föderation ein neues Haushaltsprogramm für die Polizei, das eine Mittelausstattung von 255 Mrd. Dollar für den Zeitraum 2014-2020 vorsah.⁽¹⁵²⁾

Von den rund 1,2 Millionen Bediensteten sind nach offiziellen Zahlen rund 870 000 Polizeibeamte (ohne Sicherungstreitkräfte). Umgerechnet bedeutet dies 611 Polizisten auf 100 000 russische Bürger – das sind fast doppelt so viele wie in den USA, in Deutschland, Frankreich und Polen.⁽¹⁵³⁾ Kennern des russischen Strafverfolgungssystems zufolge spiegeln die offiziellen Statistiken nicht die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Polizei wider. So ist beispielsweise nur schwer eine Aussage darüber möglich, wie viele Polizeibeamte tatsächlich operativ tätig sind.⁽¹⁵⁴⁾ Nach Schätzungen von Mark Galeotti, der beim Institut für Internationale Beziehungen Prag Forschung in Sachen russischer Sicherheitsdienste anstellt, sind rund 40-45 % aller bei der Polizei Beschäftigten „echte Polizisten“⁽¹⁵⁵⁾. Wie in 2.1.2 Die Reform von 2011 beschrieben, griff die Reform von 2011 diese Probleme nur unzureichend auf und wurde sie nur mangelhaft umgesetzt.

2.1.5 Ausbildung und Rekrutierung

Das MVD betreibt im ganzen Land rund 23 Ausbildungseinrichtungen, die einen Bachelor-Studiengang in Jura und anderen Fächern wie Wirtschaft, Finanzen und Sozialarbeit anbieten.⁽¹⁵⁶⁾ Der Lehrplan enthält auch die Unterweisung in militärischen Fähigkeiten und „praktischen“ Unterricht im Einsatz von Instrumenten der Strafverfolgung und in menschenrechtsorientiertem Einsatz von Gewalt, und dies zu Lasten der Ausbildung in rechtlichen Fragen⁽¹⁵⁷⁾, weshalb sich neu eingestellte Polizisten bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit in einer Polizeidienststelle schlecht vorbereitet fühlen⁽¹⁵⁸⁾. Für die Aufnahme an einer Hochschule des MVD benötigt der künftige Studierende eine Empfehlung einer bestimmten Polizeidienststelle und muss er sich damit einverstanden erklären, nach seinem Abschluss dort zu arbeiten.⁽¹⁵⁹⁾

In dem Gesetz über den Dienst in den Abteilungen des MVD sind die Kriterien für die Einstellung als Polizist festgelegt. Ein Rekrut muss zwischen 18 und 23 Jahren alt und in guter körperlicher und seelischer Verfassung sein und darf nicht vorbestraft sein.⁽¹⁶⁰⁾ Für Führungspositionen sowie die Tätigkeit als Ermittler ist eine höhere juristische Ausbildung

⁽¹⁴⁷⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, pp. 143-146.

⁽¹⁴⁸⁾ Official website of the General Directorate for Migration Affairs, n.d.

⁽¹⁴⁹⁾ Eurasianet, *Russia: What Interior Ministry Reform Means for the Migration and Drug Control Services*, 9 May 2016.

⁽¹⁵⁰⁾ Taylor, B. D., *State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism*, 2011, p. 46.

⁽¹⁵¹⁾ McCarthy, L., *The Day-to-Day Work of the Russian Police*, in *Russian Analytical Digest*, No 151, 30 June 2014, p. 5.

⁽¹⁵²⁾ Semukhina, O. B., *From Militia to Police: The Path of Russian Law Enforcement Reforms*, 30 June 2014, p. 3.

⁽¹⁵³⁾ Taylor, B. D., *State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism*, 2011, p. 47.

⁽¹⁵⁴⁾ Galeotti, M., *Purges, power and purpose: Medvedev's 2011 police reforms*, 2012; Taylor, B. D., *State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism*, 2011, p. 47; Galeotti, M., *Is Russia really the world's most heavily policed state?* No, 12 October 2013; McCarthy, L. A., *The Day-to-Day Work of the Russian Police*, 30 June 2014.

⁽¹⁵⁵⁾ Galeotti, M., *Purges, power and purpose: Medvedev's 2011 police reforms*, 2012; see also Le Huérou, A. and Sieca-Kozłowski, E., «[...] Local police officers are accused of violence [...] but case officers have an opportunity to commit acts of violence with impunity» – Interview with Ekaterina Khozhdaeva, Associate Professor in Sociology, Kazan State Technical University, conducted in Paris, 3 April 2012, 2012.

⁽¹⁵⁶⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 147.

⁽¹⁵⁷⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 148.

⁽¹⁵⁸⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 148.

⁽¹⁵⁹⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 147.

⁽¹⁶⁰⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 342-FZ "On the service in the Internal Affairs units of the RF and on amendments to a number of legislative acts of the RF", 30 November 2011, Article 17.

erforderlich. Bevorzugt werden zwar Rekruten, die ihre Ausbildung an einer der MVD-Akademien absolviert haben, doch wird auch ein Studium an einer normalen Universität akzeptiert. Für eine Tätigkeit als Streifenpolizist, Verkehrspolizist oder Bezirkspolizist ist keine akademische Ausbildung erforderlich; hierfür benötigen die Rekruten lediglich eine Ausbildung an einer der Ausbildungseinrichtungen des MDV. ⁽¹⁶¹⁾

Nach Angaben von Semukhina und Reynolds besteht bei der Polizei anhaltender Mangel an qualifizierten Mitarbeitern. Offiziell besteht die Regel, der zufolge ein Absolvent einer der MVD-Akademien eine Stelle bei der Dienststelle innerhalb des MVD anzutreten hat, die ihn ursprünglich für einen Platz an der Akademie empfohlen hat. In der Praxis, so dieselbe Quelle, haben viele Studierende keineswegs die Absicht, für das MVD zu arbeiten und schreiben sich an den Akademien nur ein, um eine kostenlose juristische Ausbildung zu erhalten und den Militärdienst zu vermeiden. ⁽¹⁶²⁾ Daher müssen Stellen innerhalb des MVD, für die offiziell eine höhere juristische Ausbildung erforderlich ist, mit Mitarbeitern besetzt werden, die nicht zwangsläufig die erforderliche Qualifikation erworben haben. Mehr als die Hälfte der höheren Beamten und Ermittler hat kein Studium absolviert. ⁽¹⁶³⁾ In dem Bemühen, diesem „Brain Drain“ entgegenzuwirken, steht im Gesetz, dass Studierende an den Akademien nach dem Abschluss fünf Jahre im MVD Dienst tun oder die Kosten für ihre Ausbildung zurückzahlen müssen. ⁽¹⁶⁴⁾

2.1.6 Leistungsbeurteilungssystem (Effizienz)

Ein zentrales Merkmal des russischen Polizeisystems ist das Leistungsbeurteilungssystem, häufig als *Palochnaya Sistema* (Sanktionssystem, Ankreuzsystem) bezeichnet. ⁽¹⁶⁵⁾ Trotz der mit der Polizeireform von 2011 eingeführten Änderungen blieb das zuvor bestehende System weitgehend unangetastet. Das System verwendet drei quantitative Indikatoren für die Messung der Leistung auf Ebene des Einzelnen und der Dienststelle: die Zahl der aufgeklärten Fälle, also ob der Verdächtige tatsächlich angeklagt wurde; die Zahl der Ermittlungsfälle und die Zunahme der Fälle im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum. ⁽¹⁶⁶⁾ Es ist wichtig, aufzuzeigen, dass Fälle, die registriert wurden, auch gelöst wurden; dies ist ein nicht unerheblicher Faktor, der Einfluss auf die Motivation hat, Beschwerden nicht entgegenzunehmen – ein Fall, der registriert wird, aber nicht zu einer Anklageerhebung führt, wirft ein schlechtes Licht auf den Polizisten und auf die gesamte Polizeidienststelle. ⁽¹⁶⁷⁾

McCarthy merkt an, dass das *Palochnaya Sistema* in Verbindung mit den ausgeprägt hierarchischen Strukturen die Fähigkeit der Polizei beeinträchtigt, wirksam das Verbrechen zu bekämpfen, da enorme Ressourcen durch den bürokratischen Aufwand gebunden werden. Alle zentralen Aktivitäten müssen protokolliert und gemeldet werden, häufig an mehrere verschiedene Ebenen innerhalb der Verwaltung des MVD. Der Chef der Moskauer Polizeigewerkschaft hat einmal geschätzt, dass normale Polizeibeamte, die also die allgemeine Polizeiarbeit erledigen und den Kontakt zur Bevölkerung halten, bis zu 80 % ihrer Arbeitszeit mit Schreibearbeit verbringen. ⁽¹⁶⁸⁾

Siehe ferner [2.1.10 Leistungsbeurteilungssystem \(Integrität\)](#)

2.1.7 Kriminalstatistiken

Die Kriminalstatistiken des MVD belegen für die letzten fünf Jahre einen Rückgang bei mehreren Kategorien von Straftaten (z. B. Mord, Vergewaltigung, Raub). ⁽¹⁶⁹⁾ Amtliche russische Kriminalstatistiken sollten jedoch mit Vorsicht behandelt werden; die tatsächliche Zahl der Straftaten dürfte deutlich höher als die Zahl der registrierten Straftaten, und die Zahl der tatsächlich aufgeklärten Straftaten dürfte deutlich niedriger sein als angegeben. ⁽¹⁷⁰⁾

⁽¹⁶¹⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, pp. 147-148.

⁽¹⁶²⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 149.

⁽¹⁶³⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 148.

⁽¹⁶⁴⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 342-FZ “On the service in the Internal Affairs units of the RF and on amendments to a number of legislative acts of the RF”, 30 November 2011, Article 23.

⁽¹⁶⁵⁾ McCarthy, L. A., *The Day-to-Day Work of the Russian Police*, 30 June 2014, p. 6.

⁽¹⁶⁶⁾ McCarthy, L. A., *The Day-to-Day Work of the Russian Police*, 30 June 2014, p. 6; Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, pp. 149-150.

⁽¹⁶⁷⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, pp. 220-221.

⁽¹⁶⁸⁾ McCarthy, L. A., *The Day-to-Day Work of the Russian Police*, 30 June 2014, p. 6.

⁽¹⁶⁹⁾ FSSS, *Recorded Crimes*, 2016.

⁽¹⁷⁰⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, pp. 177-178; siehe [2.1.10 Leistungsbeurteilungssystem](#) zu möglichen Gründen für die Unzuverlässigkeit von Kriminalstatistiken.

Die Aufklärungsquoten in den amtlichen Statistiken bewegten sich zwischen 2003 und 2010 zwischen 45 % und 55 %. ⁽¹⁷¹⁾ Taylor weist auf die Ansicht von Vadim Volkow hin, der sagt: „Die Schwächen des russischen Staates (...) sind nicht auf unzureichendes Personal oder unzureichende Ressourcen zurückzuführen, sondern auf die Neigung staatlicher Zwangsorgane, eher Partikularinteressen und weniger dem Allgemeinwohl oder Interessen der Gesellschaft zu dienen“. ⁽¹⁷²⁾

C. Integrität der Polizei

2.1.8 Polizeiarbeit

Analysten unterstreichen, dass unabhängig vom tatsächlichen Ausmaß der Korruption innerhalb der Polizei in der russischen Öffentlichkeit die Meinung vorherrscht, es herrsche dort überwiegend räuberisches Verhalten. Analysten führen diese Wahrnehmung auf häufigen Amtsmissbrauch durch die Polizei und Korruption zurück. ⁽¹⁷³⁾

Der Wissenschaftler Brian Taylor erklärt dies mit einer Reihe von Faktoren. Erstens läuft in der russischen Bürokratie fast alles über Protektion; Einstieg und Aufstieg in den bürokratischen Strukturen erfolgen mit Hilfe von „Vitamin B“. Zweitens fehlt es der Regierung an einer Strategie für die Aufsicht; sie verlässt sich zu sehr auf interne Mechanismen und zu wenig auf externes Monitoring. Drittens gibt es keinen auf Wertvorstellungen beruhenden Auftrag für die Organisation, der an die Stelle der alten sowjetischen beruflichen Identität der Polizei hätte treten können. ⁽¹⁷⁴⁾

2.1.9 Rekrutierung und beruflicher Aufstieg

Nach Auffassung von Associate Professor Semukhina sind die offiziellen Verfahren für die Bewerbung und Aufnahme an den Akademien und Ausbildungseinrichtungen des MVD für die Polizei durch fehlende Integrität gekennzeichnet. Bewerbung und Zulassung erfolgen nach einem intransparenten System von persönlichen Empfehlungen bestimmter Abteilungen des MVD und weniger nach einem transparenten Wettbewerbssystem. ⁽¹⁷⁵⁾

Nach Auffassung von McCarthy ist die Beziehung zwischen normalen Polizeibeamten und ihren Vorgesetzten Ausdruck der strengen hierarchischen Unterordnung und der vertikalen Organisation des MVD. Sie bringt mit sich, dass vorgesetzte Beamte befugt sind, über Dienstpläne, die Beförderung von Beamten unterer Ränge und die Zahlung von Boni zu entscheiden. ⁽¹⁷⁶⁾ Semukhina weist darauf hin, dass das intransparente System von Beförderungen und Boni bei den Polizeibeamten ein Gefühl der Frustration hervorruft und sie von ihren Vorgesetzten abhängig macht. ⁽¹⁷⁷⁾

Das Grundgehalt für Polizeibeamte ist im Gesetz festgelegt, doch wird es durch ein komplexes System von Boni ergänzt, die auch benötigt werden, damit die Beamten über die Runden kommen. Zwar werden die Boni anhand objektiver Kriterien wie Dienstjahre und Rang berechnet, doch bleibt Vorgesetzten ein großer Spielraum, um weitere Boni zu gewähren oder, wenn sie mit der Arbeit eines Polizisten nicht zufrieden sind, für einen bestimmten Zeitraum Boni auszusetzen und Beförderungen zu verweigern. ⁽¹⁷⁸⁾

2.1.10 Leistungsbeurteilungssystem (Integrität)

Das Leistungsbeurteilungssystem bedeutet nicht nur für den einzelnen Polizeibeamten einen erheblichen Verwaltungsaufwand, sondern schafft auch Anreize, die Integrität der Polizeiarbeit zu unterminieren. Nach Meinung von McCarthy verleitet der hohe Druck, akzeptable Statistiken zu produzieren, die Beamten dazu, nur Fälle zu eröffnen, von denen sie wissen, dass sie auch gelöst werden können. Am häufigsten kommt dies bei strafrechtlichen Ermittlungen vor. Wenn eine Strafsache zur Anzeige gebracht wurde, hängt die Entscheidung über die Aufnahme

⁽¹⁷¹⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 176.

⁽¹⁷²⁾ Taylor, B. D., *State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism*, 2011, p. 201.

⁽¹⁷³⁾ Taylor, B. D., *State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism*, 2011, pp. 180-182; siehe ferner Light, M., Prado, M. M. and Wang, Y., *Policing following political and social transitions: Russia, Brazil, and China compared*, 2015, pp. 216-217; Semukhina, O. B., *Disciplinary Issues of Russian Police and Police Reform of 2010-2011*, 2012; Zernova, M., *Russian Police and Transition to Democracy: Lessons from One Empirical Study*, 2013, p. 5.

⁽¹⁷⁴⁾ Taylor, B. D., *State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism*, 2011, pp. 26-33, 157.

⁽¹⁷⁵⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 153.

⁽¹⁷⁶⁾ McCarthy, L. A., *The Day-to-Day Work of the Russian Police*, 30 June 2014, p. 6.

⁽¹⁷⁷⁾ Semukhina, O. B., *Disciplinary Issues of Russian Police and Police Reform of 2010-2011*, 2012.

⁽¹⁷⁸⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, pp. 149-150; McCarthy, L. A., *The Day-to-Day Work of the Russian Police*, 30 June 2014, p. 6.

offizieller Ermittlungen nicht nur von den Aussichten ab, einen Verdächtigen ausfindig zu machen und zu verhaften, sondern auch von der Einschätzung der Beamten der Frage, ob der Fall am Ende zu einer offiziellen Anklage führen wird. Wird ein Fall ohne offizielle Anklage abgeschlossen, wird weder persönlich dem ihn bearbeitenden Beamten noch seiner Dienststelle insgesamt die darauf verwandte Zeit angerechnet. ⁽¹⁷⁹⁾

Semukhina und Reynolds erläutern hierzu, dass die Leistungsbeurteilung sinkende Zahlen bei Anzeigen belohnt und den Abschluss eines Falls wegen Rehabilitierung oder Freispruch des Verdächtigen bestraft. ⁽¹⁸⁰⁾ Eine von Semukhina und Reynolds zitierte Studie fand heraus, dass hinter Weigerungen von Polizeibeamten, Ermittlungen aufzunehmen, in bis zu 90 % der Fälle die Absicht stand, schwer aufklärbare Straftaten auszublenden. Die Weigerungen können erfolgen, indem das Opfer einer Straftat davon überzeugt wird, keine Anzeige zu erstatten, oder durch eine offizielle Verweigerung der Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen. In letzterem Fall wird der Anzeigende häufig nicht so rechtzeitig informiert, dass er gegen die Weigerung noch Einspruch erheben kann. ⁽¹⁸¹⁾ (Siehe [2.3.1 Staatsanwaltschaft, Auftrag, Aufsichtsbefugnisse](#), [2.3.3 Staatsanwaltschaft – Aufsichtsfunktion über die Ermittlung: Umgang mit Anzeigen einzelner Personen](#) und [2.3.12 Staatsanwaltschaft, Zuversicht/Vertrauen](#))

Nach Auffassung von Semukhina ist sich die Regierung zwar der zersetzenden Wirkung des Leistungsbeurteilungssystems auf die Verbrechensverhütung bewusst, doch blieben die Bemühungen, hieran im Zuge der Polizeireform von 2011/2012 etwas zu ändern, an der „Oberfläche“ und werden „Polizeibeamte noch immer bestraft, wenn sie die vorgegebenen Indikatoren der Kriminalstatistik nicht erreichen“. ⁽¹⁸²⁾ Die Verfasserin fügt hinzu, dass selbst Verbesserungen bei der Rechenschaftspflicht wie die persönliche Verantwortung von Vorgesetzten für von ihren Untergebenen begangene Straftaten Anreize bieten, Fehlverhalten nicht zu melden. ⁽¹⁸³⁾

McCarthy und Ella Paneyakh, eine Expertin für Strafverfolgung in Russland, schließen sich diesen Befunden bezüglich der nachteiligen Auswirkungen des Leistungsbeurteilungssystems an und dehnen sie auf weitere Teile des Strafjustizsystems einschließlich Staatsanwälte und Richter aus. ⁽¹⁸⁴⁾ Beide Verfasser verweisen auf die Tatsache, dass ein solches System die Erzwingung von Geständnissen und die Fabrikation fingierter Beweismittel fördert und „bequeme Verdächtige“ in den Mittelpunkt rückt. ⁽¹⁸⁵⁾

2.1.11 Korruption bei der Polizei

Nach Beschreibungen des US-Außenministeriums (US DoS) ist Korruption in allen Bereichen und auf allen Ebenen der russischen Regierung weit verbreitet. ⁽¹⁸⁶⁾ Nach Ansicht von Taylor ist die Korruption so zum System gehörend, dass niemand innerhalb der Strukturen irgendein Interesse an ihrer Bekämpfung hat – Korruption nimmt innerhalb der Hierarchie ab und zu. ⁽¹⁸⁷⁾ Serguei Cheloukhine et al. stellen ihre Analyse der Integrität der Polizei in den Kontext ihrer weiter gehenden Aussage, dass „das Phänomen der Korruption in Russland politische, wirtschaftliche, justizielle und soziale Systeme so tief durchdrungen hat, dass es keine Abweichung von der Norm mehr darstellt, sondern vielmehr die Norm ist“. ⁽¹⁸⁸⁾

Dies wird auch in der Wahrnehmung der Polizei durch die Öffentlichkeit deutlich. In den Augen der Bürger gehört die Polizei zu den korruptesten staatlichen Einrichtungen. ⁽¹⁸⁹⁾ Einer Umfrage des Levada-Center aus dem Jahr 2014 ist zu entnehmen, dass 39 % der Befragten aus der russischen Bevölkerung Polizeibedienstete für „höchst korrupt“ halten, 38 % halten sie für „durchschnittlich korrupt“ und 9 % für „am wenigsten korrupt“. ⁽¹⁹⁰⁾

⁽¹⁷⁹⁾ McCarthy, L. A., *The Day-to-Day Work of the Russian Police*, 30 June 2014, pp. 6-7.

⁽¹⁸⁰⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 228.

⁽¹⁸¹⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 178, p. 221.

⁽¹⁸²⁾ Semukhina, O. B., *Disciplinary Issues of Russian Police and Police Reform of 2010-2011*, 2012.

⁽¹⁸³⁾ Semukhina, O. B., *Disciplinary Issues of Russian Police and Police Reform of 2010-2011*, 2012.

⁽¹⁸⁴⁾ Paneyakh, E., *Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege*, 2014, pp. 116-117; McCarthy, L. A., *The Day-to-Day Work of the Russian Police*, 30 June 2014, p. 7.

⁽¹⁸⁵⁾ Paneyakh, E., *Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege*, 2014, pp. 116-117; McCarthy, L. A., *The Day-to-Day Work of the Russian Police*, 30 June 2014, p. 7; siehe ferner Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 221.

⁽¹⁸⁶⁾ US DoS, *2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia*, 13 April 2016.

⁽¹⁸⁷⁾ Taylor, B. D., *State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism*, 2011, pp. 169-170.

⁽¹⁸⁸⁾ Cheloukhine, S. et al., *Police integrity in Russia*, 2015, p. 179.

⁽¹⁸⁹⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, pp. 201-202.

⁽¹⁹⁰⁾ Levada-Center, *Corruption in the system of state authorities*, 18 November 2014.

Semukhina und Reynolds gehen auf die der weit verbreiteten Korruption zugrunde liegenden Gründe ein: Praktiken aus der vor-sowjetischen und sowjetischen Ära (vor allem das *blat*-System⁽¹⁹¹⁾, das auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weiter bestand), institutionelle Faktoren innerhalb der Polizei (z. B. hochmilitarisierte Struktur, fehlende Rechenschaftspflicht), eine schwache Zivilgesellschaft, wirtschaftliche Ursachen (Maximierung des Einkommens und Minimierung von Risiken) und eine Kultur der „Missachtung des Rechts“. (192)

Die Korruption bei der Polizei in Russland hat viele verschiedene Formen, von kleinen Bestechungsgeldern bis hin zu Unterstützung der organisierten Kriminalität. (193) Bestechungsgelder werden meist bei der Verkehrspolizei gezahlt; dabei handelt es sich in der Regel um relativ kleine Beträge. Ermittler in Strafsachen nehmen angeblich Bestechungsgelder an, um dann strafrechtliche Ermittlungen aufzunehmen oder zu beenden, Inhaftierte freizulassen oder Personen in Untersuchungshaft zu nehmen. (194)

Nach Angaben des Leiters der Interregionalen Vereinigung von Menschenrechtsorganisationen Agora, kann sich die Einstellung eines Falls mit Schmiergeldzahlungen, insbesondere bei Strafsachen, „erreichen“ lassen durch Aushandeln eines Deals mit den Ermittlern und dem Staatsanwalt, noch bevor die Sache vor Gericht kommt. (195) (siehe [2.3.11 Staatsanwaltschaft, Korruption](#))

Nach Auffassung von Semukhina und Reynolds gehören zu den gefährlichsten Formen der Korruption bei der Polizei in Russland „von oben angeordnete“ Aktivitäten im Zusammenhang mit unsichtbaren, gut koordinierten Dienstleistungen der Polizei für Gruppen der organisierten Kriminalität zusammen mit der Schutzgelderpressung von Unternehmen. (196) Taylor nennt hier Razzien, erzwungene Übernahmen, den Verkauf von Vermögenswerten und das so genannte „Roofing“. (197)

„Roofing“, (*Krysha*, auch als „Protection Racket“ (Schutzgelderpressung) bezeichnet), hat seine Wurzeln in der Liberalisierung der Wirtschaft in den 1990er Jahren, als die organisierte Kriminalität Unternehmen „Schutz“ vor anderen organisierten kriminellen Gruppen anbot. Anfang der 2000er Jahre begannen verschiedene Polizeieinheiten damit, beim Angebot von „Schutz“ zunehmend an die Stelle organisierter krimineller Gruppen zu treten; dieser „Schutz“ kann Immunität für Kriminelle vor Ermittlungen, das Durchsickernlassen von Informationen über laufende strafrechtliche Ermittlungen und die strafrechtliche Verfolgung geschäftlicher Konkurrenten umfassen. Häufig steht das „Roofing“ durch die Polizei in Verbindung mit legalen oder halblegalen privaten Sicherheitsunternehmen. Der Public Council of Russia meldete 2011, dass bis zu 90 % der befragten russischen Unternehmen für „Roofing“ zahlten. (198)

Wissenschaftler wie Chistyakova und Robertson zeichnen ein ganz ähnliches Bild. Zwar lassen sich die meisten Erpressungen als Korruption in kleinem Maßstab definieren, doch ist der Literatur zu entnehmen, dass die Polizei kriminellen Gruppen und Unternehmen ihre Dienste anbietet. Laut Chistyakova und Robertson gibt es Anhaltspunkte dafür, dass von einfachen Polizeibeamten erwartet wird, dass sie für höherrangige Beamte „kassieren“. (199)

Zu Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen innerhalb der Polizei gehört, dass hochrangige Beamte verpflichtet sind, Auskunft über ihr Einkommen und ihr Vermögen zu geben. Semukhina und Reynolds merken an, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für fragliche Umstände im Zusammenhang mit teuren Immobilien einzelner Beamter keine spürbaren Folgen gehabt hat. Die Staatsanwaltschaft stellte 9 000 Verstöße bei Einkommenserklärungen im Jahr 2010 fest, doch wurden gegen die Täter – 1 700 Polizeibeamte – lediglich Disziplinarmaßnahmen verhängt. (200)

Auch wenn das Thema eng mit dem Problem Korruption verknüpft ist (201), verdient der Machtmissbrauch im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen eine eigene Analyse.

(191) Austausch von „Gefälligkeiten beim Zugang“ zu öffentlichen Ressourcen über persönliche Kanäle; siehe das Glossar mit Einzelheiten.

(192) Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, pp. 206-210.

(193) Taylor, B. D., *State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism*, 2011, pp. 162-169.

(194) Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 219.

(195) Agora, Landinfo's interview with chairman, Oslo, 6 October 2015.

(196) Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 222.

(197) Taylor, B. D., *State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism*, 2011, pp. 162-169.

(198) Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, pp. 222-223.

(199) Chistyakova, Y. and Robertson, A., *Youtube Cops and Power Without Limits: Understanding Police Violence in 21st Century Russia*, 2012.

(200) Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 226.

(201) Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police*, 2013, p. 201.

2.1.12 Machtmissbrauch, Misshandlungen und Einsatz übermäßiger Gewalt

Zwar sind sich wissenschaftliche Literatur und Menschenrechtsberichte darin einig, dass polizeiliche Gewalt und Folter in Russland weit verbreitet sind⁽²⁰²⁾, doch unterstreichen Chistyakova und Robertson, dass es schwierig ist, an zuverlässige Daten über das Ausmaß polizeilicher Gewalt zu kommen, da die Polizei häufig die Registrierung von Verdächtigen verzögert und Opfer polizeilicher Gewalt wegen des mangelhaften Justizsystems und aus Angst vor gewalttätigen Repressalien von einer Anzeige von Fehlverhalten absehen. Darüber hinaus verschärft der Mangel an Transparenz bei der russischen Polizei, in der informelle „Ersuchen von oben“, das Vertuschen von Verbrechen und Korruption weit verbreitet sind, die scheinbar verborgene Natur polizeilicher Gewalt.⁽²⁰³⁾

Einer Studie aus dem Jahr 2007 ist zu entnehmen, dass rund 4 % der Russen in einem bestimmten Jahr unrechtmäßigen physischen oder psychischen Missbrauch durch Beamte von Strafverfolgungsbehörden erfahren haben. Dieselbe Studie kam zu dem Ergebnis, dass zwischen 40 und 60 % der zu einer Haftstrafe verurteilten Personen mit unrechtmäßigem physischem oder psychischem Missbrauch zu einem Geständnis gezwungen worden waren.⁽²⁰⁴⁾ Der Menschenrechtskommissar des Europarates stellt fest, dass Folter und Misshandlungen im Polizeigewahrsam schon seit Langem ein Problem sind, das in verschiedenen Berichten und in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte dokumentiert ist.⁽²⁰⁵⁾

Nach Angaben des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter (CPT) legt die hohe Zahl und Übereinstimmung der Vorwürfe, die seiner Delegation bei einem Besuch im Jahr 2012 vorgetragen wurden, nahe, dass die Polizei häufig zu Misshandlungen/Foltermethoden greift, vor allem in anderen Landesteilen Russlands als Moskau-Stadt und Sankt Petersburg. Die meisten gemeldeten Fälle betrafen mutmaßliche Misshandlungen/Folter bei ersten Vernehmungen, mit denen verschiedene Aussagen bewirkt oder Inhaftierte überredet werden sollten, als Informanten tätig zu werden⁽²⁰⁶⁾, ein Muster, das auch das US DoS⁽²⁰⁷⁾ und Chistyakova und Robertson⁽²⁰⁸⁾ erkannt haben. Die meisten, die gegenüber dem CPT angaben, in den ersten Vernehmungen nicht misshandelt worden zu sein, erklärten im Allgemeinen, sie seien auf frischer Tat gefasst worden oder hätten schnell die von ihnen erwarteten Aussagen unterzeichnet. In allen vom CPT aufgesuchten Regionen wurden verschiedene Formen von Drohungen gegen Inhaftierte erwähnt: Androhung körperlicher Misshandlungen oder der Hinrichtung; Androhung der Verlegung in eine Zelle mit anderen Häftlingen, die sie verletzen würden, sowie Drohungen gegen Familienangehörige.⁽²⁰⁹⁾

Nach Angaben einiger vom CPT befragter Polizeibeamter ist die tiefe Verwurzelung der Tendenz zur Misshandlung von Häftlingen auf mehrere Faktoren zurückzuführen, nämlich auf das blinde Vertrauen in Geständnisse als Beweismittel in Ermittlungen, auf den Mangel an eindeutigen Weisungen bezüglich des Verbots von Misshandlung und Folter, auf unklare Vorgaben der Polizeihierarchie bezüglich der Art und Weise, in der einer Straftat Verdächtige zu behandeln sind, sowie auf unzureichende Ausbildung.⁽²¹⁰⁾ Chistyakova und Robertson nennen auch das Leistungsbeurteilungssystem als eine Quelle von Misshandlungen. Da Knappheit an forensischen und anderen technologischen Ressourcen herrscht und es an Ausbildung in modernen Verhörtechniken fehlt, ist ein Geständnis die einzige Möglichkeit, Beweismittel zu sichern, die zu einer formalen Anklage führen. Mitunter sind Gewalt oder die Androhung von Gewalt der einzige Weg, rasch ein Geständnis zu bekommen. Da sich hohe Aufklärungsquoten positiv auf den zuständigen Beamten, aber auch auf die ganze Dienststelle auswirken, besteht hier ein Anreiz, auf derartige Methoden zurückzugreifen.⁽²¹¹⁾ Auch wenn es in dem Polizeigesetz von 2011 ausdrücklich verboten

⁽²⁰²⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016; FCO, Human Rights and Democracy Report 2014 – Section XII: Human Rights in Countries of Concern – Russia, 12 March 2015; CoE-CPT, Report to the Russian Government on the visit to the Russian Federation carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 21 May to 4 June 2012, 17 December 2013, p. 15.

⁽²⁰³⁾ Chistyakova, Y. and Robertson, A., Youtube Cops and Power Without Limits: Understanding Police Violence in 21st Century Russia, 2012.

⁽²⁰⁴⁾ Chistyakova, Y. and Robertson, A., Youtube Cops and Power Without Limits: Understanding Police Violence in 21st Century Russia, 2012.

⁽²⁰⁵⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 37.

⁽²⁰⁶⁾ CoE-CPT, Report to the Russian Government on the visit to the Russian Federation carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 21 May to 4 June 2012, 17 December 2013, pp. 17-19.

⁽²⁰⁷⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽²⁰⁸⁾ Chistyakova, Y. and Robertson, A., Youtube Cops and Power Without Limits: Understanding Police Violence in 21st Century Russia, 2012.

⁽²⁰⁹⁾ CoE-CPT, Report to the Russian Government on the visit to the Russian Federation carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 21 May to 4 June 2012, 17 December 2013, pp. 17-19.

⁽²¹⁰⁾ CoE-CPT, Report to the Russian Government on the visit to the Russian Federation carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 21 May to 4 June 2012, 17 December 2013, p. 19.

⁽²¹¹⁾ Chistyakova, Y. and Robertson, A., Youtube Cops and Power Without Limits: Understanding Police Violence in 21st Century Russia, 2012.

wurde, hat die Polizei doch exzessive Gewalt bei der Auflösung von Demonstrationen der politischen Opposition angewandt. Kommentatoren merken hierzu an, dass diese von Gewalt geprägte Vorgehensweise wohl durch die höchsten Ebenen der politischen Hierarchie abgesegnet ist. ⁽²¹²⁾

In Übereinstimmung mit Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte kommen Semukhina und Reynolds zu dem Schluss, dass Untersuchungen von Folter und Misshandlungen weitgehend im Sande verlaufen. ⁽²¹³⁾ Siehe [2.4.2 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte \(EGMR\)](#).

2.1.13 Aufsicht und rechtliche Garantien gegen Polizeimissbrauch

Nach Meinung von Cheloukhine et al. hätte die Polizei als eine große Organisation die Fähigkeit, Fehlverhalten ihrer Angehörigen aufzudecken und zu untersuchen. ⁽²¹⁴⁾ Ein Verbot von Folter und Misshandlung findet sich in der Verfassung, in der Strafprozessordnung und im Polizeigesetz. ⁽²¹⁵⁾

Die Beobachtungen des CPT während seines Besuchs in Russland im Jahr 2012 besagen, dass die gesetzliche Befristung des Polizeigewahrsams im Allgemeinen eingehalten wird; allerdings hielt die Polizei Personen, als Zeugen oder als Personen, die einer Ordnungswidrigkeit verdächtigt wurden, für Zeiträume fest, die zwischen mehreren Stunden und zwei Tagen betragen, bevor das erforderliche Haftprotokoll erstellt wurde. Nach Meinung des CPT unterminieren solche Praktiken Garantien und bergen sie ein größeres Misshandlungsrisiko. ⁽²¹⁶⁾ Ähnliche Praktiken erwähnt auch das US DoS ⁽²¹⁷⁾. Semukhina und Reynolds merken an, dass auch nach der Überarbeitung der Strafprozessordnung (CPC) im Jahr 2011 die Polizei noch immer über einen großen Spielraum bei der Verhängung von Untersuchungshaft verfügt, und dass Richter bei der Bewilligung von Verlängerungen sehr viel Respekt vor der Polizei zeigen. Die Strafprozessordnung bietet also keine ausreichenden Garantien gegen willkürliche Inhaftierung. ⁽²¹⁸⁾

Formale Garantien gegen Misshandlung (insbesondere Meldung des Gewahrsams, Hinzuziehung eines Anwalts und ärztliche Betreuung) greifen erst ab dem Zeitpunkt der ersten offiziellen Vernehmung, also mehrere Stunden (und mitunter noch länger) nach der Festnahme und einer ersten Befragung. Eine ganze Reihe von inhaftierten Personen, die vom CPT befragt wurden, gab an, zur Unterzeichnung von Geständnissen oder anderen Aussagen gezwungen worden zu sein, ohne dass ein Anwalt anwesend gewesen wäre. ⁽²¹⁹⁾ Nach Angaben des US DoS halten sich polizeiliche Ermittler in der Regel nicht an das Gesetz der Russischen Föderation, das diesen Personen das Recht auf den Beistand eines Anwalts ihrer Wahl garantiert. Stattdessen werden ihnen Anwälte gestellt, die den Strafverfolgungsbehörden freundlich gesinnt sind (so genannte „Taschen“-Verteidiger) und sich nicht im Geringsten für die im Gesetz verankerten Rechte ihrer Mandanten einsetzen. ⁽²²⁰⁾ Der CPT spricht von „mehreren Vorwürfen, Pflichtverteidiger seien von den Ermittlern selber ausgewählt und nicht von Anwaltskammern benannt worden“. ⁽²²¹⁾ In vielen Fällen, vor allem in entlegenen Regionen, gibt es keine Verteidiger für indigene Beschuldigte. ⁽²²²⁾

Der CPT berichtet, dass neu angekommene Häftlinge oberflächlich von nicht medizinischem Personal auf Gesundheitsprobleme und Verletzungen untersucht werden, und dass ärztliche Untersuchungen von Häftlingen in Krankenhäusern oder Haftanstalten in der Regel in Anwesenheit von nicht medizinischem Personal stattfinden. Die Delegation merkt ferner an, dass die Erfassung von Verletzungen im Allgemeinen unzureichend ist. Detaillierte ärztliche Untersuchungen von Personen, die angeben, misshandelt worden zu sein, werden häufig erst mit erheblicher Verzögerung durchgeführt. Solche Untersuchungen von Häftlingen müssen von einer Ermittlungs- oder Justizbehörde im Einklang mit einem langwierigen Verfahren (das bis zu einem Monat oder noch länger dauert) genehmigt werden.

⁽²¹²⁾ Chistyakova, Y. and Robertson, A., Youtube Cops and Power Without Limits: Understanding Police Violence in 21st Century Russia, 2012; siehe ferner AI, Anatomy of injustice: The Bolotnaya square trial, 10 December 2013

⁽²¹³⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 214.

⁽²¹⁴⁾ Cheloukhine, S. et al., Police integrity in Russia, 2015, p. 159.

⁽²¹⁵⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 213.

⁽²¹⁶⁾ CoE-CPT, Report to the Russian Government on the visit to the Russian Federation carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 21 May to 4 June 2012, 17 December 2013, p. 16.

⁽²¹⁷⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽²¹⁸⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 216.

⁽²¹⁹⁾ CoE-CPT, Report to the Russian Government on the visit to the Russian Federation carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 21 May to 4 June 2012, 22 December 2013, pp. 17-23.

⁽²²⁰⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016; US DoS, 2014 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 25 June 2015.

⁽²²¹⁾ CoE-CPT, Report to the Russian Government on the visit to the Russian Federation carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 21 May to 4 June 2012, 17 December 2013, p. 23.

⁽²²²⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016; US DoS, 2014 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 25 June 2015.

Damit verlieren diese Untersuchungen deutlich an Relevanz für die Sicherung zuverlässiger medizinischer Beweise für irgendeine körperliche Misshandlung. Im CPT-Bericht 2012 heißt es, dass es in der Republik Tatarstan Berichte über Gerichtsmedizin gibt, die sich weigern, Häftlinge zu untersuchen und deren Verletzungen zu erfassen. ⁽²²³⁾ Auch Chistyakova und Robertson beobachten, dass Opfer von Polizeigewalt nur eingeschränkt ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen können. ⁽²²⁴⁾

Das Versagen angemessener Garantien gegen Polizeimissbrauch ist ein Hinweis auf ein breiteres Versagen der internen und externen Aufsicht über polizeiliche Aktivitäten, auf die nachstehend eingegangen wird.

Interne Aufsichtsmechanismen

Nach Auffassung von Semukhina stellt die Polizei übermäßig auf interne quantitative Kontrollen ab und wehrt sich gegen eine externe Überwachung durch die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen. Die Abteilung Interne Sicherheit des MVD führt Untersuchungen durch und verhängt Sanktionen bei Verstößen gegen die Disziplinarordnung. In der Praxis stellen kleinere Verstöße noch keine Verletzung des Strafrechts dar. Strafsachen gegen Polizeibedienstete werden ausschließlich durch eine besondere Untereinheit des Untersuchungskomitees untersucht. ⁽²²⁵⁾

Mehrere Quellen besagen, dass während der beiden ersten Amtszeiten Putins als Staatspräsident der Staat aktiv Mechanismen für die Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit stilllegte und stattdessen interne Kontrollmechanismen förderte. ⁽²²⁶⁾ Polizeibeamte müssen sich im Grunde nur gegenüber ihren eigenen Vorgesetzten verantworten, und dies in einem starren Modell der Ausführung von Befehlen und der nicht transparenten Berichterstattung. ⁽²²⁷⁾ Nach Angaben von Russia Today (RT) unterstrich der Menschenrechtsrat des Präsidenten in seinem Expertenbericht 2011, dass sich ohne Veröffentlichung interner Vorschriften und Anordnungen nur schwer sagen lässt, inwieweit die Polizei innerhalb der gesetzlichen Grenzen handelt. ⁽²²⁸⁾

Nach Meinung von Cheloukhine et al. hängt die Integrität der Polizei von dem Hinnehmen von Fehlverhalten durch die Gesellschaft insgesamt ab. Die Verfasser werteten die Ergebnisse einer 2012-2013 unter Polizeibeamten durchgeführten Studie aus, in der eine geradezu überwältigende Mehrheit der Befragten Beispiele polizeilichen Fehlverhaltens durchaus als Verstoß gegen offizielle Vorschriften erkannte, sie jedoch nicht als schwerwiegend einstufte. Die einzige Ausnahme bildeten Beispiele des Einsatzes übermäßiger Gewalt. Die Befragten stuften sie zwar als schwerwiegend ein, waren sich jedoch nicht sicher, ob die abgebildeten Situationen Verstöße gegen offizielle Vorschriften waren. In praktisch keinem der Fälle – nicht einmal bei den als schwerwiegend eingestuften – sagten die Befragten, sie würden das Fehlverhalten einem Vorgesetzten oder einer Aufsichtsstelle melden. ⁽²²⁹⁾

Cheloukhine et al. sind ferner der Auffassung, dass die offizielle Politik Polizeibeamte nicht dazu ermutigt, ihre Meinung zu sagen. In einem Beispiel aus dem Jahr 2009 prangert ein Polizist polizeiliche Praktiken in einem Video mit den Worten an, er sei es „müde, immer wieder zu hören, er solle Straftaten aufklären, die es gar nicht gibt“. ⁽²³⁰⁾ Er wurde aus der Truppe entlassen und strafrechtlich verfolgt. Die Konsequenz ist, dass das russische Strafgesetzbuch (Artikel 286.1) nunmehr die Bestrafung von untergeordneten Polizisten vorsieht, die die Entscheidung eines Vorgesetzten kritisieren. ⁽²³¹⁾

Semukhina befasst sich mit MVD-Statistiken, aus denen hervorgeht, dass die Zahl der von Polizeibeamten begangenen Verstöße in den beiden letzten Jahrzehnten gestiegen ist. 1993 wurden gegen Polizeibeamte 2 204 Disziplinarmaßnahmen ergriffen; 2012 waren es mehr als 54 000. 2012 wurde in 2 719 Fällen Anklage erhoben, wobei es in 482 von ihnen um die Annahme oder Forderung von Bestechungsgeldern ging. Vor diesem Hintergrund verweisen offizielle Vertreter des MVD häufig auf die Wirksamkeit der Reform. Nach Aussage von Semukhina sind viele Experten mit dieser Selbsteinschätzung eher nicht einverstanden. 2012 beispielsweise wurden lediglich 0,04 %

⁽²²³⁾ CoE-CPT, Report to the Russian Government on the visit to the Russian Federation carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 21 May to 4 June 2012, 24 December 2013, pp. 17-25.

⁽²²⁴⁾ Chistyakova, Y. and Robertson, A., Youtube Cops and Power Without Limits: Understanding Police Violence in 21st Century Russia, 2012.

⁽²²⁵⁾ Semukhina, O. B., Disciplinary Issues of Russian Police and Police Reform of 2010-2011, 2012.

⁽²²⁶⁾ Taylor, B. D., State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism, 2011, pp. 204-206; McCarthy, L. A., The Day-to-Day Work of the Russian Police, 30 June 2014, p. 6. Siehe ferner Semukhina, O. B., Disciplinary Issues of Russian Police and Police Reform of 2010-2011, 2012, zu fehlgeschlagenen Versuchen von NRO, bei der Polizei mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht herbeizuführen.

⁽²²⁷⁾ McCarthy, L. A., The Day-to-Day Work of the Russian Police, 30 June 2014, p. 6.

⁽²²⁸⁾ RT, Law on Police Poses Risk of Increased Corruption – Expert Report, 7 July 2011.

⁽²²⁹⁾ Cheloukhine, S. et al., Police integrity in Russia, 2015, pp. 176-177.

⁽²³⁰⁾ Cheloukhine, S. et al., Police integrity in Russia, 2015, pp. 176-177; Chistyakova, Y. and Robertson, A., Youtube Cops and Power Without Limits: Understanding Police Violence in 21st Century Russia, 2012.

⁽²³¹⁾ Cheloukhine, S. et al., Police integrity in Russia, 2015, p. 161.

aller Polizeiangehörigen wegen Bestechlichkeit angeklagt. Das ist eine extrem niedrige Zahl in einem Land, in dem ein Fünftel der Bevölkerung behauptet, Opfer von Polizeimissbrauch geworden zu sein, und mehr als die Hälfte angibt, schon einmal Bestechungsgeld gezahlt zu haben. ⁽²³²⁾ (siehe ferner [2.1.11 Korruption bei der Polizei](#))

Russische und internationale Medien berichten immer wieder von Polizeibeamten, die außerhalb ihres Dienstes Straftaten begehen. Zumindest teilweise als Ergebnis solcher Berichte (insbesondere über die Schießerei in einem Moskauer Supermarkt, bei der ein nicht im Dienst befindlicher Polizist drei Menschen tötete und sechs weitere schwer verletzte) ⁽²³³⁾ führte das MVD verschiedene Maßnahmen für eine straffere Aufsicht über die Polizei ein. ⁽²³⁴⁾

2012 kündigte der für das MVD zuständige Minister an, künftig würden Vorgesetzte bei der Polizei für schwere, von ihren Untergebenen im Rahmen ihres Aufgabenbereichs begangene Straftaten persönlich zur Verantwortung gezogen. Seit Einführung dieser Maßnahme wurde eine Reihe höherer Polizeibeamter wegen Verstößen entlassen, die von ihrem Kommando unterstehenden Mitarbeitern begangen worden waren. Der Minister untersagte ferner die Praxis der Vordatierung der Entlassung von Polizisten, die eines Verstoßes für schuldig befunden wurden, damit ihre Fälle nicht in den Statistiken auftauchen. Außerdem wurden Maßnahmen ergriffen, um den Alkohol- und Drogenmissbrauch unter Polizisten einzudämmen. ⁽²³⁵⁾

Von den 2010 eingegangenen 115 700 Beschwerden gegen Strafermittler wurden nur 13,1 % geklärt. ⁽²³⁶⁾

Nach Angaben des russischen Generalstaatsanwalts Yuri Chaika waren von den 2016 wegen Korruption verurteilten 9 932 Personen 984 Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden. ⁽²³⁷⁾

Externe Aufsichtsmechanismen

Seit 2011 unterliegen von Mitarbeitern von Strafverfolgungsbehörden begangene Straftaten ausschließlich der Zuständigkeit des Untersuchungsausschusses (SK) (siehe [2.2.2 SK, Mandat](#)). Die Generalstaatsanwaltschaft kontrolliert die Rechtmäßigkeit von Ermittlungen gegen Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden und kann somit verhindern, dass Fälle gegen Polizisten vor Gericht kommen. ⁽²³⁸⁾ (siehe [2.3.1 Staatsanwaltschaft, Mandat, Aufsichtsbefugnisse](#)).

Opfer von Polizeimissbrauch (ob durch Handlungen oder durch Unterlassung) können Beschwerden beim [Untersuchungsausschuss](#) oder bei der [Staatsanwaltschaft](#) einreichen. ⁽²³⁹⁾ Gegenstand dieser Beschwerden können sowohl zivilrechtliche als auch strafrechtliche Sachen sein. ⁽²⁴⁰⁾

Gegen Entscheidungen dieser Stellen können noch die Gerichte angerufen werden (siehe [2.4.1 Nationale Gerichte](#)). Bei laufenden strafrechtlichen Ermittlungen kann ein Beschuldigter oder Angeklagter Anzeige wegen Polizeimissbrauchs direkt bei Gericht erstatten. ⁽²⁴¹⁾

⁽²³²⁾ Semukhina, O. B., Disciplinary Issues of Russian Police and Police Reform of 2010-2011, 2012.

⁽²³³⁾ Reuters, Russian policeman kills 3 after birthday party row, 27 April 2009.

⁽²³⁴⁾ Chistyakova, Y. and Robertson, A., Youtube Cops and Power Without Limits: Understanding Police Violence in 21st Century Russia, 2012.

⁽²³⁵⁾ Semukhina, O. B., Disciplinary Issues of Russian Police and Police Reform of 2010-2011, 2012.

⁽²³⁶⁾ Semukhina, O. B. and Reynolds, K. M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 214; siehe ferner PRI, National mechanisms for the prevention of torture in Eastern Europe: Belarus, Russia and Ukraine, 2013, pp. 18-20.

⁽²³⁷⁾ CoE, Anti-Corruption Digest, s.d.

⁽²³⁸⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, p. 33-34.

⁽²³⁹⁾ Semukhina O.B., Reynolds K.M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 214.

⁽²⁴⁰⁾ Nederlands Ministerie van Buitenlandse Zaken, Algemeen ambtsbericht Russische Federatie, 06 August 2014, pp. 23, 26; Pravozashchitnik, Конституционно-правовой статус органов прокуратуры и их деятельность в сфере защиты прав человека и гражданина (Constitutional status of the organs of the prosecutor and their actions in the sphere of the protection of human rights and citizens), 2014; Antikorruptsionnĭ Zhurnal', Как составить и подать заявление о преступлении (How to prepare and submit a declaration about a crime), 12 November 2012; Council of Europe, European Commission For The Efficiency Of Justice, Scheme for Evaluating Judicial Systems 2013, Russian Federation, 10 September 2014, pp. 13-14, 36.

⁽²⁴¹⁾ Semukhina O.B., Reynolds K.M., Understanding the Modern Russian Police, 2013, p. 214.

2.2 Untersuchungskomitee der Russischen Föderation (SK)

A. Allgemeines

2.2.1 Hintergrund

Das Untersuchungskomitee der Russischen Föderation (Sledstvenny Komitet Rossiyskoy Federatsii, SK) wurde im Zuge der Gesetzesreform von 2007 eingerichtet, ursprünglich als unabhängige Einheit innerhalb der Staatsanwaltschaft. Seine Einrichtung hatte einen sinkenden Einfluss der mächtigen Staatsanwaltschaft zur Folge, da der für den SK zuständige stellvertretende Generalstaatsanwalt dem Generalstaatsanwalt gegenüber keine Rechenschaft ablegen musste. Im Nachgang zur Reform von 2011 wurde das SK von der Staatsanwaltschaft abgetrennt. Die Generalstaatsanwaltschaft wiederum erhielt die Befugnis zurück, die Rechtmäßigkeit der Arbeit des SK zu kontrollieren und eine Entscheidung über die Eröffnung eines Strafverfahrens oder über eine Anklageerhebung aufzuheben. ⁽²⁴²⁾

Die Tatsache, dass die Generalstaatsanwaltschaft die Aufsicht über das SK führt, ruft nach wie vor Reibungen zwischen den beiden Stellen hervor (siehe 2.3.1 Staatsanwaltschaft, Mandat, Aufsichtsbefugnisse). Zwar verfügt der Generalstaatsanwalt über Instrumente für die Kontrolle der Arbeit des SK; doch ist das SK wiederum in der Lage, solche Maßnahmen zu blockieren. ⁽²⁴³⁾ Präsident Putin änderte das Gesetz über die Staatsanwaltschaft im Dezember 2014, um dem Streit zwischen Staatsanwaltschaft und SK über Aufsichtsbefugnisse ein Ende zu bereiten. Das neue Gesetz spricht diese Befugnisse ausdrücklich der Staatsanwaltschaft zu. ⁽²⁴⁴⁾ Nach der Strafprozessordnung kann der Ermittler gegen eine Maßnahme eines Oberstaatsanwalts Beschwerde einlegen. ⁽²⁴⁵⁾

2.2.2 Mandat

Das SK ist zuständig für schwere und sehr schwere Straftaten (z. B. Mord, Vergewaltigung, Verbrechen an Minderjährigen, Straftaten im Zusammenhang mit den verfassungsmäßigen Rechten einer Person; Bestechlichkeit und Fehlverhalten von Beamten). ⁽²⁴⁶⁾

Die Tätigkeiten des Untersuchungskomitees der Russischen Föderation sind in der russischen Strafprozessordnung (CPC) und in dem Gesetz „Über das Untersuchungskomitee der Russischen Föderation“ geregelt. ⁽²⁴⁷⁾

Das SK hat im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Ermittlung bei Straftaten nach den Vorgaben im CPC und Vorbereitung der die Strafsache betreffenden Akte und Vorbereitung der Feststellung der Schuld/Anklageerhebung oder der Einstellung des Falls;
- Wahrung der Rechtmäßigkeit der Entgegennahme und Registrierung von Anzeigen und des Ermittlungsverfahrens;
- Schutz der Rechte und Freiheiten natürlicher Personen während des Ermittlungsverfahrens;
- Ermittlung und Beseitigung der Ursachen von Kriminalität;
- Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei Strafverfahren;
- Förderung von Gesetzgebung im Zuständigkeitsbereich des SK. ⁽²⁴⁸⁾

⁽²⁴²⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, pp. 12-14; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 15; Popova, T. Yu., The Change of power balance of the Prosecutor and the leadership of the investigative organ, 2015, pp. 200-201; Korshunov, I. G., About problems of the reform of the Prosecutor's oversight today, 2013, pp. 293-294.

⁽²⁴³⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, pp. 12-14; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 15; Popova, T. Yu., The Change of power balance of the Prosecutor and the leadership of the investigative organ, 2015, p. 202; Korshunov, I. G., About problems of the reform of the Prosecutor's oversight today, 2013, pp. 294-295.

⁽²⁴⁴⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-1 "On the Prosecutor's Office of the Russian Federation", 17 January 1992, Article 1(2); Pravo.ru, Putin increased the requirements for prosecutors and instructed them to supervise the SKR, 23 December 2014.

⁽²⁴⁵⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Articles 38(2)(5) read in conjunction with Article 221(4).

⁽²⁴⁶⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 15.

⁽²⁴⁷⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012; Lapitsky, Yu. A., Legal and organisational basis for the activities of the Investigative Committee of the Russian Federation, 2010; Pravo.gov.ru, Federal Law No. 403 FZ "On the the Investigative Committee of the Russian Federation", 28 December 2010; Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001.

⁽²⁴⁸⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 403 FZ "On the Investigative Committee of the Russian Federation", 28 December 2010.

Seit 2011 unterliegen von Mitarbeitern von Strafverfolgungsbehörden begangene Straftaten ausschließlich der Zuständigkeit des SK. Die Generalstaatsanwaltschaft kontrolliert die Rechtmäßigkeit von Ermittlungen gegen Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden und kann somit verhindern, dass Fälle gegen Polizisten vor Gericht kommen. ⁽²⁴⁹⁾

Nach Angaben der russischen NRO Public Verdict Foundation führte diese doppelte Verantwortlichkeit des SK zu Spannungsverhältnissen, in denen die Ermittler des SK sich auf die örtliche Polizei bei Ermittlungen bei normalen Straftaten verlassen, während gegen Angehörige eben dieser Polizei das SK ermittelt. Dies wirkte sich nachteilig auf die Unabhängigkeit des SK und seine Effizienz bei der Untersuchung von Vorwürfen betreffend Folter und andere Formen des Missbrauchs durch die Polizei aus. ⁽²⁵⁰⁾ Die Public Verdict Foundation zitiert den Generalstaatsanwalt, dem zufolge das SK im Jahr 2011 mehr als 17 000 Vorwürfe untersucht hat, Angehörige von Strafverfolgungsbehörden hätten Gewalt gegen Personen angewandt, gegen die ermittelt wurde. Es wurden lediglich 250 Strafsachen (1,5 %) eingeleitet. Dieselbe NRO erwähnt, dass von allen Beschwerden über Folter durch die Polizei im Durchschnitt nur 1 % durch das SK untersucht wurde. Aufgrund dieser Situation kam es 2012 zu Protesten von NRO und Bürgern. ⁽²⁵¹⁾

Als Reaktion auf diese Proteste richtete das SK eine eigene Ermittlungseinheit ein, die ausschließlich für Ermittlungen gegen Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden zuständig ist, vor allem bei Vorwürfen der Misshandlung von Inhaftierten. ⁽²⁵²⁾ Auf diese Weise konnte der Interessenkonflikt abgebaut werden, da diese Ermittler nicht an der Aufklärung normaler Straftaten beteiligt und nicht auf den guten Willen der örtlichen Polizei angewiesen sind. ⁽²⁵³⁾

2.2.3 Struktur

Das SK untersteht unmittelbar dem Präsidenten der Russischen Föderation. ⁽²⁵⁴⁾ Das SK ist von der Struktur her ein aus drei Ebenen bestehendes System; es gibt 1) das Zentralbüro und seine Unterabteilungen, darunter Unterabteilungen für die acht Föderationskreise der RF, 2) die Abteilungen des SK für die Föderationssubjekte der RF und 3) örtliche SK-Dienststellen für Bezirke und Städte. Die Ermittlungen bei sehr schweren Straftaten werden vom Zentralbüro angestellt, eher „normale“ SK-Fälle hingegen weiter unten auf regionaler Ebene. ⁽²⁵⁵⁾

Zur Hauptuntersuchungsabteilung (beim Zentralbüro des SK) gehören die Abteilung für Ermittlungen bei besonders wichtigen Straftaten gegen Personen und die öffentliche Sicherheit, die Abteilung für Ermittlungen bei besonders wichtigen Straftaten gegen die Staatsmacht und bei Wirtschaftsstraftaten, die Abteilung für Verfahrenskontrolle und methodische und analytische Unterstützung sowie die Abteilung für Unterstützung durch Dokumentation. ⁽²⁵⁶⁾

Die Struktur der SK-Abteilungen für die Subjekte der RF entspricht im Großen und Ganzen der des Zentralbüros. Auf lokaler Ebene besteht eine SK-Abteilung in der Regel aus dem Leiter der Abteilung und seinem Stellvertreter, Ermittlern, Inspektoren, Kriminaltechnikern, Ermittlungsassistenten und Spezialisten. In einer Regionalabteilung arbeiten zwischen drei und zehn Ermittler. Der größte Teil der Ermittlungen in Strafsachen wird auf regionaler Ebene erledigt. ⁽²⁵⁷⁾

2.2.4 Einreichen einer Beschwerde

Natürliche Personen oder ihre Vertreter sowie öffentliche Organisationen oder Arbeitskollektive können bei einer Regionalabteilung des SK Anzeige erstatten, und zwar nach den gleichen Verfahrensvorschriften, wie sie in dem Abschnitt über den Staatsanwalt dargestellt sind (siehe [2.3.3 Staatsanwaltschaft, Aufsichtsfunktion der Staatsanwaltschaft, Einreichen einer Beschwerde](#)). Sobald die Beschwerde registriert ist, sollte der Beschwerdeführer

⁽²⁴⁹⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, p. 33-34.

⁽²⁵⁰⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, p. 34; Public Verdict Foundation, Special investigators on call, 25 August 2012.

⁽²⁵¹⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, pp. 16, 34; Public Verdict Foundation, Special investigators on call, 25 August 2012.

⁽²⁵²⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, p. 5, 34-35; Public Verdict Foundation, Special investigators on call, 25 August 2012.

⁽²⁵³⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, p. 5, 34-35; Public Verdict Foundation, Special investigators on call, 25 August 2012.

⁽²⁵⁴⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 30; Paneyakh, E., Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege, 2014, pp. 123-124; Federal Law No. 403 FZ "On the Investigative Committee of the Russian Federation", 28 December 2010.

⁽²⁵⁵⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, pp. 29-30.

⁽²⁵⁶⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 30.

⁽²⁵⁷⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, pp. 33-34.

einen Beleg über die Registrierung erhalten. Beschwerden mit Beleidigungen oder Schimpfwörtern können zurückgewiesen werden. Wenn in der Beschwerde erforderliche Informationen fehlen, fordert der ermittelnde Beamte binnen sieben Tagen auf, die Beschwerde zu ändern.⁽²⁵⁸⁾ Nachdem eine Beschwerde registriert worden ist, entscheidet der Ermittler (offiziell binnen sieben Tagen), ob entweder Ermittlungen in der Sache in der gleichen Dienststelle oder in einer anderen Abteilung oder Stelle des SK durchgeführt werden, ob die Beschwerde einer bereits vorliegenden Beschwerde hinzugefügt wird, oder ob die Sache eingestellt wird.⁽²⁵⁹⁾

Nach Angaben der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter (CPT) können Bürger im Allgemeinen natürlich Beschwerden beim SK einreichen, doch registrieren die Mitarbeiter des SK nachweislich so wenig Beschwerden wie möglich, um negative Statistiken zu vermeiden, und ein örtlicher Beamter kann selbst dann die Beschwerde zurückweisen, wenn alle offiziellen Anforderungen erfüllt sind.⁽²⁶⁰⁾ Dem Institut für Rechtsstaatlichkeit (IRL) zufolge „nimmt das SK die überwiegende Mehrheit der Beschwerden an und vermeidet, verhindert oder behindert nicht die Einhaltung von Vorschriften“. Geht es in der Beschwerde jedoch um eine Maßnahme der Regierung oder um Wahlrechte, kann das Engagement des SK bezüglich der Einleitung einer Untersuchung recht gering sein. Das IRL spekuliert dahingehend, dass das SK Menschen je nach ihrem sozioökonomischen Status unterschiedlich behandelt. Es fügt jedoch hinzu, dass ihm diesbezüglich keine konkreten Beweise vorliegen.⁽²⁶¹⁾

Nach Angaben von CPT übergibt der die Beschwerde registrierende Ermittler mitunter dem Beschwerdeführer nicht die Registrierungsdokumente; verlangt dieser sie jedoch, werden sie in der Regel nicht verweigert.⁽²⁶²⁾ Auch das IRL stellt fest, dass Beschwerden direkt beim SK eingereicht werden können. Üblicherweise werden Beschwerden jedoch beim MVD oder bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Diese Stellen leiten sie dann je nach ihrer Zuständigkeit an das SK weiter.⁽²⁶³⁾ Nach Angaben von IRL wird die erste Entscheidung über die Anzeige (weiterverfolgt, weitergeleitet oder zurückgewiesen) häufig von der Polizei oder der Staatsanwaltschaft und nicht dem SK getroffen, da sich die Menschen eher an diese Behörden und weniger an das SK wenden. Die Aussicht, an diesem Punkt abgewiesen zu werden, ist beim MVD und der Staatsanwaltschaft deutlich größer als beim SK.⁽²⁶⁴⁾

2.2.5 Reformpläne

Seit Anfang dieses Jahrtausends bestehen Pläne für ein einheitliches Untersuchungskomitee, in dem alle Ermittlungsabteilungen des SK, des MVD und der Föderale Dienst für Drogenkontrolle (FSKN) aufgehen würden. Bisher wurden jedoch keine großen Fortschritte erzielt: Im Sommer 2014 schrieben der Regierung nahestehende Medienquellen, das neue einheitliche Untersuchungskomitee solle seine Tätigkeit 2017 aufnehmen.⁽²⁶⁵⁾ Zwischen 25 000 und 35 000 Ermittler des MVD und zwischen 2 000 und 2 500 vom FSKN sollten in das neue Untersuchungskomitee wechseln. Im Juli 2014 erklärte das FSKN, es habe bereits einige seiner Befugnisse übertragen und würde nun nicht länger in Fällen organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit Drogenhandel ermitteln.

⁽²⁵⁸⁾ Murmansk Region Investigations Directorate of the SK, Consideration of appeals and reception of citizens, n.d., Main Investigative Department of the SK in the city of Moscow, n.d.; Tambov Region Investigations Directorate of the SK, Order of the Investigative Committee of the Prosecutor's Office of the Russian Federation No. 17 "On the implementation of the instruction on the procedure of consideration of appeals and reception of citizens at the system of the Investigative Committee of the Prosecutor's Office of the Russian Federation", 19 September 2007; RG, Order of the Investigative Committee of the Russian Federation No. 72 "On the organisation of the receipt, registration and review of reports on crimes at the investigative bodies (investigative units) of the Investigative Committee of the Russian Federation", 11 October 2012; Expert of the Russian NGO Committee for Prevention of Torture, email response, 2 November 2015.

⁽²⁵⁹⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. (I)Murmansk Region Investigations Directorate of the SK, Consideration of appeals and reception of citizens, n.d., Main Investigative Department of the SK in the city of Moscow, n.d.; Tambov Region Investigations Directorate of the SK, Order of the Investigative Committee of the Prosecutor's Office of the Russian Federation No. 17 "On the implementation of the instruction on the procedure of consideration of appeals and reception of citizens at the system of the Investigative Committee of the Prosecutor's Office of the Russian Federation", 19 September 2007; RG, Order of the Investigative Committee of the Russian Federation No. 72 "On the organisation of the receipt, registration and review of reports on crimes at the investigative bodies (investigative units) of the Investigative Committee of the Russian Federation", 11 October 2012; Expert of the Russian NGO Committee for Prevention of Torture, email response, 2 November 2015.

⁽²⁶⁰⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 2. November 2015.

⁽²⁶¹⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 6. November 2015.

⁽²⁶²⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 2. November 2015.

⁽²⁶³⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 6. November 2015.

⁽²⁶⁴⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 6. November 2015.

⁽²⁶⁵⁾ RBC, The establishment of a unified Investigative Committee started with the Drug Control Service, 29 June 2014; Petrakova, L. V. and Gaag, I. A., The question of the single investigative committee in the Russian Federation, 2015, pp. 196-198; IZVESTIA, A unified investigative committee will appear already in autumn, 4 July 2014.

Andere Quellen besagen, dass das MVD wohl weniger bereit ist, einige seiner Befugnisse aufzugeben. ⁽²⁶⁶⁾ Das derzeitige SK ist gegen eine automatische Versetzung aller Ermittler an das neue einheitliche Untersuchungskomitee; es fordert eine strenge Beurteilung der neuen Mitarbeiter. ⁽²⁶⁷⁾

Im Mai 2016 erklärte die Führung des SK, die Zusammenlegung sei keine Priorität. ⁽²⁶⁸⁾ Im September 2016 tauchten Gerüchte über einen Plan zur Abschaffung des SK und seiner Zusammenlegung mit der Staatsanwaltschaft auf. Der Krenl leugnete die Existenz eines solchen Plans. ⁽²⁶⁹⁾

B. Kapazität

2.2.6 Mittelausstattung

Die Zahl der Mitarbeiter des SK wurde mit zwei Präsidentenerlassen aus den Jahren 2010 und 2011 auf 21 156 und weitere 2 034 Mitarbeiter für die militärischen Ermittlungseinheiten des SK festgelegt. Es ist aber nicht ersichtlich, ob dies die tatsächliche Zahl der Mitarbeiter ist. 2010 erklärte das SK, es habe 19 156 Beschäftigte, laut einer anderen Quelle waren es im Jahr 2012 19 000. 2010 waren die Mitarbeiter relativ jung; die Ermittler waren größtenteils jünger als 30 Jahre, und rund die Hälfte von ihnen verfügte über weniger als drei Jahre Erfahrung mit der Arbeit beim SK. ⁽²⁷⁰⁾

Das SK kann bei der Durchführung von Ermittlungen, bei Zeugenbefragungen usw. die Polizei hinzuziehen. ⁽²⁷¹⁾ In komplexeren Fällen, wie bei Tötungsdelikten, arbeiten Ermittler des SK und des MVD gleichzeitig und in enger Absprache an dem Fall. ⁽²⁷²⁾

Die Einheit, die bei Beschuldigungen gegen Beamte von Strafverfolgungsbehörden ermittelt, verfügt über 60 Mitarbeiter für die gesamte RF, darunter 12 Dienststellenleiter und ihre vier Stellvertreter. Moskau, der Oblast Moskau und St. Petersburg verfügen jeweils über eine Abteilung mit zehn Beschäftigten. ⁽²⁷³⁾ Für die Region Sibirien waren laut einem Artikel von 2012 der Public Verdict Foundation drei Ermittler zuständig, die jedes Jahre Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Beschwerden überprüfen mussten. ⁽²⁷⁴⁾ Im Jahr 2012 äußerte der UN-Ausschuss gegen die Folter die Befürchtung, diese Einheit des SK verfüge nicht über die für wirksame Ermittlungen benötigten Mitarbeiter. ⁽²⁷⁵⁾ Die UN-Sonderberichterstatteerin für die Unabhängigkeit von Richtern schrieb 2014, die Einheit sei unterbesetzt. Ihre Mitarbeiter seien völlig überlastet, und abgesehen von einer Handvoll Fälle sei die Einheit in ihrer Wirkung praktisch unsichtbar. ⁽²⁷⁶⁾

2014 erwähnt die Public Verdict Foundation folgende Faktoren, die der Effizienz dieser Einheit im Wege standen:

- Die Einheit ist unterbesetzt und nicht in der Lage, allen Anzeigen nachzugehen. 2011 gingen mehr als 60 000 Anzeigen gegen Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden ein. 2012 ermittelte das SK 343 Straftaten, die von Mitarbeitern von Strafverfolgungsbehörden begangen worden waren, und brachte 174 Polizeibeamte vor Gericht;
- In den internen Vorschriften werden die verschiedenen Zuständigkeiten der Sondereinheit und der regionalen SK-Abteilungen nicht sauber voneinander abgegrenzt, und es ist auch nicht festgelegt, wann ein Fall an die Sondereinheit zu übertragen ist. Somit wird also in den Vorschriften der Sondereinheit nicht die ausschließliche Zuständigkeit für die Ermittlungen bei Straftaten von Mitarbeitern der Strafverfolgungsbehörden zugewiesen;

⁽²⁶⁶⁾ RBC, The establishment of a unified Investigative Committee started with the Drug Control Service, 29 June 2014; Izvestia, A unified investigative committee will appear already in autumn, 4 July 2014.

⁽²⁶⁷⁾ Petrakova, L. V. and Gaag, I. A., The question of the single investigative committee in the Russian Federation, 2015, p. 197.

⁽²⁶⁸⁾ Interfax, Markin says Russia may create unified investigative body in foreseeable future, 13 May 2016; Interfax, Single investigative body in Russia not to provide efficient of entire investigative process – Bastrykin (Part 2), 19 May 2016.

⁽²⁶⁹⁾ Sputnik News, Kremlin Spokesman Denies Reports on Abolition of Russian Investigative Committee, 27 September 2016; Sputnik News, Russia May Create Ministry for State Security and Close Emergencies Ministry, 19 September 2016.

⁽²⁷⁰⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 28; Galeotti, M., Purges, power and purpose: Medvedev's 2011 police reforms, 2012; Dolzhenko, V. G., Problems of staff management and the path to their solution in the system of the Investigative Committee of the Prosecutor's Office of the Russian Federation, 2010, pp. 32-34.

⁽²⁷¹⁾ ()Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 2. November 2015.

⁽²⁷²⁾ Experte des IRL an der Europäischen Universität, Sankt Petersburg, E-Mail-Antwort, 6. November 2015; IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 27.

⁽²⁷³⁾ SK, Erlass des SK Nr. 20 „Über weitere Maßnahmen zur Organisation der Ermittlung bei Straftaten, die von Mitarbeitern von Strafverfolgungsbehörden begangen wurden“, 18. April 2012; eine Änderung dieses Erlasses war nicht auffindbar.

⁽²⁷⁴⁾ Public Verdict Foundation, Special investigators on call, 25 August 2012.

⁽²⁷⁵⁾ CAT, Concluding observations on the fifth periodic report of the Russian Federation, 11 December 2012, p. 3.

⁽²⁷⁶⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the Independence of Judges and Lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 15.

- Opfer erfahren zu wenig über das Verfahren, als dass sie bei der Einheit Anzeige erstatten könnten, und wissen auch nicht, wie sichergestellt werden kann, dass eine Anzeige vom örtlichen SK zur Sondereinheit weitergeleitet wird. ⁽²⁷⁷⁾

All diese Defizite haben zur Folge, dass bei Anzeigen von Straftaten, die von Mitarbeitern von Strafverfolgungsbehörden begangen wurden, auch weiterhin das örtliche SK und nicht die Sondereinheit ermittelt. ⁽²⁷⁸⁾

2.2.7 Ausbildung

Die Akademie des SK wurde 2014 gegründet; sie ist die Nachfolgerin einer anderen, seit 2010 tätigen Ausbildungseinrichtung. ⁽²⁷⁹⁾ Ihr Angebot umfasst Kurse in Recht und Ermittlungskompetenzen für Ermittler und Führungskräfte des SK. Die Zentrale der Akademie befindet sich in Moskau, ihre sechs Niederlassungen sind auf die Regionen verteilt (Rostow am Don, Jekaterinenburg, Nowosibirsk, Nischni Nowgorod, Chabarowsk und St. Petersburg). ⁽²⁸⁰⁾ Im Mai 2016 wurde eine zweite Akademie in St. Petersburg eröffnet, die unter anderem Aus- und Fortbildung in Ermittlungen bei Terrorismus und Extremismus anbietet. ⁽²⁸¹⁾ Das SK verfügt ferner über eine eigene Schule für das Kadetten-Korps. Das Institut mit Sitz in Moskau bietet Sekundarbildung, aber auch erste berufliche Orientierung für den Dienst im SK an. ⁽²⁸²⁾

Über die Qualität der Ausbildung in den Ausbildungseinrichtungen des SK gaben die konsultierten Quellen keine Auskunft.

C. Integrität

2.2.8 Loyalitätsfragen, politische Unabhängigkeit

Wie schon in 2.2.3 SK, Struktur festgestellt, untersteht das SK unmittelbar dem Präsidenten der RF. ⁽²⁸³⁾ Es ist ansonsten keiner zivilen Behörde und auch nicht der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig. ⁽²⁸⁴⁾ Zwar wurde das SK vorgeblich eingerichtet, um der verbreiteten Korruption bei Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ein Ende zu bereiten, doch ist der Wissenschaftler Mark Galeotti der Auffassung, dass aus seiner Befugnis, Verfahren gegen Personen einzuleiten, die üblicherweise Immunität genießen, wie Parlamentsabgeordneten und hohe Staatsbeamte, „eine nützliche Waffe sowohl auf nationaler als auch auf lokaler politischer Ebene“ gemacht wurde. ⁽²⁸⁵⁾

Die Gründe für eine Entlassung des Vorsitzenden des SK und seiner Stellvertreter sind in dem Gesetz nicht klar festgelegt. Der Präsidenten kann also diese Beamten nach Gutdünken entlassen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verweist darauf, dass dies die von einer Ermittlungsbehörde erwartete Unabhängigkeit einschränkt. ⁽²⁸⁶⁾

Aleksandr Bastrykin ist seit der Einsetzung des SK im Januar 2011 dessen Leiter. Von 2007 bis 2011 leitete er das Ermittlungskomitee der Staatsanwaltschaft. Nach Ansicht von Analysten kennt Bastrykin Putin noch aus Studienzeiten und gilt als einer seiner „Protégés“. ⁽²⁸⁷⁾ Galeotti erzählte der Zeitschrift The Atlantic, Bastrykin habe keine eigene Machtbasis und sei völlig von Putin abhängig, was ihn entbehrlich und verletzlich mache. ⁽²⁸⁸⁾

⁽²⁷⁷⁾ Public Verdict Foundation, About the problems that influence the efficiency of the Investigative Committee as an organ investigating torture, 20 January 2014; Public Verdict Foundation, SK talked about the particularly serious crimes of the police, 19 February 2013.

⁽²⁷⁸⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, pp. 35-37; Public Verdict Foundation, About the problems that influence the efficiency of the Investigative Committee as an organ investigating torture, 20 January 2014.

⁽²⁷⁹⁾ Bagmet, A. M., The Academy of the Investigative Committee of The Russian Federation, April 2016, Annotation in English.

⁽²⁸⁰⁾ Academy of the SK, Education, n.d.; Academy of the SK, Information about the educational organisation, n.d.; Academy of the SK, Structure and management bodies of the educational organisation, n.d.

⁽²⁸¹⁾ SK, Investigative Committee Academy opens in Saint Petersburg, 1 September 2016.

⁽²⁸²⁾ Alexander Nevsky Cadet Corps of the SK, General information, n.d.

⁽²⁸³⁾ Föderationsgesetz Nr. 403 FZ „Über das Untersuchungskomitee der Russischen Föderation“, 28. Dezember 2010.

⁽²⁸⁴⁾ Paneyakh, E., Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege, 2014, pp. 123-124; SK, History, n.d.

⁽²⁸⁵⁾ Galeotti, M., The Investigations Committee – not so much Russia’s FBI, more a Kremlin watchdog, 5 October 2010.

⁽²⁸⁶⁾ Radziwill, A. and Vaziakova, Y., Improving the Business Climate in Russia, 25 March 2015, p. 10.

⁽²⁸⁷⁾ Rogoza J., A new Oprichnina, 2013; Bowring, B., Justice and Power Politics in Russia, 7 June 2011; Sakwa, R., Investigator Bastrykin and the search for enemies, 10 April 2013.

⁽²⁸⁸⁾ The Atlantic, The Rise and Probable Fall of Putin’s Enforcer, 12 August 2013.

Für Mitarbeiter, die nicht der obersten Führungsebene angehören, sieht ein Erlass des Präsidenten vor, dass der Leiter des SK über das Verfahren für die Einstellung und Entlassung von SK-Mitarbeitern entscheidet. ⁽²⁸⁹⁾

Wie andere Strafverfolgungsbehörden in der RF steht auch das SK wegen seiner Beteiligung an politisch motivierten Prozessen gegen Angehörige der politischen Opposition oder der Zivilgesellschaft in der Kritik. ⁽²⁹⁰⁾ Das SK spielte angeblich eine wichtige Rolle bei der Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Sängerinnen von Pussy Riot, den Oppositionspolitiker Alexander Navalny und die Angeklagten im Bolotnaja-Prozess. ⁽²⁹¹⁾ Der Tod des stellvertretenden Direktors der Abteilung für Korruptionsbekämpfung im Innenministerium während seiner Befragung durch das SK ließ Bedenken wegen dessen Methoden laut werden. ⁽²⁹²⁾ Nach Angaben des US DoS kritisierten in der Untersuchung des Mordes an dem Oppositionspolitiker Boris Nemtsov ⁽²⁹³⁾ die Verwandten des Opfers sowie Menschenrechtsorganisationen das SK, weil es ihm nicht gelungen war, die Personen zu identifizieren, die die Ermordung befohlen hatten ⁽²⁹⁴⁾ – angeblich der tschetschenische Präsident oder ihm nahe stehende Personen. ⁽²⁹⁵⁾ Nach Angaben des US DoS erklärte einer der Angeklagten in diesem Prozess, er sei zu seinem Geständnis gezwungen worden. ⁽²⁹⁶⁾ Weiter berichtet das US DoS, das SK wiederum habe einem Mitglied der Öffentlichen Überwachungskommission und dem Präsidialen Rat für Zivilgesellschaft und Menschenrechte, die behauptet hatten, die Angeklagten seien gefoltert worden, mit einer Verleumdungsklage gedroht. ⁽²⁹⁷⁾

Der UN-Ausschuss gegen Folter sprach in seinen „Concluding Observations“ für 2012 zur Russischen Föderation von Bedenken wegen Berichten über die Entführung eines Journalisten, vermutlich auf Befehl von SK-Chef Bastrykin, und davon, dass diesen Vermutungen nicht nachgegangen worden sei. ⁽²⁹⁸⁾

2.2.9 Interne Aufsicht

An der internen Aufsicht über die Arbeit des SK sind mehrere Akteure beteiligt: die Hauptabteilung für die Kontrolle von Verfahrensaspekten, die Abteilungsleiter und die Abteilung Organisation und Inspektion. Darüber hinaus beaufsichtigen die SK-Abteilungen der Föderationssubjekte die Arbeit der SK-Abteilungen auf lokaler Ebene. ⁽²⁹⁹⁾ Die Abteilung für die Kontrolle von Verfahrensaspekten prüft, ob die Entscheidungen der Ermittler rechtmäßig und begründet sind; nach dem Gesetz können jedoch nur die Leiter von Ermittlungsstellen die Empfehlungen dieser Abteilung durchsetzen. ⁽³⁰⁰⁾ Gegen Ermittler und Abteilungsleiter können Disziplinarstrafen verhängt werden oder es können ihnen Bonuszahlungen versagt werden, wenn sie unrechtmäßige oder unbegründete Entscheidungen treffen oder den Abschluss von Fällen übermäßig verzögern. Die Abteilung Organisation und Inspektion der Zentrale überwacht die Umsetzung von Entscheidungen des Leiters des SK. ⁽³⁰¹⁾

Auf lokaler Ebene (Distrikte und Städte) ist letztendlich der Leiter der örtlichen SK-Einheit für die Arbeit seiner Dienststelle verantwortlich und nimmt auch die Mitarbeiterbeurteilungen vor. Die Arbeit der örtlichen Dienststelle als Ganzes wird anhand der Leistung ihres Leiters beurteilt. ⁽³⁰²⁾

⁽²⁸⁹⁾ Föderationsgesetz Nr. 403 FZ „Über das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation“, 28. Dezember 2010; Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 38 „Angelegenheiten betreffend die Tätigkeiten des Untersuchungskomitees der Russischen Föderation“, 14. Januar 2011.

⁽²⁹⁰⁾ Polit.ru; Legal threat (Open letter of representatives of the legal community), 22. July 2013, pp. 19-21.

⁽²⁹¹⁾ dekoder, Ermittlungskomitee, 17 August 2015.

⁽²⁹²⁾ Medvedev, S., Aus russischen Blogs: Der Tod des Generals Kolesnikow im Ermittlungskomitee. Ein Selbstmord?, 4 July 2014, pp. 19-21.

⁽²⁹³⁾ FCO, Human Rights and Democracy Report 2015 – Human Rights Priority Country update report: January to June 2016 – RF, 21 July 2016; RFE/RL, Russia Says Nemtsov Murder Probe Completed, 29 January 2016.

⁽²⁹⁴⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016; RFE/RL, Russia Says Nemtsov Murder Probe Completed, 29 January 2016.

⁽²⁹⁵⁾ The Guardian, Chechen leader's show of strength muddies loyalty to Putin, 3 June 2015.

⁽²⁹⁶⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽²⁹⁷⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽²⁹⁸⁾ CAT, Concluding observations on the fifth periodic report of the Russian Federation, 11 December 2012, p. 3.

⁽²⁹⁹⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, pp. 31, 35.

⁽³⁰⁰⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 31.

⁽³⁰¹⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 35.

⁽³⁰²⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, pp. 34-35; KGI, Who needs the current reform of the law enforcement organs and why all instances will be against, 18 November 2013; IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, p. 16.

Die Beurteilung von SK-Mitarbeitern beruht in erster Linie auf quantitativen Indikatoren sowie rechtmäßigen und begründeten Verfahrensentscheidungen der Ermittler nach dem CPC. ⁽³⁰³⁾ Ein Ermittler erhält nur dann Pluspunkte für die Aufklärung eines Falls, wenn die Staatsanwaltschaft die Sache vor Gericht bringt. ⁽³⁰⁴⁾

Das Institut für Rechtsstaatlichkeit (IRL) schreibt, dass sich die Indikatoren für die Beurteilung von Mitarbeitern des SK in drei Kategorien einteilen lassen:

- Wirksamkeit – die Zahl der Fälle, die ein Ermittler annimmt und abschließt, und die Zahl der abgeschlossenen Fälle. Berücksichtigt wird auch der Anteil der ausgesetzten Fälle.
- Qualität – die Zahl der vom Leiter des SK, dem Staatsanwalt oder dem Gericht zwecks weiterer Ermittlungen zurückverwiesen werden, sowie der Anteil der Fälle, deren Bearbeitung länger dauert, als nach dem Gesetz zulässig.
- Rechtmäßigkeit – die Zahl der Fälle, die vom Staatsanwalt eingestellt wurden; die Zahl der Fälle, die abgeschlossen wurden, weil keine Straftat festgestellt werden konnte, und die Zahl der verhafteten Personen, die nach 48 Stunden wieder freigelassen wurden. ⁽³⁰⁵⁾

Nach Auffassung des IRL ermutigt dieses System die Mitarbeiter des SK, Fälle anzunehmen, die reibungslos das System durchlaufen, wohingegen kompliziertere Fälle eher Gefahr laufen, vom SK nicht registriert zu werden. Und selbst wenn sie registriert werden, besteht ein höheres Risiko, dass keine Strafsache eröffnet wird und auf die Anzeige keine Ermittlungen folgen. ⁽³⁰⁶⁾

Das IRL berichtet, dass einem Ermittler, dessen Fall zu den Akten gelegt wird, weil kein Verdächtiger ermittelt werden kann, oder dessen Fall vom Aufsicht führenden Staatsanwalt zurückgeschickt wird, disziplinarische Folgen drohen. ⁽³⁰⁷⁾ Das IRL berichtet ferner, dass die örtlichen SK dazu neigen, Ermittlungen nur zwei Monate lang anzustellen, um eine negative Leistungsbeurteilung zu vermeiden. Dies hat eine schlechtere Qualität ihrer Arbeit zur Folge. ⁽³⁰⁸⁾

Nach Feststellungen des IRL hat die Angst vor einer negativen Beurteilung bei allen Ermittlern – ob MVD oder SK – zur Folge, dass sie nur Fälle akzeptieren, bei denen es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Prozess kommen wird; Polizeikommissare werden also zunächst festzustellen versuchen, ob ein Schuldiger ermittelt werden kann, ob Aussichten auf überzeugende Beweise bestehen und ob dies in einer annehmbaren Zeitspanne erreicht werden kann. Können diese Fragen nicht mit Ja beantwortet werden, kann es sein, dass der Beamte die Eröffnung eines Strafverfahrens ablehnt, um die nachteiligen Auswirkungen eines ungelösten Falls auf die Beurteilung seiner Arbeit zu vermeiden. ⁽³⁰⁹⁾ Staatsanwälte wiederum haben ein Interesse daran, dass Anklageerhebungen zu einer erfolgreichen Strafverfolgung führen. Nach Ansicht von Kirill Titaev und Maria Shkliaruk, Forscher am Institut für Rechtsstaatlichkeit an der Europäischen Universität St. Petersburg, „bemüht“ sich der Staatsanwalt, „keine Fälle an das Gericht zu überweisen, bei denen auch nur ansatzweise die Möglichkeit eines Freispruchs oder der Einstellung des Verfahrens aus Rehabilitierungsgründen besteht“. ⁽³¹⁰⁾ Dies erklärt, warum in der Akten der Strafsache häufig ein Geständnis (häufig ein erzwungenes) zu finden ist. ⁽³¹¹⁾ Aufgrund der Bedeutung, die erfolgreichen Ermittlungen und Strafverfolgungen zukommt, sind gemeinsame Bemühungen von Ermittlern und Staatsanwälten zu verzeichnen, Druck auf Richter im Hinblick auf eine Verurteilung auszuüben. ⁽³¹²⁾

Titaev und Shkliaruk schreiben: „Hat ein Ermittler einen Bürger einer Straftat beschuldigt, liegen dessen Aussichten auf Rehabilitierung in einer späteren Phase (während der Ermittlungen oder vor Gericht) unter 1 %. So widersprüchlich also Ermittlungstätigkeit sein kann, spielt der Ermittler doch in russischen Strafverfahren eine wichtige Rolle“. ⁽³¹³⁾

⁽³⁰³⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, pp. 34-35; KGI, Who needs the current reform of the law enforcement organs and why all instances will be against, 18 November 2013; IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, p. 16, p. 16.

⁽³⁰⁴⁾ Paneyakh, E., Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege, 2014.

⁽³⁰⁵⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, p. 16.

⁽³⁰⁶⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, pp. 16-17, 21.

⁽³⁰⁷⁾ IRL and KGI, Investigation officer in clear terms, 2016.

⁽³⁰⁸⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, pp. 35, 62, 128.

⁽³⁰⁹⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, pp. 22-23.

⁽³¹⁰⁾ Titaev, K. and Shkliaruk, M., Investigators in Russia, 2016, p. 114.

⁽³¹¹⁾ Siehe Abschnitt 2.1.12 [Machtmissbrauch, Misshandlung und Einsatz übermäßiger Gewalt im MVD](#).

⁽³¹²⁾ Pozdniakov, M., The Courts and the Law Enforcement System, 2016, p. 1; siehe ferner 2.4 [Gerichte](#).

⁽³¹³⁾ Titaev, K. and Shkliaruk, M., Investigators in Russia, 2016, pp. 114-115.

Nach Angaben des IRL war das SK im Jahr 2011 mit 6 % aller in der RF durchgeführten strafrechtlichen Ermittlungen betraut und war es für 9 % aller vor Gericht gebrachten Strafsachen verantwortlich. Lediglich 66 von 10 000 Ermittlungsverfahren des SK endeten mit der Rehabilitierung eines Beschuldigten. ⁽³¹⁴⁾

2.2.10 Externe Aufsicht

In die Zuständigkeiten der Generalstaatsanwaltschaft fällt die Aufsicht über das SK (siehe 2.3.1 Staatsanwaltschaft, Mandat, Aufsichtsbefugnisse); so ist es im Föderationsgesetz über die Staatsanwaltschaft (zuletzt geändert im Dezember 2014) geregelt. ⁽³¹⁵⁾

2014 gab die Generalstaatsanwaltschaft bekannt, ihre Mitarbeiter hätten im Jahr 2013 1 400 Fälle ermittelt, in denen das SK eigentlich Ermittlungen und/oder ein Strafverfahren hätte einleiten müssen, dies jedoch ablehnte. ⁽³¹⁶⁾ Nach Angaben des IRL liegen keine belastbaren Daten zu der Häufigkeit vor, mit der das SK ohne fundierte Begründung eine Anzeige zurückweist. ⁽³¹⁷⁾

Bezüglich der Aufsichtstätigkeit der Staatsanwaltschaft über das SK zitiert das IRL offizielle Daten, denen zufolge von allen im Jahr 2011 vom SK an die Staatsanwaltschaft zur Genehmigung der Einleitung eines Strafverfahrens übermittelten Fälle 3,56 % zurückgewiesen und zwecks weiterer Ermittlungen zurückgesandt wurden. ⁽³¹⁸⁾ In seinem Jahresbericht 2013 erklärte der Generalstaatsanwalt, bei 46 % der vom SK untersuchten Fälle sei die gesetzliche Frist für ihre Aufklärung überschritten worden. ⁽³¹⁹⁾ In seinem Jahresbericht 2015 erwähnt der Generalstaatsanwalt das SK nicht ausdrücklich, spricht jedoch davon, dass der Anteil der die Frist überschreitenden Fälle nach wie vor hoch ist. ⁽³²⁰⁾

Nach Ansicht der NRO Public Verdict Foundation besteht eindeutig ein Spannungsverhältnis zwischen SK und Staatsanwaltschaft; dies gehe aus den öffentlichen Reden des Generalstaatsanwalts und kritischen Bemerkungen im Verlauf der Ermittlungen hervor. ⁽³²¹⁾

Das SK selber, das ja mit dem Ziel eingesetzt wurde, mit der Korruption bei der Staatsanwaltschaft aufzuräumen, ist jedoch gegen Korruption nicht gefeit. Im Juli 2016 wurden mehrere höhere Beamte des SK unter der Beschuldigung der Korruption verhaftet. Angeblich hatten sie Bestechungsgelder von Gruppen der organisierten Kriminalität angenommen. ⁽³²²⁾

2.2.11 Möglichkeit der Beschwerde gegen Handlungen des SK

Nach Angaben der NRO Komitee für die Verhinderung von Folter kann gegen das Vorgehen eines SK-Beamten Beschwerde bei einem höherrangigen SK-Beamten, beim Staatsanwalt oder bei Gericht eingelegt werden. In der Regel legen die Leute Beschwerde bei einem höherrangigen Beamten oder beim Staatsanwalt ein, wenn es um eine Unterlassung geht; wurde eine unrechtmäßige Handlung begangen, wird die Beschwerde normalerweise bei Gericht eingereicht. Die gleiche Quelle besagt, dass Richter bei Urteilen zu Verfahrensfragen im Hinblick auf die Qualität von Ermittlungen recht unabhängig sind. In derartigen Fällen befinden sie das SK einer unrechtmäßigen Handlung oder einer Unterlassung für schuldig. ⁽³²³⁾

FIDH und ADC Memorial erwähnen hingegen in einem Bericht aus dem Jahr 2012 die Möglichkeit, sich bei Beschwerden gegen unrechtmäßige Handlungen oder Unterlassungen des Staates auf die Bestimmungen des CPC zu berufen. Solchen Beschwerden ist jedoch nur selten Erfolg beschieden, da Gerichte fast immer den Schlussfolgerungen der Ermittlungen zustimmen oder von unzulänglichen Beweisen sprechen. ⁽³²⁴⁾

⁽³¹⁴⁾ IRL, Path of criminal cases in official statistics, by the example of general data of the law enforcement agencies, 26 February 2014, pp. 18-21.

⁽³¹⁵⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I "On the Prosecutor's Office of the Russian Federation", 17 January 1992, Article 1(2); Pravo.ru, Putin increased the requirements for prosecutors and instructed them to supervise the SKR, 23 December 2014.

⁽³¹⁶⁾ Generalstaatsanwaltschaft der RF, Über den Zustand von Recht und Ordnung im Jahr 2013 und die Arbeit zu seiner Verbesserung. Rede bei der Tagung des Föderationsrates der Föderationsversammlung der Russischen Föderation, 29. April 2014.

⁽³¹⁷⁾ Experte des Instituts für Rechtsstaatlichkeit an der Europäischen Universität, St. Petersburg, 6. November 2015.

⁽³¹⁸⁾ IRL, Path of criminal cases in official statistics, by the example of general data of the law enforcement agencies, 26 February 2014, p. 21.

⁽³¹⁹⁾ Generalstaatsanwaltschaft der RF, Über den Zustand von Recht und Ordnung im Jahr 2013 und die Arbeit zu seiner Verbesserung. Rede bei der Tagung des Föderationsrates der Föderationsversammlung der Russischen Föderation, 29. April 2014.

⁽³²⁰⁾ Generalstaatsanwaltschaft der RF, Über den Zustand von Recht und Ordnung im Jahr 2015 und die Arbeit zu seiner Verbesserung. Rede bei der Tagung des Föderationsrates der Föderationsversammlung der Russischen Föderation, Mittwoch, 27. April 2016.

⁽³²¹⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30. November 2013, pp. 16-17, 25; siehe ferner dekoder, Ermittlungskomitee, 17. August 2015.

⁽³²²⁾ TASS, Detention of Russian high-ranked investigators part of anti-corruption campaign – Kremlin, 20 July 2016; Galeotti, M., Goodbye, Bastrykin?, 15 September 2016.

⁽³²³⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 2. November 2015.

⁽³²⁴⁾ FIDH and ADC Memorial, Roma, Migrants, Activists: Victims of Police Abuse, 2012, p. 26.

2014 erklärte der Generalstaatsanwalt, das SK lege keinen großen Eifer an den Tag, seine Mitarbeiter vor Gericht zu bringen. ⁽³²⁵⁾ Das US DoS zitiert den Leiter des SK, Alexander Bastrykin, dem zufolge 2014 42 Strafverfahren gegen SK-Beamte eingeleitet wurden. ⁽³²⁶⁾

2.2.12 Zuversicht/Vertrauen

Im November 2015 stellte die russische NRO Komitee für die Verhinderung von Folter fest, dass den Bürgern Aufgabe und Funktionen des SK noch nicht recht klar sind. Sie zeigen also eine größere Neigung, sich beim MVD oder der Staatsanwaltschaft zu beschweren. Sobald die Beschwerde an das SK übermittelt wird, arbeiten die Beschwerdeführer jedoch mit dem SK zusammen. ⁽³²⁷⁾ 2014 merkte die UN-Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten an, dass die Ermittler von der Öffentlichkeit als korrupt wahrgenommen werden. ⁽³²⁸⁾

2.3 Staatsanwaltschaft

A. Allgemeines

2.3.1 Mandat

Die Staatsanwaltschaft (prokuratura) ist eine recht einzigartige russische Institution. Ihre Wurzeln reichen zurück bis in die Zarenzeit, als sie auf vermeintlich unabhängige Weise überwachte, ob sich Ministerien, Beamte und Gerichte an die Gesetze hielten. Heute verfügt der Staatsanwalt über weniger umfassende, aber noch immer weit reichende Befugnisse. ⁽³²⁹⁾ Die UN-Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten stellte 2014 in ihrem Bericht fest, „der Staatsanwaltschaft werde nachgesagt, in Strafsachen und in ihrer allgemeinen Aufsichtstätigkeit übermäßige Vorrechte auszuüben“. ⁽³³⁰⁾

In der Verfassung der RF wird die Staatsanwaltschaft mit Artikel 129 der Verfassung eingerichtet. ⁽³³¹⁾ Befugnisse und Struktur der Generalstaatsanwaltschaft sind in dem Gesetz „Über die Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation“ festgelegt. Diesem Gesetz zufolge handelt es sich bei der Staatsanwaltschaft um ein einheitliches und zentralisiertes System föderaler Stellen, deren Aufgabe darin besteht, die Einhaltung der Gesetze im gesamten Hoheitsgebiet der Russischen Föderation zu beaufsichtigen. ⁽³³²⁾ Ihre Befugnisse lassen sich in drei Tätigkeitsbereichen zusammenfassen:

- Beaufsichtigung der Einhaltung des Gesetzes durch verschiedene Regierungsstellen und Amtsträger sowie durch kommerzielle und nicht kommerzielle Organisationen;
- Strafverfolgung;
- Beteiligung an Zivilverfahren. ⁽³³³⁾

Aufsichtsbefugnisse

Die Staatsanwaltschaft verfügt über sehr breit angelegte Befugnisse für die Aufsicht über Exekutive und Legislative, Ermittlungsbehörden und Verwaltungen. Der Staatsanwalt kann alle Handlungen der Regierung sowie von

⁽³²⁵⁾ Generalstaatsanwaltschaft der RF, Über den Zustand von Recht und Ordnung im Jahr 2013 und die Arbeit zu seiner Verbesserung. Rede bei der Tagung des Föderationsrates der Föderationsversammlung der Russischen Föderation, 29. April 2014.

⁽³²⁶⁾ US DoS, 2014 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 25 June 2015.

⁽³²⁷⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 2. November 2015.

⁽³²⁸⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 7.

⁽³²⁹⁾ Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, pp. 188-190; Taylor, B. D., State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism, 2011, p. 50; für einen Überblick über die Geschichte der Institution siehe: Prosecutor General's Office of the RF, The Prosecutor General's Office of the Russian Federation. Tasks, functions and key activities, 2015, pp. 4-8.

⁽³³⁰⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 14.

⁽³³¹⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 129.

⁽³³²⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I "On the Prosecutor's Office of the Russian Federation", 17 January 1992, Article 1(1); Prosecutor General's Office of the RF, The Prosecutor General's Office of the Russian Federation. Tasks, functions and key activities, 2015, p. 14; Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, pp. 188-190.

⁽³³³⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I "On the Prosecutor's Office of the Russian Federation", 17 January 1992, Article 1(2); Prosecutor General's Office of the RF, The Prosecutor General's Office of the Russian Federation. Tasks, functions and key activities, 2015, pp. 14-15; see also Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, pp. 192-193; UNODC, Anti-Corruption Authorities of the Russian Federation, 2013, pp. 9-10.

Unternehmen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen. Diese Unternehmen haben der Staatsanwaltschaft die für die Aufsicht benötigten Informationen vorzulegen. Die Behörde kann auch Einzelpersonen zur Befragung einbestellen. Privatpersonen können beim Staatsanwalt die Ausübung seiner Aufsichtsbefugnis beantragen. ⁽³³⁴⁾

Bis 2007 verfügte die Staatsanwaltschaft auch über bestimmte Ermittlungsbefugnisse und führten mehrere ihrer Abteilungen aktiv Ermittlungen durch, auch wenn in späteren Gesetzesreformen diese Befugnisse mehrfach geändert wurden. Mit der Gesetzesreform vom Dezember 2010, die im Januar 2011 umgesetzt wurde, wurde das Ermittlungskomitee aus der Staatsanwaltschaft herausgelöst und wurde ein völlig selbständiges **Untersuchungskomitee (SK)** geschaffen. ⁽³³⁵⁾ Gleichzeitig wurde der Staatsanwaltschaft die Rechtsaufsicht über alle Ermittlungen rückübertragen. Der Staatsanwalt kann also unrechtmäßige oder unbegründete Entscheidungen einer Ermittlungsstelle (z. B. SK, MVD), die Eröffnung einer Strafsache abzulehnen oder eine Strafsache einzustellen oder Voruntersuchungen auszusetzen, aufheben. ⁽³³⁶⁾

Es gibt Berichte über Reibungen zwischen Staatsanwaltschaft und SK darüber, wer für das Ermittlungsverfahren eigentlich zuständig ist ⁽³³⁷⁾ (siehe **2.2.1 SK, Hintergrund**). In der Praxis hat das SK noch immer eine Rechtsgrundlage für das Blockieren verschiedener Arten von Entscheidungen des Staatsanwalts, die es auch mitunter nutzt. ⁽³³⁸⁾ Präsident Putin änderte das Gesetz über die Staatsanwaltschaft im Dezember 2014, um dem Streit zwischen Staatsanwaltschaft und SK über Aufsichtsbefugnisse ein Ende zu bereiten. Das neue Gesetz spricht diese Befugnisse ausdrücklich der Staatsanwaltschaft zu. ⁽³³⁹⁾

Strafverfahren

In Strafverfahren hat die Staatsanwaltschaft zwei Funktionen: Zum einen beaufsichtigt sie die Ermittlungen, und zum anderen tritt sie im Gerichtsverfahren als Anklägerin auf. Während der strafrechtlichen Ermittlungen überprüft sie die Rechtmäßigkeit der Untersuchung. Kommt es nach Abschluss der Ermittlungen zu einer Anklageerhebung, vertritt die Staatsanwaltschaft den Staat als Ankläger vor Gericht. In dieser Phase sind alle Ermittlungen abgeschlossen und kann der Staatsanwalt an den Beweismitteln oder Anklagepunkten nichts mehr ändern. ⁽³⁴⁰⁾ Die Staatsanwaltschaft kann sich auch mit einem „Deal“ (Verständigung im Strafverfahren) einverstanden erklären. ⁽³⁴¹⁾ Nach Angaben des Instituts für Rechtsstaatlichkeit (IRL) sind für Aufsicht und Prozesse unterschiedliche Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft zuständig. ⁽³⁴²⁾

Zivilverfahren

In Zivilverfahren kann die Staatsanwaltschaft die Rechtmäßigkeit des Handelns bestimmter staatlicher Stellen und Amtsträger anfechten. Sie kann ferner zum Schutz staatlicher und öffentlicher Interessen vor Gericht Klage erheben, im Namen von Personen auftreten, die zum Schutz ihrer eigenen Rechte nicht in der Lage sind (aus Gründen des Alters oder der Gesundheit), oder für eine große Zahl von Klägern auftreten. In Ausübung ihrer Funktion im Prozess kann die Staatsanwaltschaft Anträge auf Überprüfung von Urteilen und Beschlüssen von Gerichten stellen. Schließlich hat der Generalstaatsanwalt das Recht, die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes vom Verfassungsgericht überprüfen zu lassen. ⁽³⁴³⁾

⁽³³⁴⁾ Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, p. 193; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 14.

⁽³³⁵⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, pp. 12-13; Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, p. 618; siehe **2.2 Untersuchungskomitee der Russischen Föderation (SK)**.

⁽³³⁶⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, p. 14.

⁽³³⁷⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 15.

⁽³³⁸⁾ Popova, T. Yu., The Change of power balance of the Prosecutor and the leadership of the investigative organ, 2015, p. 202.

⁽³³⁹⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-1 "On the Prosecutor's Office of the Russian Federation", 17 January 1992, Article 1(2); Pravo.ru, Putin increased the requirements for prosecutors and instructed them to supervise the SKR, 23 December 2014.

⁽³⁴⁰⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001, Article 37; IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, pp. 47-49; Rubleva, K. A., On the relation of the concepts of the prosecutor and the public prosecutor, 2013, pp. 60-61; Prosecutor General's Office of the RF, The Prosecutor General's Office of the Russian Federation. Tasks, functions and key activities, 2015, p. 12.

⁽³⁴¹⁾ CoE-CCPE, Answers to the Questionnaire for preparation of Opinion #10 CCEP "On Activities of the Prosecutors within the Framework of Criminal Investigation", April 2015, pp. 4-5.

⁽³⁴²⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, pp. 46-47.

⁽³⁴³⁾ Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, pp. 194-195.

2.3.2 Struktur

Die Staatsanwaltschaft ist ein System aus drei streng hierarchisch angeordneten Ebenen: 1) Generalstaatsanwaltschaft, 2) Staatsanwaltschaften der Föderationssubjekte der RF und 3) Staatsanwaltschaften in Distrikten und Städten. Es liegt hier eine eindeutige vertikale Befehlskette vor, mit dem Generalstaatsanwalt an der Spitze des Systems. Lokale Staatsanwälte unterstehen direkt den Oberstaatsanwälten und dem Generalstaatsanwalt. Zu dem System gehören ferner Sonderstaatsanwaltschaften wie beispielsweise der Militärankläger. ⁽³⁴⁴⁾

Der Generalstaatsanwalt bildet mit seinen Stellvertretern und anderen führenden Beamten seiner Behörde eine Kommission, die umfangreiche Weisungen und Anordnungen verfasst und über die Einstellung neuer Mitarbeiter entscheidet. ⁽³⁴⁵⁾ Die meisten Staatsanwaltschaften sind in vier Fachabteilungen untergliedert: Allgemeine Aufsicht über die Umsetzung des föderalen Rechts, Aufsicht über strafrechtliche Ermittlungen, Staatsanwaltschaft sowie Zivil- und Schiedsverfahren. Diese Untergliederung findet sich auf allen drei Ebenen der Hierarchie, und sie bedeutet, dass jeder Mitarbeiter sowohl gegenüber dem Vorgesetzten seiner Fachabteilung seiner Regionalstaatsanwaltschaft als auch dem seiner Fachabteilung auf der höheren Ebene verantwortlich ist. ⁽³⁴⁶⁾

Auf lokaler Ebene besteht die Dienststelle der Staatsanwaltschaft im Allgemeinen aus dem Staatsanwalt, dem Ersten Stellvertreter, mehreren Stellvertretern sowie Assistenten mit mehr oder weniger Erfahrung. Auf der obersten Ebene ist die Staatsanwaltschaft in der Regel in mehrere Abteilungen untergliedert. ⁽³⁴⁷⁾

Die Untersuchung von Beschwerden wird von dem Leitenden Staatsanwalt jeder Dienststelle koordiniert und überwacht. Der Leitende Staatsanwalt hat für die zeitnahe und korrekte Untersuchung von Beschwerden zu sorgen. Darüber hinaus hat er regelmäßig den Umgang seiner Dienststelle mit diesen Beschwerden zu kontrollieren. Bei der Generalstaatsanwaltschaft und den Staatsanwaltschaften der Föderationssubjekte der RF bestehen eigene Abteilungen, die sich mit Beschwerden von Bürgern befassen. ⁽³⁴⁸⁾

In den folgenden Abschnitten wird auf zwei der drei oben erwähnten Funktionen des Staatsanwalts näher eingegangen, nämlich auf die Aufsichtsfunktion durch Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Tätigkeiten von Regierungsstellen und auf die Aufsicht über strafrechtliche Ermittlungen.

2.3.3 Aufsichtsfunktion der Staatsanwaltschaft: Umgang mit Beschwerden von Privatpersonen

Einreichen einer Beschwerde

Das Verfahren für die Einreichung einer Beschwerde durch eine Privatperson bei der Staatsanwaltschaft ist geregelt in der „Anweisung betreffend das Verfahren für die Prüfung von Beschwerden und den Empfang von Bürgern“ des Generalstaatsanwalts vom Januar 2013. ⁽³⁴⁹⁾ Eine natürliche Person (ein Bürger, ein Ausländer oder ein Staatenloser) oder eine juristische Person kann bei der Staatsanwaltschaft Beschwerde bezüglich der Wiederherstellung oder des Schutzes ihrer Rechte oder der Rechte eines Dritten einlegen. Weigert sich die Polizei, eine Anzeige entgegenzunehmen, oder ist die Person der Auffassung, dass die Polizei nicht die erforderlichen Schritte zum Schutz ihrer Rechte ergreift, kann sie bei der Staatsanwaltschaft Beschwerde wegen der unzureichenden Reaktion der Polizei oder einer anderen Ermittlungsbehörde einlegen. ⁽³⁵⁰⁾

Eine Beschwerde kann bei der Staatsanwaltschaft in jeder beliebigen Form eingereicht werden, doch müssen dabei folgende Regeln eingehalten werden:

⁽³⁴⁴⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, p. 9; Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, pp. 190-191; Prosecutor General's Office of the Russian Federation, Structure, n.d.; Prosecutor General's Office of the RF, The Prosecutor General's Office of the Russian Federation. Tasks, functions and key activities, 2015, p. 9; Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-1 "On the Prosecutor's Office of the Russian Federation", 17 January 1992, Article 11.

⁽³⁴⁵⁾ Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, p. 191.

⁽³⁴⁶⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, pp. 9-10.

⁽³⁴⁷⁾ Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, pp. 190-191.

⁽³⁴⁸⁾ Nikova, I. I., Constitutional and legal status of the organs of the prosecutor and their actions in the sphere of the protection of human rights and citizens, 2014.

⁽³⁴⁹⁾ Generalstaatsanwaltschaft der RF, Anweisung betreffend das Verfahren für die Prüfung von Beschwerden und den Empfang von Bürgern bei den Organen des Staatsanwalts der Russischen Föderation, 30. Januar 2013.

⁽³⁵⁰⁾ Generalstaatsanwaltschaft der RF, Anweisung betreffend das Verfahren für die Prüfung von Beschwerden und den Empfang von Bürgern bei den Organen des Staatsanwalts der Russischen Föderation, 30. Januar 2013; TI Russia, How to prepare and submit a crime report, 19 November 2012; TI Russia, How to file a complaint with the Prosecutor's Office, 13 November 2013.

- Die Beschwerde kann mündlich, in gedruckter Form, handschriftlich oder per E-Mail eingereicht werden. Wird eine Beschwerde persönlich bei der Staatsanwaltschaft eingereicht, wird die Beschwerde registriert. Der Staatsanwalt kann eine unleserliche Beschwerde zurückweisen, muss jedoch den Beschwerdeführer über die Zurückweisung informieren;
- Anonyme Beschwerden werden nicht angenommen; Name, Adresse und Telefonnummer der die Beschwerde einreichenden Person müssen deutlich zu erkennen sein. Des Weiteren muss der Name des Staatsanwalts bzw. der Staatsanwaltschaft angegeben sein, an den/die die Beschwerde gerichtet ist;
- Die Beschwerde muss klar formuliert sein, Beschimpfungen oder Drohungen in der Beschwerde können ein Grund für den Staatsanwalt sein, sie zurückzuweisen;
- fehlen in der Beschwerde bestimmte, für die Untersuchung erforderliche Angaben, muss der Staatsanwalt den Beschwerdeführer kontaktieren und um die fehlenden Angaben bitten;
- hat eine Person zu der Beschwerde bereits eine Antwort des Staatsanwalts erhalten, ist eine zweite Beschwerde zum gleichen Thema nicht zulässig. ⁽³⁵¹⁾

Erste Prüfung von Beschwerden

Akzeptiert die Staatsanwaltschaft eine Beschwerde, muss sie eine der folgenden Maßnahmen ergreifen:

- Für eine Untersuchung akzeptieren und an einen bestimmten Mitarbeiter übermitteln;
- die Prüfung beenden;
- sie an eine andere Ebene der Staatsanwaltschaft zwecks Untersuchung übermitteln;
- sie gegebenenfalls an die zuständige Behörde verweisen, damit diese sich mit der Beschwerde befasst;
- sie einer früheren Beschwerde hinzufügen;
- sie einem Gericht übermitteln, damit sie dem Material einer Rechtssache hinzugefügt wird. ⁽³⁵²⁾

Die Antwort der Staatsanwaltschaft hat binnen 30 Tagen zu erfolgen. ⁽³⁵³⁾ Die russische NRO Komitee für die Verhinderung von Folter schreibt, der Staatsanwalt halte sich an die im Gesetz festgelegten Fristen und im Allgemeinen gebe es keine Verzögerungen bei den Antworten. ⁽³⁵⁴⁾

Kommt der Staatsanwalt nach der Untersuchung zu dem Schluss, die Beschwerde sei grundlos, steht dem Beschwerdeführer eine schriftliche Erläuterung der Gründe für die Zurückweisung und zu der Möglichkeit zu, gegen diese Entscheidung bei einer höheren Staatsanwaltschaft oder bei Gericht Einspruch einzulegen. ⁽³⁵⁵⁾

Die Überweisung einer Beschwerde an eine andere Ebene der Staatsanwaltschaft oder an eine andere amtliche Stelle muss binnen sieben Tagen erfolgen, und der Beschwerdeführer muss hierüber unterrichtet werden. Der Staatsanwalt darf die Beschwerde nicht an die amtliche Stelle übermitteln, gegen die sich die Beschwerde richtet. ⁽³⁵⁶⁾

Reicht der Staatsanwalt einen bestimmten Fall an eine Ermittlungsstelle weiter, damit eine Strafsache eröffnet werden kann, wird dies offiziell registriert und der Fall direkt einem Ermittler zugewiesen. ⁽³⁵⁷⁾

Der Beschwerdeführer hat das Recht auf Einsicht in die Ermittlungsunterlagen, solange dies nicht die Rechte anderer Bürger oder die Interessen des Staates berührt. ⁽³⁵⁸⁾

⁽³⁵¹⁾ TI Russia, How to file a complaint with the Prosecutor's Office, 13 November 2013; Nikova, I. I., Constitutional and legal status of the organs of the prosecutor and their actions in the sphere of the protection of human rights and citizens, 2014.

⁽³⁵²⁾ TI Russia, How to file a complaint with the Prosecutor's Office, 13 November 2013; Nikova, I. I., Constitutional and legal status of the organs of the prosecutor and their actions in the sphere of the protection of human rights and citizens, 2014.

⁽³⁵³⁾ TI Russia, How to file a complaint with the Prosecutor's Office, 13 November 2013; Generalstaatsanwaltschaft der RF, Anweisung betreffend das Verfahren für die Prüfung von Beschwerden und den Empfang von Bürgern bei den Organen des Staatsanwalts der Russischen Föderation, 30. Januar 2013; TI Russia, How to prepare and submit a crime report, 19 November 2012.

⁽³⁵⁴⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, Montag, 12. Oktober 2015.

⁽³⁵⁵⁾ TI Russia, How to file a complaint with the Prosecutor's Office, 13 November 2013; Generalstaatsanwaltschaft der RF, Anweisung betreffend das Verfahren für die Prüfung von Beschwerden und den Empfang von Bürgern bei den Organen des Staatsanwalts der Russischen Föderation, 30. Januar 2013.

⁽³⁵⁶⁾ TI Russia, How to file a complaint with the Prosecutor's Office, 13 November 2013; Generalstaatsanwaltschaft der RF, Anweisung betreffend das Verfahren für die Prüfung von Beschwerden und den Empfang von Bürgern bei den Organen des Staatsanwalts der Russischen Föderation, 30. Januar 2013.

⁽³⁵⁷⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 116.

⁽³⁵⁸⁾ Nikova, I. I., Constitutional and legal status of the organs of the prosecutor and their actions in the sphere of the protection of human rights and citizens, 2014.

Mögliche Maßnahmen der Staatsanwaltschaft

Ist die Beschwerde nach Auffassung des Staatsanwalts legitim, hat er Schritte zu unternehmen, um die Rechteverletzung zu beenden, und hat er den Beschwerdeführer schriftlich darüber in Kenntnis zu setzen. Die Staatsanwaltschaft kann mit verschiedenen Maßnahmen reagieren, wenn sie einen Gesetzesverstoß feststellt: So kann sie Protest gegen eine unrechtmäßige rechtliche Handlung einlegen oder die Beseitigung eines Rechtsbruchs verlangen oder eine Verwarnung zur Verhinderung einer ungesetzlichen Handlung aussprechen. ⁽³⁵⁹⁾ Des Weiteren kann der Staatsanwalt „eine begründete Entscheidung betreffend die Einleitung von Verwaltungsverfahren erlassen und die Inspektionsmaterialien an die Ermittlungsbehörden weiterleiten“. ⁽³⁶⁰⁾ Der Staatsanwalt kann auch ein Gericht anrufen und die Nichtigerklärung einer rechtswidrigen Handlung beantragen. ⁽³⁶¹⁾

Der Protest eines Staatsanwalts gegen eine unrechtmäßige rechtliche Handlung wird der staatlichen Behörde oder der Körperschaft übermittelt, die gegen das Gesetz verstoßen hat. Der Protest kann an die Stelle oder Person gesandt werden, die die rechtswidrige Handlung begangen hat, an ihren Vorgesetzten oder an das Gericht. Die staatliche Behörde bzw. der Beamte hat ihn binnen zehn Tagen zu prüfen und dem Staatsanwalt die ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse zu melden. ⁽³⁶²⁾

Die Aufforderung eines Staatsanwalts zur Beseitigung eines Rechtsbruchs ergeht an die Stelle, die befugt ist, den Verstoß zu beseitigen. Die empfangende Behörde hat binnen eines Monats die erforderlichen Schritte einzuleiten und den Staatsanwalt schriftlich über die Ergebnisse zu unterrichten. ⁽³⁶³⁾

Mit einer Verwarnung versucht der Staatsanwalt eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit zu verhindern, von der die Staatsanwaltschaft Kenntnis erhalten hat. Sie ergeht an die für die Verhinderung der Straftat verantwortliche Behörde bzw., bei extremistischen Straftaten, an die für diese verantwortliche religiöse oder politische Organisation. Reagiert die Person oder Organisation auf die Verwarnung nicht, kann ein Straf- oder Verwaltungsverfahren eingeleitet werden. ⁽³⁶⁴⁾

Mit der Entscheidung über die Einleitung eines Verwaltungsverfahrens verfügt ein Staatsanwalt über ein Instrument, mit dem er eine Regierungsstelle oder einen Beamten zur Rechenschaft ziehen kann, die/der auf ein Ersuchen der Staatsanwaltschaft oder eine von ihr vorgeschlagene Maßnahme nicht innerhalb der gesetzlichen Frist reagiert hat. Die Entscheidung über die Einleitung eines solchen Verfahrens muss mit Gründen versehen sein. ⁽³⁶⁵⁾

2.3.4 Beaufsichtigung strafrechtlicher Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft

Jede strafrechtliche Ermittlung erfolgt unter der Aufsicht eines Mitarbeiters der Staatsanwaltschaft. Seit 2007 ist die Einleitung einer Strafsache Vorrecht des Untersuchungskomitees (SK); auf diese Weise hat die Staatsanwaltschaft geringeren Einfluss auf die Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft kann es jedoch noch immer ablehnen, bei Gericht Anklage zu erheben. ⁽³⁶⁶⁾ Nach Aussage des IRL arbeiten in der Praxis Ermittler und Staatsanwalt zusammen, um sicherzustellen, dass eine Strafsache auch mit einer Anklageerhebung und Strafverfolgung endet. ⁽³⁶⁷⁾

⁽³⁵⁹⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Articles 23, 24 and 25.1; Prosecutor General’s Office of the RF, The Prosecutor General’s Office of the Russian Federation. Tasks, functions and key activities, 2015, p. 10; Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, p. 193.

⁽³⁶⁰⁾ Prosecutor General’s Office of the RF, The Prosecutor General’s Office of the Russian Federation. Tasks, functions and key activities, 2015, p. 10; Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 25.

⁽³⁶¹⁾ Nikova, I. I., Constitutional and legal status of the organs of the prosecutor and their actions in the sphere of the protection of human rights and citizens, 2014; Spravochnik Kadrovika, The Prosecutor’s Office examines you: documentation of, 27 October 2011.; Lawtoday.ru, Legal means of reaction of the prosecutor on established violations of law, n.d.

⁽³⁶²⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 23; Spravochnik Kadrovika, The Prosecutor’s Office examines you: documentation of, 27 October 2011.

⁽³⁶³⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 24; Spravochnik Kadrovika, The Prosecutor’s Office examines you: documentation of, 27 October 2011.

⁽³⁶⁴⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 25.1; Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, p. 193; Spravochnik Kadrovika, The Prosecutor’s Office examines you: documentation of, 27 October 2011.

⁽³⁶⁵⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 25; Pravo.gov.ru; Spravochnik Kadrovika, The Prosecutor’s Office examines you: documentation of, 27 October 2011.

⁽³⁶⁶⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 89; Paneyakh, E., Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege, 2014, pp. 122-123.

⁽³⁶⁷⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 89.

Gegen die Verweigerung, eine Strafsache einzuleiten, kann dem Gesetz zufolge Beschwerde bei Gericht, bei der Staatsanwaltschaft oder einer Ermittlungsstelle eingelegt werden. ⁽³⁶⁸⁾ Nach Aussagen der russischen Sektion von Transparency International ist es durchaus üblich, dass die Einleitung einer Strafsache abgelehnt wird, da jeder neu akzeptierte Fall das Arbeitsaufkommen für die Ermittlungsbehörden erhöht. Sie fügt noch hinzu, es sei schwierig, ohne Rechtsbeistand gegen eine solche Ablehnung Beschwerde einzulegen. ⁽³⁶⁹⁾

Dem IRL zufolge besagen offizielle Daten für 2011, dass 4,88 % der Fälle des MVD und 3,56 % der Fälle des SK, die an die Staatsanwaltschaft zwecks Einleitung einer Strafsache übermittelt wurden, abgelehnt und für weitere Ermittlungen zurückgeschickt wurden. ⁽³⁷⁰⁾ Von allen 2011 von allen Ermittlungsbehörden an die Staatsanwaltschaft zur Genehmigung der Einleitung einer Strafsache übermittelten Fällen wurden 3,9 % zurückgewiesen; 2012 lag dieser Anteil bei 4,1 %, 2013 bei 3,7 %. ⁽³⁷¹⁾

Zwischen 2006 und 2013 stieg die Zahl der Aufhebungen von Weigerungen von Ermittlungsbehörden, eine Strafsache einzuleiten, von rund 1,5 Millionen auf mehr als 2,5 Millionen pro Jahr. In den Jahren 2012 und 2013 änderte sich diese Zahl nicht. Die Public Verdict Foundation warnt jedoch, dass diese Zahlen die Zunahme bei den Aufhebungen nicht erklären. Es wird angemerkt, dass sich der Generalstaatsanwalt in seinen jährlichen Reden sehr kritisch zu den Ermittlungsbehörden äußert und in diesem Zusammenhang unter anderem von Rechtsbrüchen spricht. ⁽³⁷²⁾

B. Kapazität

2.3.5 Mittelausstattung

Den offiziellen Daten zum Jahr 2014, die die russische Regierung 2016 dem Europarat zur Verfügung stellte, ist zu entnehmen, dass damals in der RF 34 294 Staatsanwälte tätig waren. ⁽³⁷³⁾ Im Durchschnitt besteht eine Staatsanwaltschaft auf lokaler Ebene aus rund 25 bis 30 stellvertretenden Staatsanwälten und Verwaltungsmitarbeitern. ⁽³⁷⁴⁾

Der Haushalt der Staatsanwaltschaften wird in Verbindung mit dem der Generalstaatsanwaltschaft angegeben. ⁽³⁷⁵⁾ Alljährlich billigt der Gesetzgeber die Mittelzuweisungen für die Arbeit der Staatsanwaltschaft. ⁽³⁷⁶⁾ Der gebilligte Gesamthaushalt für die Staatsanwaltschaft lag 2010 bei 934 Millionen Euro, 2012 bei 1,1 Milliarden Euro und 2014 bei 1,3 Milliarden Euro. ⁽³⁷⁷⁾ Der Anteil der Ausgaben für Löhne und Gehälter beträgt im Durchschnitt 75-80 %. Das Gehalt der Staatsanwälte ist an das der Richter gekoppelt. Steigen die Gehälter der Richter, steigen auch die der Staatsanwälte. ⁽³⁷⁸⁾

2.3.6 Qualifikation und Ausbildung

Staatsanwälte der Subjekte der RF müssen ein Jurastudium absolviert haben, älter als 30 Jahre sein und mindestens sieben Jahre in einer Staatsanwaltschaft gearbeitet haben. Lokale Staatsanwälte müssen einen Abschluss in Jura in einem staatlich akkreditierten Ausbildungsprogramm erworben haben, älter als 27 Jahre sein und mindestens fünf Jahre in einer Staatsanwaltschaft gearbeitet haben. ⁽³⁷⁹⁾

⁽³⁶⁸⁾ TI Russia, How to appeal against the refusal to open a criminal case, 13 November 2013.

⁽³⁶⁹⁾ TI Russia, How to appeal against the refusal to open a criminal case, 13 November 2013.

⁽³⁷⁰⁾ IRL, Path of criminal cases in official statistics, by the example of general data of the law enforcement agencies, 26 February 2014, p. 21.

⁽³⁷¹⁾ IRL, Path of criminal cases in official statistics, by the example of general data of the law enforcement agencies, 26 February 2014, pp. 24, 74-76.

⁽³⁷²⁾ Public Verdict Foundation, Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2), 30 November 2013, pp. 13-17; Generalstaatsanwaltschaft der RF, Über den Zustand von Recht und Ordnung im Jahr 2013 und die Arbeit zu seiner Verbesserung. Rede bei der Tagung des Föderationsrates der Föderationsversammlung der Russischen Föderation, 29. April 2014; Generalstaatsanwaltschaft der RF, Über den Zustand von Recht und Ordnung im Jahr 2014 und die Arbeit zu seiner Verbesserung. Rede bei der Tagung des Föderationsrates der Föderationsversammlung der Russischen Föderation, Mittwoch, 29. April 2015.

⁽³⁷³⁾ CoE-CEPEJ, European judicial systems Efficiency and quality of justice – Edition 2016 (2014 data), 6 October 2016, p. 134.

⁽³⁷⁴⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 88.

⁽³⁷⁵⁾ Cooper, J., The Funding of the Power Agencies of the Russian State, 2007.

⁽³⁷⁶⁾ CoE-CCPE, Questionnaire with a view of the preparation of Opinion No. 7 on the management of the means of the prosecution services, 7 February 2012, p. 5.

⁽³⁷⁷⁾ CoE-CEPEJ, European judicial systems Efficiency and quality of justice – Edition 2016 (2014 data), 6 October 2016, p. 58.

⁽³⁷⁸⁾ CoE-CCPE, Questionnaire with a view of the preparation of Opinion No. 7 on the management of the means of the prosecution services, 7 February 2012, p. 6.

⁽³⁷⁹⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I "On the Prosecutor's Office of the Russian Federation", 17 January 1992, Articles 15.1, 16.1, 40.1.

Die Staatsanwaltschaft bietet für neu eingestellte Kräfte eine Grundausbildung an, an die sich eine allgemeine innerbehördliche Weiterbildung anschließt. ⁽³⁸⁰⁾ Die Staatsanwaltschaft verfügt über eine eigene Akademie für die Ausbildung, die der Generalstaatsanwaltschaft untersteht. ⁽³⁸¹⁾ Die Zentrale der Akademie des Generalstaatsanwalts der RF befindet sich in Moskau; in anderen Regionen unterhält sie mehrere Niederlassungen. Hauptziel der Akademie ist es, die Qualifikation der Angehörigen der Staatsanwaltschaft zu verbessern und sie auf ihre Tätigkeit vorzubereiten. Ferner bietet sie wissenschaftliche und methodische Unterstützung für die Tätigkeiten der Staatsanwaltschaft an. ⁽³⁸²⁾

C. Integrität

2.3.7 Politische Unabhängigkeit/Ernennung

Nach dem Recht der Föderation ist die Staatsanwaltschaft ein unabhängiges Organ des Staates. ⁽³⁸³⁾ Die NRO Penal Reform International merkt an, dass „die Exekutive die Ernennung der Staatsanwälte kontrolliert und somit in der Lage ist, auf deren Entscheidungen Einfluss zu nehmen“. ⁽³⁸⁴⁾

Der Generalstaatsanwalt wird vom Föderationsrat auf Vorschlag des Präsidenten für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt ⁽³⁸⁵⁾ und kann auch nach dem gleichen Verfahren entlassen werden. ⁽³⁸⁶⁾ Aufgrund seiner breit angelegten Befugnisse ist das Ernennungsverfahren in hohem Maße politisiert. ⁽³⁸⁷⁾ Offiziell ist der Generalstaatsanwalt sowohl dem Präsidenten als auch dem Föderationsrat gegenüber rechenschaftspflichtig. ⁽³⁸⁸⁾ Der Generalstaatsanwalt kann dem Präsidenten Kandidaten für die Posten seiner Stellvertreter vorschlagen, die dann nach dem gleichen Verfahren ernannt werden. ⁽³⁸⁹⁾

Seit 2014 werden die Staatsanwälte der Subjekte der RF vom Präsidenten der RF aufgrund einer Empfehlung des Generalstaatsanwalts und mit Zustimmung der jeweiligen Subjekte der RF ernannt. ⁽³⁹⁰⁾ Der Präsident kann die Staatsanwälte der Subjekte der RF entlassen, und dies ohne Konsultation des Generalstaatsanwalts oder der Subjekte. ⁽³⁹¹⁾

Mit Ausnahme der Staatsanwälte der Subjekte der RF werden untergeordnete Staatsanwälte vom Generalstaatsanwalt ohne Rücksprache mit den örtlichen Behörden ernannt und entlassen. ⁽³⁹²⁾

Seit 2014 werden Staatsanwälte auf allen Ebenen für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt. Sie kann einmal um fünf Jahre verlängert werden. ⁽³⁹³⁾ Staatsanwälte, die vor 2014 für eine unbefristete Amtszeit ernannt wurden, werden jetzt ebenfalls für fünf Jahre ernannt. ⁽³⁹⁴⁾ Mit spätestens 70 Jahren müssen Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. ⁽³⁹⁵⁾

⁽³⁸⁰⁾ CoE-CEPEJ, Report on “European judicial systems – Edition 2014 (2012 data): efficiency and quality of justice”, 17 September 2014, p. 294.

⁽³⁸¹⁾ Prosecutor General’s Office of the RF, The Prosecutor General’s Office of the Russian Federation. Tasks, functions and key activities, 2015, pp. 62-63; CoE-CEPEJ, Report on “European judicial systems – Edition 2014 (2012 data): efficiency and quality of justice”, 17 September 2014, p. 295.

⁽³⁸²⁾ Academy of the Prosecutor General’s Office of the Russian Federation, Charter of the Academy (Устав Академии), 15 September 2015; Prosecutor General’s Office of the RF, The Prosecutor General’s Office of the Russian Federation. Tasks, functions and key activities, 2015, pp. 62-63.

⁽³⁸³⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Articles 4(2) and 5.

⁽³⁸⁴⁾ PRI, National mechanisms for the prevention of torture in Eastern Europe: Belarus, Russia and Ukraine, 2013, p. 18.

⁽³⁸⁵⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 12(5).

⁽³⁸⁶⁾ KSRF, Constitution of RF, 12 December 1993, Article 129(2); Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 12(1).

⁽³⁸⁷⁾ Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, p 191

⁽³⁸⁸⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 12(1).

⁽³⁸⁹⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 12.1.

⁽³⁹⁰⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 15.1(1).

⁽³⁹¹⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 15.1(2); Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., Law and Legal System of the Russian Federation, 14 January 2015, p 191.

⁽³⁹²⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 16.1, Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 12. Oktober 2015.

⁽³⁹³⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Articles 12, 15.1, 16.1

⁽³⁹⁴⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 19-1.

⁽³⁹⁵⁾ CoE-CEPEJ, Report on “European judicial systems – Edition 2014 (2012 data): efficiency and quality of justice”, 17 September 2014, p. 324.

Eine eigene, aus Staatsanwälten bestehende Behörde, stellt die Staatsanwälte in den unteren Rängen in der RF ein. Eine Vorauswahl von Kandidaten wird anhand eines Gesprächs, psychologischer Tests und der Beurteilung der von den Bewerbern eingereichten Unterlagen vorgenommen. Nach einer sechsmonatigen Probezeit durchlaufen neu eingestellte Staatsanwälte die erste Attestierung. ⁽³⁹⁶⁾

2.3.8 Loyalitätsprobleme

Verantwortlich für die Arbeit der Staatsanwaltschaft ist offiziell der Generalstaatsanwalt, und in das Management oder die Kontrolle dieser Arbeit darf keine andere Regierungsstelle eingreifen. ⁽³⁹⁷⁾

Einigen Quellen zufolge ist die Staatsanwaltschaft in Russland in der Praxis dem Machtbereich des Präsidenten zuzurechnen. Die Wissenschaftlerin Irina Dzhidzalova schreibt, der Präsident könne dem Generalstaatsanwalt unmittelbar Weisungen erteilen. ⁽³⁹⁸⁾ Auch das niederländische Außenministerium spricht davon, dass die Staatsanwaltschaft in Russland nicht als von der Exekutive unabhängig betrachtet werden kann. ⁽³⁹⁹⁾

Die Regierung der Föderation entscheidet über die finanzielle und materiell-technische Ausstattung der Staatsanwaltschaft in Russland. ⁽⁴⁰⁰⁾ Dies verleiht der Regierung einen gewissen Einfluss auf die Staatsanwaltschaft. ⁽⁴⁰¹⁾ Darüber hinaus ist das SK, eine dem Präsidenten unterstehende Stelle, befugt, mutmaßlichen von Staatsanwälten begangenen Straftaten nachzugehen und gegen einen Staatsanwalt eine Strafsache einzuleiten. ⁽⁴⁰²⁾

Die UN-Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten merkte an, dass das Fehlen von Gründen für die Entlassung von Staatsanwälten im Gesetz „unangemessenen Druck und Einfluss auf Staatsanwälte, insbesondere von Seiten der Exekutive“ zur Folge haben kann. ⁽⁴⁰³⁾

Die NRO Penal Reform International (PRI) stellt 2013 fest, dass die „unzureichende Unabhängigkeit der Staatsanwälte auch auf die Probleme zurückzuführen ist, die sich aus der doppelten Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft für strafrechtliche Ermittlungen und die Beaufsichtigung der korrekten Durchführung von Ermittlungen ergibt“. Nach Auffassung dieser Organisation verringert die „doppelte Zuständigkeit“ der Staatsanwaltschaft für die Kontrolle der Rechtmäßigkeit von Ermittlungen und für erfolgreiche strafrechtliche Ermittlungen die Anreize, bei einem Ermittler zu hinterfragen, mit welchen Methoden Beweismittel erhoben wurden, insbesondere Geständnisse. „Dies führt dazu, dass keine sofortigen, unparteiischen und wirksamen Untersuchungen bei Beschuldigungen wegen Folter oder Misshandlung eingeleitet und durchgeführt werden“. ⁽⁴⁰⁴⁾

IRL erläutert hierzu, dass der Staatsanwalt, der eine Sache vor Gericht vertreten soll, von seinem Vorgesetzten die vollständige Akte erhält und keine Möglichkeit mehr hat, an den Ermittlungsergebnissen etwas zu ändern oder weitere Ermittlungen anzustellen. ⁽⁴⁰⁵⁾ In der Praxis arbeiten die Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft mit den gleichen Richtern zusammen und fördern so eine Kultur der Kooperation zwischen Richter und Staatsanwalt. ⁽⁴⁰⁶⁾ Außerdem sind viele Richter ehemalige Staatsanwälte oder Beamte von Strafverfolgungsbehörden. ⁽⁴⁰⁷⁾ Nach Angaben von IRL ist es in Regionen mit ausgeprägter Korruption und schwacher rechtsstaatlicher Kultur so, dass Richter und Staatsanwälte einander konsultieren und gemeinsam über den Abschluss eines Falls entscheiden. Die Staatsanwaltschaft übt ferner Druck auf das Gericht aus, fehlerhafte polizeiliche Ermittlungen zu tolerieren. Dies leistet der anklagenden Voreingenommenheit des russischen Strafrechtssystems Vorschub und schadet der Rolle der Staatsanwaltschaft als Einrichtung, die die Rechte der Bürger in Strafverfahren zu schützen hat. ⁽⁴⁰⁸⁾

⁽³⁹⁶⁾ CoE-CEPEJ, Scheme for Evaluating Judicial Systems 2013, Russian Federation, 10 September 2014, pp. 40-41; Council of Europe, CoE-CEPEJ, Report on “European judicial systems – Edition 2014 (2012 data): efficiency and quality of justice”, 17 September 2014, p. 290.

⁽³⁹⁷⁾ CoE-CCPE, Questionnaire with a view of the preparation of Opinion No. 7 on the management of the means of the prosecution services, 7 February 2012, pp. 2-3.

⁽³⁹⁸⁾ Dzhidzalova, I.T, The Prosecutor’s Office in the present state structure of Russia, 2014.

⁽³⁹⁹⁾ Ministerie van Buitenlandse Zaken, Algemeen ambtsbericht Russische Federatie, July 2014, p. 26.

⁽⁴⁰⁰⁾ Dzhidzalova, I.T, The Prosecutor’s Office in the present state structure of Russia, 2014; CoE-CCPE, Questionnaire with a view of the preparation of Opinion No. 7 on the management of the means of the prosecution services, 7 February 2012, p. 5.

⁽⁴⁰¹⁾ Dzhidzalova, I.T, The Prosecutor’s Office in the present state structure of Russia, 2014.

⁽⁴⁰²⁾ Dzhidzalova, I.T, The Prosecutor’s Office in the present state structure of Russia, 2014.

⁽⁴⁰³⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 15.

⁽⁴⁰⁴⁾ PRI, National mechanisms for the prevention of torture in Eastern Europe: Belarus, Russia and Ukraine, 2013, p. 19.

⁽⁴⁰⁵⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, p. 10.

⁽⁴⁰⁶⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, pp. 10-11.

⁽⁴⁰⁷⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, pp. 6-7.

⁽⁴⁰⁸⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, pp. 10-11.

Nach Meinung verschiedener Quellen hat die Staatsanwaltschaft unverhältnismäßig großen Einfluss auf das Ergebnis von Strafverfahren; Richter übernehmen häufig direkt die Position der Staatsanwaltschaft, da sie Berichten zufolge den Argumenten des Staatsanwalts größeres Gewicht beimessen als denen der Verteidigung⁽⁴⁰⁹⁾. Strukturell wird dieser Zustand noch durch die Tatsache verstärkt, dass Staatsanwälte und Richter viel miteinander kommunizieren, was bedeutet, dass Richter dem Staatsanwalt deutlich näher stehen als der Verteidigung.⁽⁴¹⁰⁾ Die Internationale Juristenkommission (ICJ) fügt noch hinzu, dass „Richtern Konsequenzen bis hin zur Entlassung drohen, wenn sie als den Wünschen der Staatsanwaltschaft nicht genug „aufgeschlossen“ wahrgenommen werden“.⁽⁴¹¹⁾ Richter erhalten eine negative Beurteilung, wenn viele ihrer Entscheidungen von höheren Instanzen gekippt werden, und Staatsanwälte legen systematisch Berufung gegen Urteile ein, mit denen sie nicht zufrieden sind.⁽⁴¹²⁾

Nach Angaben der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter hat der Staatsanwalt laut Gesetz den Auftrag, die Rechte der Bürger zu schützen. Das Engagement des Staatsanwalts hängt vom Gegenstand einer Anzeige ab. Relativ effektiv arbeitet die Staatsanwaltschaft, wenn in der Sache keine Aktivitäten von Strafverfolgungsbehörden oder Maßnahmen höherrangiger Beamter erforderlich sind. Typische Beispiele für ein effektives Arbeiten des Staatsanwalts sind Fälle, in denen es um die Gegebenheiten (Mahlzeiten, Heizung) in Schulen oder Vorschulen oder die Verletzung von Bürgerrechten durch kommunale Strukturen geht.⁽⁴¹³⁾

2.3.9 Verhaltenskodex

Im Gesetz über die Staatsanwaltschaft ist vorgesehen, dass gegen Mitarbeiter, die ihre Aufgabe nicht oder nur unzureichend wahrnehmen, von ihren Vorgesetzten Disziplinarmaßnahmen verhängt werden können, nämlich Bemerkung, Verweis, Tadel, Degradierung, Verlust einer Ehrenbezeichnung, dienstlicher Vermerk (Verwarnung bei unvollständiger Erfüllung der Dienstqualifikation) und Entlassung.⁽⁴¹⁴⁾

IRL weist darauf hin, dass die Staatsanwaltschaft ihre internen Vorschriften und Anweisungen für die Beurteilung ihrer Mitarbeiter und Unterabteilungen nicht veröffentlicht. Derartige Informationen lassen sich nur aus Sekundärquellen gewinnen. Nach Aussage von IRL beruht die interne Beurteilung von Mitarbeitern auf quantitativen Indikatoren, auch wenn dies weniger streng gehandhabt wird als beispielsweise bei der Polizei. Leitende Staatsanwälte werden beispielsweise im Wesentlichen mit Hilfe der folgenden Indikatoren beurteilt: Zahl der Entscheidungen über die Eröffnung einer Strafsache, Zahl der nach Abschluss der Ermittlungen mit einer Anklageerhebung an das Gericht übermittelten Fälle und Zahl der vorprozessualen Verfahrensentscheidungen. Nach Auffassung von IRL verschärft diese quantitative Beurteilung noch den Druck auf die Arbeit der Staatsanwaltschaften und ist offensichtlich nur wenig unternommen worden, um hieran etwas zu ändern.⁽⁴¹⁵⁾

Das IRL erwähnt, dass auf lokaler Ebene für die Staatsanwaltschaften Vorgaben bestehen, im Zuge der Beaufsichtigung der Arbeit der Polizei und der Ermittlungsbehörden innerhalb eines bestimmten Zeitraums eine gewisse Zahl von Kontrollen und Inspektionen durchzuführen. Weiter führt das IRL aus, dass die Staatsanwaltschaften neben anderen Akteuren im Bereich der Strafjustiz für die registrierte Kriminalitätsrate und die Rate gelöster Fälle verantwortlich sind. Daher besteht auch bei den Staatsanwaltschaften Interesse daran, „unlösbaren“ Fällen aus dem Weg zu gehen und bestimmte Fälle aus der Registrierung herauszuhalten. Damit wird die Wahrscheinlichkeit möglichst gering gehalten, dass bei einer Kontrolle durch den Staatsanwalt ein bestimmter Verstoß festgestellt wird.⁽⁴¹⁶⁾ Des Weiteren ist das IRL der Ansicht, dass eine oberflächliche Beaufsichtigung der Ermittlung durch den Staatsanwalt zu schlechten

⁽⁴⁰⁹⁾ Ministerie van Buitenlandse Zaken, Algemeen ambtsbericht Russische Federatie, July 2014, p. 26; ICJ, Russian Federation – Country Profile prepared by the ICJ Centre for the Independence of Judges and Lawyers, 6 June 2014, p. 16; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 11; IRL and KGI, Russian Investigator – 12 empirical facts, 15 June 2015, p. 7.

⁽⁴¹⁰⁾ Paneyakh, E., Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege, 2014, p. 130; IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, p. 11.

⁽⁴¹¹⁾ ICJ, Russian Federation – Country Profile prepared by the ICJ Centre for the Independence of Judges and Lawyers, 6 June 2014, p. 16.

⁽⁴¹²⁾ Paneyakh, E., Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege, 2014, p. 130.

⁽⁴¹³⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, Montag, 12. Oktober 2015.

⁽⁴¹⁴⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation”, 17 January 1992, Article 41.7

⁽⁴¹⁵⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, pp. 10, 17-18; IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 88.

⁽⁴¹⁶⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, p. 10.

Anklageschriften für die Staatsanwälte im Gerichtsverfahren führt. Diese wiederum werden nach der Zahl der erfolgreichen Prozesse beurteilt und sind daher motiviert, auch auf schwachen Füßen stehende Anklagen mit einer Verurteilung enden zu lassen. ⁽⁴¹⁷⁾

2.3.10 Möglichkeit, gegen eine Maßnahme eines Staatsanwalts Beschwerde einzulegen

Nach Angaben der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter können sich Bürger wegen der Leistung eines Staatsanwalts bei einem höherrangigen Staatsanwalt, dem Staatsanwalt der Region oder beim Generalstaatsanwalt beschweren. Jede Handlung eines Staatsanwalts und jedes von ihm ausgestellte Dokument kann vor Gericht angefochten werden. Sobald keine politischen Interessen tangiert sind, verhalten sich die Gerichte bei der Beurteilung von Ermittlungstätigkeiten ziemlich unabhängig und sprechen fundierte Urteile. ⁽⁴¹⁸⁾

Die Wissenschaftlerin Mariya Shklyaruk ⁽⁴¹⁹⁾ erwähnt, dass die Staatsanwaltschaft aufgrund ihrer besonderen Stellung im Strafverfahren Strafsachen gegen ihre eigenen Mitarbeiter leicht blockieren kann. So kann sie Mängel in Strafsachen gegen ihre Mitarbeiter feststellen und die Genehmigung zur Weiterleitung an das Gericht verweigern. ⁽⁴²⁰⁾

2.3.11 Korruption

Das russische Levada Analytical Center führte im September 2014 eine Umfrage zur Wahrnehmung von Korruption in Regierungsstellen durch. Auf Fragen nach Korruption bei der Staatsanwaltschaft antworteten 25 % der Befragten, deren Mitarbeiter seien „äußerst korrupt“, 37 % sagten, sie seien „durchschnittlich korrupt“, und 18 % waren der Ansicht, sie seien „nicht so sehr korrupt“. ⁽⁴²¹⁾

Wie schon in [2.2.1 SK, Hintergrund](#) ausgeführt, und auch nach Aussagen des Leiters von Agora, kann die Beilegung eines Falls, insbesondere einer Strafsache, mit Bestechungsgeldern durch Verhandlungen mit Ermittlern und dem Staatsanwalt „erreicht“ werden, noch bevor es in der Sache zur Verhandlung kommt. ⁽⁴²²⁾

Am 1. November 2016 verkündete das Ermittlungskomitee, es habe gegen den ehemaligen Staatsanwalt der Region Leningrad wegen Bestechlichkeit strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. ⁽⁴²³⁾

2.3.12 Zuversicht/Vertrauen

Im September 2016 führte das Levada-Center eine Umfrage betreffend das Vertrauen der Menschen in verschiedene Einrichtungen der Regierung durch. 24 % der Befragten hielten die Staatsanwaltschaft für absolut vertrauenswürdig, 38 % sagten, sie sei nicht ganz vertrauenswürdig, und nach Auffassung von 19 % war sie nicht vertrauenswürdig. Für 19 % war die Beantwortung dieser Frage schwierig. ⁽⁴²⁴⁾ In früheren Jahren erbrachten Levada-Umfragen ein höheres Maß an Vertrauen. ⁽⁴²⁵⁾

Im November 2014 veröffentlichte das Levada-Center das Ergebnis einer über zehn Jahre laufenden Studie des Zentrums und der Public Verdict Foundation zu den Beziehungen zwischen Gesellschaft und Strafverfolgungsbehörden. Eine der Fragen lautete: „Meinen Sie, dass Gericht und Staatsanwaltschaft Sie schützen, wenn Sie Opfer willkürlichen Verhaltens der Polizei werden?“ 32 % gaben zur Antwort, sie vertrauten für ihren Schutz auf Gerichte und Staatsanwälte, während 30 % dies verneinten. 6,2 % gaben an, sie würden letztendlich keiner der beiden Institutionen vertrauen. ⁽⁴²⁶⁾

⁽⁴¹⁷⁾ IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary, 2013, pp. 17-19; IRL and KGI, Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3, October 2012, p. 89.

⁽⁴¹⁸⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 12. Oktober 2015.

⁽⁴¹⁹⁾ Mariya Shklyaruk begann ihre berufliche Laufbahn bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Nach weiteren Studien in Russland und Deutschland wurde sie Wissenschaftlerin am IRL.

⁽⁴²⁰⁾ KGI, Who needs the current reform of the law enforcement organs and why all instances will be against, 18 November 2013.

⁽⁴²¹⁾ Levada-Center, Corruption in the system of state authorities, 18 November 2014.

⁽⁴²²⁾ Agora, Landinfo's interview with chairman, Oslo, 6 October 2015.

⁽⁴²³⁾ SK, Probe launched against former prosecutor of Leningrad Region, 1 November 2016

⁽⁴²⁴⁾ Levada-Center, Institutional trust, 13 October 2016.

⁽⁴²⁵⁾ Levada-Center, Institutional trust, 16 October 2015; Levada-Center, Trust in the power institutions, 13 November 2014.

⁽⁴²⁶⁾ Levada-Center, Why did they start to like the police in Russia?, 7 November 2014.

Die russische NRO Komitee für die Verhinderung von Folter schätzt das Ausmaß des Vertrauens der Bevölkerung in den Staatsanwalt als recht hoch ein. Die Menschen wenden sich häufig an den Staatsanwalt. Man kann sich unbeschränkt an die Staatsanwaltschaft wenden und einen Antrag einreichen. ⁽⁴²⁷⁾

2014 erklärte Irina Nikova, Magister der Akademie des Generalstaatsanwalts, Beschwerden und Ersuchen von Bürgern machten einen Großteil des Arbeitsaufkommens der Staatsanwaltschaft aus. Nach den Worten von Nikova hat die Zahl der Petitionen an staatliche Organe in jedem der abgelaufenen Jahre zugenommen; dies zeige, dass die Bürger die Instrumente zum Schutz ihrer Rechte tatsächlich nutzen, darunter auch Beschwerden bei der Staatsanwaltschaft. ⁽⁴²⁸⁾

2.4 Gerichte

2.4.1 Nationale Gerichte

A. Allgemeines

Das Justizsystem der Russischen Föderation gründet auf der Verfassung der RF und dem Rationsgesetz mit Verfassungsrang „Über das Justizsystem der Russischen Föderation“ vom 31. Dezember 1996. ⁽⁴²⁹⁾

Abgesehen von einigen wichtigen Unterschieden folgt das russische Rechtssystem der zivilrechtlichen Tradition. Beispielsweise die Anerkennung nicht auf dem Bürgerlichen Gesetzbuch beruhender Rechtsordnungen und, neben anderen Besonderheiten, die bedeutende Rolle des Staatsanwalts. ⁽⁴³⁰⁾

In den 1990er Jahren wurde das Justizsystem mit dem Ziel reformiert, die Unabhängigkeit der Richter von der Exekutive und von politischen Einflüssen zu stärken. ⁽⁴³¹⁾ Ungeachtet zahlreicher Reformen gehört der Mangel an Unabhängigkeit der Justiz für Menschenrechtsbeobachter wie den Menschenrechtskommissar des Europarates ⁽⁴³²⁾ und die UN-Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten ⁽⁴³³⁾ nach wie vor zu den größten Problemen.

2.4.1.1 Struktur

Das russische Gerichtssystem ist untergliedert in Verfassungsgerichte auf zentraler und regionaler Ebene sowie ordentliche Gerichte, deren höchste Instanz der Oberste Gerichtshof der RF ist. Für Wirtschaftssachen besteht ein eigenständiges System von Schiedsgerichten. ⁽⁴³⁴⁾ 2014 wurde der Oberste Schiedsgerichtshof aufgelöst und ging seine Zuständigkeit an den Obersten Gerichtshof über. ⁽⁴³⁵⁾

Ordentliche Gerichte verhandeln in ihre territoriale Zuständigkeit fallende Straf-, Verwaltungs- und Zivilsachen und sind in drei Ebenen organisiert, wobei die höchste Instanz der Oberste Gerichtshof der RF ist. Auf der untersten Ebene stehen die Friedensrichter, die Magistratsrichter der Subjekte der RF sind. Sie verhandeln wenig komplexe Verwaltungs- und Strafsachen, die mit einer Höchststrafe von maximal drei Jahren geahndet werden. Die zweite Ebene bilden die Bezirksgerichte; bei ihnen handelt es sich um Föderationsgerichte, die über Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Friedensrichter entscheiden und für schwerere Fälle die erste Instanz sind. Die dritte Ebene

⁽⁴²⁷⁾ Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 12. Oktober 2015.

⁽⁴²⁸⁾ Nikova, I. I., Constitutional and legal status of the organs of the prosecutor and their actions in the sphere of the protection of human rights and citizens, 2014.

⁽⁴²⁹⁾ KSRF, Constitution of RF, 12 December 1993, Chapter 7; Pravo.gov.ru, Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the judicial system of the Russian Federation”, 31 December 1996.

⁽⁴³⁰⁾ ICJ, Russian Federation: Legal tradition, 16 June 2014; zur Rolle des Staatsanwalts siehe das vorangegangene Kapitel dieses Berichts.

⁽⁴³¹⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 4.

⁽⁴³²⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 17.

⁽⁴³³⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 6.

⁽⁴³⁴⁾ Supreme Court of the RF, Overview of the Judicial System of the RF, n.d.; CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 8.

⁽⁴³⁵⁾ Supreme Court of the RF, Overview of the Judicial System of the RF, n.d.

sind die Föderationsgerichte der Subjekte der RF; sie sind die obersten ordentlichen Gerichte in den einzelnen Subjekten. In bestimmten Fällen können sie auch als erstinstanzliche Gerichte fungieren. ⁽⁴³⁶⁾ Die meisten straf- und zivilrechtlichen Fälle werden vor den Bezirksgerichten verhandelt. ⁽⁴³⁷⁾

Der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation ist die oberste gerichtliche Instanz für Zivil-, Straf- und Verwaltungssachen. Er fungiert als Gericht erster Instanz in Sachen gegen hochrangige Amtsträger einschließlich des Präsidenten der RF. Er entscheidet ferner in Wirtschaftsstreitigkeiten zwischen Behörden der Föderation und Behörden von Föderationssubjekten der RF. Als Gericht zweiter Instanz verhandelt der Oberste Gerichtshof über Rechtsmittel gegen Entscheidungen der obersten Föderationsgerichte der Subjekte der RF sowie von Militärgerichten. Als Gericht dritter Instanz (Kassationsgerichtshof) prüft der Oberste Gerichtshof der RF Urteile der Exekutivkomitees der obersten Gerichte in den Subjekten der RF und denen der Militärgerichte. Als oberstes Justizorgan der RF gewährleistet er die einheitliche Auslegung und Anwendung der Gesetze durch die nachgeordneten Gerichte. ⁽⁴³⁸⁾

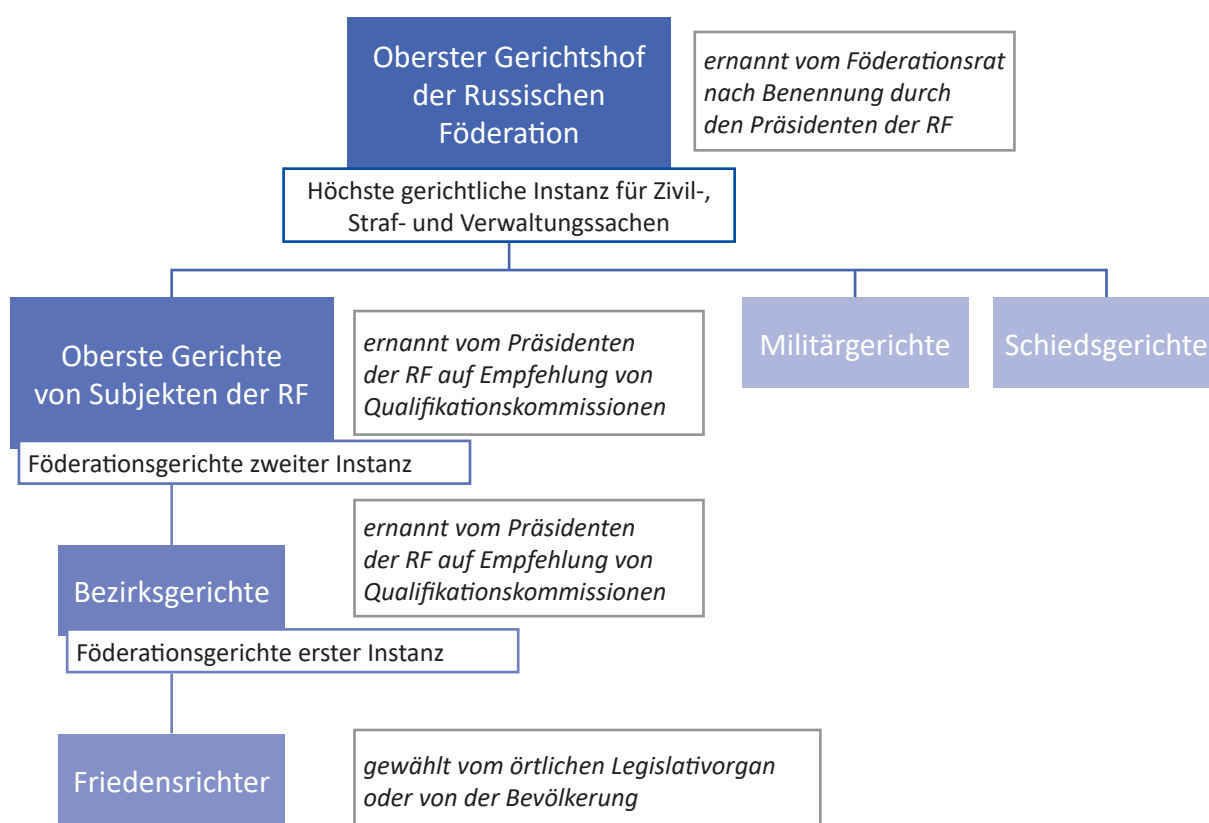


Abbildung 2: Struktur der Gerichte in der Russischen Föderation ⁽⁴³⁹⁾

Schiedsgerichte (Wirtschaftskammern) sind Gerichte mit besonderer Zuständigkeit für Eigentums- und Wirtschaftssachen. ⁽⁴⁴⁰⁾ Die Zusammenlegung des Obersten Schiedsgerichtshofs mit dem Obersten Gerichtshof der RF im Jahr 2014 stieß auf Kritik, da der Schiedsgerichtshof im Ruf von Effizienz, Transparenz und politischer Unabhängigkeit stand. ⁽⁴⁴¹⁾

⁽⁴³⁶⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, pp. 8-9; ICJ, Russian Federation: Court structure, 16 June 2014; Supreme Court of the RF, Overview of the Judicial System of the RF, n.d.

⁽⁴³⁷⁾ Library of Congress, Introduction to Russia's Legal System, 29 April 2016; Supreme Court of the RF, Overview of the Judicial System of the RF, n.d.

⁽⁴³⁸⁾ Supreme Court of the RF Information about the Supreme Court, n.d.

⁽⁴³⁹⁾ Chart based on information from CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, pp. 8-9; ICJ, Russian Federation: Court structure, 16 June 2014; Supreme Court of the RF, Overview of the Judicial System of the RF, n.d.

⁽⁴⁴⁰⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 9; Supreme Court of the RF, Overview of the Judicial System of the RF, n.d.

⁽⁴⁴¹⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaut; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 5; Institute of Modern Russia, Who Shall Judge?, 30 September 2014; Freedom House, Freedom in the World 2014, Russia, 23 January 2014.

Militärgerichte verhandeln Sachen, an denen Soldaten und Bürger beteiligt sind, die regelmäßig einen Militärdienst ableisten. Militärgerichte befassen sich mit Zivil-, Verwaltungs- und Strafsachen. Der Oberste Gerichtshof der RF ist die oberste Instanz für Fälle, die vor Militärgerichten verhandelt wurden. ⁽⁴⁴²⁾

B. Kapazität

2.4.1.2 Mittelausstattung

Am 31. Dezember 2015 gab es in Russland 2 505 Föderationsgerichte, davon waren 2 390 ordentliche Gerichte (einschließlich 119 Militärgerichte) und 115 Schiedsgerichte. Von den 2 390 ordentlichen Gerichten waren 85 Oberste Gerichte (einschließlich der neuen Föderationssubjekte Sewastopol und der Republik Krim) und 2 186 Bezirksgerichte. Die Zahl der an den ordentlichen Föderationsgerichten tätigen Richter belief sich auf 22 851, von denen 16 329 an den Bezirksgerichten und 5 770 an den Obersten Gerichten tätig waren. ⁽⁴⁴³⁾

Die Europäische Kommission für die Wirksamkeit der Justiz, ein beim Europarat angesiedeltes Gremium, weist darauf hin, dass in der Russischen Föderation die Dichte von Gerichten erster Instanz im Gebiet des Europarates am höchsten ist, denn dort gab es 2014 pro 100 000 Einwohner 6,5 Gerichte. Zum Vergleich: In der Hälfte der 48 betrachteten Staaten oder Gebilde gibt es weniger als 1,4 Gerichte erster Instanz pro 100 000 Einwohner. ⁽⁴⁴⁴⁾

2.4.1.3 Ernennungsverfahren und Amtszeit von Richtern

Bewerber um eine Stelle als Richter müssen die folgenden allgemeinen Bedingungen erfüllen: Sie müssen russische Staatsbürger sein und ein juristisches Studium absolviert haben. Richter am Verfassungsgericht der RF müssen mindestens 40 Jahre alt sein und über mindestens 15 Jahre Berufserfahrung im Justizwesen verfügen. Richter am Obersten Gerichtshof der RF müssen mindestens 35 Jahre alt sein und über mindestens 10 Jahre Berufserfahrung im Justizwesen verfügen. Richter an Obersten Gerichten müssen mindestens 30 Jahre alt sein und über mindestens sieben Jahre Berufserfahrung im Justizwesen verfügen. Richter an Bezirksgerichten und Friedensrichter müssen mindestens 25 Jahre alt sein und über mindestens fünf Jahre Berufserfahrung im Justizwesen verfügen. ⁽⁴⁴⁵⁾ Ernennung und Auswahlverfahren für Richter sind im Föderationsgesetz über die Stellung von Richtern von 1992 geregelt. ⁽⁴⁴⁶⁾ Die Altersgrenze für Richter liegt bei 70 Jahren. ⁽⁴⁴⁷⁾

Der Föderationsrat ernennt Richter des Obersten Gerichtshofs nach Benennung durch den Präsidenten der RF. Andere Richter an Föderationsgerichten (z. B. Richter an Obersten Gerichten von Föderationssubjekten der RF oder an Bezirksgerichten) werden vom Präsidenten der RF auf Empfehlung von Qualifikationskommissionen ernannt. Friedensrichter werden je nach lokalem Gesetz vom örtlichen Legislativorgan oder von der Bevölkerung gewählt. ⁽⁴⁴⁸⁾

Gerichtspräsidenten werden vom Präsidenten der RF für sechs Jahre ernannt. Ihre Amtszeit kann einmal verlängert werden. Die Gerichtspräsidenten spielen eine wichtige Rolle bei der Einstellung und Beförderung von Richtern und der Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegen sie. ⁽⁴⁴⁹⁾ Dem Föderationsgesetz über die Stellung von Richtern zufolge hat der Präsident eines Gerichts einen von der Qualifikationskommission (Präsidium) für eine Stellung am Gericht empfohlenen Richter zu billigen. Die Qualifikationskommission kann eine Weigerung, einen bestimmten Richter zu akzeptieren, überstimmen. ⁽⁴⁵⁰⁾

In ihrem Bericht aus dem Jahr 2014 weist die UN-Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten darauf hin, dass Ernennungen und Benennungen von Richtern durch den Präsidenten der RF die Richter unter politischen Druck setzen und ihr Verhalten und ihre Meinung beeinflussen können. Desgleichen kritisierte die Sonderberichterstatterin die Anwesenheit von Vertretern des Präsidenten und der Legislative in den

⁽⁴⁴²⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 9.

⁽⁴⁴³⁾ Judicial Department of the Supreme Court of the RF, Report on the activities of the Judicial department of the Supreme Court of the Russian Federation for the year 2015, 29 March 2016, pp. 88-91.

⁽⁴⁴⁴⁾ CoE-CEPEJ, European judicial systems Efficiency and quality of justice – Edition 2016 (2014 data), 6 October 2016, pp. 171-172.

⁽⁴⁴⁵⁾ Pravo.gov.ru, Law of the Russian Federation No. 3132-1 "On the status of Judges in the Russian Federation", 26 June 1992, Article 4.

⁽⁴⁴⁶⁾ Pravo.gov.ru, Law of the Russian Federation No. 3132-1 "On the status of Judges in the Russian Federation", 26 June 1992.

⁽⁴⁴⁷⁾ Pravo.gov.ru, Law of the Russian Federation No. 3132-1 "On the status of Judges in the Russian Federation", 26 June 1992, Article 11.

⁽⁴⁴⁸⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 6; Supreme Court of the RF, Overview of the Judicial System of the RF, n.d.

⁽⁴⁴⁹⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 16.

⁽⁴⁵⁰⁾ CoE-CCJE, Questionnaire for the Preparation of Regulation No. 19 (2016) of the Consultative Council of European Judges (CCEJ): "Role of Presidents of the Court", 2016.

Qualifikationskommissionen. ⁽⁴⁵¹⁾ Sowohl die Sonderberichterstatterin als auch der Menschenrechtskommissar des Europarates haben empfohlen, Gerichtspräsidenten durch die Judikative und nicht die Exekutive wählen zu lassen. ⁽⁴⁵²⁾

Das Auswahlverfahren für Richter wurde wegen seiner mangelnden Transparenz von der UN-Sonderberichterstatterin und dem UN-Menschenrechtsausschuss sowie der NRO Internationale Juristenkommission (ICJ) ⁽⁴⁵³⁾ mit dem Hinweis kritisiert, das Prüfungsverfahren werde häufig vom Präsidenten des Gerichts beeinflusst, an dem die freie Stelle zu besetzen ist. Dadurch entstehe die Gefahr, dass sich der neu ernannte Richter zu besonderer Loyalität gegenüber dem Präsidenten des Gerichts verpflichtet fühlt. Fehlende Transparenz im Auswahlverfahren weckt aber auch Verdacht bei der Öffentlichkeit. Angeblich bewerben sich Anwälte, die als Richter tätig sein möchten, nur selten erfolgreich um die Stelle, weil das System ehemalige Staatsanwälte, Gerichtsassistenten und Beamte von Strafverfolgungsbehörden favorisiert. ⁽⁴⁵⁴⁾ Die 2015 vorgelegten Entwürfe für Änderungen am Auswahlverfahren für Richter reichten nach Meinung der ICJ für eine Beseitigung der Schwachstellen im Auswahlverfahren nicht aus. ⁽⁴⁵⁵⁾ Die ICJ empfahl, Bewerber um ein Richteramt angemessen auf ihr Rechtsverständnis und ihr Berufsethos zu prüfen und Garantien gegen die informelle Unterstützung von Bewerbern und andere Formen der unzulässigen Beeinflussung im Ernennungsverfahren vorzusehen. ⁽⁴⁵⁶⁾

Vorhersehbare und sichere Amtszeiten sind wichtig, um Richtern Unabhängigkeit zu gewährleisten. ⁽⁴⁵⁷⁾ Für Richter an Föderationsgerichten ist die Amtszeit unbegrenzt, während Friedensrichter für fünf Jahre gewählt werden und ihre Amtszeit einmal verlängert werden kann. ⁽⁴⁵⁸⁾ Der Menschenrechtskommissar des Europarates und die UN-Sonderberichterstatterin begrüßten 2009 die Abschaffung der dreijährigen Probezeit für Richter an Föderationsgerichten. ⁽⁴⁵⁹⁾

2.4.1.4 Fortbildung von Richtern

Regelmäßige Kurse und Fortbildungen für Richter und andere Mitarbeiter von Gerichten werden von der russischen Justizakademie angeboten. Die Akademie verfügt über regionale Niederlassungen und eine juristische Fakultät mit rund 80 000 Studierenden. Neue Richter müssen ein erstes Praktikum absolvieren und danach alle drei Jahre eine obligatorische Fortbildung besuchen. Die Akademie wird von der Regierung finanziert, verfügt jedoch nicht über ausreichende Mittel. Der Zugang zu Technologien wie Video-Konferenzen ist ebenfalls begrenzt, was den Teilnehmerkreis der Fortbildungen einschränkt. ⁽⁴⁶⁰⁾ In ihrem Bericht unterstrich die UN-Sonderberichterstatterin, dass nach Aussage einiger Gesprächspartner Richter auch nach dem Besuch von Fortbildungsveranstaltungen der Akademie angeblich keine Kenntnisse in den Rechtsvorschriften betreffend Einwanderung und Flüchtlinge, Menschenrechte und Rechtsprechung des EGMR hatten. ⁽⁴⁶¹⁾ Die Quellen in Justizwesen und Zivilgesellschaft jedoch, die 2013 mit dem Menschenrechtskommissar des Europarates

⁽⁴⁵¹⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 6; Qualifikationskommissionen/-kollegien gibt es auf regionaler und lokaler Ebene und bestehen aus erfahrenen Richtern, Rechtsexperten und einem Vertreter des Präsidenten der RF. Die Kommissionen spielen eine wichtige Rolle bei der Ernennung, Beförderung und Entlassung von Richtern.

⁽⁴⁵²⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 18; CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 16.

⁽⁴⁵³⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, pp. 6-7; UN Human Rights Committee, Concluding observations on the seventh periodic report of the Russian Federation, 28 Apr 2015, p. 7; ICJ, Submission to the Human Rights Committee in advance of the examination of the Russian Federation's seventh periodic report under Article 40 of the International Covenant on Civil and Political Rights, February 2015, pp. 3-6.

⁽⁴⁵⁴⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, pp. 6-7.

⁽⁴⁵⁵⁾ ICJ, Recommendations on the Draft Federal Law introducing certain amendments to the procedure of selection of judges, 14 April 2015, p. 3.

⁽⁴⁵⁶⁾ ICJ, Recommendations on the Draft Federal Law introducing certain amendments to the procedure of selection of judges, 14 April 2015, pp. 3, 5.

⁽⁴⁵⁷⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 7; ICJ, Russian Federation: Appointment and promotion of judges; Security of tenure, 16 June 2014.

⁽⁴⁵⁸⁾ Pravo.gov.ru, Law of the Russian Federation No. 3132-1 "On the status of Judges in the Russian Federation", 26 June 1992, Article 11.

⁽⁴⁵⁹⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 17; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 7.

⁽⁴⁶⁰⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, pp. 16-17; CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 20.

⁽⁴⁶¹⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, pp. 16-17.

sprachen, berichteten, die Kenntnis der Rechtsprechung des EGMR in der Richterschaft nehme zu und mindestens 376 Richter hätten an entsprechenden Fortbildungen und Studienreisen zum EGMR im Zeitraum 2009-2012 teilgenommen. ⁽⁴⁶²⁾

2.4.1.5 Einsatz von Informationstechnologie

Der intensivere Einsatz von Informationstechnologie im russischen Justizwesen war ein Schwerpunkt. Zwischen 2008 und 2010 wurden die Haushaltsmittel für den Einsatz von Informationstechnologie deutlich aufgestockt. ⁽⁴⁶³⁾ Ein seit 2010 geltendes Föderationsgesetz ⁽⁴⁶⁴⁾ verlangt von den Gerichten, ihre Entscheidungen online zu veröffentlichen und die Öffentlichkeit über ihre Arbeit zu informieren. Gemäß dem „US DoS Investment Climate Report 2016“ verfügen alle russischen Gerichte über die Technologie für die Veröffentlichung einer Liste der angesetzten Fälle, des Namens des Richters, der Adresse des Gerichts, der Schriftstücke, die von den Parteien verwendet werden können, und von Kopien der Entscheidungen. ⁽⁴⁶⁵⁾ Schwerpunkte des derzeit (2013-2020) laufenden Föderationsprogramms für die Entwicklung des Justizwesens sind die Verwaltung von Gerichtsakten und die Verknüpfung elektronischer Datenbanken verschiedener Gerichte. ⁽⁴⁶⁶⁾

Quellen haben auf Schwachstellen in diesem Bereich hingewiesen. In ihrem Bericht 2014 „bedauert“ die Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten, „dass Informationen über sämtliche Gerichtsverfahren auf allen Ebenen des landesweiten Gerichtssystems noch nicht für die Öffentlichkeit im Internet einsehbar sind“. ⁽⁴⁶⁷⁾ Der Menschenrechtskommissar des Europarates merkte 2013 an, dass Verfahren für eine automatische Fallzuweisung eingeführt und von allen ordentlichen Gerichten „streng und systematisch eingehalten“ werden sollten. Des Weiteren empfahl er mehr Transparenz im Justizsystem, beispielsweise durch freien Zugang zu Gerichtsentscheidungen und Zugang der Öffentlichkeit zu Gerichtsverhandlungen. ⁽⁴⁶⁸⁾

2.4.1.6 Fallzuweisung und Rückstände

An den ordentlichen Gerichten weist der Gerichtspräsident die Sachen den einzelnen Richtern zu. Experten haben auf den Mangel an geeigneten Verfahren hingewiesen, da dieses System sehr anfällig für Missbrauch wie Manipulation, Korruption, externen und internen Druck und Eingriffe ist. So könnten beispielsweise einem Richter absichtlich zu viele Fälle zugewiesen werden und könnte er als Folge wegen Verspätung mit Disziplinarmaßnahmen belegt werden. ⁽⁴⁶⁹⁾

2.4.1.7 Disziplinarmaßnahmen gegen Richter

Gemäß dem Föderationsgesetz über die Stellung von Richtern können gegen Richter drei Arten von Disziplinarmaßnahmen verhängt werden: Meldung, Verwarnung und Entfernung aus dem Dienst. ⁽⁴⁷⁰⁾ Die Entfernung aus dem Dienst (oder Entlassung) impliziert, dass nicht nur Amt und Gehalt verloren sind, sondern dass auch keine Richterpensionen und Sozialleistungen mehr gezahlt werden. ⁽⁴⁷¹⁾

⁽⁴⁶²⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 20.

⁽⁴⁶³⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, 13.

⁽⁴⁶⁴⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 262-FZ “On Providing Access to Information about the Activities of Courts in the Russian Federation”, 22 December 2008.

⁽⁴⁶⁵⁾ US DoS, 2016 Investment Climate Statement, Russia, 5 July 2016.

⁽⁴⁶⁶⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 13.

⁽⁴⁶⁷⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 9.

⁽⁴⁶⁸⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 14.

⁽⁴⁶⁹⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 8; CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, pp. 14, 16.

⁽⁴⁷⁰⁾ Pravo.gov.ru, Law of the Russian Federation No. 3132-1 “On the status of Judges in the Russian Federation”, 26 June 1992, Article 12.1.

⁽⁴⁷¹⁾ ICJ, Russian Federation – Country Profile prepared by the ICJ Centre for the Independence of Judges and Lawyers, 6 June 2014, p. 16.

Das Fehlen klarer Kriterien für die Entlassung von Richtern ist von internationalen Beobachtern als problematisch bezeichnet worden und trägt zur Unterminierung der Unabhängigkeit der Justiz bei. ⁽⁴⁷²⁾ In der Praxis wurden Richter wegen ihrer Urteile entlassen, weil sie beispielsweise in prominenten Fällen gegen ihre Weisungen geurteilt hatten, oder weil sie zu viele Freisprüche verkündet oder Verdächtige aus der Untersuchungshaft entlassen hatten. ⁽⁴⁷³⁾

Nach Angaben der Internationalen Juristenkommission (ICJ) werden alljährlich in Russland zwischen 40 und 50 Richter entlassen (Grundlage sind Zahlen aus dem Jahr 2012). Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ist die Zahl der entlassenen Richter ungewöhnlich hoch, selbst wenn man die Größe des Landes und die hohe Anzahl der Richter berücksichtigt. Darüber hinaus sprechen Beweise dafür, dass Richter häufig unter Druck gesetzt werden, ihr Amt niederzulegen. ⁽⁴⁷⁴⁾ Nach Ansicht der ICJ ist die hohe Entlassungsquote bei Richtern auf Schwachstellen im Auswahlverfahren zurückzuführen, aufgrund derer unqualifizierte Richter ernannt werden, die dann später mit Disziplinarstrafen aus dem Dienst entfernt werden. ⁽⁴⁷⁵⁾

Eine Änderung des Gesetzes über die Stellung von Richtern wurde 2013 angenommen; sie brachte eine Frist von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt des mutmaßlichen Fehlverhaltens bis zur Disziplinarmaßnahme gegen den Richter mit sich. Das Fehlen einer solchen Frist bedeutete Unsicherheit für die Richter, da Behörden kompromittierendes Material aufbewahren und später als Druckmittel gegen Richter einsetzen konnten. ⁽⁴⁷⁶⁾

2.4.1.8 Reformen/neue Rechtsvorschriften

Im Zeitraum 2002-2011 wurden (2002-2006 und 2007-2011) zwei Reformpläne der Föderation für das Justizwesen vorgelegt. Im Mittelpunkt der Reformen standen eine Anhebung der Gehälter der Richter, die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und die Modernisierung von Verwaltungssystem, Gerichtsgebäuden und technischer Ausrüstung. Es gab auch Bemühungen um mehr Transparenz an den Gerichten. Im Zuge der Umsetzung der Reform wurden mehrere Gesetze und Änderungen angenommen. ⁽⁴⁷⁷⁾ Schwerpunkte des derzeit (2013-2020) laufenden Föderationsprogramms für die Entwicklung des Justizwesens sind die Umsetzung gerichtlicher Entscheidungen, der Ausbau der Rechtshilfe und der Zugang zur Justiz. ⁽⁴⁷⁸⁾

Das Föderationsgesetz von 2015 über die Verwaltungsgerichtsordnung (ACPC) der Russischen Föderation ⁽⁴⁷⁹⁾ trat am 15. September 2015 in Kraft. ⁽⁴⁸⁰⁾ In der ACPC sind die Verfahren für die Prüfung von Verwaltungssachen beim Obersten Gerichtshof und bei ordentlichen Gerichten festgelegt. Viele der Vorschriften im ACPC stammen aus der Zivilprozessordnung. Nachstehend die wichtigsten Änderungen: Möglichkeit der Antragstellung in einem Schnellverfahren; Einreichung gerichtsrelevanter Unterlagen in elektronischer Form; Vollstreckungsbescheide in elektronischer Form und einfache Gerichtsverfahren ohne mündliche Verhandlung. ⁽⁴⁸¹⁾

2.4.1.9 Arbeitsbelastung

Eine Studie von Kathryn Hendley der University of Wisconsin aus dem Jahr 2012 erbrachte, dass das russische Justizsystem mit Fällen überlastet ist und die Zahl der Fälle über die Jahre ständig zugenommen hat. Allenthalben beklagen sich die Richter über Überarbeitung. Daten zu den ordentlichen Gerichten besagen, dass sich zwischen den Jahren 2000 und 2010 die Zahl der von diesen Gerichten entschiedenen Fälle mehr als verdoppelt hat. Der stärkste Anstieg war bei anderen Sachen als Strafsachen zu verzeichnen. Den Daten ist zu entnehmen, dass der

⁽⁴⁷²⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 18; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, pp. 18-19; ICJ, Russian Federation – Country Profile prepared by the ICJ Centre for the Independence of Judges and Lawyers, 6 June 2014, pp. 16-17.

⁽⁴⁷³⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 10; UN Human Rights Committee, Concluding observations on the seventh periodic report of the Russian Federation, 28 Apr 2015, p. 7; ICJ, Russian Federation – Country Profile prepared by the ICJ Centre for the Independence of Judges and Lawyers, 6 June 2014, p. 16.

⁽⁴⁷⁴⁾ ICJ, Securing justice: the disciplinary system for judges in the Russian Federation, December 2012, pp. 8-9; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 10; CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 18; UN Human Rights Committee, Concluding observations on the seventh periodic report of the Russian Federation, 28 Apr 2015, p. 7.

⁽⁴⁷⁵⁾ ICJ, Recommendations on the Draft Federal Law introducing certain amendments to the procedure of selection of judges, 14 April 2015, p. 2.

⁽⁴⁷⁶⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 10; ICJ, Russian Federation – Country Profile prepared by the ICJ Centre for the Independence of Judges and Lawyers, 6 June 2014, p. 18.

⁽⁴⁷⁷⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 5.

⁽⁴⁷⁸⁾ CoE-CEPEJ, Recent Significant Developments in the Judicial Field in the Russian Federation, July 2015, p. 1.

⁽⁴⁷⁹⁾ Pravo.gov.ru, Administrative Court Proceedings Code of the RF No. 21-FZ, 8 March 2015.

⁽⁴⁸⁰⁾ Sirota & Partners, New Administrative Procedure Code Introduces Collective Redress and Accelerates Court Procedure, 17 September 2015.

⁽⁴⁸¹⁾ Lexology, The Administrative Court Proceedings Code of the Russian Federation is signed into law, 18 March 2015; Sirota & Partners, New Administrative Procedure Code Introduces Collective Redress and Accelerates Court Procedure, 17 September 2015.

durchschnittliche Friedensrichter im Monat mehr als 200 Fälle zu entscheiden hatte. In der Zentralregion, zu der auch Moskau gehört, ist die Arbeitsbelastung pro Richter am niedrigsten, im Fernen Osten am höchsten. Hendley bezieht sich auf eine Umfrage aus dem Jahr 2012 unter 759 Richtern (43 % von ihnen waren Friedensrichter), die ergab, dass die teilnehmenden Richter jede Woche 30 neue Fälle zugewiesen bekamen. ⁽⁴⁸²⁾

Während seiner Russland-Mission im Jahr 2013 erfuhr der Menschenrechtskommissar des Europarates, dass Richter zwischen 45 und 80 Minuten Zeit haben, um eine Sache zu entscheiden. Richter stehen auch unter Druck, Verfahren innerhalb bestimmter Fristen abzuschließen. ⁽⁴⁸³⁾ 2010 ordnete der damalige Präsident Dmitri Medwedew an, nach Möglichkeiten zu suchen, die Arbeitsbelastung von Richtern zu verringern. ⁽⁴⁸⁴⁾

Hendley vertritt jedoch die Auffassung, dass die obigen Daten leicht irreführend sind, da sie nicht zwischen einfachen und komplexen Verfahren differenzieren. Sie weist darauf hin, dass die ordentlichen Gerichte viele Fälle in summarischen Verfahren lediglich mit Hilfe von Schriftsätzen abhandeln, da sie eigentlich unstrittig sind. ⁽⁴⁸⁵⁾ Der Richter muss zwar die Entscheidung in Form einer „richterlichen Anordnung“ prüfen und unterzeichnen, doch kann die eigentliche Arbeit von Gerichtsbediensteten erledigt werden. ⁽⁴⁸⁶⁾ In mehr als der Hälfte der Zivilsachen an ordentlichen Gerichten und mehr als 70 % der vor Friedensrichtern verhandelten Fälle wurden im Zeitraum 2008 bis 2011 nach einem so genannten „einfachen Verfahren“ abgewickelt. Rechtsmittel werden nur gegen 7 % der richterlichen Anordnungen eingelegt. ⁽⁴⁸⁷⁾

Aktuellere Informationen zur Arbeitsbelastung lagen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht vor.

C. Integrität

2.4.1.10 Faires Verfahren

Die UN-Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten zeigte sich besorgt wegen der in russischen Gerichtssälen nicht geltenden Unschuldsvermutung. Erstens sind die Angeklagten von den übrigen Prozessteilnehmern räumlich getrennt, weil sie in einem Metallkäfig oder in hölzernen Boxen sitzen. Zweitens endet nur rund 1 % der Strafsachen mit einem Freispruch. Die dem Druck seitens der Staatsanwälte und Ermittler ausgesetzten Richter lassen lieber die schlechte Qualität der Ermittlungen außer Acht als sich den negativen Auswirkungen eines Freispruchs zu stellen. ⁽⁴⁸⁸⁾

Des Weiteren äußerte die UN-Sonderberichterstatterin Bedenken bezüglich des Fehlens klarer Kriterien für die Auswahl von Sachverständigen. In einigen Fällen waren Vertreter so genannter traditioneller religiöser Gruppen als Zeugen in Fällen geladen, in denen es um religiöse Literatur nicht traditioneller religiöser Gruppen ging. ⁽⁴⁸⁹⁾ Außerdem sind nach Aussage des Leiters der russischen NRO Agora Richter in Russland nur zu geneigt, die Verantwortung in einem Fall an andere zu „delegieren“, anstatt sich auf ihre eigene unabhängige Urteilsfähigkeit zu verlassen. Die Aussage eines Sachverständigen gilt in der Regel als „wahr“. Gleiches gilt für Erklärungen des Staatsanwalts oder Aussagen der Gefängnisverwaltung gegen die vorzeitige Entlassung eines Häftlings. ⁽⁴⁹⁰⁾

Es kommt zwar nur selten vor, doch berichteten Medien im Jahr 2016 von mehreren Fällen, in denen russische Gerichte eine Verurteilung aufhoben und die Wiederaufnahme anordneten. ⁽⁴⁹¹⁾ Im Fall des Oppositionspolitikers Alexandr Navalny lehnte das Gericht die Umwandlung einer Strafe auf Bewährung in eine Freiheitsstrafe ab. ⁽⁴⁹²⁾

Sowohl die Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten als auch der Menschenrechtskommissar des Europarates sind der Auffassung, dass es während der Ermittlungen und im

⁽⁴⁸²⁾ Hendley, K., Too Much of a Good Thing? Assessing Access to Civil Justice in Russia, 19 September 2012, pp. 4-8.

⁽⁴⁸³⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, pp. 19-20.

⁽⁴⁸⁴⁾ Hendley, K., Too Much of a Good Thing? Assessing Access to Civil Justice in Russia, 19 September 2012, pp. 48.

⁽⁴⁸⁵⁾ Hendley, K., Too Much of a Good Thing? Assessing Access to Civil Justice in Russia, 19 September 2012, pp. 10-11.

⁽⁴⁸⁶⁾ Hendley, K., Too Much of a Good Thing? Assessing Access to Civil Justice in Russia, 19 September 2012, pp. 10-11.

⁽⁴⁸⁷⁾ Hendley, K., Too Much of a Good Thing? Assessing Access to Civil Justice in Russia, 19 September 2012, pp. 11-12.

⁽⁴⁸⁸⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the Independence of Judges and Lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 11.

⁽⁴⁸⁹⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, pp. 25-26.

⁽⁴⁹⁰⁾ Agora, Landinfo's interview with chairman, Oslo, 6 October 2015.

⁽⁴⁹¹⁾ Caucasian Knot, Kurman-Ali Baichorov is at large, 15 February 2016; RFE/RL, Russia Acquits 'Primorsky Partisans' Of Murder In Retrial, 20 July 2016.

⁽⁴⁹²⁾ RFE/RL, Moscow Court Upholds Navalny's Suspended Sentence, 1 August 2016.

Gerichtssaal keine Waffengleichheit gibt. So liegen beispielsweise Beschwerden vor, Anwälte hätten nicht den gleichen Zugang zu Material und Beweismitteln wie die Staatsanwaltschaft, Anwälte hätten nur begrenzt Zeit für die Prüfung der von der Staatsanwaltschaft präsentierten Beweismittel, und es habe Schwierigkeiten bei der Gewährleistung der Sicherheit von Zeugen der Verteidigung beim Prozess gegeben. ⁽⁴⁹³⁾

2.4.1.11 Unabhängigkeit der Justiz

Die Unabhängigkeit der Justiz ist in dem Föderationsgesetz über die Stellung von Richtern geregelt. ⁽⁴⁹⁴⁾ Das US DoS zitiert den „Presidential Council for the Development of Civil Society and Human Rights“ mit folgenden Worten aus dem Jahr 2013: „In der Praxis sind [Richter], anders als offiziell behauptet, nicht wirklich unabhängig. Die Amtszeit eines Richters, der nicht bereit ist, bestimmten Anliegen nachzukommen, kann vorzeitig beendet werden. In einer solchen Situation ist der gewissenhafte Richter dem Druck des Justizsystems ausgesetzt und hat keine Möglichkeit, seine eigenen Rechte zu verteidigen“. ⁽⁴⁹⁵⁾

Wie bereits in 2.4.1.3 [Ernenungsverfahren und Amtszeit von Richtern](#) erörtert, behindern die Verfahren für die Ernennung von Mitarbeitern der Gerichte die Unabhängigkeit von Richtern, da Gerichtspräsidenten übermäßigen Einfluss auf einzelne Richter haben. Gerichtspräsidenten wiederum sind in hohem Maße von der Exekutive abhängig, die sie wählt/ernennt. ⁽⁴⁹⁶⁾

In einigen Regionen, vor allem in kleinen oder abgelegenen Orten, besteht ein Geflecht enger Beziehungen zwischen der Exekutive der Region, dem Staatsanwalt und den Richtern. ⁽⁴⁹⁷⁾ Nach Auskunft mehrerer Quellen erhalten Richter Weisungen von Gerichtspräsidenten bezüglich der Art des Urteils. Gerade auf lokaler Ebene bestehen enge Verbindungen zwischen vielen Gerichtspräsidenten und den politischen Autoritäten. Richter verfügen nur über geringe Möglichkeiten, sich gegen diese Eingriffe durch Gerichtspräsidenten zu wehren. ⁽⁴⁹⁸⁾ Nach Angaben von ICJ müssen Richter in einem bestimmten Fall gar nicht erst auf eine Weisung warten, da sie aus Erfahrung wissen, welcher Ausgang des Verfahrens erwartet wird. ⁽⁴⁹⁹⁾

Diese Praxis, auch als „Telefon-Justiz“ bezeichnet ⁽⁵⁰⁰⁾, ist vor allem bei zwei Arten von Fällen verbreitet: Fällen, die mit Terrorismus zu tun haben, und Fällen, in denen es um Meinungsfreiheit und das Recht auf friedliche Versammlung geht. ⁽⁵⁰¹⁾

Nach dem Gesetz bedürfen Haftbefehle, Beschlagnahmen, Fahndungen und Festnahmen der richterlichen Genehmigung. Nach Ansicht des US DoS sind bei der Entscheidungsfindung der Richter in diesen Fällen politischer Druck und Korruption vorhanden. ⁽⁵⁰²⁾

Experten für das russische Justizwesen sind der Ansicht, dass in vielen Rechtssachen die Gerichte in Einklang mit dem Gesetz entscheiden und keine Einmischung von außen erfolgt. Eine Einmischung erfolge allerdings sehr wohl, wenn es um wichtige Interessen der politischen und wirtschaftlichen Elite gehe. ⁽⁵⁰³⁾

⁽⁴⁹³⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the Independence of Judges and Lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 11. CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 23.

⁽⁴⁹⁴⁾ Pravo.gov.ru, Law of the Russian Federation No. 3132-1 “On the status of Judges in the Russian Federation”, 26 June 1992, Article 9.

⁽⁴⁹⁵⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁴⁹⁶⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, pp. 7-8; CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, pp. 16-17.

⁽⁴⁹⁷⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 6.

⁽⁴⁹⁸⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, pp. 7-8; CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, pp. 16-18; Russian Federation: Independence and impartiality; ICJ, Judicial integrity and accountability, 16 June 2014.

⁽⁴⁹⁹⁾ ICJ, Judicial integrity and accountability, 16 June 2014.

⁽⁵⁰⁰⁾ ICJ spricht von Richtern, die Weisungen von Gerichtspräsidenten bezüglich der Art des Urteils erhalten. Derselbe Begriff wird verwendet für „angebliche Versuche staatlicher Stellen und privater Akteure gleichermaßen, die Kontrolle über das Justizwesen zu erringen“; siehe OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 6.

⁽⁵⁰¹⁾ ICJ, Russian Federation: Independence and impartiality; Judicial integrity and accountability, 16 June 2014.

⁽⁵⁰²⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁵⁰³⁾ Bowring, B., Justice and Power Politics in Russia, 7 June 2011; Ledeneva, A., Telephone Justice in Russia: an update, May 2011, p. 18-19.

Internationalen Beobachtern zufolge kann auch die Einstellung der Richter selber einer unabhängigen Entscheidungsfindung im Wege stehe, denn viele Richter sind noch vom Sowjetsystem beeinflusst und sehen ihre Aufgabe darin, in ihrem Amt die Interessen des Staates zu vertreten. ⁽⁵⁰⁴⁾

Laut Andrei Loshak, einem TV- und Zeitungsjournalisten aus Moskau, ist für das russische Justizsystem ferner die Angst vor dem Freispruch kennzeichnend: Ein ehemaliger Richter aus Moskau, inzwischen entlassen, behauptet, ein guter Indikator für die Wirksamkeit eines Richters sei die Zahl der Urteile, die von höherinstanzlichen Gerichten aufgehoben werden. Von seinen 90 % Schuldsprüchen sei nur 1 % aufgehoben worden. Von seinen 10 % Freisprüchen hingegen sei mindestens die Hälfte aufgehoben worden. ⁽⁵⁰⁵⁾ Wie in **2.4.1.7 Disziplinarsystem für Richter** erörtert, können gegen Richter bei einem Freispruch von Angeklagten auch Disziplinarmaßnahmen verhängt werden. ⁽⁵⁰⁶⁾

Quellen berichten von Fällen, in denen Richter vom Staatsanwalt und von Ermittlungsbehörden unter Druck gesetzt werden, einen Schuldspruch zu erlassen. Und wie bereits in Kapitel **2.3 Staatsanwaltschaft** erörtert, erhält die Verteidigung nicht so viel Zeit und nicht den Zugang zu Beweismitteln und Material, wie ihn der Staatsanwalt erhält. ⁽⁵⁰⁷⁾

Außerdem ist nach Ansicht der interregionalen Vereinigung von Menschenrechtsorganisationen Agora ⁽⁵⁰⁸⁾ die Organisationskultur im russischen Justizwesen sehr ausgeprägt. Neue Richter würden durch ältere und erfahrenere Richter beeinflusst. Um bei den Richtern etwas zu ändern, müsse sich die Organisationskultur ändern. ⁽⁵⁰⁹⁾

2.4.1.12 Korruption

Nach Angaben des US DoS Investment Climate Report reicht die Korruption im Justizsystem von der Bestechung von Richtern bis hin zur Herstellung von Beweismitteln. ⁽⁵¹⁰⁾ Dem Global Corruption Barometer war 2013 zu entnehmen, dass 84 % der Befragten der Meinung sind, die Justiz sei korrupt oder sehr korrupt. ⁽⁵¹¹⁾

Nach Aussage der Bertelsmann-Stiftung nehmen Unternehmer den Umgang mit Streitigkeiten zwischen Firmen als fair wahr, während Auseinandersetzungen mit staatlichen Stellen als nicht fair ablaufend gesehen werden. Vor allem die untergeordneten Gerichte leiden unter Korruption und politischem Druck. ⁽⁵¹²⁾ Weit verbreitet in Russland ist das Phänomen der kalten Übernahme (reiderstvo), also des rechtswidrigen Erwerbs eines Unternehmens oder Unternehmensteils. ⁽⁵¹³⁾

2008 wurden vom damaligen Präsidenten Medwedjew mehrere Reformen mit dem Ziel der Bekämpfung der Korruption an den Gerichten durchgeführt. Dazu gehörte auch ein Gesetz, das Richter zur Offenlegung ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse verpflichtete. Nach Angaben des US DoS wurden die Reformen insgesamt nur halbherzig umgesetzt. ⁽⁵¹⁴⁾

2.4.1.13 Schwurgerichtsprozesse

Gemäß Artikel 30 Absatz 2 der russischen Strafprozessordnung kann der Beklagte in einer Strafsache ein Verfahren vor einem Richter und 12 Geschworenen beantragen. ⁽⁵¹⁵⁾ Schwurgerichtsprozesse finden nur bei bestimmten

⁽⁵⁰⁴⁾ ICJ, Russian Federation: Independence and impartiality; Judicial integrity and accountability, 16 June 2014; CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 15.

⁽⁵⁰⁵⁾ Loshak, A., Corruption, complicity, careerism: the hydra of Russian justice, 18 March 2011.

⁽⁵⁰⁶⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 10; ICJ, Judicial integrity and accountability, 16 June 2014.

⁽⁵⁰⁷⁾ Transitions Online, Why do Russian judges act that way?, 6 February 2013; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 11.

⁽⁵⁰⁸⁾ Agora bietet rechtliche Beratung für Opfer mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen durch Regierungsangestellte wie Polizisten, Angehörige des Militärs und Strafvollzugsbeamte, in der Hauptsache für Journalisten, politische Aktivistinnen, Blogger und NRO.

⁽⁵⁰⁹⁾ Agora, Landinfo's interview with chairman, Oslo, 6 October 2015.

⁽⁵¹⁰⁾ US DoS, 2016 Investment Climate Statement, Russia, June 2016

⁽⁵¹¹⁾ TI, Global Corruption Barometer, 2013.

⁽⁵¹²⁾ Bertelsmann Stiftung, Transformation Index BTI 2016 Russia Country Report, p. 11. Die Bertelsmann-Stiftung gehört zu den größten privaten gemeinnützigen Stiftungen in Deutschland. Sie beschäftigt sich mit politischen, sozialen, wirtschaftlichen, bildungs-, kultur- und gesundheitspolitischen Fragen. Der „Transformation Index BTI“ enthält eine Rangliste mit Werten für die Leistung von 128 Entwicklungs- und Transformationsländern. Der Index misst den aktuellen Status von Demokratie und Marktwirtschaft, seine Entwicklung in den beiden abgelaufenen Jahren und die Qualität der Governance.

⁽⁵¹³⁾ Ein „reiderstvo“ wird „in der Regel von einem Konkurrenten des Zielunternehmens (...) mit Unterstützung korrupter Beamter von Strafverfolgungsbehörden und Gerichten“ im Wesentlichen durch „Vortragen von Beschuldigungen eingeleitet, die entweder frei erfunden oder Beispiele für die äußerst selektive Verwendung von Beschuldigungen sind“. Chatham House, Reiderstvo: Asset-Grabbing in Russia, March 2014, pp. 2, 7.

⁽⁵¹⁴⁾ US DoS, 2014 Investment Climate Statement, Russia, June 2014.

⁽⁵¹⁵⁾ Pravo.gov.ru, Criminal Procedure Code of the Russian Federation No. 174-FZ, 18 December 2001.

Straftaten vor höheren Regionalgerichten statt. ⁽⁵¹⁶⁾ Zu den vor Schwurgerichten verhandelten Sachen gehören schwere Straftaten, Schutzgelderpressung, schwere Bestechung und Verbrechen gegen die Justiz wie Meineid und Widerstand gegen die Staatsgewalt. ⁽⁵¹⁷⁾ Bestimmte Straftaten wie Terrorismus, Spionage, Geiselnahme und Anstiftung zu Massenunruhen werden vor aus drei Richtern bestehenden Kammern verhandelt. ⁽⁵¹⁸⁾ Bei Schwurgerichtsprozessen ist die Freispruchquote deutlich höher: Richter sprechen weniger als 1 % der Angeklagten frei, Geschworenengerichte rund 20 %. ⁽⁵¹⁹⁾

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Schwurgerichtsprozesse zurückgegangen. Im US DoS-Bericht 2015 heißt es, dass dies nach Meinung von Rechtsexperten auf Bemühungen der Behörden zurückzuführen ist, die Zahl der Freisprüche in Strafverfahren zu senken. ⁽⁵²⁰⁾ Darüber hinaus werden laut Freedom House Urteile zu Gunsten des Angeklagten häufig von höheren Gerichten gekippt, die so lange die Wiederaufnahme verlangen können, bis das Ergebnis ihren Wünschen entspricht. ⁽⁵²¹⁾ Rechtsexperten sehen in Schwurgerichtsprozessen eine der wenigen Möglichkeiten, das Justizsystem zu verbessern. ⁽⁵²²⁾

Es gab Kritik am Verfahren für die Auswahl der Geschworenen. Nach Auffassung der UN-Sonderberichterstatterin sollte die Auswahl nach dem Zufallsprinzip erfolgen, um eine mögliche Einflussnahme auf Geschworene auszuschließen. Das Herumreichen von Listen potenzieller Geschworener unterläuft auch den Grundsatz der zufälligen Auswahl von Geschworenen. ⁽⁵²³⁾ Die UN-Sonderberichterstatterin weist ferner darauf hin, dass gebildete und erwerbstätige Bürger die Ladungen ignorieren, da ihrer Auffassung nach die Tätigkeit als Geschworener nicht angemessen vergütet wird und Zeitverschwendung ist. Daher sind für Bestechung und Manipulation anfällige Menschen in den Jurys überrepräsentiert. Vereinfacht wird Bestechung auch durch die Tatsache, dass das Urteil der Geschworenen nicht einstimmig ausfallen muss. ⁽⁵²⁴⁾

2.4.1.14 Zuversicht/Vertrauen

Im September 2016 führte das Levada-Center ⁽⁵²⁵⁾ eine Umfrage betreffend das Vertrauen der Menschen in verschiedene Einrichtungen der Regierung durch. 22 % der Befragten hielten die Justiz für absolut vertrauenswürdig, 39 % sagten, sie sei nicht ganz vertrauenswürdig, und nach Auffassung von 23 % war sie nicht vertrauenswürdig. Für 16 % war die Beantwortung dieser Frage schwierig. ⁽⁵²⁶⁾ Mit Blick auf eine andere Umfrage des Levada-Center hieß es 2013 in der Moscow Times, die Öffentlichkeit sei der Meinung, dass ein durchschnittlicher russischer Bürger kein faires Verfahren bekäme, sollte er sich zur Lösung seiner Probleme an die Gerichte wenden. Die Russen stehen auch Geschworenen-Jurys skeptisch gegenüber: Nur 23 % glauben, dass diese Form des Prozesses fairer ist als ein Einzelrichterprozess. ⁽⁵²⁷⁾

Anna Ledeneva, Professorin an der School of Slavonic and East European Studies at the University College of London, stellte anhand eigener Forschungsarbeiten und von Umfragen des Levada-Center in den Jahren 2007 und 2010 zum Phänomen der Telefon-Justiz in Russland (siehe [2.4.1.11 Unabhängigkeit der Justiz](#)) fest, dass Menschen, die persönliche Erfahrungen mit Gerichten hatten, kritischer eingestellt sind als Menschen, die das Justizsystem nur aus zweiter Hand kennen. ⁽⁵²⁸⁾

Dem Menschenrechtskommissar zufolge sagten mehrere seiner Gesprächspartner aus, dass zu den Faktoren, die über die Wahrnehmung des Mangels an Unabhängigkeit und Unparteilichkeit von Richtern durch die Menschen

⁽⁵¹⁶⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁵¹⁷⁾ Institute for the Study of Conflict, Ideology and Policy, Jury trials in Modern Russia, 28 January 2010.

⁽⁵¹⁸⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁵¹⁹⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016; Institute for the Study of Conflict, Ideology and Policy, Jury trials in Modern Russia, 28 January 2010; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the Independence of Judges and Lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 12.

⁽⁵²⁰⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁵²¹⁾ Freedom House, Freedom in the World 2014, Russia, 23 January 2014.

⁽⁵²²⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 11.

⁽⁵²³⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the Independence of Judges and Lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 12.

⁽⁵²⁴⁾ Institute for the Study of Conflict, Ideology and Policy, Jury trials in Modern Russia, 28 January 2010.

⁽⁵²⁵⁾ Das Levada Analytical Center (Levada-Center) ist eine russische Nichtregierungsforschungsorganisation. Das Zentrum führt regelmäßig soziologische Studien durch.

⁽⁵²⁶⁾ Levada-Center, Institutional trust, 13 October 2016.

⁽⁵²⁷⁾ Moscow Times, Russians Distrustful of Judicial System, Poll Says, 31 July 2013.

⁽⁵²⁸⁾ Ledeneva, A., Telephone Justice in Russia: an update, May 2011, p. 3.

entscheiden, die Geisteshaltung und die Einstellungen der Richter sowie ihre Fokussierung auf das Interesse des Staates und weniger auf das Recht des Einzelnen⁽⁵²⁹⁾ sowie der hochpolitische Charakter bekannter Prozesse wie der gegen Michail Chodorkowski und Alexej Nawalny⁽⁵³⁰⁾ gehören.

2.4.1.15 Umsetzung von Gerichtsurteilen

Erkenntnisse des OHCHR aus dem Jahr 2014 besagen, dass lediglich 50 bis 60 % der Gerichtsurteile in der Russischen Föderation auch umgesetzt werden.⁽⁵³¹⁾ Diese ausbleibende Umsetzung von Gerichtsentscheidungen ist einer der Hauptgründe für Klagen gegen die Russische Föderation vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)⁽⁵³²⁾ [siehe 2.4.2 [Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte – \(EGMR\)](#)]. Zuständig für die Umsetzung von Gerichtsurteilen ist das Justizministerium. Umgesetzt werden Urteile Berichten zufolge nicht wegen Arbeitsüberlastung sowie ernsthafter organisatorischer Probleme und Korruption.⁽⁵³³⁾

2.4.2 *Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)*

Russland wurde 1996 Mitglied des Europarates und ratifizierte die Europäische Menschenrechtskonvention im Mai 1998.⁽⁵³⁴⁾ Die Konvention hat den Status innerrussischen Rechts.⁽⁵³⁵⁾ Nach Ausschöpfung aller innerstaatlichen Rechtsbehelfe, die Abhilfe bringen könnten, können natürliche Personen wegen einer Verletzung ihrer Rechte nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) Beschwerde einreichen.⁽⁵³⁶⁾

Seit 1998 haben Zehntausende gegen die Russische Föderation geklagt. Da die meisten Klagen unzulässig waren, fand nie eine Verhandlung vor dem EGMR statt. Die Statistiken des EGMR besagen, dass bis 2015 beim Gerichtshof 135 152 Beschwerden russischer Bürger eingegangen und insgesamt 2 748 Urteile ergangen waren.⁽⁵³⁷⁾ Aus der gleichen Quelle stammt eine automatisch erstellte Tabelle mit Urteilen zu bestimmten Verletzungen, aus der hervorgeht, dass es 1 720 Urteile betreffend die RF gab, von denen 1 612 mindestens eine Verletzung feststellten.⁽⁵³⁸⁾

Allein 2015 befasste sich der EGMR mit 6 712 Beschwerden betreffend die RF, von denen 6 552 für unzulässig erklärt wurden. Entscheidungen fielen in 116 Fällen im Zusammenhang mit 160 Beschwerden. In 109 Urteilen stellte der Gerichtshof eine oder mehrere Verletzungen fest.⁽⁵³⁹⁾

Nachstehend eine Darstellung von Fällen und Ergebnissen betreffend Russland. Der Überblick ist unterteilt in „Fälle betreffend die Russische Föderation“ und „Fälle betreffend den Nordkaukasus“.

2.4.2.1 *Allgemeine Auswirkungen auf die Praxis der Gerichte*

Nach Aussage eines für Memorial tätigen Rechtsanwalts verwies der Oberste Gerichtshof zwischen 2012 und 2015 in Verwaltungssachen nur einmal auf das internationale Recht, als Personen Rechtsbeschwerde einlegten. Nicht dazu gehören Strafsachen und Verfahren bei Ordnungswidrigkeiten.⁽⁵⁴⁰⁾

Im Juli 2015 urteilte das russische Verfassungsgericht, dass in Ausnahmefällen innerstaatliche Gesetze Vorrang vor Entscheidungen des EGMR haben können, die mit den verfassungsmäßigen Werten der Russischen Föderation kollidieren.⁽⁵⁴¹⁾ Dieses Urteil des Verfassungsgerichts zog den Vorschlag und dann die Annahme eines Gesetzesentwurfs

⁽⁵²⁹⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 15.

⁽⁵³⁰⁾ Moscow Times, Russians Distrustful of Judicial System, Poll Says, 31 July 2013.

⁽⁵³¹⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the Independence of Judges and Lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 12.

⁽⁵³²⁾ ECHR, Russia. Press country profile, December 2016, p. 14.

⁽⁵³³⁾ OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the Independence of Judges and Lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, p. 12.

⁽⁵³⁴⁾ CoE Parliamentary Assembly, Honouring of obligations and commitments by the Russian Federation, 26 March 2002.

⁽⁵³⁵⁾ Jordan, P. A., Russia's Accession to the Council of Europe, March 2003, p. 283.

⁽⁵³⁶⁾ EMRK, Europäische Menschenrechtskonvention, 1950, Artikel 34 und 35.

⁽⁵³⁷⁾ ECHR, Overview 1959-2015, March 2016, p. 5.

⁽⁵³⁸⁾ ECHR, Overview 1959-2015, March 2016, p. 9.

⁽⁵³⁹⁾ ECHR, Russia. Press country profile, last updated November 2016, p. 1.

⁽⁵⁴⁰⁾ Memorial, Schriftwechsel mit Anwalt, E-Mail-Antwort, 3. November 2015.

⁽⁵⁴¹⁾ EurActiv, Russia overrules the European Court of Human Rights, 14 July 2015; BBC, Russia put its laws above European court rulings, 14 July 2015.

vom 15. Dezember 2015 nach sich, dem zufolge sich Russlands Verfassungsgericht vom Grundsatz „des Vorrangs und der vorrangigen rechtlichen Stellung der russischen Verfassung“ in der Frage leiten lassen sollte, wann sich Russland, Russen oder russische Einrichtungen an ein Urteil eines internationalen Gerichts halten müssen. ⁽⁵⁴²⁾

Laut einem für Memorial tätigen Anwalt wurde zwar das Urteil des Verfassungsgerichts vom 15. Juli 2015 offiziell noch nicht zur Rechtfertigung einer Nichtbeachtung herangezogen, doch haben sich Richter an ordentlichen Gerichten bereits aktiv Verweisen auf den EGMR widersetzt. ⁽⁵⁴³⁾

In einer Erklärung vom 19. Januar 2017 nach einer Entscheidung des russischen Verfassungsgerichts, ein Urteil des EGMR zu missachten, bedauerte die EU die Entscheidung zutiefst und erinnerte daran, dass „jeder Versuch einer Vertragspartei, sich auszusuchen, welche Urteile des Gerichtshofes sie umsetzt, auf gravierende Weise das durch die Europäische Menschenrechtskonvention geschaffene einheitliche Schutzsystem für die Menschenrechte untergräbt“. ⁽⁵⁴⁴⁾

2.4.2.2 Arten von Fällen und Ergebnisse

Bei den am häufigsten vorkommenden Verstößen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, in allen Fällen Russland betreffend, ging es um Artikel 2 mit 259 Verstößen gegen das Recht auf Leben und 285 Verstößen gegen die Verpflichtung, in derartigen Fällen eine wirksame Untersuchung durchzuführen. Das Recht auf Freiheit und Sicherheit (Artikel 5) mit 663 festgestellten Verstößen; Artikel 6 (fares Verfahren) mit 674 Verstößen und 72 nicht umgesetzten Gerichtsentscheidungen; Artikel 3 mit 50 Fällen von Folter sowie 548 Fällen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung und 152 Fällen unterbliebener wirksamer Ermittlungen nach Misshandlungsvorwürfen, und 390 Verstöße gegen das Recht auf wirksame Beschwerde (Artikel 13). In zehn Fällen ging es um das Diskriminierungsverbot in Artikel 14, in acht um Verstöße gegen das Recht auf Gewissens- oder Religionsfreiheit. ⁽⁵⁴⁵⁾

2015 stellte der EGMR fest: 15 Verstöße gegen das Recht auf Leben sowie 20 Fälle unterbliebener Ermittlungen wegen derartiger Verstöße; vier Verstöße gegen das Verbot der Folter und 44 im Zusammenhang mit grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung; 19 Verstöße gegen das Recht auf ein faires Verfahren, und acht Fälle nicht umgesetzter Gerichtsbeschlüsse. In 22 Situationen befand der Gerichtshof auf einen Verstoß gegen das Recht auf wirksame Beschwerde. ⁽⁵⁴⁶⁾

2.4.2.3 Fälle betreffend die Russische Föderation (ohne Nordkaukasus)

In den von russischen Bürgern (ohne Nordkaukasus) beim EGMR eingereichten Beschwerden geht es um eine ganze Reihe von Artikeln der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Der EGMR stellte Verstöße fest gegen Artikel 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren/eine mündliche Verhandlung, Recht auf Anrufung des Gerichts, Rechts auf ein faires Verfahren innerhalb einer angemessenen Frist, Recht auf rechtlichen Beistand), insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung russischer Gerichtsentscheidungen. Die Verstöße gegen Artikel 3 (Verbot der Folter und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung) umfassten Misshandlung und Folter in Polizeihaft und unterlassene Ermittlungen in diesen Fällen, die Ausweisung von zur Fahndung ausgeschriebenen Personen in Länder, in denen ihnen Folter und Misshandlung drohen, sowie die Bedingungen, unter denen Menschen in Gefängnissen und im Gericht leben (Metallkäfige). Der Gerichtshof stellte Verstöße gegen Artikel 2 (Recht auf Leben) fest, darunter insbesondere Nachlässigkeit des Staates bei der Untersuchung der Todesursache einer Person, und gegen Artikel 5 (Recht auf Freiheit und Sicherheit) wegen rechtswidriger Inhaftierung und übermäßiger Länge der Haft. Festgestellt wurden auch Verstöße gegen Artikel 10 (Freiheit der Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit), Letzteres in Zusammenhang mit Gegebenheiten wie Verhaftung nach Teilnahme an verschiedenen Demonstrationen, Verbot von Schwulenparaden in Moskau und Ablehnung der Registrierung einer religiösen Organisation. Auch Verstöße gegen Artikel 13 (Recht

⁽⁵⁴²⁾ RFE/RL, Russian Law Allows High Court To Reject International Court Verdicts, 15 December 2015.

⁽⁵⁴³⁾ Memorial, E-Mail-Antwort, 3. November 2015.

⁽⁵⁴⁴⁾ EU, EUDEL statement on the recent decision of the Russian Constitutional Court to disregard a judgment of the European Court of Human Rights, 1 February 2017.

⁽⁵⁴⁵⁾ ECHR, Overview 1959-2015, March 2016, p. 9.

⁽⁵⁴⁶⁾ ECHR, The ECHR in Facts and Figures, March 2016, p. 11.

auf wirksame Beschwerde) wurden vom Gerichtshof konstatiert. ⁽⁵⁴⁷⁾ 2016 entschied der EGMR auf einen Verstoß gegen das Recht auf eine Individualbeschwerde beim EGMR, weil einer vom Gerichtshof erlassenen einstweiligen Anordnung nicht Folge geleistet worden war. ⁽⁵⁴⁸⁾

2004 führte der EGMR ein Piloturteilverfahren ein. Mit diesem Verfahren kann der Gerichtshof eine große Zahl von Beschwerden bearbeiten, die auf systemische Probleme in einem bestimmten Land zurückgehen. Das in Beschwerden gegen die RF am häufigsten (in rund einem Drittel der Beschwerden) immer wieder auftretende Problem ist die fehlende Umsetzung von Entscheidungen inländischer Gerichte. In einem Piloturteil zu dieser Frage aus dem Jahr 2009 (Rechtssache Burdov Nr. 2) ordnete der Gerichtshof die Einführung einer wirksamen innerstaatlichen Beschwerde für den Fall der unterbleibenden Umsetzung von Entscheidungen inländischer Gerichte an. Russland führte einen Mechanismus zur Entschädigung von Parteien ein, die zwar in einer Zivilklage obsiegt hatten, bei denen das zu ihren Gunsten ausgefallene Urteil jedoch nicht umgesetzt worden war. 2012 wurde ein weiteres Pilotverfahren eingeleitet, in dem es um die Haftbedingungen in der Untersuchungshaft ging (Ananyev./Russland). ⁽⁵⁴⁹⁾

2.4.2.4 Fälle betreffend den Nordkaukasus

Bis September 2015 hatte der EGMR knapp 225 Urteile im Zusammenhang mit Tschetschenien erlassen, in denen der Gerichtshof einen oder mehrere Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention feststellte. Anhängig beim Gerichtshof sind auch Fälle betreffend Dagestan, Inguschetien und andere Teile des Nordkaukasus. ⁽⁵⁵⁰⁾

In den Fällen betreffend den Nordkaukasus (aus Tschetschenien, aber auch aus Dagestan und Inguschetien) geht es um Folter, Verschwinden, das Recht auf ein faires Verfahren, außergerichtliche Hinrichtungen und wahllose Bombardierungen. In mehr als 120 Urteilen betreffend verschwundene Menschen im Nordkaukasus seit 1999 stellte der Gerichtshof immer wieder Verstöße gegen die gleichen Rechte fest: Verstöße gegen Artikel 2 (Recht auf Leben), Artikel 3 (Verbot unmenschlicher und erniedrigender Behandlung) und Artikel 5 (Recht auf Freiheit und Sicherheit). ⁽⁵⁵¹⁾ Des Weiteren sprach er von dem „systemischen Problem unterlassener Untersuchungen solcher Straftaten, für das es auf der nationalen Ebene keine wirksame Beschwerde gibt“. ⁽⁵⁵²⁾

Memorial, eine bei der Vorbereitung und Einreichung von Beschwerden beim EGMR helfende NRO, erklärte 2014, es gehe heute in den meisten Fällen um Vorwürfe der Folter und Misshandlung. ⁽⁵⁵³⁾ Nach Angaben von Memorial verschwinden heute, anders als im Zeitraum 1999 bis 2003, deutlich weniger Menschen. Die von der russischen Menschenrechtsorganisation Komitee für die Verhinderung von Folter erwähnten Fälle verteilen sich gleichermaßen auf Vorwürfe von Folter und Entführung. ⁽⁵⁵⁴⁾

2.4.2.5 Umsetzung von Urteilen des EGMR (Reaktion des Staates)

Die Mitgliedstaaten des Europarates haben rechtskräftige Urteile des EGMR umzusetzen. Das Ministerkomitee ⁽⁵⁵⁵⁾ überwacht die Umsetzung angemessener Maßnahmen, die aus der Entscheidung des Gerichtshofs resultieren. Die Staaten können entscheiden, welche Maßnahmen am besten zu ihrem innerstaatlichen Kontext passen, müssen jedoch eine wirkliche Abhilfe schaffen. ⁽⁵⁵⁶⁾ Der Gerichtshof unterscheidet zwischen drei Arten von Abhilfe: 1) finanzielle Entschädigung, 2) individuelle Maßnahmen, die die jeweilige Lage der Opfer verbessern, wie Untersuchung, Entschädigung und Entschuldigung, und 3) allgemeine Maßnahmen, mit denen erneute Verstöße der gleichen Art verhindert werden sollen. ⁽⁵⁵⁷⁾

⁽⁵⁴⁷⁾ ECHR, Russia. Press country profile, December 2016, pp. 2-14.

⁽⁵⁴⁸⁾ ECHR, Russia. Press country profile, December 2016, pp. 1-5.

⁽⁵⁴⁹⁾ ECHR, Russia. Press country profile, December 2016, pp. 13-14.

⁽⁵⁵⁰⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, p. 14.

⁽⁵⁵¹⁾ ECHR, Russia. Press country profile, December 2016, pp. 12-13; Memorial, Schriftwechsel mit Anwalt, E-Mail-Antwort, 3. November 2015.

⁽⁵⁵²⁾ ECHR, Russia. Press country profile, December 2016, pp. 12-13.

⁽⁵⁵³⁾ Memorial, Landinfo's interview with lawyer, Moscow, 18 November 2014.

⁽⁵⁵⁴⁾ Committee for the Prevention of Torture, Landinfo's interview with representative, Nizhny Novgorod, 17 November 2015.

⁽⁵⁵⁵⁾ Das Ministerkomitee des Europarates besteht aus Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten und wird unterstützt durch die Abteilung für die Umsetzung der Urteile des Gerichtshofs (Generaldirektion Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit).

⁽⁵⁵⁶⁾ CoE – Department for the execution of judgments of the European Court of Human Rights, The supervision process, n.d.

⁽⁵⁵⁷⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, pp. 16-17.

Laut verschiedenen Quellen hat Russland systematisch Entschädigungen an Opfer gezahlt, die vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof obsiegt hatten. ⁽⁵⁵⁸⁾ Im März 2016 führte der Menschenrechtskommissar des Europarates aus, dass „die Urteile des Gerichtshofs nur in geringem Maße oder gar nicht umgesetzt werden“ ⁽⁵⁵⁹⁾, sofern es um die Rechenschaft für das Verschwinden von Menschen im Nordkaukasus geht.

Julia Lapitskaya, eine in den USA lebende Anwältin, die sich intensiv mit der Rechtsprechung des EGMR zur Russischen Föderation befasst, ist der Auffassung, dass die russische Praxis der raschen Zahlung der vom Gerichtshof angeordneten Entschädigung „verdeckt, wie die russische Regierung die Ziele der EMRK ignoriert oder sogar aktiv unterwandert“. ⁽⁵⁶⁰⁾ Ein weiterer Beobachter schreibt 2012 für „Open Democracy“, dass „auf die Rechtssachen beim EGMR keine einzige Anklage oder Strafverfolgung folgte, selbst wenn Straftaten gut dokumentiert und die entsprechenden Personen identifiziert wurden“. ⁽⁵⁶¹⁾ Weiter berichtet Lapitskaya, dass Opfer, ihre Anwälte sowie Menschenrechtsorganisationen, die sie bei ihrer Einreichung des Falls beim EGMR unterstützt haben, von der russischen Regierung bedroht, schikaniert und eingeschüchtert werden. ⁽⁵⁶²⁾

Der EGMR erließ Urteile zu individuellen und allgemeinen Maßnahmen zu einer Reihe von Problemen in der Funktionsweise des Justizsystems: Reform des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens (nadzor ⁽⁵⁶³⁾); maßloser Einsatz der Untersuchungshaft und Haftbedingungen; medizinische Versorgung von Häftlingen; Maßnahmen der Sicherheitskräfte; Fälle von Auslieferung und unterbleibende Umsetzung von Urteilen inländischer Gerichte. ⁽⁵⁶⁴⁾

Rechtssicherheit und die Überprüfung von Gerichtsentscheidungen

Den Einsatz von „nadzor“ schränkte die russische Regierung ab 2002 nach Urteilen des EGMR in der neuen Zivilprozessordnung ein. Weitere Reformen dieses Aspekts fanden 2007 und 2010 statt. ⁽⁵⁶⁵⁾

Untersuchungshaft

2012 legte Russland einen Aktionsplan zur Verbesserung der Haftbedingungen in Untersuchungshaftanstalten vor. Unter diesen Bedingungen leidende Häftlinge sollten bis zur Verabschiedung der geplanten Reformen eine Entschädigung erhalten. ⁽⁵⁶⁶⁾ Ein Schwerpunkt der Reformen war die Verbesserung der medizinischen Versorgung in der Untersuchungshaft, ausgelöst durch den Tod von Sergei Magnitsky im April 2010. Der Berichterstatter des Europarates wies auf den von der Generalstaatsanwaltschaft für 2012 angegebenen Tod von mehr als 4 000 Personen in der Untersuchungshaft hin. ⁽⁵⁶⁷⁾ Positiv ist zu bewerten, dass die Russische Föderation damit begonnen hat, in der Phase vor dem Prozess Alternativen zur Haft anzuwenden. In Anbetracht der großen Zahl von Untersuchungshäftlingen spielen solche Fälle jedoch nur „am Rande“ eine Rolle. Was die Untersuchungshaft angeht, bewilligten 2013 russische Gerichte noch immer mehr als 90 % der Anträge auf Untersuchungshaft und fast alle Anträge auf Verlängerung der Haft. ⁽⁵⁶⁸⁾

Im September 2016 stellte das Ministerkomitee des Europarates „zufrieden“ Fortschritte bei den Strukturreformen der Untersuchungshaft sowie die Tatsache fest, dass individuelle Maßnahmen nur noch in zwei Fällen ausstünden, in denen noch keine angemessene Abhilfe geschaffen worden war. ⁽⁵⁶⁹⁾

⁽⁵⁵⁸⁾ Washington Post, The rocky relationship between Russia and the European Court of Human Rights, 23 April 2014; Memorial, Landinfo's interview with lawyer, Moscow, 18 November 2014; Committee for the Prevention of Torture, Landinfo's interview with representative, Nizhny Novgorod 17 November 2014; SRJI, Landinfo's interview with representative, Moscow, 12 November 2014.

⁽⁵⁵⁹⁾ CoE-CommDH, Missing persons and victims of enforced disappearance in Europe, March 2016, p. 21; see also AI, Russia must respect its international obligations, not defy the European Court of Human Rights, 28 April 2016.

⁽⁵⁶⁰⁾ Lapitskaya, J., ECHR, Russia, and Chechnya: Two Is Not Company, and Three Is Definitely a Crowd, 2011, p. 490.

⁽⁵⁶¹⁾ Avetisyan, G., Strasbourg: Supreme Court of the North Caucasus, 24 August 2012.

⁽⁵⁶²⁾ Lapitskaya, J., ECHR, Russia, and Chechnya: Two Is Not Company, and Three Is Definitely a Crowd, 2011, pp. 503-519.

⁽⁵⁶³⁾ „Nadzor“ oder aufsichtliche Überprüfung bedeutete, dass rechtskräftige und bindende Urteile zu Gunsten einer Person auf Antrag bestimmter Amtsträger in Staatsanwaltschaft und Justiz aufgehoben werden konnten. Es wurde vom Ministerkomitee als Untergrabung des Grundsatzes der Rechtssicherheit kritisiert.

⁽⁵⁶⁴⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 28.

⁽⁵⁶⁵⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, pp. 28-29.

⁽⁵⁶⁶⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 31.

⁽⁵⁶⁷⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 32.

⁽⁵⁶⁸⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 30.

⁽⁵⁶⁹⁾ CoE- Committee of Ministers, Klyakhin group v. the Russian Federation (Application No. 46082/99), Supervision of the execution of the European Court's judgments, 20-21 September 2016.

Umsetzung von Entscheidungen innerstaatlicher Gerichte

Der Menschenrechtskommissar des Europarates beschrieb 2013 die unterbleibende Umsetzung von Urteilen innerstaatlicher Gerichte als „ein seit Langem bestehendes Problem“. Als Reaktion auf die vom EGMR angeordnete Einrichtung einer wirksamen innerstaatlichen Abhilfe bei unterbleibender Umsetzung von Urteilen innerstaatlicher Gerichte führte Russland 2010 einen Entschädigungsmechanismus bei unterbleibender Umsetzung von Urteilen innerstaatlicher Gerichte und bei übermäßiger Verfahrensdauer ein. 2013 hielt der Menschenrechtskommissar des Europarates fest, dass der Mechanismus nur für finanzielle Verpflichtungen gilt, nicht jedoch für gerichtliche Anordnungen von Dienstleistungserbringungen oder Entschädigung. Der EGMR hat eine geringere Zahl derartiger Beschwerden erhalten, da er von den Beschwerdeführern verlangt, den innerstaatlichen Abhilfemechanismus auszuschöpfen und sich erst dann an den Gerichtshof zu wenden. Auch die Zahl der Fälle, in denen es um überlange Gerichtsverfahren geht, ist gesunken. ⁽⁵⁷⁰⁾

Fälle betreffend den Nordkaukasus: unterbleibende Untersuchung und Strafverfolgung von Mord, Misshandlung und Verschwinden

In den den Nordkaukasus betreffenden Fällen zahlt Russland in der Regel den Opfern die Entschädigung, zu deren Zahlung es verpflichtet ist. Nach Angaben der NRO Russian Justice Initiative (RJI) und von Memorial findet nach dem Ergehen eines Urteils des EGMR in der Regel keine erneute wirksame Untersuchung des Falls zwecks Ermittlung und Strafverfolgung der Verantwortlichen statt. 2014 vermeldete Memorial, dass nach einem Urteil des EGMR möglicherweise Einsicht in die Fallakten genommen werden kann. Die Organisation wusste von einem außergewöhnlichen Urteil nur eines Bezirksgerichts in Tschetschenien (in einem Fall, in dem es um Landminen ging und der EGMR befand, Russland habe gegen die Konvention verstoßen), in dem der Richter die Ermittlungen in der Sache kritisiert hatte. Das Urteil wurde allerdings später vom Obersten Gerichtshof Tschetscheniens aufgehoben, nachdem der Staatsanwalt Berufung eingelegt hatte. Memorial erwähnte ferner zwei so genannte Föderationsfälle, in denen 2013 eine Berufungsverhandlung am Obersten Gerichtshof von Tschetschenien stattfand, nachdem der EGMR Russland des Verstoßes gegen die Konvention für schuldig befunden hatte. Der Oberste Gerichtshof Tschetscheniens beschloss, sich mit diesen Fällen nicht zu beschäftigen, da die Beteiligung des Militärs nicht feststehe, wohingegen der EGMR zu dem Schluss gelangt war, dass das russische Militär für das Verschwinden verantwortlich war. ⁽⁵⁷¹⁾

Nach dem Urteil des EGMR in Abdulchanov u. a./Russland, in dem es um einen Militärschlag gegen ein Dorf in Tschetschenien ging, anerkannte die Russische Föderation einen Verstoß gegen Artikel 2 und die Notwendigkeit einer Untersuchung. Es war das erste Mal, dass im Zusammenhang mit dem Tschetschenien-Konflikt ein solches Eingeständnis erfolgte. ⁽⁵⁷²⁾

Beim Verschwinden von Personen sind nach wie vor nur langsame Fortschritte zu verzeichnen: Trotz einer Reihe von Aktionsplänen zu diesem Thema wurde das vorgeschlagene „einzige und hochrangige Gremium“ nicht eingesetzt, das dem Schicksal der in den Tschetschenien-Kriegen und bei der Aufstandsbekämpfung Vermissten nachgehen soll. ⁽⁵⁷³⁾ Andere Projekte wie DNA-Labors konnten die Identitäten von verschwundenen Opfern auch nicht klären, die zum Zeitpunkt des Urteils des Gerichtshofs nicht bereits bekannt waren. ⁽⁵⁷⁴⁾

Der Europarat kritisierte insbesondere die fehlende Untersuchung und Strafverfolgung in Fällen, in denen dem EGMR in der mündlichen Verhandlung der Sache „eindeutige Beweise“ für die Identität der Täter vorgelegt worden waren. ⁽⁵⁷⁵⁾ Die Einrichtung der „Sonderermittlungseinheit“ im SK hat nicht zu dem erwarteten Anstieg erfolgreicher Ermittlungen bei Straftaten geführt, die Akteuren aus dem Bereich Strafverfolgung zugeordnet werden. ⁽⁵⁷⁶⁾ Die meisten Fälle wurden ausgesetzt oder abgeschlossen, weil russische Ermittlungsstellen zu dem Schluss kamen, die Aktionen der jeweiligen Amtsträger seien keine strafbare Handlung oder schwere Straftat gewesen. In dem einzigen Fall, in dem Beschuldigte nach einem Urteil des EGMR festgenommen wurden (Sadykov ./ Russland), wurden die Anklagepunkte in weniger schwere Straftaten umgewandelt, so dass die Beschuldigten in den Genuss einer Amnestie kamen. ⁽⁵⁷⁷⁾

⁽⁵⁷⁰⁾ CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 35.

⁽⁵⁷¹⁾ SRJI, Landinfo's interview with representative, Moscow, 12 November 2014; Memorial, Landinfo's interview with lawyer, Moscow, 18 November 2014.

⁽⁵⁷²⁾ ECHR, Russia. Press country profile, November 2016, p. 12.

⁽⁵⁷³⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, pp. 19-20.

⁽⁵⁷⁴⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, p. 18.

⁽⁵⁷⁵⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, p. 19.

⁽⁵⁷⁶⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, p. 17.

⁽⁵⁷⁷⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, p. 19; Avetisyan, G., Strasbourg: Supreme Court of the North Caucasus, 24 August 2012.

Das Ministerkomitee hat Kritik an der Anwendung von Verjährungsfristen auf Verbrechen in Tschetschenien und andere Fälle im Nordkaukasus geäußert. Verjährungsfristen wurden von russischen Behörden angewandt, um die Strafverfolgung von Angehörigen von Sicherheitsdiensten und Strafverfolgungsbehörden einstellen zu können. Die meisten Tschetschenien-Fälle betreffen Zwischenfälle in den Jahren 2000 bis 2003, und aufgrund der Verjährungsfristen würde bald die Möglichkeit enden, einzelne Täter strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Darüber hinaus betrachtet der Europarat die Anwendung von Verjährungsfristen bei Kriegsverbrechen und anderen schweren Verstößen gegen die Menschenrechte als „Akzeptieren der Straffreiheit“. ⁽⁵⁷⁸⁾

2.5 Menschenrechtsbeauftragter in der Russischen Föderation

A. Allgemeines

Das Amt des Menschenrechtsbeauftragten in der Russischen Föderation (*upolnomochenny po pravam cheloveka v Rossiyskoy Federatsii*) ⁽⁵⁷⁹⁾ wurde während des Übergangs vom Kommunismus zu einem demokratischen System eingerichtet. Es fehlte ihm an historischen, politischen oder kulturellen Wurzeln in der Region, doch folgte es dem Vorbild anderer Institutionen (Bürgerbeauftragter), die in Westeuropa geschaffen worden waren. ⁽⁵⁸⁰⁾ Der Beitritt der Russischen Föderation zum Europarat im Jahr 1996 war ein weiterer Anstoß für die Schaffung eines solchen Amtes. ⁽⁵⁸¹⁾ Das Föderationsgesetz mit Verfassungsrang N 1-FKZ „Über den Menschenrechtsbeauftragten in der Russischen Föderation“ trat am 4. März 1997 in Kraft. Das Gesetz wurde mehrfach geändert, zuletzt im Jahr 2016. ⁽⁵⁸²⁾

2.5.1 Ernennung des Menschenrechtsbeauftragten

Rechtsgrundlage für die Ernennung des Beauftragten ist die Verfassung von 1993, die der Staatsduma die Befugnis erteilt, den Menschenrechtsbeauftragten zu ernennen und zu entlassen. ⁽⁵⁸³⁾ Der Präsident, der Föderationsrat, Duma-Abgeordnete und Abgeordnetenvereinigungen in der Duma haben das Recht, der Staatsduma Kandidaten für den Posten des Beauftragten vorzuschlagen. ⁽⁵⁸⁴⁾

Für das Amt in Frage kommt ein russischer Staatsbürger, der mindestens 35 Jahre alt ist und über Kenntnisse im Bereich Menschenrechte sowie über Erfahrung mit ihrer Verteidigung verfügt. ⁽⁵⁸⁵⁾

2014 äußerte der Internationale Koordinierungsausschuss der nationalen Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte (ICC) Kritik am Verfahren für die Ernennung des Beauftragten ⁽⁵⁸⁶⁾ wegen fehlender Transparenz und einer „Auswahl aufgrund von Meriten“. Er räumte allerdings ein, die damalige Beauftragte, Ella Pamfilowa, sei nach umfassenden Konsultationen der Zivilgesellschaft ernannt worden. ⁽⁵⁸⁷⁾

Am 22. April 2016 wählte die Staatsduma Tatjana Moskalkowa zur neuen Menschenrechtsbeauftragten in der RF. ⁽⁵⁸⁸⁾ Laut Medienberichten erregte die Ernennung Kritik, da Moskalkowa Polizeigeneral im Ruhestand ist und über keinerlei Menschenrechtshintergrund verfügt ⁽⁵⁸⁹⁾ (siehe [2.5.9 Gesetzlich eingeschränkte Autorität](#)).

⁽⁵⁷⁸⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, p. 19.

⁽⁵⁷⁹⁾ Auch bezeichnet als Beauftragter, Hochkommissar für Menschenrechte oder Bürgerbeauftragter.

⁽⁵⁸⁰⁾ Carver, R. and Korotaev, A., Assessing the effectiveness of National Human Rights Institutions, October 2007. p. 4; Cardenas, S., Chains of Justice: The Global Rise of State Institutions for Human Rights, 2014, p. 266.

⁽⁵⁸¹⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, History, n.d.; CoE-PACE, Opinion 193. Application by Russia for membership of the Council of Europe, 1996.

⁽⁵⁸²⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ "On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation", 26 February 1997; High Commissioner for Human Rights in the RF, History.

⁽⁵⁸³⁾ KSRF, Verfassung der RF, 12. Dezember 1993, Artikel 103 Buchstabe f.

⁽⁵⁸⁴⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ "On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation", 26 February 1997, Article 7.

⁽⁵⁸⁵⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ "On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation", 26 February 1997, Article 6.

⁽⁵⁸⁶⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ "On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation", 26 February 1997, Article 8.

⁽⁵⁸⁷⁾ ICC, Report and Recommendations of the Session of the Sub-Committee on Accreditation (SCA) Geneva, 27-31 October 2014, October 2014, p. 30-31.

⁽⁵⁸⁸⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, History, n.d.; High Commissioner for Human Rights in the RF, Biography Tatiana Moskalkowa, n.d.

⁽⁵⁸⁹⁾ NYT, Russia's New Human Rights Ombudsman Is Former Police General, 22 April 2016; RBTH, Tatjana Moskalkowa wird Russlands Menschenrechts-Ombudsfrau, 2 May 2016; Tagesanzeiger, Vom Vorkämpfer zur Reaktionärin, 1 May 2016.

2.5.2 Mandat

Nach dem Gesetz hat der Beauftragte dafür zu sorgen, dass die Menschenrechte von Einrichtungen und Amtsträgern der föderalen und regionalen Exekutive geachtet werden.⁽⁵⁹⁰⁾ Sein Büro geht keinen Beschwerden über legislative Körperschaften (sowohl auf föderaler Ebene als auch auf Ebene der Föderationssubjekte) nach.⁽⁵⁹¹⁾ Handlungen von Privatpersonen oder Unternehmen werden in dem Mandat nicht erwähnt.

Der Beauftragte hat keine direkte Durchsetzungsbefugnis⁽⁵⁹²⁾ und darf auch keine Gesetzesinitiative in die Wege leiten, womit sein Eingreifen in das Gesetzgebungsverfahren begrenzt ist. Der Beauftragte kann unverbindliche Empfehlungen aussprechen, damit Rechtsvorschriften mit den Menschenrechten in Einklang stehen.⁽⁵⁹³⁾ Der Beauftragte ist nicht befugt, das Verfassungsgericht um die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit eines russischen Gesetzes zu ersuchen, er kann jedoch Beschwerden wegen der Verletzung verfassungsmäßiger Rechte und Freiheiten einreichen.⁽⁵⁹⁴⁾

Larysa Leszczenko, Associate Professor am Institut für internationale Studien der Universität Breslau, erklärt hierzu, dass Bürgerbeauftragte in post-sowjetischen Ländern Einrichtungen mit „soften Befugnissen“ und weniger mit Durchsetzungsbefugnissen sind. Daher könne von ihnen nicht erwartet werden, dass sie Menschenrechtsverletzungen verhindern (oder angemessene Abhilfe schaffen). Opfer würden sich weiterhin an den EGMR wenden.⁽⁵⁹⁵⁾

Der Menschenrechtsbeauftragte kann entweder auf eigene Initiative oder auf ein Ersuchen oder eine Beschwerde hin tätig werden. Der Beauftragte ergreift die Initiative bei „massiven und schweren Verletzungen von Menschenrechten und Freiheiten“ oder zum Schutz von Personen, die selber nicht in der Lage sind, Rechtsmittel einzulegen (Behinderte, Senioren, Minderjährige und Häftlinge).⁽⁵⁹⁶⁾ Ausgelöst wird ein Tätigwerden des Beauftragten häufig durch Veröffentlichungen in den Medien oder im Internet, oder auch durch Hinweise von vor Ort tätigen Nichtregierungsorganisationen.⁽⁵⁹⁷⁾

2.5.3 Einreichen einer Beschwerde

Jede Person kann beim Beauftragten eine Beschwerde wegen der Wiederherstellung von Rechten einreichen, die von staatlichen Stellen, Stellen der lokalen Selbstverwaltung und Amtsträgern verletzt wurden.⁽⁵⁹⁸⁾ Eine Beschwerde kann beim Beauftragten schriftlich, persönlich oder online über die offizielle Website des Beauftragten eingereicht werden.⁽⁵⁹⁹⁾ Die Beschwerde muss spätestens ein Jahr nach der Verletzung oder ab dem Zeitpunkt eingereicht werden, zu dem der Beschwerdeführer sich ihrer bewusst wurde.⁽⁶⁰⁰⁾ Der Beauftragte kann Einzelbeschwerden erst nach Ausschöpfung aller gerichtlichen oder administrativen Rechtsmittel prüfen.⁽⁶⁰¹⁾ Personenbezogene Daten von Beschwerdeführern sind durch das Föderationsgesetz über personenbezogene Daten von 2006 geschützt.⁽⁶⁰²⁾

Die Entscheidung über die Einleitung einer Untersuchung bzw. die Ablehnung dieser Einleitung liegt beim Beauftragten. Das Büro kann den Beschwerdeführer über die zur Beseitigung der Verletzung verfügbaren Formen der Hilfe informieren oder die Beschwerde an die zuständigen staatlichen Stellen oder Selbstverwaltungsstellen weiterleiten. Die Abweisung einer Beschwerde muss begründet werden und kann nicht angefochten werden.⁽⁶⁰³⁾

⁽⁵⁹⁰⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 1.

⁽⁵⁹¹⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 16.

⁽⁵⁹²⁾ Carver, R., Korotaev, A., Assessing the effectiveness of National Human Rights Institutions, October 2007, p. 15; Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Articles 26, 27, 35.

⁽⁵⁹³⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 31(1); CoE-ECRI, ECRI Report On The Russian Federation (fourth monitoring cycle), 15 October 2013, p. 17.

⁽⁵⁹⁴⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 29(5).

⁽⁵⁹⁵⁾ Leszczenko, L., The Ombudsman institution in post-Soviet countries. Genesis – legal status – development, 2011, p. 236.

⁽⁵⁹⁶⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 21; High Commissioner for Human Rights in Russia, Frequently Asked Questions, n.d.

⁽⁵⁹⁷⁾ Strategy Saint Petersburg Centre for Humanities and Political Studies, Dealing with complaints from citizens in the apparatus of the Human Rights Commissioner in the Russian Federation, 13 March 2004.

⁽⁵⁹⁸⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 15.

⁽⁵⁹⁹⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, How to apply?, n.d.

⁽⁶⁰⁰⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, The requirements for a complaint, n.d.

⁽⁶⁰¹⁾ PRI, National mechanisms for the prevention of torture in Eastern Europe: Belarus, Russia and Ukraine, 2013, p. 20; Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 16.

⁽⁶⁰²⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 152-FZ “On Personal Data”, 27 July 2006.

⁽⁶⁰³⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 20; Strategy Saint Petersburg Centre for Humanities and Political Studies, Dealing with complaints from citizens in the apparatus of the Human Rights Commissioner in the Russian Federation, 13 March 2004.

2.5.4 Maßnahmen zur Wiederherstellung von Rechten und Freiheiten

Nach Prüfung der Beschwerde und Feststellung einer Verletzung hat der Beauftragte die Aufgabe, Gerichtsverfahren einschließlich Verwaltungsverfahren zu beantragen, die zuständige Behörde um die Einleitung von Disziplinar- oder Verwaltungsmaßnahmen oder einer Strafsache zu ersuchen, das Gericht oder den Staatsanwalt um Überprüfung einer Gerichtsentscheidung zu ersuchen oder sich an das Verfassungsgericht mit einer Beschwerde über die Verletzung verfassungsmäßiger Rechte und Freiheiten zu wenden. ⁽⁶⁰⁴⁾

Bei einer Untersuchung aufgrund einer Beschwerde ist der Beauftragte unter anderem zu Folgendem befugt: Zugang zu und Untersuchungen bei föderalen und regionalen staatlichen Stellen und Ämtern sowie allen Arten von Einrichtungen, einschließlich militärischer Einheiten und öffentlicher Verbände; Entgegennahme von Schriftstücken im Zusammenhang mit der Untersuchung, einschließlich der Akten von Straf-, Zivil- oder Verwaltungssachen, die abgeschlossen sind oder nie eröffnet wurden, und Entgegennahme von Erläuterungen von Amtsträgern und Beamten mit Ausnahme von Richtern. ⁽⁶⁰⁵⁾ Der Beauftragte hat den Beschwerdeführer über die Ergebnisse seiner Untersuchung bezüglich der Beschwerde zu unterrichten. ⁽⁶⁰⁶⁾

2.5.5 Besuche von Haftanstalten

Der Beauftragte hat das Recht, ungehindert Haftanstalten aufzusuchen und von der Verwaltung von Strafvollzugsanstalten die benötigten Unterlagen und Erläuterungen anzufordern und entgegenzunehmen. ⁽⁶⁰⁷⁾ Nach einem Föderationsgesetz von 2015 hat der Beauftragte das Recht, sich persönlich mit Personen zu unterhalten, die eine Freiheitsstrafe verbüßen (unter der Voraussetzung, dass die Gefängnisverwaltung das Gespräch beobachten, jedoch nicht mithören darf). ⁽⁶⁰⁸⁾

Der Beauftragte arbeitet mit den Öffentlichen Überwachungskommissionen ⁽⁶⁰⁹⁾ zusammen, die für die Öffentlichkeit die Menschenrechtsslage in Haftanstalten überwachen. Solche Kommissionen gibt es in 81 Subjekten der RF, und sie „informieren den Hochkommissar über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit“. ⁽⁶¹⁰⁾

Die NRO „Penal Reform International“ wies darauf hin, dass neben dem Büro des föderalen Beauftragten auch die Büros einiger regionaler Beauftragter Zugang zu Haftanstalten erhalten. ⁽⁶¹¹⁾

2015 wurden 29 % der Individualbeschwerden bei dem Beauftragten von Häftlingen eingereicht, unter anderem zu den Haftbedingungen. ⁽⁶¹²⁾

Sonia Cardenas, Professor für Politische Wissenschaft und ehemalige Direktorin des Menschenrechtsprogramms am Trinity College in Connecticut, schrieb 2014, dass Gefängnisbehörden mitunter Häftlinge vor Besuchen des Beauftragten verlegt hatten oder ihnen häufig abgeraten hatten, sich beim Beauftragten zu beschweren. ⁽⁶¹³⁾ Das US-Außenministerium berichtete für 2015, dass Häftlinge Konsequenzen für den Fall befürchteten, dass sie sich beim Beauftragten oder den Öffentlichen Überwachungskommissionen beschweren, und dass sie nach Aussagen von Gefängnisreformaktivisten eine Beschwerde nur einreichen würden, wenn sie „ihrer Meinung nach keine andere Wahl haben“. Das US DoS fügte noch hinzu, dass bei den Öffentlichen Überwachungskommissionen häufig Ersuchen betreffend geringfügige persönliche Wünsche eingehen. ⁽⁶¹⁴⁾

⁽⁶⁰⁴⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 29; High Commissioner for Human Rights in the RF, Annual Report 2014 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation, 6 May 2015, p. 26.

⁽⁶⁰⁵⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 23.

⁽⁶⁰⁶⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 26.

⁽⁶⁰⁷⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 23; PRI, Mechanism for the prevention of torture in nine CIS states: Synthesis Report, 2012, p. 15.

⁽⁶⁰⁸⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 76-FZ “On Introducing Amendments to Certain Legislative Acts of the Russian Federation for the Improvement of the Activities of Commissioners for Human Rights”, 6 April 2015; High Commissioner for Human Rights in the RF, Annual Report 2015 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation, 22 March 2016, p. 70.

⁽⁶⁰⁹⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law of No. 76-FZ “On Public Monitoring of Human Rights in Places of Detention and on Assistance to Detainees”, 10 June 2008.

⁽⁶¹⁰⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Annual Report 2015 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation, 22 March 2016, p. 70; US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁶¹¹⁾ PRI, National mechanisms for the prevention of torture in Eastern Europe: Belarus, Russia and Ukraine, 2013, pp. 20-21.

⁽⁶¹²⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Annual Report 2015 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation, 22 March 2016, p. 25.

⁽⁶¹³⁾ Cardenas, S., Chains of Justice: The Global Rise of State Institutions for Human Rights, 2014, p. 324.

⁽⁶¹⁴⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

2.5.6 Jahres- und Sonderbericht

Am Ende jeden Jahres erstellt der Beauftragte einen Tätigkeitsbericht. ⁽⁶¹⁵⁾ Der Beauftragte kann ferner der Staatsduma Sonderberichte zu ausgewählten Menschenrechtsfragen vorlegen. Der Beauftragte entscheidet darüber, ob Sonderberichte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. ⁽⁶¹⁶⁾

B. Kapazität

2.5.7 Struktur und Personal

Unterstützt wird der Menschenrechtsbeauftragte durch einen aus mehreren Mitarbeitern bestehenden Apparat. ⁽⁶¹⁷⁾ Der Beauftragte kann einen Sachverständigenrat aus Spezialisten für Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten als beratendes Gremium einberufen. ⁽⁶¹⁸⁾ Die Mittel für die Tätigkeiten des Beauftragten und seiner ihn unterstützenden Stellen stammen aus dem Budget der Föderation. ⁽⁶¹⁹⁾

Einzelpersonen können sich auch an die jeweiligen Büros der regionalen Menschenrechtsbeauftragten wenden. ⁽⁶²⁰⁾ Es besteht keine vertikale Unterordnung zwischen den regionalen und dem föderalen Beauftragten. ⁽⁶²¹⁾ Die Haushaltsmittel der regionalen Beauftragten stammen von den jeweiligen Gebietskörperschaften. ⁽⁶²²⁾

Nach Angaben des US DoS bestanden 2015 derartige regionale Büros in allen Regionen der RF mit Ausnahme von sechs Regionen. ⁽⁶²³⁾ Die regionalen Beauftragten gehen Beschwerden über regionale und lokale Behörden und Amtsträger nach, sofern der Beschwerdeführer deren Entscheidungen zuvor vor Gericht oder in Verwaltungsverfahren angefochten hat. ⁽⁶²⁴⁾

2013 wies die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates auf die Unstimmigkeiten zwischen den Gesetzen über die Arbeit der regionalen Beauftragten hin, aufgrund derer einige Büros weniger effektiv sind als andere. ⁽⁶²⁵⁾ Nach Berichten des US DoS mischten sich 2015 gelegentlich lokale Behörden in die Arbeit der regionalen Beauftragten ein; so wurde beispielsweise der Beauftragte in St. Petersburg wegen seiner Haltung zu den Rechten von LGBT-Aktivist*innen bedroht. ⁽⁶²⁶⁾

Seit 2015 sieht das Gesetz vor der Ernennung oder Entlassung regionaler Beauftragter die Konsultation des föderalen Beauftragten vor. ⁽⁶²⁷⁾ Alle regionalen Beauftragten sind Mitglieder des Koordinierungsrates russischer Menschenrechtsbeauftragter ⁽⁶²⁸⁾, einer Plattform für die Kooperation zwischen den Beauftragten. ⁽⁶²⁹⁾

⁽⁶¹⁵⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ "On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation", 26 February 1997, Article 33; der Jahresbericht 2015 wurde am 22. März 2016 veröffentlicht.

⁽⁶¹⁶⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ "On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation", 26 February 1997, Article 33.

⁽⁶¹⁷⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Structure of the Office of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation, n.d.

⁽⁶¹⁸⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Expert Council, n.d.; High Commissioner for Human Rights in the RF, About the Council, n.d.

⁽⁶¹⁹⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ "On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation", 26 February 1997, Article 38.

⁽⁶²⁰⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Regional commissioners for human rights, n.d.; CoE-ECRI, ECRI Report On The Russian Federation (fourth monitoring cycle), 15 October 2013, p. 18.

⁽⁶²¹⁾ CoE-ECRI, ECRI Report On The Russian Federation (fourth monitoring cycle), 15 October 2013, p. 18.

⁽⁶²²⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 76-FZ "On Introducing Amendments to Certain Legislative Acts of the Russian Federation for the Improvement of the Activities of Commissioners for Human Rights", 6 April 2015; High Commissioner for Human Rights in the RF, Law on human rights commissioner adopted by State Duma, 27 March 2015.

⁽⁶²³⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016; siehe auch CoE-ECRI, ECRI Report On The Russian Federation (fourth monitoring cycle), 15 October 2013, p. 18.

⁽⁶²⁴⁾ CoE-ECRI, ECRI Report On The Russian Federation (fourth monitoring cycle), 15 October 2013, p. 18; Gradszkova, Y., Regional Ombudsmen, Human Rights and Women – Gender Aspects of the Social and Legal Transformation in North-West Russia, 2012, p. 85.

⁽⁶²⁵⁾ ECRI Report On The Russian Federation (fourth monitoring cycle), 15 October 2013, p. 18.

⁽⁶²⁶⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016; CoE-CommDH, Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013, 12 November 2013, p. 41.

⁽⁶²⁷⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 76-FZ "On Introducing Amendments to Certain Legislative Acts of the Russian Federation for the Improvement of the Activities of Commissioners for Human Rights", 6 April 2015; High Commissioner for Human Rights in the RF, Law on human rights commissioner adopted by State Duma, 27 March 2015.

⁽⁶²⁸⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Regional commissioners for human rights, n.d.

⁽⁶²⁹⁾ Siehe z. B. High Commissioner for Human Rights in the RF, Coordination Council of Commissioners for Human Rights in North Caucasian Federal District adopted resolution at meeting in Dagestan, 24 November 2016; High Commissioner for Human Rights in the RF, Meeting of Human Rights Commissioners Coordination Council devoted to interaction between authorities and public institutions, 17 June 2016.

2.5.8 Tatsächliche Auswirkungen

2015 gingen beim Menschenrechtsbeauftragten in der Russischen Föderation 64 189 Ersuchen ein, darunter 38 093 Individualbeschwerden. ⁽⁶³⁰⁾ Seit 2013 haben sich die Zahlen ständig nach oben entwickelt. ⁽⁶³¹⁾ In einem großen Prozentsatz der Ersuchen geht es um die Rechte von Beschuldigten in Straf- und Verwaltungsverfahren sowie um die Rechte von Häftlingen. ⁽⁶³²⁾ Des Weiteren befasste sich der Beauftragte mit staatlichen Maßnahmen, die ethnische Minderheiten und Migranten diskriminierten. ⁽⁶³³⁾

Zwar befasst sich der Beauftragte alljährlich mit zahlreichen Beschwerden, doch ist die Zahl der Fälle, die „nachweislich ein positives Ergebnis zeitigten“, deutlich niedriger. Im Tätigkeitsbericht 2015 heißt es: „Bei 36 845 Petitionen von 38 093 wurden Maßnahmen ergriffen“. Die Beauftragte erhielt „227 positive Antworten“ von Ministerien und Agenturen betreffend ihre Empfehlungen und Schlussfolgerungen, und „bei 5 000 Petitionen waren nachweislich positive Ergebnisse nach dem Tätigwerden der Hochkommissarin in dem Sinne zu verzeichnen, dass die Rechte der Bürger in vollem Umfang wiederhergestellt waren“. ⁽⁶³⁴⁾

Die vollständige Wirkung der Arbeit des Büros ist derzeit nur schwer zu erfassen, da es an Informationen über die inhaltlichen Ergebnisse der Interventionen der Beauftragten mangelt.

2.5.9 Gesetzlich eingeschränkte Autorität

Die NRO „Penal Reform International“ merkte 2013 an, dass die Bedingung für eine Person, alle anderen Rechtsmittel auszuschöpfen, bevor sie eine Beschwerde beim Beauftragten einreicht, die Fähigkeit des Beauftragten ernsthaft beeinträchtigt, wirksam tätig zu werden, denn es ist unwahrscheinlich, dass gerade die Entscheidungsinstanzen, die die Beschwerde einer Person auf allen Stufen des Beschwerdeverfahrens zurückgewiesen haben, nach einer Intervention des Beauftragten an ihrer Entscheidung etwas ändern. ⁽⁶³⁵⁾

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates hat die beschränkten Möglichkeiten des föderalen Beauftragten kritisiert, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Fehlende Autorität zum Vorgehen gegen Verletzungen im privaten Sektor beschränken auch die Möglichkeiten des Beauftragten, etwas gegen Rassendiskriminierung zu unternehmen. ⁽⁶³⁶⁾

Zur Untermauerung zitierte das US DoS die Ansicht russischer Menschenrechtsaktivisten, die frühere Menschenrechtsbeauftragte Pamfilowa sei „im Allgemeinen als offizieller Verteidiger ihrer Anliegen effektiv gewesen, und dies trotz ihrer eingeschränkten Autorität und eines selektiven Ansatzes, den sie zu den Fragen einnahm“. ⁽⁶³⁷⁾

C. Integrität

Die 1993 von der UN-Generalversammlung angenommenen Pariser Grundsätze sind eine Reihe internationaler Standards mit Empfehlungen bezüglich der Rolle, der Struktur, des Status und der Funktionen nationaler Menschenrechtsinstitutionen (NHRI). ⁽⁶³⁸⁾ In ihnen sind sechs Hauptkriterien für NHRI festgelegt: ein weit angelegtes Mandat, das auf universellen Menschenrechtsnormen und -standards basiert, Autonomie von der Regierung, in der Satzung oder Verfassung garantierte Unabhängigkeit, Pluralismus, angemessene Ressourcen und angemessene

⁽⁶³⁰⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Annual Report 2015 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation, 22 March 2016, p. 165.

⁽⁶³¹⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Annual Report 2014 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation, 6 May 2015, pp. 33-34.

⁽⁶³²⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Annual Report 2015 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation, 22 March 2016, pp. 24-25.

⁽⁶³³⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Annual Report 2015 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation, 22 March 2016, pp. 101-107.

⁽⁶³⁴⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Annual Report 2015 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation, 22 March 2016, p. 166.

⁽⁶³⁵⁾ PRI, National mechanisms for the prevention of torture in Eastern Europe: Belarus, Russia and Ukraine, 2013, p. 20-21.

⁽⁶³⁶⁾ CoE-ECRI, ECRI Report On The Russian Federation (fourth monitoring cycle), 15 October 2013, p. 17; siehe ferner White, S.; Understanding Russian Politics, 2011, p. 348.

⁽⁶³⁷⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁶³⁸⁾ OHCHR, Paris Principles: 20 years guiding the work of National Human Rights Institutions, 30 May 2013.

Untersuchungsbefugnisse. ⁽⁶³⁹⁾ Seit 2008 hat der Beauftragte in der Russischen Föderation eine Akkreditierung auf Level „A“ (volle Übereinstimmung mit den Pariser Grundsätzen), ausgestellt von dem Internationalen Koordinierungsausschuss der nationalen Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte (ICC). ⁽⁶⁴⁰⁾

Das Föderationsgesetz schützt die Unabhängigkeit und Neutralität des Menschenrechtsbeauftragten. Der Beauftragte kann während seiner Amtszeit nicht abberufen werden; ausgenommen sind gravierende Mängel in seiner Fähigkeit, sein Amt auszuüben ⁽⁶⁴¹⁾, auch nach Ausrufung des Notstands oder des Kriegsrechts. ⁽⁶⁴²⁾ Ohne vorherige Zustimmung der Staatsduma darf der Beauftragte weder in Straf- noch in Verwaltungsverfahren zur Verantwortung gezogen werden. ⁽⁶⁴³⁾

Bei der Ausübung seiner Befugnisse ist der Menschenrechtsbeauftragte nach dem Gesetz unabhängig und staatlichen Stellen und Amtsträgern gegenüber nicht rechenschaftspflichtig. ⁽⁶⁴⁴⁾ Richtschnur für den Beauftragten sind die Verfassung und andere Gesetze der RF sowie allgemein anerkannte Grundsätze und Normen des internationalen Rechts und von der RF abgeschlossene internationale Abkommen. ⁽⁶⁴⁵⁾

Laut Gesetz ist es dem Beauftragten untersagt, ein politisches Amt zu bekleiden oder Regierungsfunktionen wahrzunehmen oder, mit Ausnahme von Forschung und Lehre, einer anderen Tätigkeit nachzugehen. Des Weiteren hat der Beauftragte nicht das Recht, sich politisch zu betätigen oder Mitglied einer politischen Partei oder einer Vereinigung mit politischen Zielen zu sein. ⁽⁶⁴⁶⁾ Ungeachtet der Einschränkungen bezüglich der politischen Aktivität waren zwei ehemalige Beauftragte angeblich Mitglied einer politischen Partei. ⁽⁶⁴⁷⁾ Wie bereits erwähnt, berichten Medien, dass die 2016 ernannte neue Menschenrechtsbeauftragte Polizeigeneral im Ruhestand ist und über keinen Menschenrechtshintergrund verfügt. ⁽⁶⁴⁸⁾ Als Staatsduma-Abgeordnete der Partei Gerechtes Russland ⁽⁶⁴⁹⁾ hat sie das Gesetz über das Verbot von NRO als „ausländische Agenten“ und zur Kriminalisierung von Handlungen gegen die öffentliche Moral eingebracht. ⁽⁶⁵⁰⁾ In ihren ersten Kommentaren nach ihrer Ernennung erklärte sie, ihr Amt verfüge über Instrumente, um dem Missbrauch von Menschenrechten für westliche Propaganda „entgegenzuwirken“. ⁽⁶⁵¹⁾

Mitarbeiter des Büros des Beauftragten haben ihre Aufgaben im Einklang mit dem Verhaltenskodex für Beamte wahrzunehmen oder müssen mit Disziplinarmaßnahmen rechnen, die bis zur Entlassung gehen können. ⁽⁶⁵²⁾ Das Föderationsgesetz „Über die Bekämpfung von Korruption“ besagt, dass alle Beamten Angaben zu ihrem Einkommen, ihren Vermögenswerten und ihren Verpflichtungen aus Vermögen machen müssen. ⁽⁶⁵³⁾ Die Angaben der Amtsträger sind auf der Website der Beauftragten einsehbar. ⁽⁶⁵⁴⁾ Das Durchschnittsgehalt der Mitarbeiter des Büros der Beauftragten bewegt sich durchaus im Bereich der durchschnittlichen Gehälter von Regierungsangestellten ⁽⁶⁵⁵⁾ und liegt deutlich über dem normalen Monatslohn in der RF. ⁽⁶⁵⁶⁾

⁽⁶³⁹⁾ ICC, ICC Sub-Committee on Accreditation (SCA), n.d.

⁽⁶⁴⁰⁾ ICC, Chart of the Status of National Institutions. Accreditation status as of 5 August 2016, 5 August 2016, p. 7.

⁽⁶⁴¹⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Articles 2, 13.

⁽⁶⁴²⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 4.

⁽⁶⁴³⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 12.

⁽⁶⁴⁴⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 2.

⁽⁶⁴⁵⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 2.

⁽⁶⁴⁶⁾ Pravo.gov.ru, Federal Constitutional law No 1-FKZ “On the Commissioner for Human Rights in the Russian Federation”, 26 February 1997, Article 11.

⁽⁶⁴⁷⁾ White, S.; Understanding Russian Politics, 2011, p. 347.

⁽⁶⁴⁸⁾ NYT, Russia’s New Human Rights Ombudsman Is Former Police General, 22 April 2016; RBTH, Tatjana Moskalkowa wird Russlands Menschenrechts-Ombudsfrau, 2 May 2016; Tagesanzeiger, Vom Vorkämpfer zur Reaktionärin, 1 May 2016.

⁽⁶⁴⁹⁾ EPRS, Human rights in Russia No light at the end of the tunnel, September 2016, p. 3; Russia Direct, Making sense of Russia’s strange new choice to defend human rights, Russia Direct, 27 April 2016.

⁽⁶⁵⁰⁾ Russia Direct, Making sense of Russia’s strange new choice to defend human rights, Russia Direct, 27 April 2016.

⁽⁶⁵¹⁾ Russia Direct, Making sense of Russia’s strange new choice to defend human rights, Russia Direct, 27 April 2016.

⁽⁶⁵²⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Procedures for entry into the civil service, n.d.; Pravo.gov.ru, Federal Law No. 79-FZ “On the State Civil Service in the Russian Federation”, 27 July 2004.

⁽⁶⁵³⁾ Pravo.gov.ru, Federal Law No. 273-FZ “On Countering Corruption”, 25 December 2008, Article 8.

⁽⁶⁵⁴⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Information about income, expenses, assets and liabilities of material nature), n.d.

⁽⁶⁵⁵⁾ RG, The salaries of officials increased by 3,5% in the first half of 2016, 18 August 2016.

⁽⁶⁵⁶⁾ Moscow Times, Russians Require Minimum Monthly Income of \$350, Poll Shows, 12 August 2015; Moscow Times, Russians’ Average Salary On Par With Kazakhstan, 24 May 2016.

Der offiziellen Website der Beauftragten ist zu entnehmen, dass das Levada-Center am 12. Februar 2015 eine Meinungsumfrage veröffentlicht hat. ⁽⁶⁵⁷⁾ Nach Ansicht der Beauftragten zeigt die Umfrage, dass es „einen deutlichen Anstieg beim Index des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Einrichtung des Menschenrechtsbeauftragten in Russland“ gab. ⁽⁶⁵⁸⁾

2.6 Gefährdete Gruppen

Dieser Abschnitt vermittelt einen kurzen Überblick über das Vorgehen von Behörden und Justiz bei Beschwerden von Angehörigen von Minderheiten und Frauen.

2.6.1 Ethnische und religiöse Minderheiten, Migranten

SOVA, ein Beobachtungszentrum für Extremismus in der Russischen Föderation, informierte den Dänischen Einwanderungsdienst und den Dänischen Flüchtlingsrat 2012 darüber, dass Personen aus Zentralasien unter den Minderheiten in Russland am ehesten Gefahr laufen, Opfer rassistisch motivierter Hassverbrechen zu werden. ⁽⁶⁵⁹⁾ SOVA erklärt diese Gefährdung mit der Wahrnehmung von Zentralasiaten als leichten Zielen ⁽⁶⁶⁰⁾: Ihr sozialer Status sei gering, und „ohne die erforderlichen Papiere erstatteten sie im Allgemeinen keine Anzeige bei der Polizei, die in vielen Fällen sowieso erfolglos bliebe“. ⁽⁶⁶¹⁾

2015 verzeichnete SOVA 38 Opfer ethnisch motivierter Überfälle; gegenüber 2014 mit 101 Opfern war das ein Rückgang. SOVA schreibt diesen Rückgang einem entschlosseneren Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden gegen ultrarechte Gruppen zu. ⁽⁶⁶²⁾

Untersuchung und Strafverfolgung von Überfällen auf ethnische und religiöse Minderheiten

In der Vergangenheit war die Polizei sehr zögerlich bei der Untersuchung von Straftaten gegen ethnische und religiöse Minderheiten. In den vergangenen Jahren hat sich diese Neigung jedoch ein wenig geändert. SOVA listet 12 Verfahren auf, die gegen Mitglieder rechter Gruppen 2015 eingeleitet wurden, eine Zahl, die es für „höchst beachtlich“ hält. Das aggressive Vorgehen der Regierung gegen diese Gruppen könnte allerdings, so SOVA, weitgehend auf die Befürchtung des Regimes zurückgehen, diese Gruppen könnten schon bald zu mächtig werden. ⁽⁶⁶³⁾

Der Leiter von SOVA erklärte 2012 dem Dänischen Einwanderungsdienst gegenüber, die Abteilung für Extremismusbekämpfung des MVD sei in Ermittlungen insbesondere gegen Neonazi-Gruppen sehr effizient, weshalb immer mehr Neonazis verurteilt würden. Deren Straftaten würden nun auch als rassistisch motiviert oder als Hassverbrechen und nicht länger als Rowdytum eingestuft. ⁽⁶⁶⁴⁾ Wie intensiv gegen Extremisten vorgegangen würde, hänge jedoch von der regionalen Abteilung des MVD ab. Es würden auch andere Gruppen wie beispielsweise friedliche religiöse Gruppen und Angehörige der politischen Opposition als Extremisten bezeichnet. ⁽⁶⁶⁵⁾ In einem Bericht aus dem Jahr 2015 unterstrich SOVA den jüngeren Trend von Verfolgung rassistischer Rede und weniger von gewalttätigen Hassverbrechen von Neonazi-Gruppen. ⁽⁶⁶⁶⁾

Wie SOVA erläuterte, sei es einfacher, Beweise für rassistische Propaganda im Internet und in sozialen Medien zu finden, als die Urheber eines gewalttätigen Angriffs zu identifizieren. Da die Ermittler unter Druck stehen, aufgeklärte Fälle zu melden, konzentrieren sie sich tendenziell auf Propagandafälle. ⁽⁶⁶⁷⁾

⁽⁶⁵⁷⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Confidence in institute of human rights commissioner significantly increased, 12 February 2015. Für die Originalumfrage siehe Levada-Center, The role of social institutes, 12 February 2015.

⁽⁶⁵⁸⁾ High Commissioner for Human Rights in the RF, Confidence in institute of human rights commissioner significantly increased, 12 February 2015; für einen Vergleich zwischen den Zahlen für 2014 und 2015 siehe Levada-Center, Public opinion – 2014, 2015, p. 85.

⁽⁶⁵⁹⁾ DIS and DRC, Chechens in the Russian Federation – residence registration, racially motivated violence and fabricated criminal cases, August 2012, pp. 12.

⁽⁶⁶⁰⁾ DIS and DRC, Chechens in the Russian Federation – residence registration, racially motivated violence and fabricated criminal cases, August 2012, p. 13.

⁽⁶⁶¹⁾ DIS and DRC, Chechens in the Russian Federation – residence registration, racially motivated violence and fabricated criminal cases, August 2012, p. 14.

⁽⁶⁶²⁾ SOVA; The Ultra-Right Movement under Pressure: Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract Them in 2015, 8 April 2016.

⁽⁶⁶³⁾ SOVA; The Ultra-Right Movement under Pressure: Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract Them in 2015, 8 April 2016.

⁽⁶⁶⁴⁾ DIS and DRC, Chechens in the Russian Federation – residence registration, racially motivated violence and fabricated criminal cases, August 2012, p. 14., pp. 12-14.

⁽⁶⁶⁵⁾ DIS and DRC, Chechens in the Russian Federation – residence registration, racially motivated violence and fabricated criminal cases, August 2012, p. 14.

⁽⁶⁶⁶⁾ SOVA, Calm Before the Storm? Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract Them in 2014, 21 April 2015.

⁽⁶⁶⁷⁾ SOVA, Seminar on ultra-nationalism in Russia, Oslo September 2013.

Gerichtsverfahren

2014, so berichtet das US DoS, verurteilten Gerichte Personen wegen Propaganda, in der sie zu Hass gegen andere Ethnien aufriefen. ⁽⁶⁶⁸⁾ SOVA vermeldete 2015, die Zahl der Verurteilungen wegen rassistischer Gewalt sei deutlich höher. Die Urteile seien strenger geworden und bestrafen häufig Rede und Meinungsäußerung. ⁽⁶⁶⁹⁾ Nach Angaben des US DoS gab es bis Juli 2015 mindestens 12 Verurteilungen wegen solcher Verbrechen, genauso viele wie 2014, was „ein Ende des Abwärtstrends bei Verurteilungen“ bedeute. ⁽⁶⁷⁰⁾

Bezüglich des Umgangs des Justizsystems mit Menschen aus der russischen Region Nordkaukasus vertraten mehrere Quellen des Dänischen Einwanderungsdienstes 2012 die Ansicht, Menschen ethnisch nichtrussischen Hintergrunds würden für die gleiche Straftat tendenziell härter bestraft als ethnische Russen. ⁽⁶⁷¹⁾ Allerdings warnten HRW und ein Vertreter einer westlichen Botschaft vor einer allgemeinen Vermutung der „Diskriminierung vor dem Gesetz“ von Beschuldigten aus dem Nordkaukasus; eine solche Schlussfolgerung sollte auf einer belastbaren Analyse von Verurteilungsstatistiken beruhen, die beispielsweise erbringen, dass Tschetschenen für die gleiche Straftat härter bestraft werden als ethnische Russen. ⁽⁶⁷²⁾ HRW würde den Umgang der Polizei mit Tschetschenen eher als „ethnisches Profiling“ bezeichnen. ⁽⁶⁷³⁾ Mehrere Quellen unterstreichen das Risiko vorgefertigter Anklagen gegen Personen aus dem Nordkaukasus. ⁽⁶⁷⁴⁾

Nach Angaben der russischen NRO Agora kann nicht ausgeschlossen werden, dass Richter gegen ethnische Gruppen voreingenommen sind, doch ist eine solche Voreingenommenheit kein weit verbreitetes Phänomen. ⁽⁶⁷⁵⁾

Nach Meinung der Leiterin des „Civic Assistance Committee“ (CAC), Svetlana Gannushkina, werden Rechtssachen im Zusammenhang mit Migration im Justizsystem vernachlässigt. Wie Agora sagte auch Gannushkina, man könne in diesen Fällen eine gewisse Diskriminierung nicht ausschließen, der Hauptgrund sei jedoch, dass die Justiz die strikte Migrationspolitik der Behörden umsetze. Als Beispiel nennt Gannushkina einen Migrationsfall, in den das CAC eingebunden war, und in dem es um einen ägyptischen Kopten ging. Die Richterin, der dieser Fall zugewiesen worden war, erklärte ganz offen, es sei eine politische Entscheidung, Migranten nicht anzuerkennen, und sie könne keine Entscheidung erlassen, die dem Willen der Behörden zuwiderlaufe. Außerdem, so Gannushkina, funktioniert das Justizsystem nicht gut in Fällen, in denen gegen Entscheidungen der Behörden Beschwerden eingelegt werden. ⁽⁶⁷⁶⁾

2.6.2 Politische Opposition, Kritik an der Regierung

Nach Angaben von SOVA nutzen Behörden die Extremismusbestimmungen im russischen Strafgesetzbuch (§ 280, § 280.1 und § 282), um zu Unrecht Personen zu verfolgen, die sich online oder auf anderem Wege kritisch gegenüber den Behörden gezeigt haben. Dazu gehören Mitglieder folgender Gruppen: Nationalisten, religiöse Aktivisten, politische Aktivisten und manchmal Gewerkschaftsaktivisten und Umweltschützer. ⁽⁶⁷⁷⁾

HRW und die russische NRO Agora erklärten, dass für den Fall, dass es dem Staatsanwalt gelingt, einen solchen Fall vor Gericht zu bringen, die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung groß ist. Nach Aussage von Agora gehen Regierungskritiker und Mitglieder der Opposition normalerweise wegen ihrer politischen Einstellung aus Gerichtsverfahren nicht siegreich hervor. ⁽⁶⁷⁸⁾ Nach Angaben von HRW werden solche Fälle jedoch häufig wegen fehlender Strafbarkeit geschlossen. ⁽⁶⁷⁹⁾

Es kommt recht häufig vor, dass Personen, die wegen solcher Straftaten verurteilt wurden, bei einem höheren Gericht Rechtsbehelf einlegen. ⁽⁶⁸⁰⁾ SOVA erzählte dem norwegischen COI-Zentrum Landinfo, es gebe in solchen Fällen nur

⁽⁶⁶⁸⁾ US DoS, 2014 Country Report on Human Rights Practices, 25 June 2015.

⁽⁶⁶⁹⁾ SOVA; The Ultra-Right Movement under Pressure: Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract Them in 2015, 8 April 2016.

⁽⁶⁷⁰⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016

⁽⁶⁷¹⁾ DIS and DRC, Chechens in the Russian Federation – residence registration, racially motivated violence and fabricated criminal cases, August 2012, pp. 22-24, 28.

⁽⁶⁷²⁾ DIS and DRC, Chechens in the Russian Federation – residence registration, racially motivated violence and fabricated criminal cases, August 2012, p. 24

⁽⁶⁷³⁾ DIS and DRC, Chechens in the Russian Federation – residence registration, racially motivated violence and fabricated criminal cases, August 2012, p. 24.

⁽⁶⁷⁴⁾ DIS and DRC, Chechens in the Russian Federation – residence registration, racially motivated violence and fabricated criminal cases, August 2012, pp. 24-28.

⁽⁶⁷⁵⁾ Agora, Landinfo's interview with chairman, Oslo, 6 October 2015.

⁽⁶⁷⁶⁾ CAC, Landinfo's interview with Svetlana Gannushkina, Oslo 6 October 2015.

⁽⁶⁷⁷⁾ SOVA, Landinfo's interview with representative, Moscow, 12 November 2014.

⁽⁶⁷⁸⁾ Agora, Landinfo's interview with chairman, Oslo, 6 October 2015.

⁽⁶⁷⁹⁾ HRW, Landinfo's interview with representatives, Moscow, 11 November 2014.

⁽⁶⁸⁰⁾ SOVA, Landinfo's interview with representative, Moscow, 12 November 2014.

selten einen Freispruch und Rechtsmittel gegen Verurteilungen seien nur selten erfolgreich. ⁽⁶⁸¹⁾ Extremistische Straftaten seien eine Priorität für die Polizei gewesen und es gebe Druck von Seiten der Behörden, solche Straftaten aufzuklären. Nach Angaben von SOVA schließen sich die Gerichte in der Regel den Staatsanwälten an und bestätigen die Berufungsgerichte normalerweise die Entscheidungen unterer Instanzen. ⁽⁶⁸²⁾

Nach Aussagen von Agora haben in einigen Fällen von geringer Bedeutung vor Verwaltungsgerichten Regierungskritiker obsiegt, jedoch nur in Gebieten außerhalb von Moskau. In Moskau gewinnen sie derartige Fälle praktisch nie. Agora fügte jedoch noch hinzu, es hätten mehrere Verfahren gegen Personen eingestellt werden können, die sich in sozialen Medien kritisch über Behörden geäußert oder mit Worten die Ukraine unterstützt hätten. Die Angeklagten wurden zwar nicht freigesprochen, aber auch nicht verurteilt. In derartigen Fällen würden die Richter nicht freisprechen. Sollten sie dennoch einen Freispruch verkünden, würden sie selber vom Staatsanwalt und von der Gerichtsverwaltung in Frage gestellt. ⁽⁶⁸³⁾

Agora erwähnt ferner, dass die Regierung Kampagnen zur Bekämpfung von beispielsweise Extremismus, Korruption und Drogenhandel eingeleitet hat. Es bestehe starker politischer Druck, Angeklagte in derartigen Fällen zu verurteilen, der sich nachteilig auf die Unabhängigkeit der Urteile auswirke. ⁽⁶⁸⁴⁾

Nach Aussage des Leiters von Agora kann eine NRO, die sich nicht als ausländischer Agent registrieren lässt, diesen Fall vor Gericht wahrscheinlich nicht gewinnen. Bisher habe es im Justizsystem 70 bis 80 derartiger Fälle gegeben, und die NRO hätte aufgrund des politischen Drucks stets verloren. ⁽⁶⁸⁵⁾

2.6.3 Lesbierinnen, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle (LGBT)

Auf die Annahme des föderalen Anti-LGBT „Propaganda“-Gesetzes im Juni 2013 folgte eine Zunahme der Gewalt gegen LGBT. ⁽⁶⁸⁶⁾ Nach Aussage von HRW sind die russischen Behörden ihrer Pflicht zur Verhinderung und Verfolgung homophober Gewalt nicht nachgekommen. Human Rights Watch berichtet, das Gesetz habe die Diskriminierung von LGBT eigentlich legalisiert. ⁽⁶⁸⁷⁾

Nach Angaben von SOVA ging die Zahl der Zwischenfälle auf neun verletzte Opfer im Jahr 2014 zurück und blieb 2015 unverändert. ⁽⁶⁸⁸⁾ Das russische LGBT-Netzwerk sprach hingegen von 52 Übergriffen auf LGBT im Jahr 2015. ⁽⁶⁸⁹⁾ Wie bei der ethnisch motivierten Gewalt schreibt SOVA den Rückgang der Gewalt gegen LGBT einer Kombination von Faktoren zu, nämlich der geringeren Zahl von LGBT-Aktionen in der Öffentlichkeit und der allgemeinen Schwächung rechter Gruppierungen aufgrund der aggressiveren Vorgehensweise der Regierung. ⁽⁶⁹⁰⁾

Schon vor dem Gesetz von 2013 waren Gewalt und Schikanen gegen sexuelle Minderheiten ein Problem in der Russischen Föderation. Ein Artikel im „Health and Human Rights Journal“ zitiert eine Studie aus dem Jahr 2012, der zufolge mehr als die Hälfte der in Russland lebenden LGBT psychologischen Missbrauch erlebt hat, 16 % tätliche Angriffe erlitten haben und 7 % Opfer von Vergewaltigung geworden sind. Mehrere von ihnen sagten aus, sie seien von der Polizei missbraucht worden. ⁽⁶⁹¹⁾ Das russische LGBT-Netzwerk verzeichnete im Jahr 2015 21 Fälle von diskriminierender Einstellung oder diskriminierendem Verhalten der Polizei gegenüber LGBT. ⁽⁶⁹²⁾

⁽⁶⁸¹⁾ SOVA, Landinfo's interview with representative, Moscow, 12 November 2014; NGO that monitors situation of journalists, Landinfo's interview with representatives, Moscow, 12 November 2014.

⁽⁶⁸²⁾ SOVA, Landinfo's interview with representative, Moscow, 12 November 2014; NGO that monitors situation of journalists, Landinfo's interview with representatives, Moscow, 12 November 2014.

⁽⁶⁸³⁾ Agora, Landinfo's interview with chairman, Oslo, 6 October 2015.

⁽⁶⁸⁴⁾ Agora, Landinfo's interview with chairman, Oslo, 6 October 2015.

⁽⁶⁸⁵⁾ Agora, Landinfo's interview with chairman, Oslo, 6 October 2015.

⁽⁶⁸⁶⁾ HRW, License to Harm. Violence and Harassment against LGBT People and Activists in Russia, 15 December 2014, p. 1; SOVA, The Ultra-Right Shrugged: Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract Them in 2013, 31 March 2014.

⁽⁶⁸⁷⁾ HRW, License to Harm. Violence and Harassment against LGBT People and Activists in Russia, 15 December 2014, p. 2; see also Kucheryavenko, O., Guskov, K. and Walker, M, Cost of indulgence: Rise in violence and suicides among LGBT youth in Russia, 18 December 2013.

⁽⁶⁸⁸⁾ SOVA; The Ultra-Right Movement under Pressure: Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract Them in 2015, 8 April 2016; SOVA, Calm Before the Storm? Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract Them in 2014, 21 April 2015.

⁽⁶⁸⁹⁾ Russian LGBT Network: Monitoring of Discrimination and Violence Based on SOGI in Russia in 2015: General Information, 2016, p. 2.

⁽⁶⁹⁰⁾ SOVA, Calm Before the Storm? Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract Them in 2014, 21 April 2015.

⁽⁶⁹¹⁾ Kucheryavenko, O., Guskov, K. and Walker, M, Cost of indulgence: Rise in violence and suicides among LGBT youth in Russia, 18 December 2013.

⁽⁶⁹²⁾ Russian LGBT Network: Monitoring of Discrimination and Violence Based on SOGI in Russia in 2015: General Information, 2016, pp. 2-4.

Dunkelziffer bei Angriffen auf LGBT

Das US DoS berichtete, „die Polizei sei häufig nicht sehr hilfsbereit, und Opfer würden mitunter aus diesem Grund und aus Angst vor Vergeltung keine Anzeige erstatten“. ⁽⁶⁹³⁾ Nach Auffassung von HRW zeigen Opfer von Straftaten gegen LGBT die Taten nicht bei der Polizei an, weil es ihnen an Vertrauen in die Polizei mangelt und weil sie befürchten, von der Polizei gedemütigt zu werden, oder wissen, dass die Polizei keine korrekten Ermittlungen anstellen wird. ⁽⁶⁹⁴⁾ In der bereits erwähnten Erhebung aus dem Jahr 2012 gaben 77 % der Befragten LGBT an, überhaupt kein Vertrauen in die Polizei zu haben. ⁽⁶⁹⁵⁾

Ermittlungen und Strafverfolgung bei Straftaten gegen LGBT

Russische Strafverfolgungsbehörden stufen laut HRW Gewalt gegen LGBT nur zögerlich als Hassverbrechen ein, auch wenn ausreichend rechtliche Gründe hierfür vorliegen. Der gleiche Bericht spricht, wenn auch mit Ausnahmen, von einer verbreiteten abfälligen Haltung von Polizisten im Zusammenhang mit Anzeigen von Verbrechen gegen LGBT. ⁽⁶⁹⁶⁾ FIDH und ADC Memorial berichteten ferner 2012, die Polizei auf regionaler und föderaler Ebene ermittle nicht bei mutmaßlichen Straftaten gegen LGBT oder bestreite einfach das Vorliegen eines Gesetzesverstoßes. ⁽⁶⁹⁷⁾ Dem russischen LGBT-Netzwerk sind auch Fälle bekannt, in denen sich die Polizei weigerte, Anzeigen von LGBT entgegenzunehmen. ⁽⁶⁹⁸⁾

Mehrere Quellen berichten, dass es für Opfer ziemlich schwierig ist, solche Fälle vor Gericht zu bringen. Das führt dazu, dass homophobe Straftaten weitgehend straffrei bleiben. ⁽⁶⁹⁹⁾ Es sind allerdings einige wenige Fälle bekannt, in denen nach Angriffen auf LGBT Ermittlungen und Strafverfolgung stattfanden. ⁽⁷⁰⁰⁾ HRW erwähnte im April 2016 die Verhaftung des mutmaßlichen Mörders eines schwulen Theaterkritikers in St. Petersburg. ⁽⁷⁰¹⁾

Nach Aussage der finnischen Einwanderungsbehörde, die sich auf HRW bezieht, war der Schutz der Behörden für LGBT willkürlich und häufig unzureichend. Oft wird gegen Gewalt gegen LGBT gar nichts unternommen oder wird in solchen Fällen nur halbherzig ermittelt. ⁽⁷⁰²⁾ Wird Schutz gewährt, dann häufig, weil die Straftat in Zusammenhang mit einer berühmten Veranstaltung erfolgte, weil eine prominente Persönlichkeit beteiligt war oder die Öffentlichkeit Druck ausübte. ⁽⁷⁰³⁾

Gerichtsverfahren

HRW merkt an, dass russische Strafverfolgungsbehörden und Gerichtsurteile in der Regel nicht auf das Motiv des Überfalls auf LGBT eingehen, nämlich Hass auf LGBT (Hassverbrechen). Die Fälle werden daher wie normale Verbrechen behandelt, also wie Rowdytum, Überfall oder Körperverletzung. ⁽⁷⁰⁴⁾

Nach Aussage von HRW betrachtet das russische Strafrecht Hass oder Vorurteile gegen LGBT in Strafsachen nicht als erschwerende Umstände. Nach dem Strafrecht könnten sexuelle Minderheiten als eine gesellschaftliche Gruppe definiert werden, doch tun dies Gerichte bei LGBT nicht, selbst wenn der Staatsanwalt wegen Extremismus angeklagt hat. Die Gerichte verlassen sich in der Frage, ob LGBT eine gesellschaftliche Gruppe sind, auf Sachverständige. Die Aussagen der Sachverständigen fallen unterschiedlich und im Allgemeinen nicht zu Gunsten sexueller und Gender-Minderheiten aus. ⁽⁷⁰⁵⁾

⁽⁶⁹³⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁶⁹⁴⁾ HRW, License to Harm. Violence and Harassment against LGBT People and Activists in Russia, 15 December 2014, p. 4.

⁽⁶⁹⁵⁾ Kucheryavenko, O., Guskov, K. and Walker, M, Cost of indulgence: Rise in violence and suicides among LGBT youth in Russia, 18 December 2013.

⁽⁶⁹⁶⁾ HRW, License to Harm. Violence and Harassment against LGBT People and Activists in Russia, 15 December 2014, p. 3.

⁽⁶⁹⁷⁾ FIDH and ADC Memorial, Roma, Migrants, Activists: Victims of Police Abuse, 2012, p. 43.

⁽⁶⁹⁸⁾ Russian LGBT Network: Monitoring of Discrimination and Violence Based on SOGI in Russia in 2015: General Information, 2016, p. 2.

⁽⁶⁹⁹⁾ HRW, License to Harm. Violence and Harassment against LGBT People and Activists in Russia, 15 December 2014, p. 59; Russian LGBT Network: Monitoring of Discrimination and Violence Based on SOGI in Russia in 2015: General Information, 2016, p. 31; FIDH and ADC Memorial, Roma, Migrants, Activists: Victims of Police Abuse, 2012, p. 43.

⁽⁷⁰⁰⁾ Reuters, Gay man killed in Russia's second suspected hate crime in weeks, 3 June 2013; RFE/RL, Three jailed in Russia for killing man they believed was gay, 3 February 2014.

⁽⁷⁰¹⁾ HRW, Dispatches: Presumed Gay and Paying for it with Your Life in Russia, 13 April 2016.

⁽⁷⁰²⁾ Finnish Immigration Service, Current situation of sexual and gender minorities in Russia, 10 April 2015, pp. 17, 18, 21-22.

⁽⁷⁰³⁾ Finnish Immigration Service, Current situation of sexual and gender minorities in Russia, 10 April 2015, pp. 17, 18, 21-22.

⁽⁷⁰⁴⁾ HRW, License to harm. Violence and harassment against LGBT people and activists in Russia, 15 December 2014, p. 3.

⁽⁷⁰⁵⁾ HRW, License to harm. Violence and harassment against LGBT people and activists in Russia, 15 December 2014, pp. 64-65.

Die finnische Einwanderungsbehörde weist darauf hin, dass bei Tätern, die angeklagt, vor Gericht gebracht und verurteilt werden, die Urteile oft mild ausfallen. ⁽⁷⁰⁶⁾

Darüber hinaus setzt das Justizsystem das Schwulenpropagandagesetz gegen LGBT-Aktivist*innen ein, wodurch das Vertrauen dieser Minderheit in die Fairness des Systems noch weiter untergraben wird. Im Januar 2016 war Alekseenko der fünfte Aktivist dieser Art, der wegen Unterstützung der LGBT-Jugend verurteilt wurde. Nach Angaben von HRW hatte die Polizei keinen der mutmaßlichen 28 Kläger gegen den Angeklagten in diesem Prozess befragt. ⁽⁷⁰⁷⁾

2.6.4 Frauen (häusliche Gewalt)

Im Juli 2016 wurde Gewalttätigkeit gegen Ausländer im Wege einer präsidentiellen Änderung zur Änderung von Artikel 116 des Strafgesetzbuches der RF zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft. ⁽⁷⁰⁸⁾ Gewalttätigkeit gegen Nahestehende ⁽⁷⁰⁹⁾ (oder durch Rowdytum, Hass oder Feindschaft motivierte Gewalttätigkeit) wurde hingegen zu einer Sache privat-öffentlicher Verfolgung und weniger privater Verfolgung. ⁽⁷¹⁰⁾

Den Worten von Mari Davtyan zufolge, einer russischen Anwältin und Mitglied einer Arbeitsgruppe, die ein Föderationsgesetz zur Prävention häuslicher Gewalt abfasst, bedeutete diese Änderung in der Praxis, dass „Opfer nur Anzeige erstatten müssen (das ist vorgeschrieben), dass dann aber die Polizei wegen der Straftat ermittelt und dass später vor Gericht die Anklagepunkte vom Staatsanwalt unterstützt werden, dass also ein Standardstrafverfahren das Ergebnis sein wird“. ⁽⁷¹¹⁾ Außerdem, so die Anwältin, sehe das neue Gesetz über Körperverletzung auch nicht die „Zahlung einer Geldbuße als Strafe“ vor, was bedeutet, dass der Aggressor nach einer Verurteilung die Geldbuße nicht aus dem Budget der Familie bezahlen kann. ⁽⁷¹²⁾

Am 7. Februar 2017 unterzeichnete nach einem Vorschlag der ultrakonservativen Senatorin im Föderationsrat, Yelena Mizulina, Gewalttätigkeit innerhalb von Familien nicht mehr als Straftatbestand, sondern als Ordnungswidrigkeit zu ahnden ⁽⁷¹³⁾, Präsident Putin ein neues Gesetz, dem zufolge Gewalttaten innerhalb der Familie, die nicht zu ernsthaften Verletzungen führen oder nur einmal pro Jahr angezeigt werden, nicht mehr unter häusliche Gewalt fallen. ⁽⁷¹⁴⁾ Nur wenn Gefahr für die Gesundheit des Opfers besteht oder die Tat wiederholt begangen wird, muss der Täter mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen. ⁽⁷¹⁵⁾

In Jekaterinburg, der viertgrößten Stadt in der RF, haben sich die Anzeigen von häuslicher Gewalt seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes mit täglich 350 Fällen gemeldeter häuslicher Gewalt im Gegensatz zu 150 Fällen zuvor mehr als verdoppelt. Nach den Worten des Bürgermeisters der Stadt „macht die Änderung häusliche Gewalt scheinbar akzeptabel“. ⁽⁷¹⁶⁾

Svetlana Aivazova, Doktor der Politischen Wissenschaft und Mitglied des Rates für Zivilgesellschaft und Menschenrechte, führte an, dass Daten des Innenministeriums zufolge 40 % aller Gewaltverbrechen innerhalb der Familie begangen werden. Nach Angaben von Aivazova wurden im Jahr 2013 mehr als 9 000 Frauen umgebracht und mehr als 11 000 schwer verletzt und wurden 2014 mehr als 25 % der im Land verzeichneten Morde innerhalb der Familie begangen. ⁽⁷¹⁷⁾

⁽⁷⁰⁶⁾ Finnish Immigration Service, Current situation of sexual and gender minorities in Russia, 10 April 2015, pp. 15, 21-22.

⁽⁷⁰⁷⁾ HRW, Russia: Court Rules Against LGBT Activist, 3 February 2016.

⁽⁷⁰⁸⁾ Pravo.gov.ru, Föderationsgesetz vom 3. Juli 2016 Nr. 326-FZ, „Über Änderungen bestimmter Gesetze der Russischen Föderation in Verbindung mit der Annahme des Föderationsgesetzes „Über Änderungen am Strafgesetzbuch der Russischen Föderation und der Strafprozessordnung der Russischen Föderation für Verbesserungen der Grundlagen und des Verfahrens bei der Ausnahme von strafrechtlicher Verantwortlichkeit“, 4. Juli 2016.

⁽⁷⁰⁹⁾ Nach Auskunft der Quelle bezeichnet der Begriff „Nahestehende“ enge Verwandte (Ehegatten, Eltern, Kinder, Adoptiveltern, Adoptivkinder, Geschwister, Großeltern, Enkelkinder), Pflegeeltern und Vormünder sowie durch Heirat der Person verbundene Personen, die die in diesem Artikel geschilderte Tat begangen hat, oder Personen, die im gleichen Haushalt wie diese Person leben.

⁽⁷¹⁰⁾ Russian Reader (The), Decriminalizing Battery in Russia: What Does It Mean for the Fight against Domestic Violence?, update 5 July 2016.

⁽⁷¹¹⁾ Russian Reader (The), Decriminalizing Battery in Russia: What Does It Mean for the Fight against Domestic Violence?, update 5 July 2016.

⁽⁷¹²⁾ Russian Reader (The), Decriminalizing Battery in Russia: What Does It Mean for the Fight against Domestic Violence?, update 5 July 2016.

⁽⁷¹³⁾ Moscow Times (The), „If He Beats You, It Means He Loves You“, 15 August 2016.

⁽⁷¹⁴⁾ HRW, A Slap is Only the Start, 14 February 2017.

⁽⁷¹⁵⁾ RFE/RL, Putin Signs Law Decriminalizing Some Domestic Violence, 7 February 2017.

⁽⁷¹⁶⁾ Independent, Domestic violence reports soar in Russian city following partial decriminalization, 11 February 2017.

⁽⁷¹⁷⁾ NYT, Russia Moves to Soften Domestic Violence Law, 25 January 2017.

In einer Erklärung der EU zu häuslicher Gewalt in der Russischen Föderation im Ständigen Rat der OSZE am 2. Februar 2017 wurde das geplante neue Gesetz als „ein Schritt rückwärts“ bezeichnet, „der das falsche Signal bezüglich des Engagements der russischen Behörden bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder aussenden würde“. ⁽⁷¹⁸⁾

Auch der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, gab seiner tief empfundenen Sorge Ausdruck, das Gesetz werde häusliche Gewalt in Russland entkriminalisieren. Jagland sagte, dass „die Herabstufung von „Gewalttätigkeit innerhalb der Familie“ von einer Straftat auf eine Ordnungswidrigkeit mit geringeren Strafen für die Täter ein eindeutiges Anzeichen für einen Rückschritt innerhalb der Russischen Föderation wären und den weltweiten Bemühungen zur Ausrottung häuslicher Gewalt einen schweren Schlag versetzen würde“. ⁽⁷¹⁹⁾

Russland ist einer von vier von insgesamt 47 Mitgliedstaaten des Europarates, die das Istanbul Übereinkommen (zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) weder unterzeichnet noch ratifiziert haben. ⁽⁷²⁰⁾

Reaktion der Polizei auf Anzeigen ehelicher Vergewaltigung und häuslicher Gewalt

Im April 2015 äußerte der UN-Menschenrechtsausschuss Besorgnis ob der Tatsache, dass seit 2010 die Zahl der Anzeigen häuslicher Gewalt um 20 % gestiegen war. Nach Ansicht des Ausschusses ist die Reaktion der Behörden unwirksam, da die Strafverfolgungsbehörden derartige Anzeigen nicht ordnungsgemäß registrieren und ihnen auch nicht nachgehen. ⁽⁷²¹⁾

Das US-Außenministerium berichtete, dass zwar das russische Strafgesetzbuch Vergewaltigung unabhängig davon bestraft, ob der Täter ein Verwandter oder der Ehemann des Opfers ist, Polizei und Ermittler jedoch nur zögerlich Vergewaltigung durch den Ehegatten oder einen Bekannten verfolgen und möglicherweise auch nicht auf einen Notruf reagieren, es sei denn, es besteht anscheinend Gefahr für das Leben des weiblichen Opfers. ⁽⁷²²⁾

Nach Angaben der NRO Stop Violence against Women erhalten russische Polizisten keine Ausbildung im Umgang mit Fällen häuslicher Gewalt. ⁽⁷²³⁾ Nur mit Widerstreben reagieren sie auf Gewalttaten im häuslichen Bereich und registrieren diese. Stattdessen neigen die Polizisten dazu, häusliche Gewalt als Privatangelegenheit oder persönliches Problem der betroffenen Frau abzutun. Die Arbeit der Polizei in Fällen, in denen es um häusliche Gewalt geht, wird ferner durch den Mangel an rechtlichen Optionen für die Polizei behindert, einen der Tat Verdächtigen zu entfernen oder festzunehmen, es sei denn, der Polizist war persönlich Zeuge der Gewalt. In Fällen, in denen offiziell Anklage erhoben wird, kann das Opfer häuslicher Gewalt Anspruch auf staatlichen Schutz haben. ⁽⁷²⁴⁾

Das russische Gesetz über staatlichen Schutz sieht Maßnahmen wie physischen Schutz, Nichtweitergabe oder Einschränkungen der Weitergabe von Informationen über Identität und Aufenthaltsort oder Anhörungen sowie Umsiedlung innerhalb des Landes oder ins Ausland vor. ⁽⁷²⁵⁾ Allerdings ist es nach Auskunft von Stop Violence Against Women so, dass in den wenigen Fällen, in denen Anklage erhoben wird, das Opfer bereits schweren körperlichen Schaden erlitten hat oder sogar tot ist, womit die theoretische Möglichkeit, Anspruch auf staatlichen Schutz zu haben, praktisch nutzlos ist. Es ist unklar, ob das Gesetz über staatlichen Schutz auch auf Fälle häuslicher Gewalt in Russland Anwendung gefunden hat. ⁽⁷²⁶⁾

⁽⁷¹⁸⁾ Europäische Union, Erklärung der EU zu häuslicher Gewalt in der Russischen Föderation, 2. Februar 2017.

⁽⁷¹⁹⁾ CoE, Russia: decriminalising domestic violence would be a clear sign of regression, says Secretary General Jagland, 16 January 2017.

⁽⁷²⁰⁾ Das Istanbul Übereinkommen kriminalisiert alle Akte körperlicher, sexueller oder seelischer Gewalt innerhalb der Familie und zwischen ehemaligen oder derzeitigen Ehegatten und Partnern. CoE, Russia: decriminalising domestic violence would be a clear sign of regression, says Secretary General Jagland, 16 January 2017.

⁽⁷²¹⁾ UN Human Rights Committee, Concluding observations on the seventh periodic report of the Russian Federation, 28 Apr 2015, p. 5.

⁽⁷²²⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁷²³⁾ Stop Violence Against Women, Violence Against Women in the Russian Federation, zuletzt aktualisiert im Oktober 2014.

⁽⁷²⁴⁾ Stop Violence Against Women, Violence Against Women in the Russian Federation, zuletzt aktualisiert im Oktober 2014.

⁽⁷²⁵⁾ Pravo.gov.ru, Föderationsgesetz Nr. 119-FZ „Über staatlichen Schutz für Opfer, Zeugen und andere Parteien in Strafverfahren“, 20. August 2004, UN Women – Global Database on Violence against Women, Föderationsgesetz Nr. 119-FZ „Über staatlichen Schutz für Opfer, Zeugen und andere Parteien in Strafverfahren“, nicht datiert.

⁽⁷²⁶⁾ Stop Violence Against Women, Violence Against Women in the Russian Federation, zuletzt aktualisiert im Oktober 2014.

Der UN-Menschenrechtsausschuss unterstrich das Fehlen von Anlaufstellen für Frauen, die vor Missbrauch fliehen. ⁽⁷²⁷⁾ Wie das US-Außenministerium unter Berufung auf das ANNA Center berichtet, unterhielt die Regierung 23 über das Land verteilte Frauenhäuser. ⁽⁷²⁸⁾

Die NRO ADC Memorial berichtete 2015, dass Ermittlungen gegen Täter, die Gewalt gegen Migrantenfrauen angewandt haben, und ihre Strafverfolgung entweder gar nicht stattfinden oder erst viele Jahre nach den Zwischenfällen eingeleitet werden. ⁽⁷²⁹⁾

Haltung von Richtern in Fällen häuslicher Gewalt

In einem Bericht des Immigration and Refugee Board Canada (IRB) merkte ein über umfangreiche Erfahrungen in der Erforschung von Gewalt gegen Frauen in Russland verfügender Associate Professor an der New York University an, dass Gerichte nicht wirklich wirksam gegen häusliche Gewalt vorgehen. Quellen zufolge werden die meisten Fälle häuslicher Gewalt aus technischen Gründen oder weil sich die beiden Parteien versöhnt haben, abgelehnt. Häufig werden Fälle an einen Friedensrichter zur Schlichtung verwiesen, dessen Hauptanliegen darin besteht, die Familie zusammenzuhalten. ⁽⁷³⁰⁾ In demselben IRB-Bericht merkte auch die russische NRO ANNA Center, die sich im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen engagiert, an, die Justiz hege mitunter Vorurteile gegen Opfer häuslicher Gewalt. ⁽⁷³¹⁾

Nach Aussage der NRO „Centre for Women’s Support“ in einem Bericht des US-Außenministeriums wird eine Mehrheit von Fällen, die als häusliche Gewalt eingestuft werden könnten, aus technischen Gründen abgelehnt oder vom normalen Rechtssystem in ein Schlichtungsverfahren überführt. Nach Auffassung des US-Außenministeriums liegt das Hauptaugenmerk in solchen Fällen eher darauf, die Familie zu erhalten, und weniger auf einer Bestrafung des Täters. ⁽⁷³²⁾

2012 äußerte sich der UN-Ausschuss gegen Folter besorgt wegen der geringen Zahl strafrechtlicher Verfolgungen von häuslicher Gewalt in Russland. ⁽⁷³³⁾ Frauenrechtlerinnen schätzen, dass es nur in 3 % der Fälle häuslicher Gewalt zu einem Gerichtsurteil kommt. ⁽⁷³⁴⁾

Angst vor der Anzeige von Zwischenfällen

Folglich, so das US-Außenministerium, zeigen viele Frauen Vergewaltigung oder häusliche Gewalt gar nicht erst an, da sie von der Regierung keinerlei Unterstützung erwarten und eine gesellschaftliche Stigmatisierung vermeiden möchten. ⁽⁷³⁵⁾ Die NRO ADC Memorial berichtete 2015, dass Roma- und Migrantenfrauen auch weiterhin keinen Schutz durch die Polizei genießen, weil diese sich diesen Gruppen gegenüber diskriminierend verhält. ⁽⁷³⁶⁾ Es ist daher höchst unwahrscheinlich, dass sich Roma- und Migrantenfrauen an die Polizei wenden und um Schutz bitten, da sie weiteren Missbrauch oder Bestrafung für tatsächliche oder vorgebliche Verstöße gegen Registrierungsvorschriften befürchten. ⁽⁷³⁷⁾

⁽⁷²⁷⁾ UN Human Rights Committee, Concluding observations on the seventh periodic report of the Russian Federation, 28 Apr 2015, p. 5.

⁽⁷²⁸⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁷²⁹⁾ ADC Memorial, The RF’s Implementation of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, 2015, pp. 6-7.

⁽⁷³⁰⁾ IRB, Russia: Domestic violence; recourse and protection available to victims of domestic violence; support services and availability of shelters (2010-2013), 15 November 2013.

⁽⁷³¹⁾ IRB, Russia: Domestic violence; recourse and protection available to victims of domestic violence; support services and availability of shelters (2010-2013), 15 November 2013.

⁽⁷³²⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁷³³⁾ CAT, Concluding observations on the fifth periodic report of the Russian Federation, 11 December 2012, p. 7.

⁽⁷³⁴⁾ Reuters Human Rights Brief, Victims of domestic violence face uphill battle for protection in Russia, 20 August 2013.

⁽⁷³⁵⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁷³⁶⁾ ADC Memorial, The RF’s Implementation of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, 2015, p. 6.

⁽⁷³⁷⁾ ADC Memorial, The RF’s Implementation of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, 2015, pp. 6-7.

3. Tschetschenische Republik

3.1 Hintergrund und Einführung

Tschetschenien ist eine der föderalen Republiken der Russischen Föderation. ⁽⁷³⁸⁾ Ihr Oberhaupt, Ramsan Kadyrow, genießt mehr Autonomie als andere regionale Führer ⁽⁷³⁹⁾, und dies aufgrund der besonderen Beziehung zwischen Grosny und Moskau. ⁽⁷⁴⁰⁾ Die beiden Tschetschenien-Kriege – 1994-1996 und 1999-2009 – kosteten Zehntausende das Leben, führten zur Vertreibung von mehreren hunderttausend Zivilisten und hinterließen zerstörte Städte und eine ruinierte Wirtschaft. ⁽⁷⁴¹⁾ Es wird geschätzt, dass zwischen 1999 und 2003 zwischen 3 000 und 5 000 Menschen „verschwanden“. ⁽⁷⁴²⁾

In diesem Abschnitt werden die grundlegenden staatlichen Strukturen der Tschetschenischen Republik und die sich aus ihrem Sonderstatus ergebenden Besonderheiten dargestellt.

3.1.1 Geografie, Bevölkerung, Wirtschaft

Die Tschetschenische Republik ist eine der sieben Republiken im Föderationskreis Nordkaukasus der RF. ⁽⁷⁴³⁾ Sie grenzt im Norden an Russland und an die RF-Republiken Dagestan im Osten und Inguschetien im Westen. Im Südwesten teilt es eine Grenze mit Georgien. ⁽⁷⁴⁴⁾

Die Einwohnerzahl Tschetscheniens liegt nach der Volkszählung von 2010 bei rund 1,2 Millionen und dürfte 2016 fast 1,4 Millionen erreicht haben. ⁽⁷⁴⁵⁾ Die Bevölkerung besteht im Wesentlichen aus ethnischen Tschetschenen (mehr als 95 %), mit mehr als 40 ethnischen Minderheiten, darunter Russen und Inguschen. Sowohl Tschetschenen als auch Inguschen sind überwiegend Muslime. ⁽⁷⁴⁶⁾

Hauptstadt der Tschetschenischen Republik ist Grosny mit ungefähr 290 000 Einwohnern. Weitere wichtige Städte sind Gudermes, Argun, Shali und Urus-Martan. ⁽⁷⁴⁷⁾

Die Wirtschaft des Landes ist stark von der Öl-, Erdgas und Mineralölindustrie abhängig, auch wenn in gewissem Umfang Landwirtschaft betrieben wird und örtlich auch Verbrauchererzeugnisse hergestellt werden. ⁽⁷⁴⁸⁾ Zwischen 2002 und 2012 stammten die Mittel im tschetschenischen Staatshaushalt weitgehend aus einem speziellen Wiederaufbauprogramm der Föderation. Ungeachtet der Proteste der tschetschenischen Regierung beendete jedoch die Regierung der Föderation dieses Programm im Jahr 2012. ⁽⁷⁴⁹⁾ Nunmehr muss sich Tschetschenien auf die normalen Entwicklungsgelder der Föderation für den Nordkaukasus stützen. ⁽⁷⁵⁰⁾ Die International Crisis Group (ICG) vermeldet, dass trotz dieser Änderung noch immer mindestens 85 % des tschetschenischen Haushalts aus Mitteln der Regierung der Föderation stammen. ⁽⁷⁵¹⁾

⁽⁷³⁸⁾ Encyclopædia Britannica, Chechnya, last updated 8 January 2012; CNN, Chechnya Fast Facts, 17 August 2016.

⁽⁷³⁹⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. i.

⁽⁷⁴⁰⁾ Carnegie Moscow Center, Chechnya's New Contract With the Kremlin, 27 October 2016; NZZ, Kadyrows unheimlicher Schatten, 4 April 2015.

⁽⁷⁴¹⁾ ICG, The North Caucasus: The Challenges of Integration (I), Ethnicity and Conflict, 19 October 2012, pp. 9-10.

⁽⁷⁴²⁾ ICG, The North Caucasus: The Challenges of Integration (I), Ethnicity and Conflict, 19 October 2012, pp. 10-13.

⁽⁷⁴³⁾ Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Russlands inneres Ausland. Der Nordkaukasus als Notstandszone am Rande Europas, Oktober 2010, S. 7-8; Außenministerium der RF, Tschetschenische Republik, 15. November 2016.

⁽⁷⁴⁴⁾ Encyclopædia Britannica, Chechnya, zuletzt aktualisiert am 8. Januar 2012; siehe ferner die offizielle Website des Oberhauptes und der Regierung der Tschetschenischen Republik unter <http://chechnya.gov.ru/> (nur in russischer Sprache).

⁽⁷⁴⁵⁾ Ministry of Foreign Affairs of the RF, Chechen Republic, 15 November 2016; Encyclopædia Britannica, Chechnya, last updated 8 January 2012; CNN, Chechnya Fast Facts, 17 August 2016; BBC News, Chechnya profile, 18 August 2015.

⁽⁷⁴⁶⁾ Ministry of Foreign Affairs of RF, Chechen Republic, 15 November 2016; Encyclopædia Britannica, Chechnya, last updated 8 January 2012; CNN, Chechnya Fast Facts, 17 August 2016; BBC News, Chechnya profile, 18 August 2015.

⁽⁷⁴⁷⁾ Ministry of Foreign Affairs of the RF, Chechen Republic, 15 November 2016.

⁽⁷⁴⁸⁾ Encyclopædia Britannica, Chechnya, last updated 8 January 2012; DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 139; ICG, North Caucasus: The Challenges of Integration (IV): Economic and Social Imperatives, 7 July 2015, pp. 15-16.

⁽⁷⁴⁹⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 22.

⁽⁷⁵⁰⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 22.

⁽⁷⁵¹⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 22.

3.1.2 Politisches System der Tschetschenischen Republik

Die Tschetschenische Republik hat ihre eigene Verfassung, ihre eigene Flagge und ihr eigenes Wappen. Amtssprachen sind Russisch und Tschetschenisch. ⁽⁷⁵²⁾ Die Verfassung der Tschetschenischen Republik wurde per Referendum im Jahr 2003 angenommen und erklärt Tschetschenien zum Bestandteil der Russischen Föderation. ⁽⁷⁵³⁾

An der Spitze der Tschetschenischen Republik steht ein „Oberhaupt“. 2007 ernannte Putin Ramsan Kadyrow nach dem Tod dessen Vaters, Achmat Kadyrow, zum Oberhaupt der Republik. Kadyrow stellte sich 2016 zum ersten Mal zur Wahl und wurde am 18. September 2016 gewählt. ⁽⁷⁵⁴⁾ Mitglieder des Clans von Kadyrow und seine loyalen Anhänger aus den Tschetschenien-Kriegen haben wichtige Stellungen inne. ⁽⁷⁵⁵⁾

Kadyrows Macht stützt sich hauptsächlich auf die so genannten Kadrowzy, „eine ihm persönlich treu ergebene Truppe, die aus Milizen der Familie Kadyrow aus Kriegszeiten und anderen ehemaligen Rebellen besteht“. ⁽⁷⁵⁶⁾

Die Beziehung zwischen Präsident Wladimir Putin und dem Tschetschenen-Oberhaupt Ramsan Kadyrow wird von der International Crisis Group (ICG) als ein Bündnis gegenseitiger Abhängigkeit beschrieben. ⁽⁷⁵⁷⁾ Sie nahm ihren Anfang, als Putin Kadyrow weitgehende Autonomie als Gegenleistung für die Niederschlagung des Aufstands in Tschetschenien gewährte. ⁽⁷⁵⁸⁾ Das Ergebnis ist eine Situation, in der in Tschetschenien das Diktat von Ramsan Kadyrow gilt und nicht das Recht der Russischen Föderation. Im Gegenzug, so das ICG, kann sich Putin auf die Unterstützung Kadyrows und, da dieser die tschetschenische Gesellschaft fest im Griff hat, auf die Unterstützung der Menschen verlassen. ⁽⁷⁵⁹⁾

Gesetzgebendes Organ in Tschetschenien ist das Parlament. Es besteht aus einer Kammer mit 41 Abgeordneten. Einiges Russland, die vom russischen Ministerpräsidenten Medwedjew geführte Partei, die Putin unterstützt, gewann bei den Wahlen vom 18. September 2016 37 Sitze. Im Oktober 2016 wurde Magomed Daudow zum Präsidenten des tschetschenischen Parlaments gewählt. ⁽⁷⁶⁰⁾

3.1.3 Justiz und Rechtssystem

Im Einklang mit dem Grundsatz des Föderalismus ist das tschetschenische Parlament befugt, Gesetze in dem Zuständigkeitsbereich eines Föderationssubjekts zu erlassen. Gemäß Artikel 6 der tschetschenischen Verfassung hat das Recht der Föderation Vorrang vor dem tschetschenischen Recht in Bereichen, die in die ausschließliche Zuständigkeit der Regierung der Föderation fallen, wie Justiz und Auswärtiges, und in Bereichen gemeinsamer Zuständigkeit, wie beispielsweise Minderheitenrechte und Familienrecht. In Angelegenheiten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der Republik fallen, hat das tschetschenische Recht Vorrang. ⁽⁷⁶¹⁾

Die Judikative der Tschetschenischen Republik besteht aus einem Obersten Gericht und 15 Bezirks- oder Stadtgerichten sowie Friedensrichtern, einem Militärgericht und einem Schiedsgericht. ⁽⁷⁶²⁾ Die formale Qualität der Arbeit der Justiz ist der von anderen Teilen der Russischen Föderation vergleichbar, so ein Anwalt gegenüber der ICG. ⁽⁷⁶³⁾ Allerdings wird laut ICG die Unabhängigkeit der tschetschenischen Justiz noch mehr als anderswo angegriffen, da Kadyrow und andere lokale Amtsträger Druck auf Richter ausüben, zu verurteilen bzw. freizusprechen. ⁽⁷⁶⁴⁾

⁽⁷⁵²⁾ Ministry of Foreign Affairs of the RF, Chechen Republic, 15 November 2016.

⁽⁷⁵³⁾ BBC News, Chechnya profile – Timeline, 11 August 2015; Chechen Parliament, Constitution of the Chechen Republic, 23 March 2003.

⁽⁷⁵⁴⁾ BBC News, Russian election: Big victory for Putin-backed party United Russia, 19 September 2016; RBTH, Kadyrov leading with 98% in Chechnya elections, 19 September 2016; Ministry of Foreign Affairs of the RF, Chechen Republic, 15 November 2016; RFE/RL, Putin Appoints Kadyrov As Chechnya's Acting Head, 25 March 2016.

⁽⁷⁵⁵⁾ Carnegie Moscow Center, Chechnya's New Contract With the Kremlin, 27 October 2016; Meduza, Running with Ramzan Meet the most influential people in Russia's Chechen Republic, 2 February 2016; Falkowski, M., Ramzanistan Russia's Chechen Problem, August 2015, p. 15; Caucasian Knot, 26-year-old Kadyrov's nephew appointed First Deputy Prime Minister of Chechnya, 15 March 2016.

⁽⁷⁵⁶⁾ The Telegraph, Ramzan Kadyrov: Putin's 'sniper' in Chechnya, 24 February 2016; ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 4.

⁽⁷⁵⁷⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, 30 June 2015, p. ii.

⁽⁷⁵⁸⁾ The Telegraph, Ramzan Kadyrov: Putin's 'sniper' in Chechnya, 24 February 2016; Al Jazeera, Chechnya's hard-line protector of Muslim rights, 1 October 2015.

⁽⁷⁵⁹⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. ii, p. 16.

⁽⁷⁶⁰⁾ Ministry of Foreign Affairs of the RF, Chechen Republic, 15 November 2016; Ria Novosti, Hero of Russia Magomed Daudov elected as Speaker of Chechen Parliament, 4 October 2016.

⁽⁷⁶¹⁾ Tschetschenisches Parlament, Verfassung der Tschetschenischen Republik, 23. März 2003, Artikel 6; Deutsch-Russische Außenhandelskammer, Staatsaufbau der Russischen Föderation, n.d.; EPRS, Russia's constitutional structure: Federal in form, unitary in function, October 2015, pp. 4-5.

⁽⁷⁶²⁾ Supreme Court of the Chechen Republic, Courts of the Chechen Republic, n.d.

⁽⁷⁶³⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 31.

⁽⁷⁶⁴⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. ii; SEM, Focus Russland; Korruption im Alltag, insbesondere in Tschetschenien, 15 July 2016, pp. 12-13.

In der Realität spielen *adat* (Gewohnheitsrecht) und die *Scharia* (islamisches Recht) bei der Streitbeilegung eine wichtige Rolle. ⁽⁷⁶⁵⁾ Maciej Falkowski vom Zentrum für östliche Studien kommt zu dem Schluss, dass „[o]bwohl in Tschetschenien russische Gerichte tätig sind und das Recht der Föderation formal in Tschetschenien gilt, wird die Republik de facto mit einer Mischung aus tschetschenischem Gewohnheitsrecht (*adat*), Scharia und Faustrecht regiert“. ⁽⁷⁶⁶⁾

3.2 Jüngste Entwicklungen

3.2.1 Wahlen 2016

Das tschetschenische Parlament löste sich im Juni 2016 auf, um die gleichzeitige Abhaltung der Regionalwahlen zum tschetschenischen Parlament und der Wahlen in der Föderation zur Staatsduma am 18. September 2016 zu ermöglichen. ⁽⁷⁶⁷⁾ Einiges Russland errang 87,66 % der Stimmen und behielt seine 37 Sitze im tschetschenischen Parlament. Die verbleibenden der insgesamt 41 Sitze eroberten Faires Russland/Ein gerechtes Russland und die Kommunistische Partei. ⁽⁷⁶⁸⁾ Einiges Russland gewann auch die Wahlen zur Staatsduma in der Tschetschenischen Republik. Mit 96,3 % der Stimmen erzielte es das bei weitem beste Ergebnis aller Republiken. ⁽⁷⁶⁹⁾ Ein für die Jamestown Foundation schreibender Beobachter merkte an, nur die dem tschetschenischen Oberhaupt Kadyrow nahestehenden Kandidaten hätten eine realistische Gewinnchance gehabt. Die Menschenrechtsaktivistin Svetlana Gannushkina, die in Tschetschenien bei den Wahlen zur Staatsduma kandidierte, erklärte, sie könne zwar in Tschetschenien keinen Wahlkampf machen, wollte ihre Kandidatur aber als öffentliche Botschaft an das Volk verstanden wissen. ⁽⁷⁷⁰⁾

3.2.2 Das derzeitige Regime in der Tschetschenischen Republik

Wie von HRW beschrieben, konnte Kadyrow aufgrund der ausgeprägten Interdependenz zwischen ihm und Putin Tschetschenien bisher als sein persönliches Lehen betreiben. ⁽⁷⁷¹⁾ Er beherrscht die offiziellen Medien und setzt aktiv soziale Medien ein ⁽⁷⁷²⁾, in denen er öffentlich erklärt, ihm „gehörten“ alle Tschetschenen“. ⁽⁷⁷³⁾ Beobachter berichten, dass er in den vergangenen zehn Jahren einen quasi islamischen Staat errichtet hat, der auf einer strengen Ausprägung des Sufi Islam, verzahnt mit tschetschenischem Nationalismus, beruht, und in dem öffentliches und privates Verhalten genau überwacht wird. ⁽⁷⁷⁴⁾ Nach Angaben von Memorial stellt sich Kadyrow selbst als „Hüter des Koran“ dar ⁽⁷⁷⁵⁾; er wird auch als ein *Padeshah* bezeichnet, also mit einem alten persischen Königstitel. ⁽⁷⁷⁶⁾ Wie die ICG anmerkt, hat die Tatsache, dass sich Kadyrow auf eine religiöse und traditionelle Quelle seiner Herrschaft beruft, zur Entstehung eines Personenkults um ihn geführt. ⁽⁷⁷⁷⁾

Unterstützt wird das Regime von einem engen Kreis aus Mitgliedern der erweiterten Kadyrow-Familie und loyalen Anhängern, von denen viele in den Tschetschenien-Kriegen in den paramilitärischen Truppen kämpften,

⁽⁷⁶⁵⁾ ICG, The North Caucasus: The Challenges of Integration (I), Ethnicity and Conflict, 19 October 2012, p. 5; Falkowski, M., Ramzanistan Russia's Chechen Problem, August 2015, p. 19; EASO, Chechnya: Women, Marriage, Divorce and Child Custody, September 2014, p. 9.

⁽⁷⁶⁶⁾ Falkowski, M., Ramzanistan Russia's Chechen Problem, August 2015, p. 19.

⁽⁷⁶⁷⁾ RFE/RL, Chechnya Schedules Preterm Parliamentary Elections, 20 June 2016; Jamestown Foundation, Non-Chechen Candidates from Moscow Plans to Run for Seats Representing the North Caucasus in Upcoming Parliamentary Elections, 22 July 2016; Meduza, The Chechen parliament just decided to dissolve itself, 16 June 2016.

⁽⁷⁶⁸⁾ Ministry of Foreign Affairs of the RF, Chechen Republic, 15 November 2016; Chechen Parliament, Results of the parliamentary elections are known, 21 September 2016; Ria Novosti, The Chechen parliament will consist of three parties: Gained seats: United Russia, Fair Russia, and the CPRF, 20 September 2016.

⁽⁷⁶⁹⁾ Ria Novosti, Elections to the Duma – 2016, 23 September 2016; Central Election Commission of the Russian Federation, Elections to the Seventh State Duma of the Russian Federation. Chechen Republic, 18 September 2016; HSS, Berichte aus dem Ausland – Politischer Bericht aus der Russischen Föderation – Nr. 17/2016, 6. Oktober 2016, p. 1.

⁽⁷⁷⁰⁾ Jamestown Foundation, Non-Chechen Candidates from Moscow Plans to Run for Seats Representing the North Caucasus in Upcoming Parliamentary Elections, 22 July 2016.

⁽⁷⁷¹⁾ HRW, „Like Walking a Minefield“; Vicious Crackdown on Critics in Russia's Chechen Republic, 30 August 2016, p. 12.

⁽⁷⁷²⁾ HRW, „Like Walking a Minefield“; Vicious Crackdown on Critics in Russia's Chechen Republic, 30 August 2016, p. 12.

⁽⁷⁷³⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 124.

⁽⁷⁷⁴⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. ii, p. 18; Falkowski, M., Ramzanistan Russia's Chechen Problem, August 2015, p. 14; WSJ, Chechnya: Russia's Islamic State?, 2 June 2016.

⁽⁷⁷⁵⁾ Memorial, Counter-terrorism in the North Caucasus: a human rights perspective. 2014 – first half of 2016, 2016, p. 23.

⁽⁷⁷⁶⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 11.

⁽⁷⁷⁷⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 11.

die als *Kadyrowzy* bekannt sind. ⁽⁷⁷⁸⁾ Nach Aussage eines Vertreters einer westlichen Botschaft, der im Zuge einer Erkundungsmission des Dänischen Einwanderungsdienstes befragt wurde, sind diese Einheiten noch aus dem Krieg an missbräuchliche Taktik gewöhnt. Daher „verhalten sie sich nicht so, wie es von korrekten Beamten von Strafverfolgungsbehörden erwartet wird“. ⁽⁷⁷⁹⁾

Menschenrechtsgruppen und Analysten gaben an, jeder Beschäftigte der tschetschenischen Staatsregierung und bestimmter vom Staat betriebener Einrichtungen sowie Geschäftsleute hätten einen monatlichen Beitrag an den Kadyrow-Fonds zu entrichten, eine von der Witwe von Achmad Kadyrow betriebene Wohltätigkeitsorganisation, die Schulen und Moscheen baut und armen Familien soziale Unterstützung gewährt. ⁽⁷⁸⁰⁾ Dieses inoffizielle Abgabensystem grenzt an Erpressung: Der Dänische Einwanderungsdienst weiß von einer Person zu berichten, die angeblich ihren Arbeitsplatz verloren hat, nachdem sie die Zahlung verweigert hatte. ⁽⁷⁸¹⁾

Nach Angaben der ICG akzeptiert Kadyrow keine Opposition und „gelten Dissidenten als Feinde“. ⁽⁷⁸²⁾ Diese Einstellung wird auch von hohen Regierungsbeamten vertreten. Die ICG zitiert den stellvertretenden tschetschenischen Innenminister, der 2013 erklärte, dass „Leute, die die Behörden auch nur anklaffen, ich schwöre dies bei Allah und dem Koran, so weit wie möglich ... Ich will dies vor der Kamera eigentlich gar nicht sagen, [aber] ich werde persönlich versuchen, diesem Mann so viel Ärger wie möglich zu bereiten“. ⁽⁷⁸³⁾

HRW berichtete, die tschetschenische Regierung habe eine Kampagne gestartet, um jeden Widerstand gegen Kadyrow zu ersticken, und zwar durch körperliche Angriffe, unrechtmäßige Inhaftierung, Verschwindenlassen von Personen und Schikanen. Diese Übergriffe nahmen Ende 2015 stark zu, nachdem die Bevölkerung seine Führung nach einem Fall der Ölpreise und wegen der schwächelnden Wirtschaft zunehmend kritisch beurteilte. ⁽⁷⁸⁴⁾ Nach Angaben von HRW sind Einwohner von Tschetschenien, die sich unzufrieden mit der tschetschenischen Führung und ihrer Politik zeigen oder ihr den Beifall verweigern, die Hauptopfer dieses Durchgreifens. ⁽⁷⁸⁵⁾

Anfang 2016 sprach sich Kadyrow Berichten zufolge auch klar gegen jegliche Opposition gegen Putin aus und bezeichnete ihre Angehörigen als „Feinde der Nation“ und „Lakaien des Westens“. ⁽⁷⁸⁶⁾

Wie Memorial berichtet, beschränkt sich Kadyrows brachiale Vorgehensweise nicht auf die parteipolitische Sphäre. Über die Medien erteilt Kadyrow häufig Weisungen bezüglich eines den religiösen und traditionellen Gebräuchen entsprechenden Verhaltens. ⁽⁷⁸⁷⁾ Dazu gehören auch Weisungen für gewöhnliche Bürger, insbesondere Frauen, aber auch muslimische Führer. ⁽⁷⁸⁸⁾

Laut ICG mischt er sich öffentlich in Gerichtsentscheidungen ein ⁽⁷⁸⁹⁾, meldet sich zu Wort, um die Zwangsverheiratung minderjähriger Mädchen zu unterstützen ⁽⁷⁹⁰⁾, und schüchtert die politische Opposition und Menschenrechtsaktivisten ein. Im September 2016 forderte er angeblich Polizisten auf, betrunkene Autofahrer zu erschießen, oder – so die etwas modifizierte Auslegung durch den Generalstaatsanwalt von Tschetschenien, gab er zu verstehen, dass es beim Zusammentreffen von Polizei und betrunkenen Fahrern oder Drogenabhängigen zu Situationen kommen könnte, die den Einsatz von Schusswaffen rechtfertigen. ⁽⁷⁹¹⁾

⁽⁷⁷⁸⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 8; The Telegraph, Ramzan Kadyrov: Putin's 'sniper' in Chechnya, 24 February 2016; Falkowski, M., Ramzanistan Russia's Chechen Problem, August 2015, p. 15; Caucasian Knot, 26-year-old Kadyrov's nephew appointed First Deputy Prime Minister of Chechnya, 15 March 2016.

⁽⁷⁷⁹⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 180.

⁽⁷⁸⁰⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, pp. 23-24, 26; Falkowski, M., Ramzanistan Russia's Chechen Problem, August 2015, p. 17.

⁽⁷⁸¹⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 139; Falkowski, M., Ramzanistan Russia's Chechen Problem, August 2015, p. 17; zu systematischer Erpressung siehe ferner Memorial, Counter-terrorism in the North Caucasus: a human rights perspective. 2014 – first half of 2016, 2016, p. 34.

⁽⁷⁸²⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 35; Memorial: Counter-terrorism in the North Caucasus: a human rights perspective. 2014 – first half of 2016, 2016, p. 31.

⁽⁷⁸³⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, pp. 35-36.

⁽⁷⁸⁴⁾ HRW, "Like Walking a Minefield", Vicious Crackdown on Critics in Russia's Chechen Republic, 30 August 2016, p. 18.

⁽⁷⁸⁵⁾ HRW, "Like Walking a Minefield", Vicious Crackdown on Critics in Russia's Chechen Republic, 30 August 2016, p. 2.

⁽⁷⁸⁶⁾ Falkowski, M., Kadyrov attacks the Russian opposition, 27 January 2016.

⁽⁷⁸⁷⁾ Memorial, Counter-terrorism in the North Caucasus: a human rights perspective. 2014 – first half of 2016, 2016, p. 23.

⁽⁷⁸⁸⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 18.

⁽⁷⁸⁹⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, pp. 31-32; see also section on judges below.

⁽⁷⁹⁰⁾ RJI and CAN, Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation's Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region, October 2015, p. 8.

⁽⁷⁹¹⁾ The Interpreter, Assassination Attempt on Kadyrov Revealed As He Sparks New Scandal with Call to Execute Drug Addicts, 3 October 2016; Jamestown Foundation, Ramzan Kadyrov Lashes out at Chechens Who Flee Republic, 4 October 2016.

Im folgenden Abschnitt wird näher auf die Auswirkungen dieser besonderen Machtstruktur auf Strafverfolgung und Justiz eingegangen.

3.3 Staatlicher Schutz

Verschiedene Quellen sagen aus, dass die Rechtsstaatlichkeit in Tschetschenien durch den Sonderstatus der Republik und Kadyrows Willkürherrschaft ernsthaft in Gefahr ist.⁽⁷⁹²⁾ Für Opfer von Menschenrechtsverletzungen stehen praktisch keine Rechtsmittel zur Verfügung, eine Tatsache, auf die auch immer wieder in der Rechtsprechung des EGMR zu Tschetschenien hingewiesen wird, wobei vorwiegend festgestellt wird, dass es an einem wirksamen innerstaatlichen Rechtsbehelf mangelt.⁽⁷⁹³⁾ Die meisten Amtsinhaber sind Tschetschenen, auch in den Strafverfolgungsbehörden der Föderation, wie dem SK.⁽⁷⁹⁴⁾

Die ICG merkt an, dass die offizielle Kriminalitätsrate im Nordkaukasus auffällig niedrig ist; so meldete beispielsweise Tschetschenien zwischen 2010 und 2013 pro Jahr im Durchschnitt acht Fälle von Bestechung. Die ICG bringt dies mit der großen Dunkelziffer und unzureichenden Untersuchung von Straftaten im Nordkaukasus in Verbindung.⁽⁷⁹⁵⁾ In einem Bericht aus dem Jahr 2015 führt die ICG ferner aus, es sei vor 2007 noch möglich gewesen, gegen Kadyrow nahestehende Personen zu ermitteln und sie vor Gericht zu bringen, da er damals noch an seiner Machtbasis arbeitete. Nachdem er jedoch seine Macht gefestigt hatte, hatten Einrichtungen der Föderation rasch das Nachsehen in ihren Bemühungen, das Recht in der Tschetschenischen Republik umzusetzen.⁽⁷⁹⁶⁾

3.3.1 Polizei

Die Angaben zur zahlenmäßigen Stärke tschetschenischer Sicherheitskräfte fallen unterschiedlich aus. Von Seiten des MVD sollen in der Tschetschenischen Republik rund 17 000 Mitarbeiter tätig sein⁽⁷⁹⁷⁾; diese Zahl dürfte jedoch nach der Einrichtung der Nationalgarde der Föderation im Oktober 2016 auf 11 000 gesunken sein.⁽⁷⁹⁸⁾ Die Polizei hatte angeblich 9 000 Angehörige.⁽⁷⁹⁹⁾ Die überwiegende Mehrheit von ihnen sind ethnische Tschetschenen.⁽⁸⁰⁰⁾

Nach Angaben des Carnegie Moscow Center wurden die Reihen von Polizei und anderen Sicherheitskräften mit ehemaligen tschetschenischen Separatisten aufgefüllt, die nach der Machtübernahme von Ramsan Kadyrow und dem Ende des Krieges in die Sicherheitskräfte integriert wurden.⁽⁸⁰¹⁾ Nach Aussage des Dänischen Einwanderungsdienstes grassieren bei der tschetschenischen Polizei Korruption und Missbrauch, weshalb die Menschen bei ihr nicht um Schutz ersuchen.⁽⁸⁰²⁾

3.3.2 Ermittlungen durch Polizei und Untersuchungskomitee (SK)

Die Mitarbeiter des Untersuchungskomitees sind auch überwiegend Tschetschenen und stammen aus einem Pool von Bewerbern, die höher gebildet sind als die der Polizei. Den Quellen zufolge, die mit dem Dänischen Einwanderungsdienst gesprochen haben, versuchen einige Angehörige des Untersuchungskomitees, Beschwerden

⁽⁷⁹²⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. ii; DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 180; UK Parliament, Parliamentary Human Rights Group (PHRG) Report, Chechnya Fact-Finding Mission, 10 June 2010, p. 2, p. 5.

⁽⁷⁹³⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 32; OHCHR, Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation, 30 April 2014, pp. 12-13.

⁽⁷⁹⁴⁾ The Guardian, Chechen leader's show of strength muddies loyalty to Putin, 3 June 2015; The Telegraph, Ramzan Kadyrov: Putin's 'sniper' in Chechnya, 24 February 2016.

⁽⁷⁹⁵⁾ ICG, The North Caucasus: The Challenges of Integration (III), Governance, Elections, Rule of Law, 6 September 2013, p. 37.

⁽⁷⁹⁶⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 29.

⁽⁷⁹⁷⁾ Izvestia, Myths and Reality, 28 February 2016.

⁽⁷⁹⁸⁾ Big Caucasus, 5300 MVD employees are transferred to the National Guard of Chechnya, 1 November 2016.

⁽⁷⁹⁹⁾ Falkowski, M., Ramzanistan Russia's Chechen Problem, August 2015, p. 13.

⁽⁸⁰⁰⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 165.

⁽⁸⁰¹⁾ Carnegie Moscow Center, Chechnya's New Contract With the Kremlin, 27 October 2016.

⁽⁸⁰²⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 180.

über tschetschenische Strafverfolgungsbeamte zu untersuchen, sind jedoch „ohnmächtig, wenn sie es mit der tschetschenischen OMON⁽⁸⁰³⁾ oder anderen, Kadyrow nahestehenden „unantastbaren Polizeieinheiten“ zu tun haben“. ⁽⁸⁰⁴⁾

Das Schicksal des früheren Leiters des SK in der Tschetschenischen Republik, Sergej Bobrow, ist ein typisches Beispiel: Als er versuchte, im Jahr 2013 Ehrenmorde in Grosny zu untersuchen, wurde er bedroht und schließlich zum Rücktritt gezwungen. Selbst Ermittler außerhalb der Tschetschenischen Republik, wie Igor Sobol, der im Fall der Ermordung der Menschenrechtsaktivistin Natalya Estemirowa und des Verschwindens von Islam Umarpashaev ermittelte, wurden mit dem Tode bedroht, als sie dem OMON zu nahe kamen. Wie der Dänische Einwanderungsdienst berichtet, stoßen sie auf eine Mauer des Schweigens, sobald sie mit Zeugen zu sprechen versuchen. ⁽⁸⁰⁵⁾ Nach Angaben der ICG wurden zwei Ermittler der Polizei, die einen Verwandten des Leiters von OMON festgenommen hatten, entführt und drei Stunden lang gefoltert. Sie wurden dann der Misshandlung eines OMON-Angehörigen angeklagt und in der Sache auch verurteilt, während die Untersuchung ihrer eigenen Anzeigen wegen Folter wiederholt ausgesetzt wurde. ⁽⁸⁰⁶⁾

Mehreren Quellen zufolge nimmt man an, dass tschetschenische Polizeikräfte vorsätzlich die Ermittlungen wegen der Ermordung des Oppositionspolitikers Boris Nemtsow behindert und einem der Verdächtigen zur Flucht verholfen haben. ⁽⁸⁰⁷⁾ Wiederholte Ersuchen um die Befragung von Zeugen oder die Sicherung von Beweismitteln wurden ignoriert. Auch bei den Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Mord an der Journalistin Anna Politkovskaja im Jahr 2006 sollen sich tschetschenische Behörden Berichten zufolge in den Weg gestellt haben. 2014 schließlich wurden fünf der Angeklagten zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, doch, so schreibt „France 24“, war die Familie von Politkovskaja unzufrieden damit, dass der Prozess nicht die Namen derer ans Tageslicht brachte, die eigentlich für den Befehl der Ermordung verantwortlich waren, da die russischen Behörden hochrangige tschetschenische Regierungsbeamte schützten. ⁽⁸⁰⁸⁾

Das Memorial-Menschenrechtszentrum verweist auf Statistiken der Generalstaatsanwaltschaft, denen zufolge 2011 „das Innenministerium für die Tschetschenische Republik ganz unverhohlenen Ermittlungen bei Verbrechen sabotiert hatte, die mutmaßlich von Angehörigen der tschetschenischen Sicherheitskräfte begangen worden waren“. ⁽⁸⁰⁹⁾

2015 stellt das US-Außenministerium fest, dass die Regierung im Allgemeinen keine Übergriffe untersuchte oder strafrechtlich verfolgte, und dies vor allem dann, wenn regionale Behörden dafür verantwortlich waren. ⁽⁸¹⁰⁾

3.3.3 Einreichen einer Beschwerde

Mehrere Quellen besagen, dass Behörden aktiv Personen bedrohen, die ihre Rechte gegen die Regierung oder einflussreiche Persönlichkeiten geltend machen. ⁽⁸¹¹⁾ Der Dänische Einwanderungsdienst erfuhr von Memorial, dass „Leute davon abgeschreckt werden, Beschwerden“ beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ⁽⁸¹²⁾ „einzureichen“ und ihre Anwälte bedroht werden. ⁽⁸¹³⁾

Nach Aussage einer Quelle ist die Armut der durchschnittlichen Tschetschenen ein Hindernis für den Zugang zur Justiz. Es besteht auch insofern gesellschaftlicher Druck, wenn jemand seine Rechte vor Gericht geltend machen will, dass niemand dafür verantwortlich sein möchte, wenn Unglück über die Familie kommt. ⁽⁸¹⁴⁾

⁽⁸⁰³⁾ OMON ist eine in der Russischen Föderation operierende Spezialeinheit der Polizei.

⁽⁸⁰⁴⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 134.

⁽⁸⁰⁵⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 134, see also p. 18.

⁽⁸⁰⁶⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 30.

⁽⁸⁰⁷⁾ Memorial, Counter-terrorism in the North Caucasus: a human rights perspective. 2014 – first half of 2016, 2016, pp. 36-38; NZZ, Tschetschenische Mörder und Hetzer, 27 February 2016.

⁽⁸⁰⁸⁾ France 24, 10 years on, Anna Politkovskaya murder still unsolved, 7 October 2016.

⁽⁸⁰⁹⁾ Memorial, Counter-terrorism in the North Caucasus: a human rights perspective. 2014 – first half of 2016, 2016, pp. 37-38.

⁽⁸¹⁰⁾ US DoS, 2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia, 13 April 2016.

⁽⁸¹¹⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 177; UK Parliament, Parliamentary Human Rights Group (PHRG) Report, Chechnya Fact-Finding Mission, 10 June 2010, p. 24; RFE/RL, Fearing Reprisals, Chechnya Whistle-Blower Keeps Family's Location Secret, 18 May 2016; Caucasian Knot, Week in the Caucasus: review of main events of May 9-15 May 2016, 16 May 2016.

⁽⁸¹²⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 177.

⁽⁸¹³⁾ Lapitskaya, J., ECHR, Russia, and Chechnya: Two Is Not Company, and Three Is Definitely a Crowd, 2011, pp. 503-519.

⁽⁸¹⁴⁾ Historiker, der Experte für Tschetschenien ist und vor Ort in Tschetschenien geforscht hat, E-Mail-Antwort, 2. November 2016.

Wie die norwegische COI-Stelle Landinfo berichtet, befinden sich Familien von Verschwundenen in einem besonderen Dilemma: Einerseits suchen sie verzweifelt nach ihren Angehörigen, andererseits könnte es ein Risiko für sie darstellen, sich an die Behörden zu wenden oder eine Beschwerde einzureichen.⁽⁸¹⁵⁾ HRW erwähnt, dass nicht alle Übergriffe gegen lokale Kritiker gemeldet werden, da Übergriffe in dem überwältigenden Klima der Angst eigentlich gar nicht gemeldet werden und die Einwohner „so eingeschüchtert sind, dass sie einfach schweigen“.⁽⁸¹⁶⁾ Mehrere Quellen sagten gegenüber Landinfo, sie würden nicht mit Informationen an die Öffentlichkeit gehen, wenn die Familie Konsequenzen befürchtet.⁽⁸¹⁷⁾ Der Regierung stehen diverse Methoden zur Verfügung, um die Opfer von Menschenrechtsverletzungen zum Schweigen zu veranlassen: In Berichten werden Todesdrohungen, die Androhung der Vergewaltigung weiblicher Verwandter⁽⁸¹⁸⁾, die Denunziation als Prostituierte oder Drogenabhängiger⁽⁸¹⁹⁾, fingierte Anschuldigungen und tätliche Angriffe erwähnt.⁽⁸²⁰⁾ In einem Fall ging das tschetschenische Innenministerium gegen ein Folteropfer wegen Verleumdung vor Gericht und gewann auch den Prozess, ein Urteil, das letztendlich vom Obersten Gericht Tschetscheniens bestätigt wurde.⁽⁸²¹⁾

Laut Amnesty International sind Menschenrechtsorganisationen mit Berichten über die Lage in Tschetschenien extrem vorsichtig geworden.⁽⁸²²⁾ Die einzige Organisation, die im Jahr 2014 noch in der Lage war, Opfern von Menschenrechtsverletzungen wirksamen rechtlichen Beistand zu leisten, war die Joint Monitoring Group (JMG), die Besuche mobiler Teams im Hoheitsgebiet der Republik durchführt. Nachdem im Juni 2015 ihr Büro überfallen worden war, stellte die JMG für kurze Zeit ihre Tätigkeit in Tschetschenien ein.⁽⁸²³⁾ Zwei Mitarbeiter der JMG, die mit einer Journalistengruppe unterwegs waren, wurden im März 2016 auf der Straße zwischen Nordossetien und Tschetschenien überfallen, und in das Büro in Inguschetien wurde eingebrochen⁽⁸²⁴⁾. Igor Kalyapin, Vorsitzender der JMG, sagte, er sei überzeugt, dass der Angriff auf die unermüdlichen Bemühungen der JMG zurückzuführen war, Druck auf die Behörden auszuüben, damit diese Fällen von verschwundenen Personen und anderen Verbrechen nachgehen, in denen die Beweise auf den engeren Kreis um Kadyrow hindeuten.⁽⁸²⁵⁾

Nach Angaben von Amnesty International sind Strafverteidiger und Anwälte, die Menschenrechtssachen vertreten, ebenfalls von Repression bedroht.⁽⁸²⁶⁾ Anwälten, die sich bereit erklären, Mandanten in einer Sache gegen die Regierung oder bei der Geltendmachung von Rechten gegenüber Personen aus dem Regierungsumfeld zu vertreten, soll angeblich mit dem Verlust ihrer Zulassung gedroht worden sein.⁽⁸²⁷⁾ Wie der Dänische Einwanderungsdienst berichtet, macht es das allgegenwärtige Risiko von Vergeltungsmaßnahmen seitens der tschetschenischen Regierung praktisch unmöglich, in manchen Fällen einen Verteidiger zu finden, vor allem, wenn die Anklage auf Aufruhr lautet.⁽⁸²⁸⁾ Anwälte wurden ferner entführt und misshandelt; seit 2002 sind sechs Rechtsanwälte verschwunden.⁽⁸²⁹⁾ Lediglich JMG bietet sinnvollen rechtlichen Beistand in Tschetschenien an.⁽⁸³⁰⁾

Dem Zentralasien-Kaukasus-Institut zufolge obsiegen Opfer von Menschenrechtsverletzungen oder ihre Familien, die vor Gericht ziehen, dort nur selten, da Strafverfolgungs- und Justizbehörden gleichermaßen Angst davor haben, Kadyrow oder einen seiner Männer zu verärgern.⁽⁸³¹⁾ Dies ist nicht beschränkt auf Klagen wegen Mord, Verschwinden

⁽⁸¹⁵⁾ Landinfo: Tsjetsjenia: Familiemedlemmer til personer med tilknytning til opprørsbevegelsen, 4 October 2016, pp. 8-9.

⁽⁸¹⁶⁾ HRW, "Like Walking a Minefield"; Vicious Crackdown on Critics in Russia's Chechen Republic, 30 August 2016, p. 3.

⁽⁸¹⁷⁾ Landinfo: Tsjetsjenia: Familiemedlemmer til personer med tilknytning til opprørsbevegelsen, 4 October 2016, pp. 8-9.

⁽⁸¹⁸⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, pp. 175-176.

⁽⁸¹⁹⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 35.

⁽⁸²⁰⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, pp. 134, 177, 180; UK Parliament, Parliamentary Human Rights Group (PHRG) Report, Chechnya Fact-Finding Mission, 10 June 2010, p. 24; Memorial, Counter-terrorism in the North Caucasus: a human rights perspective. 2014 – first half of 2016, 2016, p. 29.

⁽⁸²¹⁾ Caucasian Knot, Judge of Chechen SC disagrees with verdict on MIA's lawsuit against rights defenders, 19 October 2015.

⁽⁸²²⁾ AI, Amnesty International Report 2015/16 – The State of the World's Human Rights – Russian Federation, 24 February 2016.

⁽⁸²³⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, p. 10.

⁽⁸²⁴⁾ AI, Urgent Action: 57/16 [EUR 46/3643/2016], 31 March 2016; CPJ, Attackers beat group of journalists covering human rights abuses in North Caucasus, 9 March 2016; FIDH, Russian Federation: Members of the Joint Mobile Group and journalists attacked in Ingushetia, 14 March 2016.

⁽⁸²⁵⁾ The Russia Reader, Igor Kalyapin: "Kadyrov Said He Would Not Let Us Work in Chechnya", 19 March 2016.

⁽⁸²⁶⁾ AI, Amnesty International Report 2014/15 – The State of the World's Human Rights – Russian Federation, 25 February 2015.

⁽⁸²⁷⁾ Memorial, Chechens in Russia, 2014, p. 5; DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 150.

⁽⁸²⁸⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 150.

⁽⁸²⁹⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 150.

⁽⁸³⁰⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, p. 9.

⁽⁸³¹⁾ Central Asia-Caucasus Institute and Silk Road Studies Program: Chechen authorities raise pressure on human rights organizations, 23 July 2016; ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, pp. 29-30.

oder Misshandlung, sondern gilt auch für Klagen betreffend soziale und wirtschaftliche Rechte, Angelegenheiten, die Berichten zufolge in anderen Teilen der Russischen Föderation noch relativ gut durchgesetzt werden. ⁽⁸³²⁾ Ein Menschenrechtsaktivist erwähnt im Gespräch mit DIS zwei Beispiele von Eigentümern, deren Häuser bzw. Läden abgerissen wurden, um den Weg für Entwicklungsprojekte in Grosny und Achoi Martan freizumachen, und die hierfür keinerlei Entschädigung erhielten. Der Aktivist wird mit den Worten zitiert: „Das Gerichtssystem ist nicht in der Lage, hier einzugreifen und normalen Tschetschenen Schutz nach dem Gesetz zu bieten.“ In einem Fall soll der Richter gesagt haben, dass ein Urteil gegen die Behörden für ihn gefährlich ist. ⁽⁸³³⁾

Wie Memorial und ICG ausgeführt haben, trägt die verbreitete Straflosigkeit zu Angst und zu dem Gefühl bei, dass es sinnlos ist, den Rechtsweg zu beschreiten. ⁽⁸³⁴⁾ Internationale Beobachter merken an, dass die Familien von Verschwundenen meist die Verfolgung ihrer Klage einstellen, sobald ihnen der Leichnam ihres Angehörigen übergeben wurde. ⁽⁸³⁵⁾ Nach Angaben des schweizerischen Staatssekretärs für Migration suchen Tschetschenen keine Hilfe beim Büro des tschetschenischen Menschenrechtsbeauftragten, da sie ihn nicht als unabhängig wahrnehmen. Würden sie sich an ihn wenden, müssten sie mit einem unangenehmen Anruf der Behörden rechnen. ⁽⁸³⁶⁾ In seinem Jahresbericht 2014 kam Amnesty International zu dem Schluss, es gebe in Tschetschenien „praktische keine Rechtsbehelfe für Opfer von Menschenrechtsverletzungen“. ⁽⁸³⁷⁾

Ein Historiker und Tschetschenien-Experte erläuterte, dass Beamte, die den Weisungen ihrer Vorgesetzten nicht folgen, aus dem Amt entfernt werden und Berufsverbot erhalten. ⁽⁸³⁸⁾

Ein Journalist berichtete im Februar 2016 der norwegischen COI-Stelle Landinfo, Kadyrow habe erklärt, er werde Tschetschenen im Ausland verfolgen, die sich kritisch über sein Regime geäußert hätten, und er habe angedroht, gegen ihre Familien vorzugehen. Unklar ist, ob er diese Drohungen tatsächlich wahr gemacht hat. ⁽⁸³⁹⁾

Nach Aussage eines im Ausland lebenden tschetschenischen Menschenrechtsverteidigers finden Tschetschenen, die die Republik und Kadyrows Herrschaftsbereich verlassen, „nur wenige Orte, an denen sie seine Sicherheitskräfte nicht erreichen können“. Der Verfasser, der in Zusammenarbeit mit Civil Rights Defenders schreibt, fügt noch hinzu:

„Kadyrow setzt sowohl auf herkömmlichen massiven Druck als auch auf elektronische Überwachung, um tschetschenische Flüchtlinge, Wirtschaftsmigranten, Journalisten und Politiker im Exil zu überwachen (...). Wer tatsächlicher oder vorgeschobener Verbrechen gegen den Staat beschuldigt wird, sowie die Freunde und Familien dieser Personen, müssen feststellen, dass internationale Grenzen Kadyrows Fähigkeit nicht wesentlich beeinträchtigen, Tschetschenen zu terrorisieren, zu foltern und zu ermorden und dabei anscheinend straffrei auszugehen.“ ⁽⁸⁴⁰⁾

3.3.4 Garantien und Strafverfolgung von Misshandlungen

Nach Aussage mehrerer Quellen sind Misshandlungen zur Erzwingung von Geständnissen in Tschetschenien durchaus üblich. ⁽⁸⁴¹⁾ Der Berichterstatter des Ausschusses für Recht und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates erklärte im Juni 2016, er habe „während [seines] gesamten Mandats immer wieder erfahren[...], dass Polizisten noch immer routinemäßig foltern, um Geständnisse zu erhalten, die nach wie vor die wichtigste Grundlage für Schuldsprüche durch Gerichte bilden“. ⁽⁸⁴²⁾

⁽⁸³²⁾ Siehe weiter oben das Kapitel über die Gerichte.

⁽⁸³³⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 129.

⁽⁸³⁴⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, pp. 34-35; Memorial, Chechens in Russia, 2014, p. 2.

⁽⁸³⁵⁾ CoE-CommDH, Missing persons and victims of enforced disappearance in Europe, March 2016, p. 21; UK Parliament, Parliamentary Human Rights Group (PHRG) Report, Chechnya Fact-Finding Mission, 10 June 2010, p. 26.

⁽⁸³⁶⁾ SEM, Focus Russland; Korruption im Alltag, insbesondere in Tschetschenien, 15 July 2016, pp. 12-13.

⁽⁸³⁷⁾ AI, Amnesty International Report 2014/15 – The State of the World’s Human Rights – Russian Federation, 25 February 2015.

⁽⁸³⁸⁾ Historiker, der Experte für Tschetschenien ist und vor Ort in Tschetschenien geforscht hat, E-Mail-Antwort, 2. November 2016.

⁽⁸³⁹⁾ Landinfo: Tsjetsjenia: Familiemedlemmer til personer med tilknytning til opprørsbevegelsen, 4 October 2016, p. 9.

⁽⁸⁴⁰⁾ Foreign Policy Centre (The), No shelter: The harassment of activists abroad by intelligence services from the former Soviet Union, 2016, pp. 10, 16-19.

⁽⁸⁴¹⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, pp. 125, 175-176; SFH, Tschetschenien: Aktuelle Menschenrechtslage. Aktualisierung 13. Mai 2016, p. 7.

⁽⁸⁴²⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, p. 11; siehe z. B. Caucasian Knot, Beschwerde über Folter von Inal Berov, eingereicht beim EGMR, 30. März 2016.

Wie in anderen Teilen der Russischen Föderation⁽⁸⁴³⁾ stehen die Polizeibeamten unter Druck, Fälle „aufzuklären“ und die Statistik erfolgreicher Ermittlungen zu verbessern.⁽⁸⁴⁴⁾ In einem DIS-Bericht wird Memorial dahingehend zitiert, dass Polizei und Ermittler darauf achten, dass auf dem Körper keine Anzeichen von Schlägen zurückbleiben, wenn der Beschuldigte von einem Richter gesehen wurde, indem sie entweder Misshandlungsmethoden anwenden, die keine Spuren hinterlassen, oder indem sie den Beschuldigten mit einer gewissen Verzögerung seinem Anwalt oder dem Gericht vorstellen. Ferner fordern sie Ärzte unter Drohungen auf, keine Anzeichen von Misshandlung in ihren Arztberichten zu vermerken.⁽⁸⁴⁵⁾

3.3.5 Richter

Ein auf Tschetschenien spezialisierter Historiker weist darauf hin, dass die Gerichte der Tschetschenischen Republik nicht unabhängig sind, sondern bei der Entscheidung in einer Sache dem politischen Willen der Machtelite folgen. Derselben Quelle zufolge wird das Recht der Föderation in Tschetschenien nicht angewandt und gibt es keine justizielle Instanz, die die Eliten und ihre Politik kontrollieren könnte. Sofern jedoch Gerichtsentscheidungen nicht den Interessen einer einflussreichen Persönlichkeit zuwiderlaufen, können sie umgesetzt werden.⁽⁸⁴⁶⁾

Die Richterschaft besteht fast ausschließlich aus Tschetschenen.⁽⁸⁴⁷⁾

Eine ganze Reihe von Kommentatoren unterstreicht, dass Richter in Tschetschenien hohem Druck seitens der Elite ausgesetzt sind. Nach Auffassung von Falkowski und Lang beteiligen sich Richter entweder an der Repression jeglicher Herausforderung der Mächtigen oder beugen sich dem auf sie ausgedrückten Druck.⁽⁸⁴⁸⁾ Kadyrow betreibt öffentliche Schelte von Richtern, die nicht nach seinem Geschmack entscheiden. Im Mai 2016 sprach er in einer öffentlichen Rede davon, dass mehrere Richter ihr Amt niederlegen sollten. In der Folge reichten mehrere Richter ihren Rücktritt ein, darunter auch Richter Karataev, der Präsident des Obersten Gerichts Tschetscheniens, der sich öffentlich für die vom Gericht begangenen Rechtsirrtümer entschuldigte.⁽⁸⁴⁹⁾ Eine Quelle sagte, der Konflikt zwischen Kadyrow und den Richtern habe mit „monatlichen Tributen“ zu tun, die die Richter entrichten mussten.⁽⁸⁵⁰⁾ Der Sprecher des Kreml vermochte in dem Rücktritt des Präsidenten „nichts Ungesetzliches“ erkennen.⁽⁸⁵¹⁾ Die Internationale Juristenkommission bezeichnete die Aufrufe zum „freiwilligen Rücktritt“ als einen „unangemessenen Eingriff in die Funktionsweise und Unabhängigkeit der Justiz“.⁽⁸⁵²⁾

Im Oktober 2016 wurde Karataevs Nachfolger, der amtierende Präsident Murdalov, angeblich von einer Gruppe bewaffneter Männer überfallen, die in das Oberste Gericht eindringen und seinen Rücktritt verlangten.⁽⁸⁵³⁾ Murdalov stritt den Überfall öffentlich ab und trat auch nicht zurück.⁽⁸⁵⁴⁾

Menschenrechtsgruppen und Anwälte erklärten einem Erkundungsteam des Dänischen Einwanderungsdienstes gegenüber, es sei praktisch unmöglich, bei fingierten Anschuldigungen einen Freispruch zu erreichen. Polizei und Staatsanwälte würden zur Aufbesserung ihrer Leistungsstatistik Anschuldigungen fingieren. Ein Journalist, der sich im Nordkaukasus gut auskennt, erzählte dem DIS, „es gebe eine Tradition, niemals einen Fehler einzugestehen. Das bedeutet, dass es höchst unwahrscheinlich ist, dass eine Person, die verhaftet und eines Verbrechens angeklagt wird,

⁽⁸⁴³⁾ Siehe [Kapitel 2](#) dieses Berichts.

⁽⁸⁴⁴⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 125.

⁽⁸⁴⁵⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, pp. 151, pp. 175-176.

⁽⁸⁴⁶⁾ ()Historiker, der Experte für Tschetschenien ist und vor Ort in Tschetschenien geforscht hat, E-Mail-Antwort, 2. November 2016.

⁽⁸⁴⁷⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 131.

⁽⁸⁴⁸⁾ Falkowski, M. and Lang, J., The Caucasus Emirate and its Significance for Security in Caucasus, June 2015, p. 93.

⁽⁸⁴⁹⁾ Memorial, Counter-terrorism in the North Caucasus: a human rights perspective. 2014 – first half of 2016, 2016, p. 27; Caucasian Knot, Residents of Chechnya treat resignation of judges as result of Kadyrov's pressure, 7 May 2016.

⁽⁸⁵⁰⁾ Caucasian Knot, Residents of Chechnya treat resignation of judges as result of Kadyrov's pressure, 7 May 2016.

⁽⁸⁵¹⁾ Caucasian Knot, Kremlin supports Kadyrov in his conflict with Judge Karataev, 16 May 2016.

⁽⁸⁵²⁾ ICJ, Russian Federation: judges in Chechnya must be protected from pressure, 12 May 2016.

⁽⁸⁵³⁾ Moscow Times, Top Chechen Politician Tried to Beat Justice Official 'Into Resigning' – Reports, 7 October 2016; Caucasian Knot, Live on Chechen TV, Murdalov refutes information of his beating by Daudov, 8 October 2016.

⁽⁸⁵⁴⁾ Caucasian Knot, Live on Chechen TV, Murdalov refutes information of his beating by Daudov, 8 October 2016.

nicht irgendeiner Straftat schuldig gesprochen wird“.⁽⁸⁵⁵⁾ Als 2014 ein Mann der Tötung eines Polizisten angeklagt und in einem Geschworenenprozess freigesprochen wurde, soll Kadyrow persönlich interveniert und die Abschaffung von Jurys gefordert haben, „weil sie nicht ‚zur Mentalität der Tschetschenen‘ passen“. Der Angeklagte wurde erneut in Haft genommen.⁽⁸⁵⁶⁾

In Fällen, in denen überhaupt keine Beweismittel gegen einen Angeklagten sprechen, verhängt der Richter, so die russische NRO Memorial, eine kurze Gefängnisstrafe zwischen einem und zwei Jahren.⁽⁸⁵⁷⁾ Für Personen, die des Auftritts angeklagt sind, wurde im russischen Strafgesetzbuch kürzlich ein „Sonderverfahren“ eingeführt, bei dem das Schnellverfahren überhaupt keine Erörterung von Beweismitteln umfasst – der einzige Revisionsgrund sind Verfahrensfehler.⁽⁸⁵⁸⁾ In der Regel erklären sich Angeklagte mit einer kürzeren Strafe in einem solchen Prozess einverstanden und umgehen damit das Risiko eines parteiischen Verfahrens.⁽⁸⁵⁹⁾

Nach den Worten von Svetlana Gannushkina ist es möglich, beim Obersten Gericht der RF Berufung gegen das Urteil eines tschetschenischen Gerichts einzulegen, doch bestehen nur sehr geringe Erfolgsaussichten. In der Regel wird das Urteil der niedrigeren Instanz bestätigt.⁽⁸⁶⁰⁾

3.3.6 Korruption

Mehrere Quellen berichten, dass Korruption in Tschetschenien weit verbreitet ist und alle Ebenen der Regierung durchdringt, einschließlich Gerichte und Berufungsgerichte.⁽⁸⁶¹⁾ Noch bedeutsamer ist, dass die Teile der Strafverfolgungsbehörden, deren Aufgabe eigentlich die Bekämpfung der Korruption ist, selber auch korrupt sind.⁽⁸⁶²⁾ Wie das schweizerische Staatssekretariat für Migration berichtet, nutzt Kadyrow Aufsehen erregende Prozesse gegen einzelne Personen, um sich Personen zu entledigen, die er als unloyal oder gefährlich wahrnimmt.⁽⁸⁶³⁾ Beschwerden von Privatpersonen über Korruption haben hingegen mit rechtlichen Schritten gegen den Beschwerdeführer selbst geendet. Wie der Dänische Einwanderungsdienst berichtet, gingen Geschäftsleute vor Gericht, als Kadyrow sie zu „Spenden“ für die Terek-Fußballmannschaft aufforderte; einige dieser Fälle wurden vom Richter abgewiesen, andere wurden von den Geschäftsleuten zurückgezogen, nachdem die Staatsanwaltschaft ihnen eine Anklage wegen illegaler Geschäftspraktiken angedroht hatte.⁽⁸⁶⁴⁾

3.3.7 Auswirkungen traditionellen und religiösen Rechts (Scharia und adat)

Nach Auffassung der ICG gibt es im Nordkaukasus drei Rechtssysteme für die Konfliktbeilegung: das Recht der Russischen Föderation, *adat* (örtliches Gewohnheitsrecht) und *Scharia* (islamisches Recht). *Adat* wird beschrieben als „informelles Rechtssystem, das von gelehrten Älteren umgesetzt“ wird und sich „mit der *Scharia* vermischt und zunehmend durch diese ersetzt wird“. Die *Scharia* wird in Tschetschenien normalerweise zur Beilegung von Familien- und Eigentumsstreitigkeiten herangezogen, während *adat* zum Einsatz kommt, wenn diese Streitigkeiten einen kriminellen Aspekt haben.⁽⁸⁶⁵⁾

Ein auf Tschetschenien spezialisierter Historiker sagte, es sei für Tschetschenen nicht üblich, ihre Angelegenheiten, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Sorgerecht, vor ein Zivilgericht zu bringen. Das traditionelle Recht hat seine eigenen Regeln, die von jedermann in Tschetschenien eingehalten und nicht in Frage gestellt werden.

⁽⁸⁵⁵⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, p. 145.

⁽⁸⁵⁶⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, pp. 124-125; ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, pp. 31-32.

⁽⁸⁵⁷⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, pp. 175-176; ICG, The North Caucasus: The Challenges of Integration (III), Governance, Elections, Rule of Law, 6 September 2013, p. 42.

⁽⁸⁵⁸⁾ Memorial, Chechens in Russia, 2014, pp. 5-6.

⁽⁸⁵⁹⁾ Memorial, Chechens in Russia, 2014, pp. 5-6.

⁽⁸⁶⁰⁾ Gannushkina, S., E-Mail-Antwort, 8. November 2016.

⁽⁸⁶¹⁾ ICG, North Caucasus: The Challenges of Integration (IV): Economic and Social Imperatives, 7 July 2015, pp. 33-34; SEM, Focus Russland; Korruption im Alltag, insbesondere in Tschetschenien, 15 July 2016, p. 12-13; Memorial, Chechens in Russia, 2014, p. 3.

⁽⁸⁶²⁾ SEM, Focus Russland; Korruption im Alltag, insbesondere in Tschetschenien, 15. July 2016, pp. 17-18; ICG, North Caucasus: The Challenges of Integration (IV): Economic and Social Imperatives, 7 July 2015, pp. 33-34.

⁽⁸⁶³⁾ SEM, Focus Russland; Korruption im Alltag, insbesondere in Tschetschenien, 15. July 2016, p. 17.

⁽⁸⁶⁴⁾ DIS, Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations, January 2015, pp. 121-122.

⁽⁸⁶⁵⁾ ICG, The North Caucasus: The Challenges of Integration (I), Ethnicity and Conflict, 19 October 2012, p. 5.

Sofern Regeln im traditionellen Recht bestehen, werden sie berücksichtigt. Dieselbe Quelle sagt, dass in Angelegenheiten wie Sorgerecht für Kinder Tschetschenen sich in der Regel nicht an ein Zivilgericht wenden, sondern eher auf die Vorschriften des Gewohnheitsrechts oder der *Scharia* zurückgreifen. ⁽⁸⁶⁶⁾ Ein anderer Experte erklärt, dass sich die auf der *Scharia* beruhenden rechtlichen Strukturen nicht auch auf den Bereich des Strafrechts erstrecken. ⁽⁸⁶⁷⁾

Die Russian Justice Initiative (RJI) und das Chechnya Advocacy Network (CAN), eine Dachorganisation für Menschenrechtsgruppen und -aktivisten in Tschetschenien, merken an, dass nicht nur das säkulare Recht vom Gewohnheitsrecht und dem religiösen Recht in Tschetschenien an den Rand gedrängt wurden, sondern dass auch Unterstützungseinrichtungen wie das tschetschenische *muftiyat* (Hoher islamischer Rat) aus lokalen Budgets Mittel erhalten, damit sie in Familienangelegenheiten einschließlich häusliche Gewalt und Sorgerecht für Kinder entscheiden. Derartige Angelegenheiten werden also „absichtlich und systematisch“ von den säkularen Gerichten ferngehalten. ⁽⁸⁶⁸⁾

Kadyrow selbst erklärte, die *Scharia* habe größeres Gewicht als das russische Recht, auch wenn sein Sprecher später sagte, Kadyrow sei „falsch zitiert“ worden. ⁽⁸⁶⁹⁾ Nach Aussage des Rechtsprofessors Leonid Sykiainen kann es durchaus vorkommen, dass Entscheidungen von „Scharia-Einrichtungen der Streitbeilegung“ ⁽⁸⁷⁰⁾ dem Recht der Föderation vollständig zuwiderlaufen; als Muslime dürften Tschetschenen jedoch kaum ein traditionelles Urteil vor russischen Gerichten anfechten. ⁽⁸⁷¹⁾

Ein auf Tschetschenien spezialisierter Historiker merkt an, dass religiöse Führer (Mullahs) wichtige Persönlichkeiten in der Gesellschaft sind, die das Verhalten von Menschen (mit Ausnahme der tschetschenischen Regierung) beeinflussen können. Es werde als unangemessen betrachtet, sich dem Rat eines Mullah zu widersetzen, und es gebe sogar Fälle von Blutfehden, die von Mullahs beigelegt werden konnten. ⁽⁸⁷²⁾

3.3.8 Schutzangebot für Frauen

RJI und CAN, ein russisches NRO-Netzwerk, das sich vor allem auf Frauenrechte spezialisiert hat, kommt in seinem Bericht über die Umsetzung der CEDAW ⁽⁸⁷³⁾ in der RF zu dem Schluss, dass „die meisten Frauen im Nordkaukasus im Bereich des Familienlebens nicht den Schutz des formalen, säkularen russischen Rechts genießen“. ⁽⁸⁷⁴⁾ Nach Aussage von Ekatarina Sokirianskaia, Projektleiterin Russland & Nordkaukasus in der ICG, verlangen Frauen im Nordkaukasus nur selten Wiedergutmachung für Verletzungen ihrer Rechte, „und wenn sie dies tun, reagieren die Strafverfolgungsbehörden in der Region gar nicht oder stellen sich ganz einfach quer. In Tschetschenien sind an dem staatlichen Opferschutz mitunter Beamte beteiligt, die mit den mutmaßlichen Tätern unter einer Decke stecken“. ⁽⁸⁷⁵⁾ In der Regel gibt es für Frauen nur unzureichenden Schutz vor so genannten Ehrenmorden oder Zwangsverheiratungen, und sie verlieren jede Schlacht um das Sorgerecht für ihre Kinder. ⁽⁸⁷⁶⁾

Nach Angaben der ICG „sind von Kadyrows Bemühungen, Tradition und Moral durchzusetzen, Frauen stärker betroffen als Männer“, denn es besteht für sie ein größeres Risiko des „Ehrenmordes, der Verheiratung als Minderjährige und

⁽⁸⁶⁶⁾ Historiker, der Experte für Tschetschenien ist und vor Ort in Tschetschenien geforscht hat, E-Mail-Antwort, 2. November 2016.

⁽⁸⁶⁷⁾ Halbach, U., E-Mail-Antwort, 11. November 2016.

⁽⁸⁶⁸⁾ RJI and CAN, Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation's Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region, October 2015, p. 2.

⁽⁸⁶⁹⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 21; RFE/RL, Chechen Leaders Slam Proposed Creation Of Shari'a Courts, 26 April 2012.

⁽⁸⁷⁰⁾ Sykiainen verwendet diesen Begriff, um diese Einrichtungen von den früher bestehenden Scharia-Gerichten zu unterscheiden. Er weist jedoch darauf hin, dass diese Einrichtungen manchmal auch als herkömmliche Scharia-Gerichte bezeichnet werden.

⁽⁸⁷¹⁾ Sykiainen, Leonid R., Sharia Courts: Modern Practice And Prospectives In Russia, 2015, pp. 13-14.

⁽⁸⁷²⁾ Historiker, der Experte für Tschetschenien ist und vor Ort in Tschetschenien geforscht hat, E-Mail-Antwort, 2. November 2016.

⁽⁸⁷³⁾ UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau.

⁽⁸⁷⁴⁾ RJI and CAN, Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation's Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region, October 2015, pp. 1-2; see also CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, pp. 13-14; HRW, Human Rights Violations in Russia's North Caucasus, 28 January 2016.

⁽⁸⁷⁵⁾ Sokirianskaia, E., Women in the North Caucasus Conflicts: An Under-reported Plight, 9 June 2016.

⁽⁸⁷⁶⁾ RJI and CAN, Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation's Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region, October 2015, p. 2.

der Gewalt“.⁽⁸⁷⁷⁾ In Tschetschenien werden vielen Frauen „nach der Scheidung die Kinder entzogen – unter Hinweis auf eine angebliche Tradition, die, so wird behauptet, besagt, dass Kinder in der Familie ihres Vaters aufwachsen sollten – und sie erhalten oft kein Besuchsrecht“.⁽⁸⁷⁸⁾

RJI und CAN führen die folgenden Methoden auf, mit denen tschetschenische Behörden Frauen davon abhalten, den Rechtsweg zu beschreiten, wenn sie beispielsweise bei einer Scheidung das Sorgerecht für ihre Kinder beantragen: Vorbringen fingierter Anschuldigungen gegen die Mutter oder Beschuldigung der Mutter eines Verhaltens, das sie für die Betreuung ihrer Kinder ungeeignet macht; Androhung von Anklagen gegen die männlichen Verwandten der Frau; Androhung physischer Gewalt gegen sie und ihre Familie; Verbreitung von Gerüchten und Behauptungen darüber, sie sei ungeeignet, ihre Kinder zu versorgen; Nutzung der Verbindungen des Ehemanns zum Sicherheitsapparat, um Druck auf die Richter auszuüben, gegen sie zu entscheiden, ihren Anwalt zu veranlassen, den Fall niederzulegen oder den Gerichtsvollzieher dazu zu bringen, ein Urteil zu ihren Gunsten nicht zu vollstrecken; den Kindern erzählen, ihre Mutter wolle ihnen nur wehtun, und sie damit zu veranlassen, dass Verfahren aufzugeben.⁽⁸⁷⁹⁾

In einem Fall, der letztendlich doch den EGRM erreichte, obsiegte eine Frau und erhielt vom Obersten Gericht Tschetscheniens das Sorgerecht für ihre Kinder. Die Verwandten ihres Ehemannes behinderten daraufhin die Umsetzung des Urteils und starteten eine Verleugnungskampagne gegen sie mit der Beschuldigung, sie habe eine „unmoralische“ Lebensweise. Ferner schickten sie Angehörige von Sicherheitskräften, die sie und ihren Anwalt bedrohten. Am Ende hob das Oberste Gericht Tschetscheniens sein Urteil auf, sprach dem Ehemann das Sorgerecht zu und verurteilte die Frau zu Unterhaltszahlungen für die Kinder.⁽⁸⁸⁰⁾

Nach Angaben der ICG können viele Familien nicht dem Druck mächtiger Männer in ihren Gebieten widerstehen, die sich für eine ihrer Töchter interessieren.⁽⁸⁸¹⁾ In einem in der Öffentlichkeit intensiv erörterten Fall sprach sich Kadyrow zu Gunsten eines bereits verheirateten Polizeichefs aus, der ein siebzehnjähriges Mädchen gegen dessen Willen heiraten wollte.⁽⁸⁸²⁾ Die Hochzeit fand am 16. Mai 2016 in Anwesenheit von Kadyrow statt.⁽⁸⁸³⁾ Die damalige Menschenrechtsbeauftragte, Ella Pamfilowa, protestierte zwar gegen die Eheschließung, doch erklärte der Beauftragte des Präsidenten für Kinderrechte, die Regionen hätten das Recht, ein Mindestalter für die Eheschließung festzulegen, das unter dem im russischen Recht bestehenden liege. Und er fügte hinzu, dass „[i]m Kaukasus die Geschlechtsreife früher erreicht wird; wir sollten da nicht so scheinheilig sein. Es gibt Orte, da sind die Frauen schon mit 27 ganz faltig und sehen nach unseren Maßstäben wie 50 aus. Und ganz allgemein gilt, dass die Verfassung Eingriffe in das Privatleben von Bürgern nicht zulässt“.⁽⁸⁸⁴⁾

RJI und CAN sagen ferner, dass fingierte Beschuldigungen oder sogar Gerüchte um Ehebruch oder Prostitution für eine Frau in Tschetschenien gefährlich sein können, weil ihr dadurch die Ächtung durch ihre Familie oder gar der Ehrenmord drohen.⁽⁸⁸⁵⁾

⁽⁸⁷⁷⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 33.

⁽⁸⁷⁸⁾ Sokirianskaia, E., Women in the North Caucasus Conflicts: An Under-reported Plight, 9 June 2016.

⁽⁸⁷⁹⁾ RJI and CAN, Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation's Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region, October 2015, p. 4.

⁽⁸⁸⁰⁾ Magomadova v Russia, Appl. No. 58724/14, accorded priority treatment by the European Court of Human Rights on 27 August 2015, described in RJI and CAN, Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation's Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region, October 2015, pp. 5.

⁽⁸⁸¹⁾ ICG, Chechnya: The Inner Abroad, 30 June 2015, p. 33.

⁽⁸⁸²⁾ CoE-PACE, Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? [Doc. 14083], 8 June 2016, p. 13; HRW, Dispatches: Will Russia Protect A Child Bride?, 13 May 2015; RJI and CAN, Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation's Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region, October 2015, p. 8.

⁽⁸⁸³⁾ Moscow Times (The), Chechen Police Chief Marries Teen Bride Amid Mounting Scandal, 17 May; New York Times (The), Chechen Leader's Advice on Women: Lock Them In, 20 May 2015.

⁽⁸⁸⁴⁾ RJI and CAN, Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation's Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region, October 2015, p. 8.

⁽⁸⁸⁵⁾ RJI and CAN, Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation's Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region, October 2015, p. 4.

Der gleichen Quelle zufolge werden in Tschetschenien immer wieder Ehrenmorde gemeldet, obwohl es schwierig ist, das wahre Ausmaß des Problems zu ermessen. Die Quelle weist darauf hin, dass es kein Gesetz gibt, das diese Praxis definiert und kriminalisiert, so dass nur wenige Fälle angezeigt und schließlich vor Gericht gebracht werden. ⁽⁸⁸⁶⁾

Die ICG weist darauf hin, dass in Tschetschenien „das russische Recht nur eines von drei nebeneinander existierenden Rechtssystemen ist“, die die Stellung der Frau in der Gesellschaft regeln, zusammen mit dem Gewohnheitsrecht [*adat*] und der islamischen *Scharia*. Und weiter sagt diese Quelle: „Alle diese Systeme sind offen für willkürliche Auslegungen, die schwerwiegende Rechtsverletzungen zur Folge haben können. (...) Selbst wenn russische Gerichte Entscheidungen zu Gunsten von Frauen fällen, sabotieren die örtlichen Behörden, vor allem in Tschetschenien, ganz offen deren Umsetzung“. ⁽⁸⁸⁷⁾

Nach Angaben von RFE/RL wurden im ersten Vierteljahr 2015 zwei Männer offiziell der Ermordung weiblicher Verwandter wegen „unmoralischen Verhaltens“ angeklagt. ⁽⁸⁸⁸⁾ Caucasian Knot meldet, dass einer dieser Männer, Sultan Daurbekov, der Tötung seiner Tochter angeklagt, zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde, zu verbüßen in einer Hochsicherheitskolonie. ⁽⁸⁸⁹⁾

⁽⁸⁸⁶⁾ RJI and CAN, Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation’s Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region, October 2015, p. 4.

⁽⁸⁸⁷⁾ ICG, Women in the North Caucasus Conflicts: An Under-reported Plight, 9 June 2016.

⁽⁸⁸⁸⁾ RFE/RL, Man To Face Trial In ‘Honor Killing’ Case In Chechnya, 19 March.

⁽⁸⁸⁹⁾ Caucasian Knot, Chechen resident sentenced to 7 years in colony for “honour killing”, 27 April 2015.

Anhang 1: Bibliografie

Öffentliche Quellen

Diese Bibliografie ist alphabetisch geordnet. Die Originaltitel oder -namen in kyrillischer Schrift stehen in Klammern.

Akademie des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation,

Bildung (Образование), n.d. (http://www.academy-skrf.ru/about_the_university/obrazovanie/), aufgerufen am 29. November 2016.

Information über die Bildungsorganisation (Сведения об образовательной организации), n.d. (http://www.academy-skrf.ru/about_the_university/index.php), aufgerufen am 29. November 2016.

Struktur und Verwaltungsgremien der Bildungsorganisation (Структура и органы управления образовательной организацией), n.d. (http://www.academy-skrf.ru/about_the_university/structure/), aufgerufen am 29. November 2016.

Akademie der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation, *Charta der Akademie* (Устав Академии), 15. September 2015 (<http://www.agprf.org/acad/ustav.rtf>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

ADC Memorial (Anti-Discrimination Centre Memorial), *The RF's Implementation of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women* (Umsetzung der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau in der RF), 2015 (http://www.ecoi.net/file_upload/1930_1447771954_int-cedaw-ngo-rus-21796-e.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

AI (Amnesty International),

Amnesty International Report 2012 – The State of the World's Human Rights (Lage der Menschenrechte weltweit), 24. Mai 2012 (http://www.ecoi.net/local_link/217500/324123_en.html), aufgerufen am 23. November 2016.

Amnesty International Report 2014/15 – The State of the World's Human Rights – Russian Federation (Lage der Menschenrechte weltweit – Russische Föderation), 25. Februar 2015 (http://www.ecoi.net/local_link/297310/419666_en.html), aufgerufen am 30. November 2016.

Amnesty International Report 2015/16 – The State of the World's Human Rights – Russian Federation (Lage der Menschenrechte weltweit – Russische Föderation), 24. Februar 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/319681/445086_en.html), aufgerufen am 30. November 2016.

Anatomy of injustice: The Bolotnaya square trial (Anatomie der Ungerechtigkeit: Der Bolotnaja-Prozess), 10. Dezember 2013 (<https://www.amnesty.org/download/Documents/12000/eur460552013en.pdf>), aufgerufen am 25. November 2016.

Russia must respect its international obligations, not defy the European Court of Human Rights [EUR 46/3928/2016] (Russland muss seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen, darf nicht den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof herausfordern), 28. April 2016 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1461909649_eur4639282016english.pdf), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

The circle of injustice: Security operations and human rights violations in Ingushetia (Der Kreislauf der Ungerechtigkeit: Sicherheitsoperationen und Menschenrechtsverletzungen in Inguschetien), 21. Juni 2012 (http://www.amnestyusa.org/sites/default/files/3680_ingushetia_cover__contents_web.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Urgent Action: 57/16 [EUR 46/3643/2016] (Eilaktion), 31. März 2016 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1459499083_eur4636432016english.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Alexander Nevsky Cadet Corps of the Investigative Committee of the Russian Federation (Alexander Newsky Kadettenkorps des Untersuchungskomitees der Russischen Föderation), *General information* (Allgemeine Information) (Общая информация), n.d. (<http://kkskr.ru/information>), aufgerufen am 29. November 2016.

Al Jazeera, *Chechnya's hard-line protector of Muslim rights* (Tschetscheniens kompromissloser Beschützer der Rechte von Muslimen), 1. Oktober 2015 (<http://www.aljazeera.com/indepth/features/2015/10/chechnya-hard-line-protector-muslim-rights-151001085135746.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

Atlantic, *The Rise and Probable Fall of Putin's Enforcer* (Aufstieg und wahrscheinlicher Fall von Putins Vollstrecker), 12. August 2013 (<http://www.theatlantic.com/international/archive/2013/08/the-rise-and-probable-fall-of-putins-enforcer/278577/>), aufgerufen am 29. November 2016.

Avetisyan, G., *Strasbourg: Supreme Court of the North Caucasus* (Straßburg: Oberstes Gericht des Nordkaukasus), 24. August 2012, abrufbar unter: openDemocracy, (<https://www.opendemocracy.net/od-russia/grigor-avetisyan/strasbourg-supreme-court-of-north-caucasus>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Bagmet, A. M., *The Academy of the Investigative Committee of The Russian Federation* (Die Akademie des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation) (Академия Следственного Комитета Российской Федерации), in: Lex 4(113), April 2016 (http://lexrussica.ru/articles/article_102352.html?issue=lexrussica-4-2016), aufgerufen am 29. November 2016.

BBC News,

Chechnya profile (Tschetschenien-Profil), 18. August 2015 (<http://www.bbc.com/news/world-europe-18188085>), aufgerufen am 30. November 2016.

Chechnya profile – Timeline (Tschetschenien-Profil – Zeitachse), 11. August 2015 (<http://www.bbc.com/news/world-europe-18190473>), aufgerufen am 30. November 2016.

Putin creates new National Guard in Russia ,to fight terrorism' (Putin schafft neue Nationalgarde in Russland „zur Terrorismusbekämpfung“), 6. April 2016 (<http://www.bbc.com/news/world-europe-35975840>), aufgerufen am 23. November 2016.

Russian election: Big victory for Putin-backed party United Russia (Wahlen in Russland: Großer Sieg für die von Putin unterstützte Partei Einiges Russland), 19. September 2016 (<http://www.bbc.com/news/world-europe-37403242>), aufgerufen am 23. November 2016.

Russia profile, Leaders (Russland-Profil, Anführer), 30. November 2015 (<http://www.bbc.com/news/world-europe-17839882>), aufgerufen am 23. November 2016.

What is Sharia and how is it applied? (Was ist die Scharia und wie wird sie angewandt?), 7. Mai 2014 (<http://www.bbc.com/news/world-27307249>), aufgerufen am 24. November 2016.

Bertelsmann Stiftung, *BTI 2016, Russia Report* (Russland-Bericht), 2016 (http://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2016/pdf/BTI_2016_Russia.pdf), aufgerufen am 23. November 2016.

Big Caucasus, *5300 MVD employees are transferred to the National Guard of Chechnya* (5 300 Mitarbeiter des MVD werden in die tschetschenische Nationalgarde überführt) (В Нацгвардию Чечени переходят 5 300 сотрудников МВД), 1. November 2016 (http://www.bigcaucasus.com/events/news/01-11-2016/90032-national_guard-0/), aufgerufen am 30. November 2016.

Bowring, B., *Justice and Power Politics in Russia* (Justiz und Machtpolitik in Russland), Mai 2011 (<http://www.eurussiacentre.org/our-publications/articles/justice-power-politics-russia.html>), aufgerufen am 29. November 2016.

Cardenas, S., *Chains of Justice: The Global Rise of State Institutions for Human Rights* (Ketten der Justiz: Der weltweite Aufstieg staatlicher Menschenrechtsinstitutionen), *University of Pennsylvania Press*, 2014, aufgerufen am 30. November 2016.

Carnegie Moscow Center, *Chechnya's New Contract With the Kremlin* (Tschetscheniens neuer Vertrag mit dem Kremlin), 27. Oktober 2016 (<http://carnegie.ru/2016/10/27/chechnya-s-new-contract-with-kremlin-pub-64955>), aufgerufen am 30. November 2016.

Carver, R. and Korotaev, A., *Assessing the effectiveness of National Human Rights Institutions* (Beurteilung der Wirksamkeit nationaler Menschenrechtsinstitutionen), Oktober 2007 (http://hrbportal.org/wp-content/files/1233060250assessing_the_effectiveness_of_national_human_rights_institutions_.doc), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Cashback, D., *Risky Strategies? Putin's Federal Reforms and the Accommodation of Difference in Russia* (Risikoreiche Strategien? Putins Reformen für die Föderation und die Anpassung des Unterschieds in Russland), in: *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe*, Issue 3 (2003), 2003 (http://www.ecmi.de/fileadmin/downloads/publications/JEMIE/2003/nr3/Cashaback_Autonomy_final.pdf), aufgerufen am 23. November 2016.

CAT (United Nations Committee Against Torture) (Ausschuss der Vereinten Nationen gegen Folter), *Concluding observations on the fifth periodic report of the Russian Federation, adopted by the Committee at its forty-ninth session* (Schlussbemerkungen zum fünften Bericht der Russischen Föderation, angenommen vom Ausschuss auf seiner 49. Tagung) (29 October-23 November 2012) [CAT/C/RUS/CO/5], 11. Dezember 2012 (http://www.ecoi.net/file_upload/1930_1361800001_cat-c-rus-co-5.pdf), aufgerufen am 29. November 2016.

Caucasian Knot,

26-year-old Kadyrov's nephew appointed First Deputy Prime Minister of Chechnya (26-jähriger Neffe Kadyrows zum Ersten Stellvertretenden Premierminister von Tschetschenien ernannt), 15. März 2016 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/34921/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Beaten journalists gathered materials on kidnappings and torture in Chechnya (Verprügelte Journalisten sammelten Material über Entführungen und Folter in Tschetschenien), 11. März 2016 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/34880/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Chechen resident sentenced to 7 years in colony for „honour killing“ (Tschetschene wegen „Ehrenmord“ zu sieben Jahren Kolonie verurteilt), 27. April 2015 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/31559/>), aufgerufen 13. Februar 2017.

Complaint about torture of Inal Berov filed to EctHR (Beschwerde wegen Folter von Inal Berow beim EGMR eingereicht), 30. März 2016 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/35081/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Gannushkina focuses her campaign on abuses committed by Chechen authorities (Gannuschkina konzentriert ihre Kampagne auf Übergriffe durch tschetschenische Behörden), 16. September 2016 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/36913/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Judge of Chechen SC disagrees with verdict on MIA's lawsuit against rights defenders (Richter des Obersten Gerichts Tschetscheniens nicht einverstanden mit Urteil über Klage des Innenministeriums gegen Rechteverteidiger), 19. Oktober 2015 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/33438/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Kremlin supports Kadyrov in his conflict with Judge Karataev (Kreml unterstützt Kadyrow in seinem Konflikt mit Richter Karataev), 16. Mai 2016 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/35592/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Kurman-Ali Baichorov is at large (Kurman-Ali Baichorov auf freiem Fuß), 15. Februar 2016 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/34617/>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Live on Chechen TV, Muralov refutes information of his beating by Daudov (Live im tschetschenischen TV, Muralov widerlegt Information über seine Prügelei mit Daudov), 8. Oktober 2016 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/37118/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Muftiyat of Chechnya: special commission reconciles 18 blood feudists (Muftiyat von Tschetschenien, Sonderkommission versöhnt 18 an Blutfehden Beteiligte), 7. September 2010 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/14350/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Residents of Chechnya treat resignation of judges as result of Kadyrov's pressure (Tschetschenen sehen in Rücktritt von Richtern das Ergebnis von Kadyrows Druck), 7. Mai 2016 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/35502/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Week in the Caucasus: review of main events of May 9-15 May 2016 (Die Woche im Kaukasus: Überblick über die wichtigsten Ereignisse vom 9. bis 15. Mai 2016), 16. Mai 2016 (<http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/35589/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Central Asia-Caucasus Institute and Silk Road Studies Program, *Chechen authorities raise pressure on human rights organizations* (Tschetschenische Behörden verstärken Druck auf Menschenrechtsorganisationen), 23. Juli 2016 (<https://www.cacianalyst.org/publications/analytical-articles/item/13380-chechen-authorities-raise-pressure-on-human-rights-organizations.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

Central Election Commission of the Russian Federation,

Election results. Elections to the Fifth State Duma of the Russian Federation (Wahlergebnisse. Wahlen zur fünften Staatsduma der Russischen Föderation) (Результаты выборов. Выборы депутатов Государственной Думы Федерального Собрания Российской Федерации пятого созыва), 2. Dezember 2007 (http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100021960186&vrn=100100021960181®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=100100021960186&type=242), aufgerufen am 23. November 2016.

Elections to the Seventh State Duma of the Russian Federation. Chechen Republic (Wahlen zur siebten Staatsduma der Russischen Föderation. Tschetschenische Republik) (Выборы депутатов Государственной Думы Федерального Собрания Российской Федерации седьмого созыва. Чеченская Республика), 18. September 2016 (http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&tvd=100100067795854&vrn=100100067795849®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=0&vbid=100100067795907&type=233), aufgerufen am 30. November 2016.

Chatham House, *Reiderstvo: Asset-Grabbing in Russia* (Reiderstvo: Asset Grabbing in Russland), (Hanson, P.), März 2014 (https://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/home/chatham/public_html/sites/default/files/20140300AssetGrabbingRussiaHanson1.pdf), aufgerufen am 24. November 2016.

Chechen Parliament,

Constitution of the Chechen Republic (Verfassung der Tschetschenischen Republik), 23. März 2003, Fassung vom 17. Januar 2016 (<http://www.parlamentchr.ru/republic/konstitutsiya-chr>), aufgerufen am 30. November 2016.

Results of the parliamentary elections are known (Ergebnisse der Parlamentswahlen liegen vor), 21. September 2016 (<http://parlamentchr.ru/press-centre/news/3661-stali-izvestny-itogi-golosovaniya-vyborov-deputatov-parlamenta-chr>), aufgerufen am 30. November 2016.

Cheloukhine, S. et al., *Police integrity in Russia* (Integrität der Polizei in Russland), in: Kutnjak Ivkovic, S. and Haberfeld, M.R., *Measuring Police Integrity Across the World. Studies from Established Democracies and Countries in Transition*, Springer, 2015, pp. 155-182.

Cheskin, A. and March, L., *State–society relations in contemporary Russia: new forms of political and social contention* (Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft im modernen Russland: neue Formen der politischen und sozialen Auseinandersetzung), in: *East European Politics*, Volume 31, Issue 3, 18 Aug 2015, pp. 261-273 (<http://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/21599165.2015.1063487>), aufgerufen am 23. November 2016.

Chistyakova, Y. and Robertson, A., *Youtube Cops and Power Without Limits: Understanding Police Violence in 21st Century Russia* (Youtube Cops und unbegrenzte Macht: Verständnis von Polizeigewalt im Russland des 21. Jahrhunderts), in: *The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies*, Issue 13, 2012 (<http://pipss.revues.org/3949>), aufgerufen am 24. November 2016.

CIA (Central Intelligence Agency), *The World Factbook, Russia* (Fakten aus der ganzen Welt, Russland), letztes Update 10. November 2016 (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/rs.html>), aufgerufen am 29. November 2016.

CNN, *Chechnya Fast Facts* (Schnelle Fakten zu Tschetschenien), 17. August 2016 (<http://edition.cnn.com/2013/10/17/world/europe/chechnya-fast-facts/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Europarat, Kongress der Gemeinden und Regionen in Europa, *Regionalisation trends in European countries 2007-2015. A study by members of the Group of Independent Experts of the European Charter of Local Self-Government* (Regionalisierungstendenzen in europäischen Ländern 2007-2015. Eine Studie von Mitgliedern der Gruppe unabhängiger Experten für die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung), Herausgeber: Prof. Francesco Merloni, Juni 2016 (<https://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=2949157&SecMode=1&DocId=2371412&Usage=2>), aufgerufen am 23. November 2016.

Verfassungsgericht der Russischen Föderation (KSRF),

Verfassung der Russischen Föderation, 12. Dezember 1993 (<http://www.ksrf.ru/en/Info/LegalBases/ConstitutionRF/Pages/default.aspx>), aufgerufen am 23. November 2016.

Cooper, J., *The Funding of the Power Agencies of the Russian State: An Update, 2005 to 2014 and Beyond* (Die Finanzierung der Machtagenturen des russischen Staates: ein Update, 2005-2014 und darüber hinaus), in: *The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies*, Issue 16, 2014 (<http://pipss.revues.org/4063>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Europarat (CoE),

Anti-corruption digest – Russian Federation (Überblick über die Korruptionsbekämpfung – Russische Föderation), n.d. (http://www.coe.int/t/dghl/cooperation/economiccrime/corruption/ECCU%20Digest/Russia/Default_Digest_RussiaFed_en.asp), aufgerufen am 5. März 2017.

Department for the execution of judgments of the European Court of Human Rights, *The supervision process* (Der Aufsichtsprozess), n.d. (<http://www.coe.int/cs/web/execution/the-supervision-process>), aufgerufen am 30. November 2016.

Russia: decriminalising domestic violence would be a clear sign of regression, says Secretary General Jagland (Russland: Entkriminalisierung häuslicher Gewalt wäre ein eindeutiges Anzeichen für einen Rückschritt, so Generalsekretär Jagland), 16. Januar 2017 (<https://www.coe.int/en/web/children/-/russia-decriminalising-domestic-violence-would-be-a-clear-sign-of-regression-says-secretary-general-jagland>), aufgerufen am 13. Februar 2017.

Europarat – Menschenrechtskommissar (CoE-CommDH),

Missing persons and victims of enforced disappearance in Europe (Vermisste und Opfer von unfreiwilligem Verschwinden in Europa), März 2016 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1461738109_ip-missingpersons-en.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Report by Nils Muižnieks Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Following his visit to the Russian Federation from 3 to 12 April 2013 (Bericht von Nils Muižnieks, Menschenrechtskommissar des Europarates, nach seinem Besuch in der Russischen Föderation vom 3. bis 12 April 2013) [CommDH(2013)21], 12. November 2013 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1384353253_com-instranetr.pdf), aufgerufen am 24. November 2016.

Europarat – Ministerkomitee (CoE-Committee of Ministers), *Klyakhin group v. the Russian Federation (Application No. 46082/99), Supervision of the execution of the European Court's judgments* (Klyakhin-Gruppe gegen Russische Föderation (Beschwerde Nr. 46082/99), Überwachung der Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichts), 20./21. September 2016 (https://search.coe.int/cm/pages/result_details.aspx?objectid=09000016806a45f4), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Europarat – Beirat Europäischer Richter (CoE-CCJE), *Questionnaire for the Preparation of Regulation No. 19 (2016) of the Consultative Council of European Judges (CCEJ): „Role of Presidents of the Court“* (Fragebogen zur Vorbereitung der Verordnung Nr. 19 (2016) des Beirats Europäischer Richter (CCEJ): „Rolle von Gerichtspräsidenten“), 2016 (http://www.coe.int/t/dghl/cooperation/ccje/textes/OP_19_Questionnaire%20Russie.asp), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

Europarat – Beirat Europäischer Staatsanwälte (CoE-CCPE),

Answers to the Questionnaire for preparation of Opinion #10 CCEP „On Activities of the Prosecutors within the Framework of Criminal Investigation“ (Antworten auf den Fragebogen zur Vorbereitung der Stellungnahme #10 CCEP „Über Aktivitäten des Staatsanwalts im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen“), April 2015 (http://www.coe.int/t/dghl/cooperation/ccpe/opinions/Travaux/OP_10_Russie.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Questionnaire with a view of the preparation of Opinion No. 7 on the management of the means of the prosecution services (Fragebogen zur Vorbereitung der Stellungnahme Nr. 7 über die Verwaltung der Mittel von Strafverfolgungsdiensten), 7. Februar 2012 (http://www.coe.int/t/dghl/cooperation/CCPE/opinions/Travaux/OP_7_Russian_Federation.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Europarat – Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (CoE-ECRI), *ECRI Report On The Russian Federation (fourth monitoring cycle): Adopted on 20 June 2013 Published on 15 October 2013 [CRI(2013)40]* (ECRI-Bericht über die Russische Föderation (vierter Monitoringzyklus), angenommen am 20. Juni 2013, veröffentlicht am 15. Oktober 2013 [CRI(2013)40]), 15. Oktober 2013 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1384354889_rus-cbc-iv-2013-040-eng.pdf), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Europarat – Europäische Kommission für die Wirksamkeit der Justiz (CoE-CEPEJ),

European judicial systems Efficiency and quality of justice – Edition 2016 (2014 data) (Europäische Justizsysteme, Wirksamkeit und Qualität der Justiz – Ausgabe 2016 (Daten von 2014), 6. Oktober 2016 (<https://www.coe.int/T/dghl/cooperation/cepej/evaluation/2016/publication/CEPEJ%20Study%2023%20report%20EN%20web.pdf>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Recent Significant Developments in the Judicial Field in the Russian Federation (Neueste wichtige Entwicklungen im Justizwesen der Russischen Föderation), Juli 2015 (<http://www.coe.int/t/DGHL/cooperation/cepej/profiles/The%20Russian%20Federation.pdf>) aufgerufen am 29. November 2016.

Report on „European judicial systems – Edition 2014 (2012 data): efficiency and quality of justice“ (Bericht „Europäische Justizsysteme – Ausgabe 2014 (Daten von 2012): Wirksamkeit und Qualität der Justiz“), 17. September 2014 (http://www.coe.int/t/dghl/cooperation/cepej/evaluation/2014/Rapport_2014_en.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Scheme for Evaluating Judicial Systems 2013, Russian Federation (Schema für die Bewertung von Justizsystemen 2013, Russische Föderation), 10. September 2014 (http://www.coe.int/t/dghl/cooperation/cepej/evaluation/2014/Russian%20Federation_2014.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Europarat – Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CoE-CPT), *Report to the Russian Government on the visit to the Russian Federation carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 21 May to 4 June 2012 [CPT/Inf (2013) 41]* (Bericht an die russische Regierung über den Besuch des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) vom 21. Mai bis zum 4. Juni 2012 [CPT/Inf (2013) 41], 17. Dezember 2013 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1387290015_2013-41-inf-eng.pdf), aufgerufen am 24. November 2016.

Europarat – Parlamentarische Versammlung (CoE-PACE),

Human rights in the North Caucasus: what follow-up to Resolution 1738 (2010)? (Menschenrechte im Nordkaukasus: Was ist nach der Resolution 1738 (2010) geschehen?) [Dok. 14083], 8. Juni 2016 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1466497934_document.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Opinion 193. Application by Russia for membership of the Council of Europe (Stellungnahme 193. Antrag Russlands auf Mitgliedschaft im Europarat), 1996 (<http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-EN.asp?fileid=13932&lang=en>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Föderationsrat der Föderationsversammlung, (<http://www.council.gov.ru/structure/council/>), aufgerufen am 8. Februar 2017.

CPJ (Committee to Protect Journalists), *Attackers beat group of journalists covering human rights abuses in North Caucasus* (Angreifer verprügeln Journalisten, die sich mit Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus befassen), 9. März 2016 (<https://www.cpj.org/2016/03/attackers-beat-group-of-journalists-covering-human.php>), aufgerufen am 30. November 2016.

Daily Mail, *Chechnya sends in the „fun police“: Authorities to attend Islamic weddings to prevent guests enjoying themselves by dancing, getting drunk or firing guns* (Tschetschenien schickt die „Spaß-Polizei“ los: Behörden gehen zu islamischen Hochzeiten, um zu verhindern, dass die Gäste sich beim Tanz vergnügen, sich betrinken oder Schüsse abfeuern), 28. Oktober 2016 (<http://www.dailymail.co.uk/news/article-3881596/Chechnya-sends-fun-police-Authorities-attend-weddings-prevent-guests-enjoying-dancing-getting-drunk-firing-guns.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

de Andrés Sanz, J. and Ruiz Ramas, R., *Institutions and political regime in Putin's Russia: an analysis* (Institutionen und politisches Regime in Putins Russland: eine Analyse), in: *Central European Political Science Review*, Volume 9, Number 31, 2008, pp. 33-60 (http://www.academia.edu/1948089/Institutions_and_political_regime_in_Putin_s_Russia_an_analysis), aufgerufen am 23. November 2016.

dekoder, *Ermittlungskomitee*, 17. August 2015 (<http://www.dekoder.org/de/gnose/ermittlungskomitee>), aufgerufen am 25. November 2016.

Deutsch-Russische Außenhandelskammer, *Staatsaufbau der Russischen Föderation*, n.d. (<http://russland.ahk.de/laenderinfo/russland/staatsaufbau/>), aufgerufen am 30. November 2016.

DIS (Danish Immigration Service), *Security and human rights in Chechnya and the situation of Chechens in the Russian Federation – residence registration, racism and false accusations. Report from the Danish Immigration Service’s fact finding mission to Moscow, Grozny and Volgograd, the Russian Federation From 23 April to 13 May 2014 and Paris, France 3 June 2014* (Bericht des Dänischen Einwanderungsdienstes über seine Erkundungsmission nach Moskau, Grosny und Wolgograd, Russische Föderation, vom 23. April bis zum 13. Mai 2014, und nach Paris, Frankreich, am 3. Juni 2014), Januar 2015 (<https://www.nyidanmark.dk/NR/rdonlyres/662FD8CA-B89C-438C-B532-591500571951/0/ChechnyaFactfindingreport26012015FINALinkforside.pdf>), aufgerufen am 30. November 2016.

DIS (Danish Immigration Service) and Danish Refugee Council (DRC), *Chechens in the Russian Federation – residence registration, racially motivated violence and fabricated criminal cases. Joint report from the Danish Immigration Service’s and Danish Refugee Council’s fact finding mission to Moscow and St Petersburg, the Russian Federation 23 May to 5 June 2012* (Tschetschenen in der Russischen Föderation – Registrierung des Aufenthaltsorts, rassistisch motivierte Gewalt und fingierte Kriminalfälle. Gemeinsamer Bericht über die Erkundungsmission des Dänischen Einwanderungsdienstes und des Dänischen Flüchtlingsrats nach Moskau und St. Petersburg, Russische Föderation, vom 23. Mai bis zum 5. Juni 2012), August 2012 (https://www.nyidanmark.dk/NR/rdonlyres/01750EB0-C5B1-425C-90A7-3CE3B580EEAA/0/chechens_in_the_russian_federation.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Dolzhenko, V. G., *Problems of staff management and the path to their solution in the system of the Investigative Committee of the Prosecutor’s Office of the Russian Federation* (Probleme mit Personalmanagement und Ansätze für ihre Lösung im System des Untersuchungskomitees der Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation) (Проблемы кадровой работы и пути их решения в системе Следственного комитета при прокуратуре Российской Федерации), in: *Bulletin of the Investigative Committee*, No 3(9)-4(10), 2010, pp. 31-38 (http://sledcom.ru/upload/site1/document_file/i3RBFVvz7B.pdf), aufgerufen am 29. November 2016.

Dzhidzalova, I.T., *The Prosecutor’s Office in the present state structure of Russia* (Die Staatsanwaltschaft im derzeitigen staatlichen Gefüge in Russland) (Прокуратура в современном государственном аппарате России), in: *Pravosashchitnik*, No 2/2014, 2014 (<http://pravosashchitnik.net/ru/2014/2/25>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

EASO (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen), *Chechnya: Women, Marriage, Divorce and Child Custody* (Tschetschenien: Frauen, Heirat, Scheidung und Sorgerecht für Kinder), September 2014 (https://coi.easo.europa.eu/administration/easo/PLib/EASO-COI-Report-Chechnya_Sept2014.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),

Europäische Menschenrechtskonvention, 1950 (http://www.echr.coe.int/Documents/Convention_ENG.pdf), aufgerufen am 29. November 2016.

Interim measures by respondent State and country of destination 2016 (Einstweilige Maßnahmen nach beklagten Staaten und Bestimmungsland), 2016 (http://www.echr.coe.int/Documents/Stats_art_39_02_ENG.pdf), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Overview 1959-2015 (Überblick 1959-2015), März 2016 (http://www.echr.coe.int/Documents/Overview_19592015_ENG.pdf), aufgerufen am 29. November 2016.

Russia. Press country profile (Russland. Presse Länderprofil), Dezember 2016 (http://www.echr.coe.int/documents/cp_russia_eng.pdf), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

The ECHR in Facts and Figures (Der EGMR – Zahlen und Fakten), März 2016 (http://www.echr.coe.int/Documents/Facts_Figures_2015_ENG.pdf), aufgerufen am 29. November 2016.

Encyclopædia Britannica, *Chechnya* (Tschetschenien), zuletzt aktualisiert am 8. Januar 2012 (<https://www.britannica.com/place/Chechnya>), aufgerufen am 30. November 2016.

Economist, *United Russia, divided Putin* (Geeintes Russland, gespaltener Putin), 4. Juni 2016 (<http://www.economist.com/news/europe/21699944-president-has-crushed-opposition-technocrats-and-security-hawks-are-fighting-his>), aufgerufen am 23. November 2016.

EPRS (Europäischer Parlamentarischer Forschungsdienst),

Human rights in Russia No light at the end of the tunnel (Menschenrechte in Russland. Kein Licht am Ende des Tunnels), September 2016 ([http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/589768/EPRS_BRI\(2016\)589768_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/589768/EPRS_BRI(2016)589768_EN.pdf)), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Russia's constitutional structure: Federal in form, unitary in function (Föderal in der Form, einheitlich in der Funktion), Oktober 2015 ([http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/569035/EPRS_IDA\(2015\)569035_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/569035/EPRS_IDA(2015)569035_EN.pdf)), aufgerufen am 30. November 2016.

Europäische Union,

EUDEL statement on the recent decision of the Russian Constitutional Court to disregard a judgment of the European Court of Human Rights (EUDEL-Erklärung zur jüngsten Entscheidung des russischen Verfassungsgerichts, ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu missachten), 1. Februar 2017 (https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/20084/eudel-statement-recent-decision-russian-constitutional-court-disregard-judgment-european-court_en), aufgerufen am 5. März 2017.

EU Statement on Domestic Violence in the Russian Federation, OSCE Permanent Council No 1132 (Erklärung der EU zu häuslicher Gewalt in der Russischen Föderation, Ständiger Rat der OSZE Nr. 1132), Wien, 2. Februar 2017 (https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/pc_1132_eu_on_domestic_violence_in_russia_0.pdf), aufgerufen am 5. März 2017.

EurActiv, *Russia overrules the European Court of Human Rights* (Russland überstimmt den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte), 14. Juli 2015 (<http://www.euractiv.com/sections/europes-east/russia-overrules-european-court-human-rights-316305>), aufgerufen am 30. November 2016.

Eurasianet,

Russia: What Interior Ministry Reform Means for the Migration and Drug Control Services (Russland: Was die Reform des Innenministeriums für die Migrations- und Drogenkontrollbehörden bedeutet), 9. Mai 2016 (<http://www.eurasianet.org/node/78691>), aufgerufen am 23. November 2016.

European Forum for Democracy and Solidarity, *Russia* (Russland), letzte Aktualisierung am 21. September 2016 (<http://www.europeanforum.net/country/russia>), aufgerufen am 23. November 2016.

Falkowski, M.,

Kadyrov attacks the Russian opposition (Kadyrow attackiert die russische Opposition), 27. Januar 2016 (<https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2016-01-27/kadyrov-attacks-russian-opposition>), aufgerufen am 30. November 2016.

Ramzanistan. Russia's Chechen problem (Ramsanistan. Russlands Tschetschenen-Problem), August 2015 (https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/pw_54_ang_ramzanistan_net.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Falkowski, M. and Lang, J., *The Caucasus Emirate and its Significance for Security in Caucasus* (Das Kaukasus-Emirat und seine Bedeutung für die Sicherheit im Kaukasus), Juni 2015 (http://wikip.udsc.gov.pl/images/Raporty_ekspertow/2b_-_Emirat_Kaukaski_EN_EX.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

FCO (UK Foreign and Commonwealth Office),

Human Rights and Democracy Report 2014 – Section XII: Human Rights in Countries of Concern – Russia (Bericht über Menschenrechte und Demokratie 2014 – Abschnitt XII: Menschenrechte in problematischen Ländern – Russland), 12. März 2015 (http://www.ecoi.net/local_link/298548/421029_en.html), aufgerufen am 24. November 2016.

Human Rights and Democracy Report 2015 – Human Rights Priority Country update report: January to June 2016 – Russian Federation (Bericht über Menschenrechte und Demokratie 2015 – Aktualisierter Bericht über die Menschenrechte in prioritären Ländern: Januar bis Juni 2016 – Russische Föderation), 21. Juli 2016 (<https://www.gov.uk/government/publications/russia-human-rights-priority-country/human-rights-priority-country-update-report-january-to-june-2016>), aufgerufen am 24. November 2016.

FIDH (Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme), *Russian Federation: Members of the Joint Mobile Group and journalists attacked in Ingushetia* (Russische Föderation: Mitglieder der Gemeinsamen Mobilien Gruppe und Journalisten in Inguschetien angegriffen), 14. März 2016 (<https://www.fidh.org/en/issues/human-rights-defenders/russian-federation-members-of-the-joint-mobile-group-and-journalists>), aufgerufen am 30. November 2016.

FIDH (Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme) and ADC Memorial (Anti-Discrimination Centre Memorial), *Roma, Migrants, Activists: Victims of Police Abuse. A report submitted within the framework of the review of the 5th periodic report submitted by the Russian Federation to the Committee Against Torture for its 49th session* (Roma, Migranten, Aktivisten: Opfer polizeilicher Übergriffe. Bericht im Rahmen der Prüfung des 5. regelmäßigen Berichts der Russischen Föderation an den Ausschuss gegen Folter während seiner 49. Tagung), 2012 (http://www.ecoi.net/file_upload/1930_1354112572_fidh-russianfederation-cat49.pdf), aufgerufen am 24. November 2016.

Finkel, E., *Defending Rights, Promoting Democracy: The Institution of Ombudsman in Poland, Russia and Bulgaria* (Verteidigung von Rechten, Förderung der Demokratie: Die Institution des Ombudsmans in Polen, Russland und Bulgarien), 2006 (<http://www.ef.huji.ac.il/publications/finkel.pdf>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Finnish Immigration Service, *Current situation of sexual and gender minorities in Russia* (Aktuelle Lage von sexuellen und Gender-Minderheiten in Russland), 10. April 2015 (http://www.migri.fi/download/60336_Suuntaus-raportti_LGBT_VenajallaEN-FINAL.pdf?5b0eea6266acd288), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Finnish Institute of International Affairs, *Zugzwang in slow motion? – The implications of Russia's system-level crisis* (Zugzwang in Zeitlupe? – Die Implikationen von Russlands Systemkrise), Dezember 2015 (http://www.fia.fi/assets/publications/analysis6_Zugzwang_In_Slow_Motion.pdf), aufgerufen am 23. November 2016.

Foreign Policy Centre (The), *No shelter: The harassment of activists abroad by intelligence services from the former Soviet Union* (Keine Zuflucht: Die Drangsalierung von Aktivisten im Ausland durch Nachrichtendienste der früheren Sowjetunion), 2016, pp. 10, 16-19 (<http://fpc.org.uk/fsblob/1786.pdf>), aufgerufen am 7. Februar 2017.

France 24, *10 years on, Anna Politkovskaya murder still unsolved* (Mord an Anna Politkovskaja nach zehn Jahren noch immer ungeklärt), 7. Oktober 2016 (<http://www.france24.com/en/20161007-10-years-anna-politkovskaya-murder-still-unsolved>), aufgerufen am 30. November 2016.

Freedom House,

Freedom in the World 2014 – Russia (Freiheit in der Welt 2014 – Russland), 23. Januar 2014 (<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2014/russia>), aufgerufen am 30. November 2016.

Freedom in the World 2016 – Russia (Freiheit in der Welt 2016 – Russland), 27. Januar 2016 (https://www.ecoi.net/local_link/320151/459381_de.html), aufgerufen am 29. November 2016.

Nations in Transit 2016 – Russia (Nationen im Übergang 2016 – Russland), 12. April 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/325011/451195_en.html), aufgerufen am 23. November 2016.

FSSS (Federal State Statistics Service), *Recorded Crimes* (Erfasste Straftaten), 2016 (http://www.gks.ru/bgd/regl/b16_12/IssWWW.exe/stg/d01/12-01.doc), aufgerufen am 29. November 2016.

Galeotti, M.,

Goodbye, Bastrykin?, 15. September 2016, (abrufbar unter openDemocracy) (<https://www.opendemocracy.net/od-russia/mark-galeotti/goodbye-bastrykin>), aufgerufen am 29. November 2016.

Is Russia Really The World's Most Heavily Policed State? No. (Ist Russland wirklich das Land mit der größten Polizei) Nein., veröffentlicht in: *In Moscow's Shadows*, 12. Oktober 2013 (<https://inmoscowsshadows.wordpress.com/2013/10/12/is-russia-really-the-worlds-most-heavily-policed-state-no/>), aufgerufen am 24. November 2016.

Purges, power and purpose: Medvedev's 2011 police reforms, (Säuberungen, Macht und Zweck: Medwedjews Polizeireformen von 2011), in: *The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies*, Issue 13, 2012 (<http://pipss.revues.org/3960>), aufgerufen am 23. November 2016.

The Investigations Committee – not so much Russia's FBI, more a Kremlin watchdog (Das Untersuchungskomitee – nicht so sehr Russlands FBI, sondern eher ein Wachhund des Kremls), veröffentlicht in: *In Moscow's Shadows*, 5. Oktober 2010 (<https://inmoscowsshadows.wordpress.com/2010/10/05/the-investigations-committee-not-so-much-russias-fbi-more-a-kremlin-watchdog/>), aufgerufen am 29. November 2016.

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit,

Putin's New National Guard (Putins neue Nationalgarde), SWP Comments 41, (Klein, M.), September 2016 (http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2016C41_kle.pdf), aufgerufen am 23. November 2016.

Russlands inneres Ausland. Der Nordkaukasus als Notstandszone am Rande Europas, SWP Studie, (Halbach, U.), Oktober 2010 (https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S27_hlb_ks.pdf), aufgerufen am 30. November 2016

Gladarev, B., *Russian Police before the 2010-2011 Reform: A Police Officer's Perspective (Die russische Polizei vor der Reform von 2010-2011: Aus dem Blickwinkel eines Polizisten)*, in: *The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies*, Issue 13, 2012 (<http://pipss.revues.org/3978>), aufgerufen am 23. November 2016.

Global Integrity, *Global Integrity Report 2010: Russian Federation (Global Integrity Bericht 2010: Russische Föderation)*, 2010 (<https://www.globalintegrity.org/research/reports/global-integrity-report/global-integrity-report-2010/gir-scorecard-2010-russian-federation/>), aufgerufen am 25. November 2016.

Goble, P., *New Regional Policy Draft Pushing Russia Toward Hyper-Centralized 'Post-Federalism,' Shtepa Says* (Entwurf für neue Regionalpolitik drängt Russland in einen übermäßig zentralisierten Postföderalismus, sagt Shtepa), 1. Juni 2015 (<http://www.interpretermag.com/new-regional-policy-draft-pushing-russia-toward-hyper-centralized-post-federalism-shtepa-says/>), aufgerufen am 23. November 2016.

Regierung der Russischen Föderation,

About the Government – Senior Russian Government Officials (Über die Regierung – Höhere Beamte der russischen Regierung), n.d. (<http://government.ru/en/gov/persons/>), aufgerufen am 23. November 2016.

About the Government – Ministry of Justice of the Russian Federation (Über die Regierung – Das Justizministerium der Russischen Föderation), n.d. (<http://government.ru/en/department/99/events/>), aufgerufen am 23. November 2016.

About the Government – Ministries and Agencies (Über die Regierung – Ministerien und Agenturen), letzte Aktualisierung 5. April 2016 (<http://government.ru/en/ministries/>), aufgerufen am 23. November 2016.

Gradskova, Y., *Regional Ombudsmen, Human Rights and Women – Gender Aspects of the Social and Legal Transformation in North-West Russia (Regionale Ombudsleute, Menschenrechte und Frauen – Gender-Aspekte des sozialen und rechtlichen Wandels in Nordwestrussland)*, in: *The Soviet and Post-Soviet Review* 39, 2012, pp. 84-109 (http://booksandjournals.brillonline.com/docserver/18763324/39/1/10751262_v39n1_s5.pdf?expires=1480619350&id=id&acname=guest&checksum=3C1E1EE0C6FEA2DE3CD73A044BA9DC9C), aufgerufen am 29. November 2016.

Guardian,

Chechen leader's show of strength muddies loyalty to Putin (Machtdemonstration der tsetschenischen Führung trübt Loyalität zu Putin), 3. Juni 2015 (<https://www.theguardian.com/world/2015/jun/03/chechen-leaders-show-of-strength-muddies-loyalty-to-putin>), aufgerufen am 29. November 2016.

Russia's anti-Putin protests grow (Protestbewegung gegen Putin in Russland wächst), 7. Dezember 2011 (<https://www.theguardian.com/world/2011/dec/07/russia-anti-putin-protest-grow>), aufgerufen am 23. November 2016.

GUMV (Generaldirektion für Migrationsangelegenheiten), offizielle Website, n.d. (https://xn--b1aew.xn--p1ai/mvd/structure1/Glavnie_upravljenija/guvv), aufgerufen am 10. Januar 2017.

Oberhaupt und Regierung der Tschetschenischen Republik, offizielles Website, n.d. (<http://chechnya.gov.ru/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Hendley, K., *Too Much of a Good Thing? Assessing Access to Civil Justice in Russia* (Des Guten zu viel? Einschätzung des Zugangs zur Ziviljustiz in Russland), 19. September 2012 (<http://www.edgs.northwestern.edu/wp-content/uploads/2013/07/Hendley-Paper.pdf>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Menschenrechtsbeauftragter in der Russischen Föderation,

About the Council (Über den Rat), n.d. (http://eng.ombudsmanrf.org/ombudsman/content/about_the_council), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Annual Report 2015 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation (Jahresbericht 2015 des Menschenrechtsbeauftragten in der Russischen Föderation), 22. März 2016 (http://eng.ombudsmanrf.org/www/upload/files/Report_2015_Sample.pdf), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Annual Report 2014 of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation (Jahresbericht 2014 des Menschenrechtsbeauftragten in der Russischen Föderation), 6. Mai 2015 (http://eng.ombudsmanrf.org/www/upload/files/doklad_eng_2014.pdf), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Biography Tatiana Moskalkova, n.d. (<http://eng.ombudsmanrf.org/ombudsman/content/biography>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Confidence in institute of human rights commissioner significantly increased (Deutlich gestiegenes Vertrauen in die Institution des Menschenrechtsbeauftragten), 12. Februar 2015 (http://eng.ombudsmanrf.org/events/news/regional_news/view/confidence_in_institute_of_human_rights_commissioner_significantly_increased), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Coordination Council of Commissioners for Human Rights in North Caucasian Federal District adopted resolution at meeting in Dagestan (Koordinierungsrat der Menschenrechtsbeauftragten im Föderationskreis Nordkaukasus verabschiedete Resolution bei Tagung in Dagestan), 24. November 2016 (http://eng.ombudsmanrf.org/events/news/news_of_the_commissioner/view/coordination_council_of_commissioners_for_human_rights_in_north_caucasian_federal_district_adopted_resolution_at_meeting_in_dagestan), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Expert Council (Expertenrat), n.d. (http://eng.ombudsmanrf.org/ombudsman/content/expert_council), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Frequently Asked Questions (Häufig gestellte Fragen), n.d. (<http://eng.ombudsmanrf.org/ombudsman/faq>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

History (Geschichte), n.d. (<http://eng.ombudsmanrf.org/ombudsman/content/history>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

How to apply? (Wie kann man sich bewerben?) (Как обратиться?), n.d. (<http://ombudsmanrf.org/contact/content/cases>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Information about income, expenses, assets and liabilities of material nature (Angaben zu Einkommen, Ausgaben, Vermögen und Schulden materieller Art), n.d. (<http://ombudsmanrf.org/ombudsman/content/income>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Law on human rights commissioner adopted by State Duma (Gesetz über den Menschenrechtsbeauftragten von der Staatsduma angenommen), 27. März 2015 (http://eng.ombudsmanrf.org/events/news/news_of_the_commissioner/view/law_on_human_rights_commissioner_adopted_by_state_duma), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Meeting of Human Rights Commissioners Coordination Council devoted to interaction between authorities and public institutions (Interaktion zwischen Behörden und öffentlichen Einrichtungen Thema der Tagung des Koordinierungsrats der Menschenrechtsbeauftragten), 17. Juni 2016 (http://eng.ombudsmanrf.org/events/news/news_of_the_commissioner/view/meeting_of_human_rights_commissioners_coordination_council_devoted_to_interaction_between_authorities_and_public_institutions), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Procedures for entry into the civil service (Verfahren für den Eintritt in den öffentlichen Dienst) (Порядок поступления граждан на государственную службу), n.d. (http://ombudsmanrf.org/ombudsman/content/join_service), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Regional commissioners for human rights (Regionale Menschenrechtsbeauftragte), n.d. (<http://eng.ombudsmanrf.org/russia/ombudsmans>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Structure of the Office of the High Commissioner for Human Rights in the Russian Federation (Struktur des Büros des Menschenrechtsbeauftragten in der Russischen Föderation), n.d. (<http://eng.ombudsmanrf.org/ombudsman/apparat>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

The requirements for a complaint (Anforderungen an eine Beschwerde) (Требования к жалобе), n.d. (http://ombudsmanrf.org/contact/content/kakie_trebovaniya_predjavljajutsja_k_zhalobe_upolnomochennomu_po_pravam_cheloveka_v_rossijskoj_federacii), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

HRW (Human Rights Watch)

A Slap is Only the Start (Ein Klaps ist nur der Anfang), 14. Februar 2017 (<https://www.hrw.org/news/2017/02/14/slap-only-start>), aufgerufen am 14. Februar 2017.

Dispatches: Will Russia Protect A Child Bride? (Meldungen: Wird Russland eine Kinderbraut schützen?), 13. Mai 2015 (<https://www.hrw.org/news/2015/05/13/dispatches-will-russia-protect-child-bride>), aufgerufen am 30. November 2016.

Dispatches: Presumed Gay and Paying for it with Your Life in Russia (Meldungen: Als schwul gelten und dafür in Russland mit seinem Leben bezahlen), 13. April 2016 (<https://www.hrw.org/news/2016/04/13/dispatches-presumed-gay-and-paying-it-your-life-russia>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Human Rights Violations in Russia's North Caucasus (Menschenrechtsverletzungen im russischen Nordkaukasus), 28. Januar 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/318631/443861_en.html), aufgerufen am 30. November 2016.

License to Harm. Violence and Harassment against LGBT People and Activists in Russia (Lizenz zum Leidzufügen. Gewalt und Schikanen gegen LGBT und LGBT-Aktivistinnen in Russland), 15. Dezember 2014 (https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/russia1214_ForUpload.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Like Walking a Minefield“; Vicious Crackdown on Critics in Russia's Chechen Republic (Als ob man durch ein Minenfeld läuft, Grausames Vorgehen gegen Kritiker in Russlands Tschetschenischer Republik), 30. August 2016 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1472803628_chechnya0816-1.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Russia: Court Rules Against LGBT Activist (Russland: Gericht entscheidet gegen LGBT-Aktivistinnen), 3. Februar 2016 (<https://www.hrw.org/news/2016/02/03/russia-court-rules-against-lgbt-activist>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Russia – Domestic Violence Victims Need Legal Protection (Russland – Opfer häuslicher Gewalt bedürfen gesetzlichen Schutzes), 28. Juli 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/327850/455012_en.html), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

World Report 2011 (Weltbericht 2011), 24. Januar 2011 (http://www.ecoi.net/local_link/153277/254877_en.html), aufgerufen am 23. November 2016.

HSS (Hanns-Seidel-Stiftung), *Berichte aus dem Ausland – Politischer Bericht aus der Russischen Föderation* – Nr. 17/2016, 6. Oktober 2016 (http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/161006__PB_Moskau_Dumawahlen_2016.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Huntley, S. S., *Russia's compliance with ECHR judgments (Russlands Befolgung von Urteilen des EGMR)*, published on: *ECHR and Promotion of the Rule of Law in Russia*, 5. September 2011 (<http://echrussia.blogspot.co.at/2011/09/russias-compliance-with-echr-judgments.html>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

ICC (Internationaler Koordinierungsausschuss der nationalen Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte),

ICC, Chart of the Status of National Institutions. Accreditation status as of 5 August 2016 (ICC, Darstellung des Status nationaler Institutionen. Akkreditierungsstatus per 5. August 2016), 5. August 2016 (<http://nhri.ohchr.org/EN/Documents/Status%20Accreditation%20Chart.pdf>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

ICC Sub-Committee on Accreditation (SCA) (ICC Unterausschuss für Akkreditierung), n.d. (<http://nhri.ohchr.org/EN/AboutUs/ICCAccreditation/Pages/default.aspx>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Report and Recommendations of the Session of the Sub-Committee on Accreditation (SCA) Geneva, 27-31 October 2014 (Bericht und Empfehlungen der Tagung des Unterausschusses für Akkreditierung (SCA), Genf, 27. bis 31. Oktober 2014), Oktober 2014 (<http://nhri.ohchr.org/EN/AboutUs/ICCAccreditation/Documents/SCA%20OCTOBER%202014%20FINAL%20REPORT%20-%20ENGLISH.pdf>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

ICG (International Crisis Group)

Chechnya: The Inner Abroad (Tschetschenien: Russlands inneres Ausland), 30. Juni 2015 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1435827871_236-chechnya-the-inner-abroad.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

North Caucasus: The Challenges of Integration (IV): Economic and Social Imperatives (Der Nordkaukasus: Die Herausforderungen der Integration (IV): Wirtschaftliche und soziale Zwänge), 7. Juli 2015 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1436432304_237-north-caucasus-the-challenges-of-integration-iv-economic-and-social-imperatives.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

The North Caucasus: The Challenges of Integration (I), Ethnicity and Conflict (Der Nordkaukasus: Die Herausforderungen der Integration (I), Ethnizität und Konflikt), 19. Oktober 2012 (http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1350913897_220-the-north-caucasus-the-challenges-of-integration-i-ethnicity-and-conflict.pdf), aufgerufen am 24. November 2016.

The North Caucasus: The Challenges of Integration (III), Governance, Elections, Rule of Law (Der Nordkaukasus: Die Herausforderungen der Integration (III): Staatsführung, Wahlen, Rechtsstaatlichkeit), 6. September 2013 (http://www.ecoi.net/file_upload/1002_1379094096_the-north-caucasus-the-challenges-of-integration-iii-226-the-north-caucasus-the-challenges-of-integration-iii-governance-elections-rule-of-law.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Women in the North Caucasus Conflicts: An Under-reported Plight (Frauen in den Konflikten im Nordkaukasus: Ein Leid, von dem zu wenig gesprochen wird), 9. Juni 2016 (<http://blog.crisisgroup.org/europe-central-asia/2016/06/09/women-in-the-north-caucasus-conflicts-an-under-reported-plight/>), aufgerufen am 13. Februar 2017.

ICJ (Internationale Juristenkommission),

Appointing the judges: Procedures for selection of Judges in the Russian Federation (Ernennung der Richter: Verfahren für die Auswahl von Richtern in der Russischen Föderation), 2014 (<http://icj.wpengine.netdna-cdn.com/wp-content/uploads/2014/11/RUSSIA-Selecting-the-judges-Publications-Reports-2014-Eng.pdf>), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

Recommendations on the Draft Federal Law introducing certain amendments to the procedure of selection of judges (Draft Law No. 314591-6) (Empfehlungen zu dem Entwurf eines Föderationsgesetzes mit gewissen Änderungen am Auswahlverfahren für Richter (Gesetzesentwurf Nr. 314591-6)), 14. April 2015 (<http://icj2.wpengine.com/wp-content/uploads/2015/04/Russia-Comment-on-Draft-Federal-Law-No-3145591-Advocacy-Legal-submission-2015-ENG.pdf>), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

Russian Federation – Country Profile prepared by the ICJ Centre for the Independence of Judges and Lawyers (Russische Föderation – Länderprofil, erstellt vom ICJ-Zentrum für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten), 6. Juni 2014 (<http://icj.wpengine.netdna-cdn.com/wp-content/uploads/2014/06/CIJL-Country-Profile-Russian-Federation-June-2014.pdf>), aufgerufen am 29. November 2016.

Russian Federation: Appointment and promotion of judges; Security of tenure (Russische Föderation: Ernennung und Beförderung von Richtern; Sicherheit für die Amtszeit), 16. Juni 2014 (<http://www.icj.org/cijlcountryprofiles/russian-federation/russian-federation-judges/russian-federation-appointment-and-promotion-of-judges-security-of-tenure/>), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

Russian Federation: Court structure (Russische Föderation: Aufbau des Gerichtswesens), 16. Juni 2014 (<http://www.icj.org/cijlcountryprofiles/russian-federation/russian-federation-introduction/russian-federation-court-structure/>), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

Russian Federation: Independence and impartiality; Judicial integrity and accountability (Russische Föderation: Unabhängigkeit und Unparteilichkeit; Integrität und Rechenschaftspflicht der Gerichte), 16. Juni 2014 (<http://www.icj.org/cijlcountryprofiles/russian-federation/russian-federation-judges/russian-federation-independence-and-impartiality-judicial-integrity-and-accountability-2/>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Russian Federation: judges in Chechnya must be protected from pressure (Russische Föderation: Richter in Tschetschenien müssen vor Druck geschützt werden), 12. Mai 2016 (<http://www.icj.org/russian-federation-judges-in-chechnya-must-be-protected-from-pressure/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Russian Federation: Legal tradition (Russische Föderation: Rechtstradition), 16. Juni 2014 (<http://www.icj.org/cijcountryprofiles/russian-federation/russian-federation-introduction/russian-federation-legal-tradition/>), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

Securing justice: the disciplinary system for judges in the Russian federation (Sicherung der Justiz: das Disziplinarsystem für Richter in der Russischen Föderation), Dezember 2012 (<http://icj.wpengine.netdna-cdn.com/wp-content/uploads/2012/12/MISSION-RUSSIA-REPORT.pdf>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Submission to the Human Rights Committee in advance of the examination of the Russian Federation's seventh periodic report under Article 40 of the International Covenant on Civil and Political Rights (Vorlage beim Menschenrechtsausschuss im Vorfeld der Prüfung des siebten regelmäßigen Berichts der Russischen Föderation gemäß Artikel 40 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte), Februar 2015 (http://www.ecoi.net/file_upload/3230_1443169834_int-ccpr-css-rus-19604-e.pdf), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

Independent, *Domestic violence reports soar in Russian city following partial decriminalization* (Anzeigen wegen häuslicher Gewalt schnellen in russischer Stadt nach teilweiser Entkriminalisierung in die Höhe), 11. Februar 2017 (<http://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/domestic-violence-russia-yeketerinburg-reports-increase-following-partial-decriminalisation-law-a7575421.html>), aufgerufen am 13. Februar 2017.

Institute for the Study of Conflict, *Ideology and Policy, Jury trials in Modern Russia* (Ideologie und Politik, Schwurgerichtsprozesse im modernen Russland), 28. Januar 2010 (<https://web.archive.org/web/20150918040912/http://www.bu.edu/phpbin/news-cms/news/?dept=732&id=55374>) (abrufbar auf archive.org), aufgerufen am 30. November 2016.

Interfax,

Markin says Russia may create unified investigative body in foreseeable future (Laut Markin schafft Russland möglicherweise in absehbarer Zukunft eine einheitliche Ermittlungsbehörde), 13. Mai 2016 (<http://www.interfax.com/newsinf.asp?y=2016&m=5&d=7&id=673018>), aufgerufen am 29. November 2016.

Single investigative body in Russia not to provide efficient of entire investigative process – Bastrykin (Part 2) (Einheitliche Ermittlungsbehörde in Russland dürfte den Ermittlungsprozess nicht wirksamer gestalten – Bastrykin (Teil 2)), 19. Mai 2016, (abrufbar bei Factiva).

Interpreter (The), *Assassination Attempt on Kadyrov Revealed As He Sparks New Scandal with Call to Execute Drug Addicts* (Mordversuch an Kadyrow enthüllt, als er neuen Skandal mit Aufforderung zur Hinrichtung von Drogenabhängigen auslöst), 3. Oktober 2016 (<http://www.interpretermag.com/russia-update-october-3-2016/>), aufgerufen am 30. November 2016.

IOM (Internationale Organisation für Migration), *Länderinformationsblatt Russland/Russische Föderation*, Juni 2014 (http://www.bamf.de/SharedDocs/MILo-DB/DE/Rueckkehrfoerderung/Laenderinformationen/Informationsblaetter/cfs_russland-dl_de.pdf?__blob=publicationFile), aufgerufen am 30. November 2016.

IRB (Kanadischer Ausschuss für Einwanderung und Flüchtlingsangelegenheiten), *Russia: Domestic violence; recourse and protection available to victims of domestic violence; support services and availability of shelters (2010-2013) [RUS104604.E]* (Russland: häusliche Gewalt; Zuflucht und Schutz für Opfer häuslicher Gewalt; Unterstützungsdienste und Verfügbarkeit von Anlaufstellen) (2010-2013) [RUS104604.E]), 15. November 2013 (http://www.ecoi.net/local_link/264540/378302_en.html), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

IRL (Institut für Rechtsstaatlichkeit), *Path of criminal cases in official statistics, by the example of general data of the law enforcement agencies* (Der Weg von Kriminalfällen in amtlichen Statistiken, am Beispiel allgemeiner Daten der Strafverfolgungsbehörden) (Траектория уголовного дела в официальной статистике, на примере обобщенных данных правоохранительных органов), 26. Februar 2014 (http://www.enforce.spb.ru/images/Issledovanya/2014/IRL_2014.04_MShklyaruk_Trajectory-of-Criminal-Case.pdf), aufgerufen am 29. November 2016.

IRL (Institut für Rechtsstaatlichkeit) und KGI (Bürgerinitiativenausschuss),

Investigation officer in clear terms (Ermittlungsbeamter – In aller Klarheit), 2016 (http://www.enforce.spb.ru/images/infographics/investigator_english_curves_new.pdf), aufgerufen am 29. November 2016.

Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One, Chapters 1, 2, 3 (Strafverfolgung in Russland: Struktur, Funktionsweise, Reformmöglichkeiten. Teil Eins, Kapitel 1, 2, 3) (Правоохранительная деятельность в России: структура, функционирование, пути реформирования. Часть Первая, Главы 1,2,3), Oktober 2012 (http://komitetgi.ru/upload/uploaded_files/irl_4_pravookhrana_4%20kudrin_part_1_fin.pdf), aufgerufen am 28. November 2016.

Law enforcement in Russia: structure, functioning, ways of reforming. Part One and Two. Summary (Strafverfolgung in Russland: Struktur, Funktionsweise, Reformmöglichkeiten. Teil Eins und Zwei. Zusammenfassung) (Правоохранительная деятельность в России: структура, функционирование, пути реформирования. Часть 1 и 2. Сокращенное изложение), 2013 (http://www.enforce.spb.ru/images/Issledovanya/Diagnostika_Summary_KT_11.13.pdf), aufgerufen am 29. November 2016.

Police department in clear terms (Polizeistation – In aller Klarheit), 2016 (http://www.enforce.spb.ru/images/infographics/otdelenie_english.pdf), aufgerufen am 24. November 2016.

Police detective in clear terms (Kriminalbeamter – In aller Klarheit), 2016 (http://www.enforce.spb.ru/images/infographics/oper_english_texts_new.pdf), aufgerufen am 24. November 2016.

Russian Investigator – 12 empirical facts (Russischer Ermittler – 12 empirische Fakten) (Российский следователь: 12 эмпирических фактов), 15. Juni 2015 (http://enforce.spb.ru/images/Products/analit_review_sledovately_KGI_IRL_2015_online.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Islam.ru, *Chechen Muftiyat resolved three thousand family conflicts* (Tschetschenisches Muftiyat legte dreitausend Familienkonflikte bei), 19. September 2013 (<http://www.islam.ru/en/content/news/chechen-muftiyat-resolved-three-thousand-family-conflicts>), aufgerufen am 30. November 2016.

Iswestija,

A unified investigative committee will appear already in autumn (Ein einheitliches Untersuchungskomitee wird es schon im Herbst geben) (Объединенный следственный комитет появится уже осенью), 4. Juli 2014 (<http://izvestia.ru/news/573312>), aufgerufen am 29. November 2016.

Myths and Reality (Mythen und Realität) (Мифы и реальность), 28. Februar 2016 (<http://izvestia.ru/news/605238>), aufgerufen am 29. November 2016.

Jamestown Foundation,

Duma Elections and the Future of Russian Politics After Putin (Duma-Wahlen und die Zukunft der russischen Politik nach Putin), in: Eurasia Daily Monitor, Volume 13, Issue: 150, 19. September 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/329741/457314_en.html), aufgerufen am 23. November 2016.

Non-Chechen Candidates from Moscow Plans to Run for Seats Representing the North Caucasus in Upcoming Parliamentary (Nicht tschetschenische Kandidaten aus Moskau planen, sich bei den kommenden Parlamentswahlen um Sitze für den Nordkaukasus zu bewerben), in: North Caucasus Weekly, Volume 17, Issue 14, 22. Juli 2016 (<https://jamestown.org/program/non-chechen-candidates-from-moscow-plans-to-run-for-seats-representing-the-north-caucasus-in-upcoming-parliamentary-elections-2/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Ramzan Kadyrov Lashes out at Chechens Who Flee Republic (Ramsan Kadyrow keilt gegen Tschetschenen aus, die aus der Republik fliehen), in: Eurasia Daily Monitor, Volume 13, Issue 19, 4. Oktober 2016 (<https://jamestown.org/program/ramzan-kadyrov-lashes-chechens-flee-republic/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Jordan, P. A., *Russia's accession to the Council of Europe and compliance with European Human Rights Norms* (Russlands Beitritt zum Europarat und Einhaltung europäischer Menschenrechtsnormen), in: Demokratizatsiya, Spring 2003, Vol. 11 Issue 2, März 2003 (http://www2.gwu.edu/~ieresgwu/assets/docs/demokratizatsiya%20archive/11-2_Jordan.PDF), aufgerufen am 30. November 2016.

Justizabteilung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation,

Report on the activities of the Judicial department of the Supreme Court of the Russian Federation for the year 2014 (Bericht über die Arbeit der Justizabteilung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation für das Jahr 2014) (Отчет Об Итогах Деятельности Судебного Департамента При Верховном Суде Российской Федерации За 2014 Год), 15. April 2015 (http://www.cdep.ru/userimages/Otchet_o_deyatelnosti_Sudebnogo_departamenta_zh_2014_god.pdf), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

Report on the activities of the Judicial department of the Supreme Court of the Russian Federation for the year 2015 (Bericht über die Arbeit der Justizabteilung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation für das Jahr 2015) (Отчет Об Итогах Деятельности Судебного Департамента При Верховном Суде Российской Федерации За 2015 Год), 29. März 2016 (http://www.cdep.ru/userimages/OTChYoT_2015.pdf), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

KGI (Bürgerinitiativenausschuss), *Who needs the current reform of the law enforcement organs and why all instances will be against* (Wer braucht eigentlich die derzeitige Reform der Strafverfolgungsorgane und warum sind alle Stellen dagegen) (Кому нужна настоящая реформа правоохранительных органов и почему все ведомства будут против), 18. November 2013 (<https://komitetgi.ru/publications/1021/>), aufgerufen am 28. November 2016.

Kokarev, K. P., *Import of human rights institutions and their effectiveness in Post-Soviet States* (Import von Menschenrechtsinstitutionen und ihre Wirksamkeit in postsowjetischen Staaten), 13. Juni 2013 (<https://poseidon01.ssrn.com/delivery.php?ID=431123081119072012118001026110108069016017050081065039090094005091122114086006109022107096017002029127037066000001123088028114060009044029035098080026006088127106029047077003112001090069076123018126091083000026093004009013093126001103083029126100088&EXT=pdf>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Korshunov, I. G., *About problems of the reform of the Prosecutor's oversight today* (Über Probleme der Reform der Aufsicht des Staatsanwalts heute) (О Проблемах Реформирования Прокурорского Надзора В Современный Период), in: Bulletin of the Kemerovo State University No. 4-1 (56), 2013, pp. 293-296 (<http://vestnik.kemsu.ru/jour/article/viewFile/902/897>), aufgerufen am 25. November 2016.

Kucheryavenko, O., Guskov, K. and Walker, M., *Cost of indulgence: Rise in violence and suicides among LGBT youth in Russia* (Kosten der Nachsicht: Zunahme der Gewalt und der Selbstmorde bei jungen LGBT in Russland), in: Health and Human Rights Journal, 18. Dezember 2013 (<https://www.hhrjournal.org/2013/12/cost-of-indulgence-rise-in-violence-and-suicides-among-lgbt-youth-in-russia/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Landinfo, *Chechnya: Family members of persons with connections to the insurgency* (Tschetschenien: Familienangehörige von Personen mit Verbindungen zum Aufstand) (Tsjetsjenia: Familiemedlemmer til personer med tilknytning til opprørsbevegelsen), 4. Oktober 2016 (http://www.ecoi.net/file_upload/1788_1478788225_3432-1.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Lapitskaya, J., *ECHR, Russia, and Chechnya: Two Is Not Company, and Three Is Definitely a Crowd* (EGMR, Russland und Tschetschenien: Zwei sind keine Gesellschaft und drei sind definitiv eine Menge), in: New York University Journal of International Law and Politics, Vol. 43, 2011, pp. 479-547 (<http://nyujilp.org/wp-content/uploads/2013/02/43.2-Lapitskaya.pdf>), aufgerufen am 30. November 2016.

Lapitsky, Yu. A., *Legal and organisational basis for the activities of the Investigative Committee of the Russian Federation* (Rechtliche und organisatorische Grundlagen für die Tätigkeiten des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation) (Организационно-Правовые Основы Деятельности Следственного Комитета Российской Федерации), in: Bulletin of the Ryazan State University No. 3, 2010 ([http://vestnik.rsu.edu.ru/pdf/11_\(28\).pdf](http://vestnik.rsu.edu.ru/pdf/11_(28).pdf)), aufgerufen am 28. November 2016.

Lawtoday.ru, *Legal means of reaction of the prosecutor on established violations of law* (Rechtliche Mittel der Reaktion des Staatsanwalts auf festgestellte Rechtsverstöße) (Правовые средства реагирования прокурора на выявляемые правонарушения), n.d. (<http://lawtoday.ru/razdel/biblo/prok-nadzor/032.php>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Ledeneva, A.,

Russia's Economy of Favours. Blat, Networking and Informal Exchange (Russlands Wirtschaft der Gefälligkeiten. Blat, Vernetzung und informeller Austausch), Cambridge University Press, 1998.

Telephone Justice in Russia: an update (Telefonjustiz in Russland, ein Update), Mai 2011, (http://www.eurussiacentre.org/wp-content/uploads/2008/10/EURC_review_XVIII_ENG.pdf), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Le Huérou, A. and Sieca-Kozłowski, E., „[...] Örtliche Polizisten werden der Gewalt beschuldigt [...], aber Sachbearbeiter haben die Gelegenheit, Gewalttaten zu begehen und dabei straffrei auszugehen“ – Interview mit Ekaterina Khozhdaeva, Associate Professor in Sociology, Kazan State Technical University, geführt in Paris, 3 April 2012, in: *The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies*, Issue 13, 2012 (<http://pipss.revues.org/3932>), aufgerufen am 24. November 2016.

Leszczenko, L., *The Ombudsman institution in post-Soviet countries. Genesis – legal status – development* (Die Institution Ombudsman in postsowjetischen Ländern. Genesis – gesetzlicher Status – Entwicklung), Elipsa, 2011.

Levada-Center,

Corruption in the system of state authorities (Korruption im System staatlicher Behörden) (Коррупция в системе государственной власти), 18. November 2014 (<http://www.levada.ru/2014/11/18/korruptsiya-v-sisteme-gosudarstvennoj-vlasti/>), aufgerufen am 24. November 2016.

Institutional trust (Vertrauen in die Institutionen), 16. Oktober 2015 (<http://www.levada.ru/en/2015/10/16/institutional-trust/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Institutional trust (Vertrauen in die Institutionen) (Институциональное доверие), 13. Oktober 2016 (<http://www.levada.ru/2016/10/13/institutsionalnoe-doverie-2/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Public opinion (Öffentliche Meinung) – 2014, 2015 (<http://www.levada.ru/sites/default/files/om14.pdf>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

The role of social institutes (Die Rolle sozialer Institute) (Роль социальных институтов), 12. Februar 2015 (<http://www.levada.ru/old/12-02-2015/rol-sotsialnykh-institutov/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Trust in the power institutions (Vertrauen in die Institutionen der Macht) (Доверие институтам власти), 13. November 2014 (<http://www.levada.ru/2014/11/13/doverie-institutam-vlasti-3/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Why did they start to like the police in Russia? (Warum mochten sie plötzlich die Polizei in Russland?) (Почему в России полюбили полицию?), 7. November 2014 (<http://www.levada.ru/2014/11/07/pochemu-v-rossii-polyubili-politsiyu/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Lexology, *The Administrative Court Proceedings Code of the Russian Federation is signed into law* (Die Verwaltungsgerichtsordnung in der Russischen Föderation hat den Status eines Gesetzes), 18. März 2015 (<http://www.lexology.com/library/detail.aspx?g=8971ea82-ad78-42bf-9fb2-a851ec23e14a>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Library of Congress, *Introduction to Russia's Legal System* (Einführung in das russische Rechtssystem), 29. April 2016 (<https://www.google.at/search?q=Russia+district+courts+majority+of+cases&oq=Russia+district+courts+majority+of+cases&aqs=chrome..69i57.5519j0j4&sourceid=chrome&ie=UTF-8>), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

Light, M., Prado, M. M. and Wang, Y., *Policing following political and social transitions: Russia, Brazil, and China compared* (Polizeiarbeit nach politischen und sozialen Übergangszeiten: Russland, Brasilien und China im Vergleich), in: *Theoretical Criminology*, Volume 19 (2), 2015, pp. 216-238 (http://scholar.harvard.edu/files/yuhawang/files/light_et_al.pdf?m=1437141959), aufgerufen am 23. November 2016.

Lipman, M. and Petrov, N., *The Future of Domestic Politics* (Die Zukunft innerstaatlicher Politik), in: Issue: Report No. 26, 2016, pp. 15-21 (http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Report_26_Russia_Future_online..pdf), aufgerufen am 23. November 2016.

Loshak, A., *Corruption, complicity, careerism: the hydra of Russian justice* (Korruption, Komplizenschaft, Karrierestreben: die Hydra der russischen Justiz), 18. März 2011 (abrufbar unter openDemocracy), (<https://www.opendemocracy.net/od-russia/andrei-loshak/corruption-complicity-careerism-hydra-of-russian-justice>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Maggs, P., Schwartz, O. and Burnham, W., *Law and Legal System of the Russian Federation* (Recht und Rechtssystem der Russischen Föderation), Juris Publishing, Inc; 14. Januar 2015.

Hauptuntersuchungsabteilung des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation in der Stadt Moskau, *Procedure of consideration of appeals and reception of citizens* (Verfahren der Prüfung von Berufungen und Empfang von Bürgern) (Порядок рассмотрения обращений и приема граждан), n.d. (https://moscow.sledcom.ru/references/Porjadok_rassmotrenija_obrashhenij_i_pri#inf), aufgerufen am 28. November 2016.

McCarthy, L. A.,

Local-level law enforcement: Muscovites and their uchastkovyy (Strafverfolgung auf lokaler Ebene: Moskowiter und ihr uchastkovyy), in: *Post-Soviet Affairs* (2013), 5. Dezember 2013 (<http://people.umass.edu/laurenmc/documents/PSAUchastkovyi.pdf>), aufgerufen am 23. November 2016.

The Day-to-Day Work of the Russian Police (Alltagsarbeit der russischen Polizei), in: *Russian Analytical Digest* No. 151, 30 June 2014, pp. 5-8 (<http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/RAD-151-5-8.pdf>), aufgerufen am 23. November 2016.

Meduza,

Running with Ramzan Meet the most influential people in Russia's Chechen Republic (Laufen mit Ramsan. Treffen Sie die einflussreichsten Leute in der Tschetschenischen Republik Russlands), 2. Februar 2016 (<https://meduza.io/en/feature/2016/02/02/running-with-ramzan>), aufgerufen am 30. November 2016.

The Chechen parliament just decided to dissolve itself (Das tschetschenische Parlament hat gerade seine Selbstauflösung beschlossen), 16. Juni 2016, (<https://meduza.io/en/news/2016/06/16/the-chechen-parliament-just-decided-to-dissolve-itself>), aufgerufen am 30. November 2016.

Medvedev, S., *Aus russischen Blogs: Der Tod des Generals Kolesnikow im Ermittlungsausschuss. Ein Selbstmord?*, in: *Russlandanalysen* Nr. 280, 4. Juli 2014 (<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen280.pdf>), aufgerufen am 29. November 2016.

Memorial,

Chechens in Russia (Tschetschenen in Russland), 2014 (http://memohrc.org/sites/all/themes/memo/templates/pdf.php?pdf=/sites/default/files/chechens_in_russia_eng_1.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Counter-terrorism in the North Caucasus: a human rights perspective. 2014 – first half of 2016 (Terrorismusbekämpfung im Nordkaukasus, betrachtet aus der Menschenrechtsperspektive. 2014 – erstes Halbjahr 2016), 2016, (http://memohrc.org/sites/default/files/doklad_severnyy_kavkaz_-_angl_source.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Ministerie van Buitenlandse Zaken, *Algemeen ambtsbericht Russische Federatie*, Juli 2014 (<https://www.rijksoverheid.nl/binaries/rijksoverheid/documenten/rapporten/2014/08/07/algemeen-ambtsbericht-russische-federatie/lp-v-j-0000006209.pdf>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Außenministerium der Russischen Föderation, *Chechen Republic* (Tschetschenische Republik) (Чеченская Республика), 15. November 2016 (http://www.mid.ru/ru/maps/ru/ru-ce/-/asset_publisher/DF9VGJcRBlyK/content/id/675374), aufgerufen am 30. November 2016.

Innenministerium der Russischen Föderation,

Minister (Minister), n.d. (<https://en.mvd.ru/Ministry/Minister>), aufgerufen am 23. November 2016.

Structure (Struktur), n.d. (<https://en.mvd.ru/structure/Structure>), aufgerufen am 23. November 2016.

Moscow Times (The),

Chechen Police Chief Marries Teen Bride Amid Mounting Scandal (Tschetschenischer Polizeichef heiratet Braut im Teenageralter trotz Skandal), 17. Mai 2015 (<https://themoscowtimes.com/articles/chechen-police-chief-marries-teen-bride-amid-mounting-scandal-46618>), aufgerufen am 7. Februar 2017.

„If He Beats You, It Means He Loves You“ (Wenn er Dich schlägt, heißt das, dass er Dich liebt), 15. August 2016 (<https://themoscowtimes.com/articles/if-he-beats-you-it-means-he-loves-you-54866>), aufgerufen am 7. Februar 2017.

Kadyrov Authorizes His Police to Shoot Officers From Other Parts of Russia (Kadyrow erlaubt seiner Polizei, auf Polizisten aus anderen Teilen Russlands zu schießen), 23. April 2015 (<https://themoscowtimes.com/articles/kadyrov-authorizes-his-police-to-shoot-officers-from-other-parts-of-russia-46061>), aufgerufen am 30. November 2016.

Police Tests Over, Only 21 Generals Flunk Out (Polizeitests vorbei, nur 21 Generäle durchgefallen), 1. August 2011 (<https://themoscowtimes.com/news/police-tests-over-only-21-generals-flunk-out-8626>), aufgerufen am 25. November 2016.

Russians' Average Salary On Par With Kazakhstan (Russischer Durchschnittslohn auf einer Stufe mit Kasachstan), 24. Mai 2016 (<https://themoscowtimes.com/articles/russians-average-salary-on-par-with-kazakhstan-52985>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Russians Distrustful of Judicial System, Poll Says (Umfrage: Russen misstrauen dem Justizsystem), 31. Juli 2013 (<http://www.themoscowtimes.com/news/article/russians-distrustful-of-judicial-system-poll-says/483933.html>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Russians Require Minimum Monthly Income of \$350, Poll Shows (Umfrage: Russen verlangen ein monatliches Mindesteinkommen von 350 \$), 12. August 2015 (<https://themoscowtimes.com/articles/russians-require-minimum-monthly-income-of-350-poll-shows-48915>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Top Chechen Politician Tried to Beat Justice Official, Into Resigning' – Reports (Tschetschenischer Spitzenpolitiker versuchte, einen Justizangehörigen so einzuschüchtern, dass er zurücktrat – Berichte), 7. Oktober 2016 (<https://themoscowtimes.com/news/top-chechen-politician-tried-to-beat-justice-official-into-resigning-reports-55654>), aufgerufen am 30. November 2016.

Untersuchungsdirektion der Region Murmansk des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation, *Consideration of appeals and reception of citizens* (Prüfung von Berufungen und Empfang von Bürgern), n.d. (<http://murmansk.sledcom.ru/references/order/item/874448/>), aufgerufen am 28. November 2016.

Nikova, I. I., *Constitutional and legal status of the organs of the prosecutor and their actions in the sphere of the protection of human rights and citizens* (Verfassungsrechtlicher und rechtlicher Status der Organe der Staatsanwaltschaft und ihrer Maßnahmen im Bereich des Schutzes von Menschenrechten und Bürgern) (Конституционно-правовой статус органов прокуратуры и их деятельность в сфере защиты прав человека и гражданина), in: Pravosashchitnik, No. 3/2014, 2014 (<http://pravozashitnik.net/ru/2014/3/7>), aufgerufen am 29. November 2016.

Novaya Gazeta, *The curse on Ichkeria. A report of Novaya Gazeta* (Der Fluch auf Itschkerien. Ein Bericht der Nowaja Gasete) (Проклятие Ичкерии. Доклад «Новой газеты»), 3. Oktober 2016 (<https://www.novayagazeta.ru/articles/2016/10/03/70025-proklyatie-ichkerii-doklad-novoy-gazety>), aufgerufen am 30. November 2016.

NYT (New York Times, The),

Chechen Leader's Advice on Women: Lock Them In (Rat der tschetschenischen Führung zur Behandlung von Frauen: Sperrt sie ein!), 20. Mai 2015 (https://www.nytimes.com/2015/05/21/world/europe/chechen-leaders-advice-on-women-lock-them-in.html?ref=world&_r=1), aufgerufen am 7. Februar 2017.

Putin Parties Show Strength in Russian Parliament Elections (Putins Partei zeigt Stärke bei den russischen Parlamentswahlen), 18. September 2016 (http://www.nytimes.com/2016/09/19/world/europe/pro-putin-parties-show-strength-in-russian-parliament-elections.html?_r=0), aufgerufen am 23. November 2016.

Russia Moves to Soften Domestic Violence Law (Russland tendiert zu weicherem Gesetz über häusliche Gewalt), 25. Januar 2017 (<https://www.nytimes.com/2017/01/25/world/europe/russia-domestic-violence.html>), aufgerufen am 14. Februar 2017.

Russia's New Human Rights Ombudsman Is Former Police General (Die neue Menschenrechtsbeauftragte Russlands war früher Polizeigeneral), 22. April 2016 (http://www.nytimes.com/2016/04/23/world/europe/russias-new-human-rights-ombudsman-is-former-police-general.html?_r=0%20accessed%20%20November%202016), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

NZZ (Neue Zürcher Zeitung),

Kadyrows unheimlicher Schatten, 4. April 2015 (<http://www.nzz.ch/international/europa/kadyrows-unheimlicher-schatten-1.18515907>), aufgerufen am 30. November 2016.

Tschetschenische Mörder und Hetzer, 27. Februar 2016 (<http://www.nzz.ch/international/europa/tschetschenische-moerder-und-hetzer-1.18702571>), aufgerufen am 30. November 2016.

Official Russia, *Subjects of the Russian Federation* (Subjekte der Russischen Föderation), n.d. (http://www.gov.ru/main/regions/regioni-44_en.html), aufgerufen am 23. November 2016.

OHCHR (Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte), *Paris Principles: 20 years guiding the work of National Human Rights Institutions (Pariser Grundsätze: 20 Jahre Richtschnur für die Arbeit nationaler Menschenrechtsinstitutionen)*, 30. Mai 2013 (<http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/ParisPrinciples20yearsguidingtheworkofNHRI.aspx>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

OSAC (Overseas Security Advisory Council), *Russia 2015 Crime and Safety Report: St. Petersburg* (Russland 2015 Kriminalitäts- und Sicherheitsbericht: St. Petersburg), 29. Juni 2015 (<https://www.osac.gov/pages/ContentReportDetails.aspx?cid=17879>), aufgerufen am 24. November 2016.

OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa),

Russian Federation, State Duma Elections, 18 September 2016: Statement of Preliminary Findings and Conclusions (Russische Föderation, Wahlen zur Staatsduma, 18. September 2016: Erklärung zu ersten Ergebnissen und Schlussfolgerungen), 19. September 2016 (<http://www.osce.org/odihr/elections/russia/265186?download=true>), aufgerufen am 23. November 2016.

Oxford University, Oxford Islamic Studies Online, Sunnah, n.d. (<http://www.oxfordislamicstudies.com/article/opr/t243/e332#>), aufgerufen am 17. Januar 2017.

Paneyakh, E., *Faking performance together: systems of performance evaluation in Russian enforcement agencies and production of bias and privilege* (Gemeinsames Vortäuschen von Leistung: Systeme der Leistungsbeurteilung in russischen Strafverfolgungsbehörden und Entstehen von Verzerrungen und Privilegien), in: *Post-Soviet Affairs*, 30:2-3, 2014, pp. 115-136 (http://www.enforce.spb.ru/images/Staff/2014_Faking_performance_together_EP_en.pdf), aufgerufen am 24. November 2016.

Permanent Committee on Geographical Names, *Administrative divisions of Russia* (Verwaltungseinheiten in Russland), Mai 2015 (https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/433384/Russia-Administrative_Divisions.pdf), aufgerufen am 23. November 2016.

Petrakova, L. V. and Gaag, I. A., *The question of the single investigative committee in the Russian Federation* (Die Frage des einheitlichen Untersuchungsausschusses in der Russischen Föderation) (К вопросу о едином Следственном Комитете в Российской Федерации), in: *Bulletin of the Kemerovo State University*, No 2-2 (62), 2015, pp. 196-199 (<http://vestnik.kemsu.ru/jour/article/viewFile/1384/1377>), aufgerufen am 29. November 2016.

Polit.ru; *Legal threat* (Rechtliche Bedrohung) (Правовая угроза), 22. Juli 2013 (<http://www.polit.ru/article/2013/07/22/letter/>), aufgerufen am 29. November 2016.

Popova, T. Yu., *The Change of power balance of the Prosecutor and the leadership of the investigative organ* (Verändertes Machtgleichgewicht zwischen der Staatsanwaltschaft und der Leitung des Untersuchungsausschusses) (Изменение баланса полномочий прокурора и руководителя следственного органа), in: *Bulletin of the Kemerovo State University* No. 2-2 (62), 2015, pp. 200-203 (<http://vestnik.kemsu.ru/jour/article/viewFile/1385/1378>), aufgerufen am 25. November 2016.

Pozdniakov, M., *The Courts and the Law Enforcement System* (Die Gerichte und das Strafverfolgungssystem), in: *Russian Politics & Law*, 54:2-3, 2016, pp. 164-190 (http://www.enforce.spb.ru/images/Products/in_English/2016_The_Courts_and_the_Law_Enforcement_System.pdf), aufgerufen am 29. November 2016.

Pravo.gov.ru,

Administrative Court Proceedings Code of the Russian Federation of 8 March 2015 No. 21-FZ (Verwaltungsgerichtsordnung der Russischen Föderation vom 8. März 2015 Nr. 21-FZ) (Кодекс административного судопроизводства Российской Федерации от 08.03.2015 N 21-ФЗ), Fassung vom 3. Juli 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102380990>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Code of Administrative Offences of the Russian Federation of 30 December 2001 No. 195-FZ (Gesetzbuch der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten vom 30. Dezember 2001 Nr. 195-FZ) (Кодекс об административных правонарушениях от 30.12.2001 N 195-ФЗ), Fassung vom 6. Juli 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody&nd=102074277>), aufgerufen am 24. November 2016.

Constitution of the Russian Federation (Verfassung der Russischen Föderation) (Конституция Российской Федерации), 12. Dezember 1993, Fassung vom 21. Juli 2014 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102027595>), aufgerufen am 23. November 2016.

Criminal Procedure Code of the Russian Federation of 18 December 2001 No. 174-FZ (Strafprozessordnung der Russischen Föderation vom 18. Dezember 2001 Nr. 174-FZ) (Уголовно-процессуальный кодекс Российской Федерации“ от 18.12.2001 N 174-ФЗ), Fassung vom 6. Juli 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102073942>), aufgerufen am 28. November 2016.

Decree of the President of the Russian Federation No. 38 of 14 January 2011 “Issues concerning the activities of the Investigative Committee of the Russian Federation” (Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 38 vom 14. Januar 2011 „Angelegenheiten betreffend die Tätigkeiten des Untersuchungskomitees der Russischen Föderation) (Указ Президента Российской Федерации от 14.01.2011 г. N 38 “Вопросы деятельности Следственного комитета Российской Федерации”), Fassung vom 31. Dezember 2015 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102144746>), aufgerufen am 29. November 2016.

Decree of the President of the Russian Federation No. 636 of 21 May 2012 “On the Structure of the Federal Organs of the Executive Power” (Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 636 vom 21. Mai 2012 „Über die Struktur der Föderationsorgane der Exekutive“) (Указ Президента РФ от 21.05.2012 N 636 “О структуре федеральных органов исполнительной власти”), Fassung vom 19. Oktober 2016 (http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&link_id=0&nd=102156565&bpa=cd00000&bpas=cd00000&intelsearch=21+%EC%E0%FF+2012+%E3.+N+636+%22%CE+%F1%F2%F0%F3%EA%F2%F3%F0%E5+%F4%E5%E4%E5%F0%E0%EB%FC%ED%FB%F5+++&firstDoc=1), aufgerufen am 23. November 2016.

Federal Constitutional law of 31 December 1996 No. 1-FKZ “On the judicial system of the Russian Federation” (Föderationsgesetz mit Verfassungsrang vom 31. Dezember 1996 Nr. 1-FKZ „Über das Justizsystem der Russischen Föderation“) (Федеральный конституционный закон от 31.12.1996 N 1-ФКЗ “О судебной системе Российской Федерации”), Fassung vom 5. Februar 2014 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102045098&intelsearch=%CE+%F1%F3%E4%E5%E1%ED%EE%E9+%F1%E8%F1%F2%E5%EC%E5+%D0%EE%F1%F1%E8%E9%F1%EA%EE%E9+%D4%E5%E4%E5%F0%E0%F6%E8%E8>), aufgerufen am 23. November 2016.

Federal Constitutional law of 31 December 1996 No. 1-FKZ “On the judicial system of the Russian Federation” (Föderationsgesetz mit Verfassungsrang vom 31. Dezember 1996 Nr. 1-FKZ „Über das Justizsystem der Russischen Föderation“) (Федеральный конституционный закон от Mittwoch, 26. Februar 1997 N 1-ФКЗ “О судебной системе Российской Федерации”), Fassung vom 31. Januar 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102045098&intelsearch=%CE+%F1%F3%E4%E5%E1%ED%EE%E9+%F1%E8%F1%F2%E5%EC%E5+%D0%EE%F1%F1%E8%E9%F1%EA%EE%E9+%D4%E5%E4%E5%F0%E0%F6%E8%E8>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Federal Law of 6 April 2015 No. 76-FZ “On Introducing Amendments to Certain Legislative Acts of the Russian Federation for the Improvement of the Activities of Commissioners for Human Rights” (Föderationsgesetz vom 6. April 2015 Nr. 76-FZ „Über Änderungen bestimmter Gesetze der Russischen Föderation zur Verbesserung der Arbeit von Menschenrechtsbeauftragten“) (Федеральный закон Российской Федерации от 6 апреля 2015 г. N 76-ФЗ “О внесении изменений в отдельные законодательные акты Российской Федерации в целях совершенствования деятельности уполномоченных по правам человека), 6. April 2015 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102370126&intelsearch=6+%E0%EF%F0%E5%EB%FF+2015+%E3.+N+76-%D4%C7>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Federal Law of 7 February 2011 No. 3-FZ “On the Police” (Föderationsgesetz vom 7. Februar 2011 Nr. 3-FZ „Über die Polizei“) (Федеральный закон от 07.02.2011 N 3-ФЗ “О полиции”), Fassung vom 4. Juli 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&prevDoc=102367668&backlink=1&nd=102145133>), aufgerufen am 24. November 2016.

Federal Law of 3 July 2016 No. 326-FZ “On Amendments to Certain Legislative Acts of the Russian Federation in connection with adoption of the Federal Law” On Amendments to the Criminal Code of the Russian Federation and the Criminal Procedure Code of the Russian Federation on the improvement of the grounds and procedure for exemption criminal liability” (Föderationsgesetz vom 3. Juli 2016 Nr. 326-FZ „Über Änderungen bestimmter Gesetze der Russischen Föderation in Verbindung mit der Annahme des Föderationsgesetzes „Über Änderungen am Strafgesetzbuch der Russischen Föderation und der Strafprozessordnung der Russischen Föderation für Verbesserungen der Grundlagen und des Verfahrens bei der Ausnahme von strafrechtlicher Verantwortlichkeit“) (Федеральный закон от 03.07.2016 № 323-ФЗ “О внесении изменений в Уголовный кодекс Российской Федерации и Уголовно-процессуальный кодекс Российской Федерации по вопросам совершенствования оснований и порядка освобождения от уголовной ответственности”), 4. Juli 2016 (<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001201607040117?index=5&rangeSize=1>), aufgerufen am 13. Februar 2017.

Federal Law of 10 June 2008 No. 76-FZ “On Public Monitoring of Human Rights in Places of Detention and on Assistance to Detainees” (Föderationsgesetz vom 10. Juni 2008 Nr. 76-FZ „Über die öffentliche Überwachung von Menschenrechten in Haftanstalten und Hilfe für Inhaftierte“) (Федеральный закон от 10.06.2008 76-ФЗ “Об общественном контроле за обеспечением прав человека в местах принудительного содержания и о содействии лицам, находящимся в местах принудительного содержания), Fassung vom 28. November 2015 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&prevDoc=102152693&backlink=1&&nd=102122551>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Federal Law of 17 January 1992 No. 2202-I “On the Prosecutor’s Office of the Russian Federation” (Föderationsgesetz vom 17. Januar 1992 Nr. 2202-I „Über die Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation“) (Федеральный закон от 17.01.1992 N 2202-I “О прокуратуре Российской Федерации”), Fassung vom 3. Juli 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102014157>), aufgerufen am 25. November 2016.

Federal Law of 20 August 2004 No. 119-FZ “On State Protection of Victims, Witnesses and other Participants in Criminal Proceedings” (Föderationsgesetz vom 20. August 2004 Nr. 119-FZ „Über staatlichen Schutz für Opfer, Zeugen und andere Parteien in Strafverfahren“) (Федеральный закон от 20.08.2004 N 119-ФЗ “О государственной защите потерпевших, свидетелей и иных участников уголовного судопроизводства”), Fassung vom 3. Juli 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102088392&intelsearch=%CE+%E3%EE%F1%F3%E4%E0%F0%F1%F2%E2%E5%ED%ED%EE%E9+%E7%E0%F9%E8%F2%E5+%EF%EE%F2%E5%F0%EF%E5%E2%F8%E8%F5%2C+%F1%E2%E8%E4%E5%F2%E5%EB%E5%E9+%E8+%E8%ED%FB%F5+%F3%F7%E0%F1%F2%ED%E8%EA%EE%E2+%F3%E3%EE%EB%EE%E2%ED%EE%E3%EE+%F1%F3%E4%EE%EF%F0%EE%E8%E7%E2%EE%E4%F1%F2%E2%E0>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Federal Law of 22 December 2008 No. 262-FZ “On Providing Access to Information about the Activities of Courts in the Russian Federation” (Föderationsgesetz vom 22. Dezember 2008 Nr. 262-FZ „Über Zugang zu Informationen über die Tätigkeiten der Gerichte in der Russischen Föderation“) (Федеральный закон от 22.12.2008 N 262-ФЗ “Об обеспечении доступа к информации о деятельности судов в Российской Федерации”), Fassung vom 5. April 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102126522&intelsearch=%D4%E5%E4%E5%F0%E0%EB%FC%ED%FB%E9+%E7%E0%EA%EE%ED+%EE%F2+22+%E4%E5%EA%E0%E1%F0%FF+2008+%E3.+N+262-%D4%7>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Federal Law of 25 December 2008 No. 273-FZ “On Countering Corruption” (Föderationsgesetz vom 25. Dezember 2008 Nr. 273-FZ „Über die Bekämpfung der Korruption“) (Федеральный закон от 25.12.2008 N 273-ФЗ “О противодействии коррупции”), Fassung vom 3. Juli 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102126657&intelsearch=273-%F4%E7>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Federal Law of 27 July 2004 No. 79-FZ “On the State Civil Service in the Russian Federation” (Föderationsgesetz vom 27. Juli 2004 Nr. 79-FZ „Über den staatlichen öffentlichen Dienst in der Russischen Föderation“), Fassung vom 3. Juli 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102088054&intelsearch=%D4%E5%E4%E5%F0%E0%EB%FC%ED%FB%E9+%E7%E0%EA%EE%ED+%D0%EE%F1%F1%E8%E9%F1%EA%EE%E9+%D4%E5%E4%E5%F0%E0%F6%E8%E8+%EE%F2+27+%E8%FE%EB%FF+2004+N+79-%D4%7+%CE+%E3%EE%F1%F3%E4%E0%F0%F1%F2%E2%E5%ED%ED%EE%E9+%E3%F0%E0%E6%E4%E0%ED%F1%EA%EE%E9+%F1%EB%F3%E6%E1%E5+%D0%EE%F1%F1%E8%E9%F1%EA%EE%E9+%D4%E5%E4%E5%F0%E0%F6%E8%E8>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Federal Law of 27 July 2006 No. 152-FZ “On Personal Data” (Föderationsgesetz vom 27. Juli 2006 Nr. 152-FZ „Über personenbezogene Daten“) (Федеральный закон от 27.07.2006 N 152-ФЗ “О персональных данных”), Fassung vom 21. Juli 2014 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102108261>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Federal Law of 28 December 2010 No. 403 FZ “On the the Investigative Committee of the Russian Federation” (Föderationsgesetz vom 28. Dezember 2010 Nr. 403-FZ „Über das Untersuchungskomitee der Russischen Föderation“) (Федеральный закон от 28.12.2010 403-ФЗ “О Следственном комитете Российской Федерации“), Fassung vom 30. Dezember 2015 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&prevDoc=102163183&backlink=1&&nd=102144431>), aufgerufen am 28. November 2016.

Federal Law of 30 November 2011 No. 342-FZ “On the service in the Internal Affairs units of the Russian Federation and on amendments to a number of legislative acts of the Russian Federation” (Föderationsgesetz vom 30. November 2011 Nr. 342-FZ „Über den Dienst in den für innere Angelegenheiten zuständigen Stellen der Russischen Föderation und über Änderungen an einer Reihe von Gesetzen der Russischen Föderation“) (Федеральный закон от 30.11.2011 N 342-ФЗ “О службе в органах внутренних дел Российской Федерации и внесении изменений в отдельные законодательные акты), Fassung vom 3. Juli 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102152616>), aufgerufen am 24. November 2016.

Law of the Russian Federation of 26 June 1992 No. 3132-1 “On the status of Judges in the Russian Federation” (Gesetz der Russischen Föderation vom 26. Juni 1992 Nr. 3132-1 „Über den Status von Richtern in der Russischen Föderation“) (Закон РФ от 26.06.1992 N 3132-1 “О статусе судей в Российской Федерации“), Fassung vom 1. September 2016 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102017065&intelsearch=%C7%C0%CA%CE%CD+%D0%D4+%CE%D2+26.06.1992+N+3132-1%22CE+%D1%D2%0%D2%D3%D1%C5+%D1%D3%C4%C5%9+%C2+%D0%CE%D1%D1%C8%C9%D1%CA%CE%9+%D4%C5%C4%C5%D0%0%D6%C8%C8%22>), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

RSFSR Law of 24 April 1991 No. 1098-I “On the President of the RSFSR” (Gesetz der RSFSR vom 24. April 1991 Nr. 1098-I „Über den Präsidenten der RSFSR“) (Закон РСФСР от 24.04.1991 № 1098-I “О Президенте РСФСР“), 24. April 1991 (<http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&prevDoc=102011229&backlink=1&nd=102011228&rdk=>), aufgerufen am 23. November 2016.

Pravo.ru, *Putin increased the requirements for prosecutors and instructed them to supervise the SKR* (Putin schraubt die Anforderungen an Staatsanwälte hoch und weist sie an, das SKR zu überwachen) (Путин повысил требования к прокурорам и поручил им надзирать за СКР), 23. Dezember 2014 (<http://pravo.ru/news/view/114016/>), aufgerufen am 29. November 2016.

Presidential Library Named after Boris Yeltsin, *RSFSR law ‘On the President of RSFRS’ adopted*, (Gesetz der RSFSR „Über den Präsidenten der RSFSR“ angenommen) 24. April 1991 (<http://www.prlib.ru/en-us/History/Pages/Item.aspx?itemid=505>), aufgerufen am 23. November 2016.

President of Russia, *Security Council meeting* (Sitzung des Sicherheitsrates), 22. September 2016 (<http://en.kremlin.ru/events/president/news/52947>), aufgerufen am 23. November 2016.

PRI (Penal Reform International)

Mechanism for the prevention of torture in nine CIS states: Synthesis Report (Mechanismen für die Verhinderung von Folter in neun GUS-Staaten: Synthesebericht), 2012 (https://cdn.penalreform.org/wp-content/uploads/2013/05/MECHANISMS-FOR-THE-PREVENTION_Full-1.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

National mechanisms for the prevention of torture in Eastern Europe: Belarus, Russia and Ukraine (Nationale Mechanismen für die Verhinderung von Folter in Osteuropa: Belarus, Russland und Ukraine), 2013 (<https://cdn.penalreform.org/wp-content/uploads/2013/06/eastern-europe-torture-v7-web.pdf>), aufgerufen am 25. November 2016.

Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation,

About the state of law and order in 2013 and the work done to strengthen it. Speech at the session of the Council of the Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation (Über den Zustand von Recht und Ordnung im Jahr 2013 und die Arbeit zu seiner Verbesserung. Rede auf der Sitzung des Föderationsrats der Föderationsversammlung der Russischen Föderation) (О состоянии законности и правопорядка в 2013 году и о проделанной работе по их укреплению, Доклад на заседании Совета Федерации Федерального Собрания Российской Федерации), 29. April 2014 (<http://genproc.gov.ru/genprokuror/appearances/document-145875/>), aufgerufen am 29. November 2016.

About the state of law and order in 2014 and the work done to strengthen it. Speech at the session of the Council of the Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation (Über den Zustand von Recht und Ordnung im Jahr 2014 und die Arbeit zu seiner Verbesserung. Rede auf der Sitzung des Föderationsrats der Föderationsversammlung der Russischen Föderation) (О состоянии законности и правопорядка в 2013 году и о проделанной работе по их укреплению, Доклад на заседании Совета Федерации Федерального Собрания Российской Федерации), Mittwoch, 29. April 2015 (<http://genproc.gov.ru/genprokuror/appearances/document-723904/>), aufgerufen am 29. November 2016.

About the state of law and order in 2015 and the work done to strengthen it. Speech at the session of the Council of the Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation (Über den Zustand von Recht und Ordnung im Jahr 2015 und die Arbeit zu seiner Verbesserung. Rede auf der Sitzung des Föderationsrats der Föderationsversammlung der Russischen Föderation) (О состоянии законности и правопорядка в 2013 году и о проделанной работе по их укреплению, Доклад на заседании Совета Федерации Федерального Собрания Российской Федерации), Mittwoch, 27. April 2016 (<http://genproc.gov.ru/genprokuror/appearances/document-723904/>), aufgerufen am 29. November 2016.

Instruction on the procedure of consideration of appeals and reception of citizens at the organs of the prosecutor of the Russian Federation (Anweisung betreffend das Verfahren für die Prüfung von Beschwerden und den Empfang von Bürgern bei den Organen des Staatsanwalts der Russischen Föderation) (Инструкция о порядке рассмотрения обращений и приема граждан в органах прокуратуры Российской Федерации), 30 January 2013, Fassung vom 9. Dezember 2015 (<http://www.genproc.gov.ru/documents/orders/document-14258/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Prosecutor General (Generalstaatsanwalt), n.d. (<http://eng.genproc.gov.ru/management/genprokuror/>), aufgerufen am 25. November 2016.

Statistical data on key performance indicators of the prosecution authorities of the Russian Federation for 2014 (Statistische Daten zu den Leistungskennzahlen der Strafverfolgungsbehörden der Russischen Föderation für 2014) (Статистические данные об основных показателях деятельности органов прокуратуры Российской Федерации за январь-декабрь 2014 г.), 10. Februar 2015 (<http://genproc.gov.ru/upload/iblock/c9a/122014.xls>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Statistical data on key performance indicators of the prosecution authorities of the Russian Federation for 2015 (Statistische Daten zu den Leistungskennzahlen der Strafverfolgungsbehörden der Russischen Föderation für 2015) (Статистические данные об основных показателях деятельности органов прокуратуры Российской Федерации за январь-декабрь 2014 г.), 18. Februar 2016 (http://genproc.gov.ru/upload/iblock/731/0122_2015.xls), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Structure (Struktur) (Структура), n.d. (<http://www.genproc.gov.ru/structure/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

The Prosecutor General's Office of the Russian Federation. Tasks, functions and key activities (Die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation. Aufgaben, Funktionen und Haupttätigkeiten), 2015 (http://eng.genproc.gov.ru/files/booklet_gp_eng.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Public Verdict Foundation (Общественный Вердикт),

About the problems that influence the efficiency of the Investigative Committee as an organ investigating torture (Über die Probleme, die die Wirksamkeit des Untersuchungskomitees als eines Gremiums beeinflussen, das bei Folter ermittelt) (О проблемах, влияющих на эффективность Следственного комитета как органа расследования пыток), 20. Januar 2014 (http://publicverdict.ru/articles_images/11614_59724_memorandum.pdf), aufgerufen am 25. November 2016.

SK talked about the particularly serious crimes of the police (SK spricht über die besonders schweren Straftaten der Polizei) (СК рассказал об особо тяжких преступлениях полицейских), 19. Februar 2013 (<http://publicverdict.ru/topics/news/10893.html>), aufgerufen am 25. November 2016.

Special investigators on call (Sonderermittler auf Abruf) (Спецследователи по вызову), 25. August 2012 (<http://publicverdict.ru/topics/committee/10462.html>), aufgerufen am 25. November 2016.

Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 1) (Arbeitspapiere zur Reform von Ermittlungen in Russland (Band 1)) (Рабочие тетради по реформе следствия в России (Том 1)), 2012 (http://publicverdict.ru/articles_images/11220_58835_refinvestigation.pdf), aufgerufen am 25. November 2016.

Working papers on the reform of investigation in Russia (Volume 2) (Arbeitspapiere zur Reform von Ermittlungen in Russland (Band 2)) (Рабочие тетради по реформе следствия в России (Том 2)), 30. November 2013 (http://publicverdict.ru/articles_images/11604_59698_rtrs2.pdf), aufgerufen am 25. November 2016.

Radziwill, A. and Vaziakova, Y., *Improving the Business Climate in Russia* (Verbesserung des Geschäftsklimas in Russland), 25. März 2015 (<http://www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?cote=ECO/WKP%282015%2910&docLanguage=En>), aufgerufen am 29. November 2016.

RBC (RosBusinessConsulting), *The establishment of a unified Investigative Committee started with the Drug Control Service* (Die Einrichtung eines einheitlichen Untersuchungsausschusses begann mit der Drogenkontrollstelle) (Строительство единого Следственного комитета началось с Госнарконтроля), 29. Juni 2014 (<http://www.rbc.ru/politics/29/06/2014/57041ecd9a794760d3d3fa7c>), aufgerufen am 29. November 2016.

RBTH (Russia Beyond The Headlines),

Kadyrov leading with 98% in Chechnya elections (Kadyrow führt mit 98 % bei den Wahlen in Tschetschenien), 19. September 2016 (http://rbth.com/news/2016/09/19/kadyrov-leading-with-98-in-chechnya-elections_631191), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Putin abolishes the Crimean District (Putin schafft den Föderationskreis Krim ab), 3. August 2016 (http://rbth.com/politics_and_society/2016/08/03/putin-abolishes-the-crimean-district_617641), aufgerufen am 23. November 2016.

Tatjana Moskalkowa wird Russlands Menschenrechts-Ombudsfrau, 2. Mai 2016 (http://de.rbth.com/gesellschaft/2016/05/02/tatjana-moskalkowa-wird-russlands-menschenrechts-ombudsfrau_589321), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Where in Russia do women wear a hijab? (Wo in Russland tragen Frauen einen Hijab?), 24. Oktober 2016 (https://in.rbth.com/society/2016/10/24/where-in-russia-do-women-wear-a-hijab_641551), aufgerufen am 30. November 2016.

Renz, B., *Civil-Military-Relations and the Security Apparatus* (Beziehungen zwischen zivilem und militärischem Bereich und dem Sicherheitsapparat), in: Mark Galeotti (Ed.), *The Politics of Security in Modern Russia*, 2010, pp. 51-68.

Reuters,

Gay man killed in Russia's second suspected hate crime in weeks (Schwuler bei Russlands zweitem mutmaßlichen Hassverbrechen binnen Wochen getötet), 3. Juni 2013 (<http://uk.reuters.com/article/uk-russia-killing-gay-idUKBRE9520A120130603>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Russian policeman kills 3 after birthday party row (Russischer Polizist tötet drei Personen nach Streit bei Geburtstagsparty), 27. April 2009 (<http://uk.reuters.com/article/uk-russia-police-shooting-idUKTRE53Q0ZM20090427>), aufgerufen am 25. November 2016.

Victims of domestic violence face uphill battle for protection in Russia (Opfer häuslicher Gewalt stehen vor schwerem Kampf um Schutz in Russland), 20. August 2013 (<http://www.reuters.com/article/us-russia-women-violence-idUSBRE97JOCX20130820>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

RFE/RL (Radio Free Europe/Radio Liberty),

Chechen Culture Ministry Creates Wedding Police (Tschetschenisches Kulturministerium schafft Hochzeitspolizei), 29. Oktober 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/331288/459101_en.html), aufgerufen am 30. November 2016.

Chechen Leaders Slam Proposed Creation Of Shari'a Courts (Tschetschenische Führung weist Gedanken an Einrichtung von Scharia-Gerichten zurück), 26. April 2012 (http://www.rferl.org/a/chechnya_sharia_law_kadyrov_khasavov/24561567.html), aufgerufen am 30. November 2016.

Chechnya Schedules Preterm Parliamentary Elections (Tschetschenien setzt vorzeitige Parlamentswahlen an), 20. Juni 2016 (<http://www.rferl.org/a/chechnya-schedules-preterm-parliamentary-elections/27809283.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

Fearing Reprisals, Chechnya Whistle-Blower Keeps Family's Location Secret (Aus Angst vor Repressalien hält tschetschenischer Whistleblower Aufenthaltsort seiner Familie geheim), 18. Mai 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/324418/450473_en.html), aufgerufen am 30. November 2016.

Man To Face Trial In „Honor Killing“ Case In Chechnya (Mann muss mit Prozess wegen „Ehrenmord“ in Tschetschenien rechnen), 19. März 2015 (<http://www.rferl.org/a/russia-chechnya-honor-killing/26910467.html>), aufgerufen am 13. Februar 2017.

Moscow Court Upholds Navalny's Suspended Sentence (Moskauer Gericht hebt Nawalnys Bewährungsstrafe auf), 1. August 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/328245/455518_en.html), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Putin Appoints Kadyrov As Chechnya's Acting Head (Putin ernennt Kadyrow zum amtierenden Oberhaupt Tschetscheniens), 25. März 2016 (<http://www.rferl.org/a/putin-appoints-kadyrov-as-chechnya-leader/27635330.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

Putin Reshuffles Regional Leaders Ahead Of Vote; Russian Customs Chief Out (Putin bildet vor Wahl regionale Führung um; russischer Zollchef draußen), 28. Juli 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/327568/454624_en.html), aufgerufen am 23. November 2016.

Putin Signs Law Decriminalizing Some Domestic Violence (Putin unterzeichnet Gesetz, das bestimmte Formen häuslicher Gewalt entkriminalisiert), 7. Februar 2017 (<http://www.rferl.org/a/russia-decriminalizing-domestic-violence-putin-signs/28295098.html?lflags=mailer>), aufgerufen am 9. Februar 2017.

Putin's Politics Police (Putins Politikpolizei), 10. Oktober 2012, (<http://www.rferl.org/a/power-vertical-bastrykin-putins-politics-police/24735201.html>), aufgerufen am 29. November 2016.

Russia Acquits „Primorsky Partisans“ Of Murder In Retrial (Russland spricht „Primorsky-Anhänger“ in Wiederaufnahmeverfahren von der Anklage des Mordes frei), 20. Juli 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/327215/454233_en.html), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

Russian Interior Ministry Slams Kadyrov's „Shoot-To-Kill“ Remark (Russischer Innenminister verurteilt Kadyrows Bemerkung über das „Abschießen“), 23. April 2015 (<http://www.rferl.org/a/kadyrov-authorizes-shooting-of-security-oustide-chechnya/26974169.html>), aufgerufen am 23. November 2016.

Russian Law Allows High Court To Reject International Court Verdicts (Russisches Gesetz erlaubt es Oberstem Gericht, Urteile internationaler Gerichtshöfe zu verwerfen), 15. Dezember 2015 (<http://www.rferl.org/content/russia-constitutional-court-verdicts/27428191.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

Russian Newspaper Says Assassination Attempt Against Kadyrov Was Prevented (Laut russischer Zeitung wurde Attentat auf Kadyrow verhindert), 3. Oktober 2016 (<http://www.rferl.org/a/russia-novaya-gazeta-kadyrov-assassination-attempt/28028853.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

Russia Says Nemtsov Murder Probe Completed (Russland sagt, Ermittlungen im Mordfall Nemtsow seien abgeschlossen), 29. Januar 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/318497/443689_en.html), aufgerufen am 29. November 2016.

Three jailed in Russia for killing man they believed was gay (Drei Personen in Russland wegen Tötung eines Mannes zu Gefängnis verurteilt, den sie für schwul hielten), 3. Februar 2014 (<http://www.rferl.org/content/russia-killing-man-believed-gay/25251485.html>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Ria Novosti,

Elections to the Duma – 2016 (Duma-Wahlen – 2016)(Выборы в Госдуму – 2016), 23. September 2016 (<https://ria.ru/infografika/20160918/1476912507.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

Hero of Russia Magomed Daudov elected as Speaker of Chechen Parliament (Magomed Daudov, Held der Russischen Föderation, zum Präsidenten des tschetschenischen Parlaments gewählt) (Спикером парламента Чечни избрали Героя России Магомеда Даудова), 4. Oktober 2016 (<https://ria.ru/election2016/20161004/1478474216.html>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

The Chechen parliament will consist of three parties: Gained seats: United Russia, Fair Russia, and the CPRF (Im tsetschenischen Parlament werden drei Parteien vertreten sein. Sitze gewannen: Vereintes Russland, Faires Russland und CPRF) (Парламент Чечни будет трехпартийным, в него вошли ЕР, СР и КПРФ), 20. September 2016 (<https://ria.ru/election2016/20160920/1477403964.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

RJI (Russian Justice Initiative) and CAN (Chechnya Advocacy Network), *Submission from Russian Justice Initiative (RJI) and Chechnya Advocacy Network Concerning the Russian Federation's Compliance with the CEDAW Convention in the North Caucasus Region* (Vorlage der Russian Justice Initiative (RJI) und des Chechnya Advocacy Network zur Einhaltung des CEDAW-Übereinkommens durch die Russische Föderation in der Region Nordkaukasus), 2015 (http://www.srji.org/upload/medialibrary/1a6/report-for-cedaw-rji-can_october-2015-final.pdf), aufgerufen am 30. November 2016.

Robertson, A., *Police Reform and Building Justice in Russia: Problems and prospects* (Polizeireform und Aufbau der Justiz in Russland: Probleme und Perspektiven), in: Goodall, K., Malloch, M. and Munro, Bill, *Building Justice in Post-transition Europe? Processes of Criminalisation in Central and Eastern European Societies*, 2013, pp. 158-176.

Rogoża, J.,

A new Oprichnina (Eine neue Opritschnina), in: *Aspen Review Central Europe*, No. 3, 2013 (<http://www.aspeninstitute.cz/en/article/3-2013-a-new-oprichnina/>), aufgerufen am 29. November 2016.

Federation without federalism. Relations between Moscow and the Regions (Föderation ohne Föderalismus. Die Beziehungen zwischen Moskau und den Regionen), April 2014 (http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/ang_prace_49_federacja_bez_net.pdf), aufgerufen am 29. November 2016.

Ross, C., *Federalism and Electoral Authoritarianism under Putin* (Föderalismus und Wahl-Autoritarismus unter Putin), in: *Demokratizatsiya*, Volume 13 Issue 3 (2005), 2005, pp. 347-371 (https://www2.gwu.edu/~ieresgwu/assets/docs/demokratizatsiya%20archive/GWASHU_DEMO_13_3/F347157H3656H776/F347157H3656H776.pdf), aufgerufen am 23. November 2016.

Rossiyskaya Gazeta (RG)

Agreement between the Russian Federation and the Republic of Crimea on the Accession of the Republic of Crimea in the Russian Federation and on Forming New Constituent Entities within the Russian Federation (Abkommen zwischen der Russischen Föderation und der Republik Krim über den Beitritt der Republik Krim zur Russischen Föderation und über die Bildung neuer Föderationssubjekte innerhalb der Russischen Föderation) (Договор между Российской Федерацией и Республикой Крым о принятии в Российскую Федерацию Республики Крым и образовании в составе Российской Федерации новых субъектов), 19. März 2014 (<https://rg.ru/2014/03/18/krim-site-dok.html>), aufgerufen am 23. November 2016.

Order of the Investigative Committee of the Russian Federation No. 72 "On the organisation of the receipt, registration and review of reports on crimes at the investigative bodies (investigative units) of the Investigative Committee of the Russian Federation" (Verfügung des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation Nr. 72 Über die Organisation der Entgegennahme, Registrierung und Prüfung von Anzeigen von Straftaten bei den Untersuchungsstellen (Untersuchungseinheiten) des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation) (Приказ Следственного комитета Российской Федерации от 11 октября 2012 г. N 72 г. Москва „Об организации приема, регистрации и проверки сообщений о преступлении в следственных органах (следственных подразделениях) системы Следственного комитета Российской Федерации“), 11. Oktober 2012 (<https://rg.ru/2013/03/06/priem-dok.html>), aufgerufen am 28. November 2016.

The salaries of officials increased by 3,5% in the first half of 2016 (Beamtengehälter in der ersten Jahreshälfte 2016 um 3,5 % gestiegen) (Зарплата чиновников выросла на 3,5% за первое полугодие 2016 года), 18. August 2016 (<https://rg.ru/2016/08/18/zarplata-chinovnikov-vyroslo-na-35-za-pervoe-polugodie-2016-goda.html>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

RT (Russia Today),

Law on Police Poses Risk of Increased Corruption – Expert Report (Polizeigesetz birgt Risiko zunehmender Korruption – Expertenbericht), 7. Juli 2011 (<https://www.rt.com/politics/law-police-risk-report/>), aufgerufen am 25. November 2016.

‘Shoot to kill’: Chechen leader’s row with Interior Ministry heats up („Abschießen“: Streit der tschetschenischen Führung mit dem Innenministerium wird schärfer), 25. April 2015 (<https://www.rt.com/politics/252905-kadyrov-interior-ministry-chechnya/>), aufgerufen am 25. November 2016.

Rubleva, K. A., *On the relation of the concepts of the prosecutor and the public prosecutor* (Über die Beziehung zwischen den Konzepten „Ankläger“ und „Staatsanwalt“) (О соотношении понятий прокурора и государственного обвинителя), in: Vektor Nauki TGU No. 4 (15), 2013, pp. 60-62 (http://edu.tltsu.ru/sites/sites_content/site3456/html/media94875/Rubleva%2018.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Russia Direct, *Making sense of Russia’s strange new choice to defend human rights* (Russlands neuen Weg zur Verteidigung der Menschenrechte entschlüsseln), Russia Direct, 27. April 2016 (<http://www.russia-direct.org/analysis/making-sense-russias-strange-new-choice-defend-human-rights>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Russian LGBT Network, *Monitoring report of discrimination and violence based on SOGI in Russia in 2015* (Monitoringbericht über Diskriminierung und Gewalt aufgrund von SOGI in Russland 2015), 2016 (http://www.lgbtnet.org/sites/default/files/monitoring_of_discrimination_0.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Russian Reader (The),

Decriminalizing Battery in Russia: What Does It Mean for the Fight against Domestic Violence? (Entkriminalisierung von Körperverletzung in Russland: Was bedeutet dies für den Kampf gegen häusliche Gewalt?), aktualisiert am 5. Juli 2016 (<https://therussianreader.com/tag/article-116-russian-federal-criminal-code/>), aufgerufen am 7. Februar 2017.

Igor Kalyapin: „Kadyrov Said He Would Not Let Us Work in Chechnya“ (Kadyrow sagte, er würde uns in Tschetschenien nicht arbeiten lassen), 19. März 2016 (<https://therussianreader.com/2016/03/19/igor-kalyapin-kadyrov-torture-chechnya/>), aufgerufen am 30. November 2016.

Sakwa, R., *Investigator Bastrykin and the search for enemies* (Ermittler Bastrykin und die Suche nach Feinden), 10. April 2013, abrufbar bei: openDemocracy (<https://www.opendemocracy.net/od-russia/richard-sakwa/investigator-bastrykin-and-search-for-enemies>), aufgerufen am 29. November 2016.

SEM (Staatssekretariat für Migration) (Schweiz), *Focus Russland; Korruption im Alltag, insbesondere in Tschetschenien*, 15. Juli 2016 (<https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/internationales/herkunftslander/europa-gus/rus/RUS-korruption-d.pdf>), aufgerufen am 30. November 2016.

Semukhina, O. B., Reynolds, K. M., *Understanding the Modern Russian Police* (Die moderne russische Polizei verstehen), CRC Press, 2013.

Semukhina, O. B.,

Disciplinary Issues of Russian Police and Police Reform of 2010-2011 (Disziplinarprobleme bei der russischen Polizei und die Polizeireform von 2010-2011), in: Western Journal of Criminal Justice, Volume 4, Issue 2, 2012 (<http://www.wiu.edu/coehs/leja/cacj/research/documents/disciplinary%20issues%20of%20russia.docx>), aufgerufen am 24. November 2016.

From Militia to Police: The Path of Russian Law Enforcement Reforms (Von der Miliz zur Polizei: Der Weg der Reformen in der russischen Strafverfolgung), in: Russian Analytical Digest No. 151, pp. 2-5, 30. Juni 2014 (http://epublications.marquette.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1103&context=socs_fac), aufgerufen am 23. November 2016.

SFH (Schweizerische Flüchtlingshilfe), *Tschetschenien: Aktuelle Menschenrechtslage. Update*, 13. Mai 2016 (<https://www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslander/europa/russland/160513-rus-menschenrechte.pdf>), aufgerufen am 30. November 2016.

Sieca-Kozłowski, E., *NGOs and the Power Ministries in Russia: from Resistance to Cooperation?* (NRO und die Machtministerien in Russland: vom Widerstand zur Kooperation?), in: The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies, Issue 9, 2009 (<http://pipss.revues.org/2384>), aufgerufen am 23. November 2016.

Sirota & Partners, *New Administrative Procedure Code Introduces Collective Redress and Accelerates Court Procedure* (Neue Verwaltungsgerichtsordnung führt kollektive Rechtsbehelfe ein und beschleunigt das Gerichtsverfahren), 17. September 2015 (<http://sirotapartners.com/news/?mod=archive&year=2015&week=38>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

SK (Untersuchungskomitee der Russischen Föderation),

Decree of the SK of Russia No. 20 “On additional measures to organise the investigation of crimes committed by law enforcement officials” (Erlass des SK der RF Nr. 20 „Über weitere Maßnahmen zur Organisation der Ermittlung bei Straftaten, die von Mitarbeitern von Strafverfolgungsbehörden begangen wurden“) (Приказ СК России N 20 „О дополнительных мерах по организации расследования преступлений, совершенных должностными лицами правоохранительных органов“), 18. April 2012 (<http://sledcom.ru/upload/site1/iblock/a4c/a4cdc6b6dc00679897197909e1682a3d.pdf>), aufgerufen am 29. November 2016.

History (История), n.d. (http://sledcom.ru/sk_russia/calendar), aufgerufen am 29. November 2016.

Investigative Committee Academy opens in Saint Petersburg (Akademie des Untersuchungskomitees eröffnet in St. Petersburg), 1. September 2016 (<http://en.sledcom.ru/news/item/1064781/>), aufgerufen am 29. November 2016.

Probe launched against former prosecutor of Leningrad Region (Untersuchung gegen ehemaligen Staatsanwalt der Region Leningrad eingeleitet), 1. November 2016 (<http://en.sledcom.ru/news/item/1077425/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Sokirianskaia, E., *Women in the North Caucasus Conflicts: An Under-reported Plight* (Frauen in den Konflikten im Nordkaukasus: Ein Leid, von dem zu wenig gesprochen wird), 9. Juni 2016 (<http://blog.crisisgroup.org/europe-central-asia/2016/06/09/women-in-the-north-caucasus-conflicts-an-under-reported-plight/>), aufgerufen am 30. November 2016.

SOVA,

Calm Before the Storm? Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract them in 2014 (Die Ruhe vor dem Sturm? Fremdenfeindlichkeit und radikaler Nationalismus in Russland und Bemühungen aus dem Jahr 2014, gegen sie vorzugehen), 21. April 2015 (<http://www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2015/04/d31818/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Seminar zum Thema Ultra-Nationalismus in Russland, Oslo – Norwegen, September 2013.

The Ultra-Right Movement under Pressure: Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract them in 2015 (Die ultrarechte Bewegung unter Druck: Fremdenfeindlichkeit und radikaler Nationalismus in Russland und Bemühungen aus dem Jahr 2015, gegen sie vorzugehen), 8. April 2016 (<http://www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2016/04/d34247/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

The Ultra-Right Shrugged: Xenophobia and Radical Nationalism in Russia, and Efforts to Counteract them in 2013 (Die Ultra-Rechte nicht betroffen: Fremdenfeindlichkeit und radikaler Nationalismus in Russland und Bemühungen aus dem Jahr 2013, gegen sie vorzugehen), 31. März 2014 (<http://www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2014/03/d29236/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Spravochnik Kadrovika, *The Prosecutor’s Office examines you: documentation of results* (Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Dich: Dokumentation von Ergebnissen) (Вас проверяет прокуратура: оформление результатов), 27. Oktober 2011 (<http://www.pro-personal.ru/journal/725/307222/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Sputnik News,

Kremlin Spokesman Denies Reports on Abolition of Russian Investigative Committee (Sprecher des Kremls dementiert Berichte über die Abschaffung des Untersuchungskomitees in Russland), 27. September 2016 (<https://sputniknews.com/russia/201609271045739156-russia-investigative-committee-abolition/>), aufgerufen am 29. November 2016.

Russia May Create Ministry for State Security and Close Emergencies Ministry (Russland darf Ministerium für Staatssicherheit einrichten und das Ministerium für Notfälle schließen), 19. September 2016 (<https://sputniknews.com/russia/201609191045455134-russia-ministries-reform/>), aufgerufen am 29. November 2016.

Stop Violence Against Women, *Violence Against Women in the Russian Federation* (Gewalt gegen Frauen in der Russischen Föderation), zuletzt aktualisiert im Oktober 2014 (http://www.stopvaw.org/Russian_Federation), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Strategy Saint Petersburg Centre for Humanities and Political Studies, *Dealing with complaints from citizens in the apparatus of the Human Rights Commissioner in the Russian Federation* (Umgang mit Beschwerden von Bürgern im Apparat des Menschenrechtsbeauftragten in der Russischen Föderation) (Работа с жалобами граждан в аппарате Уполномоченного по правам человека в Российской Федерации), 13. März 2004 (http://strategy-spb.ru/edu/?do=manual&man_grup=170&doc=798&pr_id_dl=10), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

Oberster Gerichtshof der Tschetschenischen Republik, *Courts of the Chechen Republic* (Gerichte der Tschetschenischen Republik) (Суды Чеченской Республики), n.d. (<http://vs.chn.sudrf.ru/modules.php?name=sud>), aufgerufen am 30. November 2016.

Oberster Gerichtshof der Russischen Föderation,

Information about the Supreme Court (Informationen über den Obersten Gerichtshof), n.d. (<http://www.supcourt.ru/catalog.php?c1=English&c2=About%20the%20Supreme%20Court&c3=&id=9639>), aufgerufen am 5. Dezember 2016.

Overview of the Judicial System of the Russian Federation (Überblick über das Justizsystem der Russischen Föderation), n.d. (<http://www.supcourt.ru/catalog.php?c1=English&c2=Judicial%20System%20of%20the%20Russian%20Federation>), aufgerufen am 23. November 2016.

Sykiainen, L. R., *Sharia Courts: Modern Practice and Prospectives in Russia* (Scharia-Gerichte: moderne Praxis und Perspektiven in Russland), 2015 (<https://www.hse.ru/data/2015/12/29/1136288132/60LAW2015.pdf>), aufgerufen am 30. November 2016.

Untersuchungsdirektion der Region Tambov des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation, *Order of the Investigative Committee of the Prosecutor's Office of the Russian Federation of 19 September 2007 No. 17 "On the implementation of the instruction on the procedure of consideration of appeals and reception of citizens at the system of the Investigative Committee of the Prosecutor's Office of the Russian Federation"* (Verfügung des Untersuchungsausschusses der Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation vom 19. September 2007 Nr. 17 „Über die Umsetzung der Anweisung betreffend das Verfahren für die Prüfung von Beschwerden und den Empfang von Bürgern im System des Untersuchungsausschusses der Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation“) (Приказ Следственного комитета при прокуратуре РФ от 19 сентября 2007 г. N 17 "О введении в действие Инструкции о порядке рассмотрения обращений и приема граждан в системе Следственного комитета при прокуратуре Российской Федерации" (с изменениями от 8 апреля 2008 г.), Fassung vom 8. April 2008 (https://web.archive.org/web/20160818114218/http://www.skp-tambov.ru/content/norm_base/44.doc) (abrufbar bei archive.org), aufgerufen am 28. November 2016.

Tagesanzeiger, *Vom Vorkämpfer zur Reaktionärin*, 1. Mai 2016 (<http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/vom-vorkaempfer-zur-reaktionaerin/story/20808250>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

TASS, *Detention of Russian high-ranked investigators part of anti-corruption campaign — Kremlin* (Festnahme hochrangiger russischer Ermittler Teil der Kampagne zur Korruptionsbekämpfung), 20. Juli 2016 (<http://tass.com/politics/889523>), aufgerufen am 29. November 2016.

Taylor, B. D.,

State-Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism (Staatenbildung in Putins Russland. Polizeiarbeit und Zwang nach dem Kommunismus), Cambridge University Press, 2011.

Historical Legacies and Law Enforcement in Russia (Historische Altlasten und Strafverfolgung in Russland), in: PONARS Eurasia Policy Memo No. 150, Mai 2011 (https://www2.gwu.edu/~ieresgwu/assets/docs/ponars/pepm_150.pdf), aufgerufen am 23. November 2016.

Telegraph (The), *Ramzan Kadyrov: Putin's 'sniper' in Chechnya* (Ramsan Kadyrow: Putins Scharfschütze in Tschetschenien), 24. Februar 2016 (<http://s.telegraph.co.uk/graphics/projects/Putin-Ramzan-Kadyrov-Boris-Nemtsov-Chechnya-opposition-Kremlin/index.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

TI Russia (Transparency International Russia),

Global Corruption Barometer, 2013 (<http://www.transparency.org/gcb2013/country/?country=russia>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

How to appeal against the refusal to open a criminal case (Wie Beschwerde einlegen gegen die Ablehnung, ein Strafverfahren zu eröffnen?) (Как обжаловать отказ в возбуждении уголовного дела), 13. November 2013 (http://askjournal.ru/item/kak-obzhalovat-otkaz-v-vozbuzhdenii-ugolovnogo-dela?category_id=173#gid=304020121023070027), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

How to file a complaint with the Prosecutor's Office (Wie reicht man eine Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft ein?) (Как составляется жалоба в прокуратуру), 13. November 2013 (<http://askjournal.ru/item/kak-sostavit-zhalobu-v-prokuraturu#gid=292020091207131400>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

How to prepare and submit a crime report (Wie bereitet man einen Straftatbericht vor und reicht ihn ein?) (Как составить и подать заявление о преступлении), 19. November 2012 (http://askjournal.ru/item/inst-kak-podat-zayavlenie-o-prestuplenii?category_id=173#gid=172120081204182438), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Titaev, K. and Shkliaruk, M., *Investigators in Russia* (Ermittler in Russland), in: *Russian Politics & Law*, 54:2-3, 2016, pp. 112-137 (http://www.enforce.spb.ru/images/Products/in_English/2016_Investigators_in_Russia.pdf), aufgerufen am 28. November 2016.

Transitions Online, *Why do Russian judges act that way?* (Warum verhalten sich russische Richter so?), 6. Februar 2013 (<http://www.tol.org/client/article/23588-russia-judges.html>), aufgerufen am 6. Dezember 2016.

UK Parliament, *Parliamentary Human Rights Group (PHRG) Report, Chechnya Fact-Finding Mission* (Menschenrechtsausschuss des Parlaments, Bericht, Erkundungsmission Tschetschenien), 10. Juni 2010 (<http://www.refworld.org/docid/4cc7ed2a2.html>), aufgerufen am 30. November 2016.

United Nations, Geospatial Information Section, *Russian Federation, Map No. 3840 Rev. 2*, Januar 2004 (<http://www.un.org/Depts/Cartographic/map/profile/russia.pdf>), aufgerufen am 13. Dezember 2016.

United Nations Human Rights Committee, *Concluding observations on the seventh periodic report of the Russian Federation* (Schlussbemerkungen zum siebten regelmäßigen Bericht der Russischen Föderation), 28. April 2015 (http://www.ecoi.net/file_upload/1930_1437490602_g1508426.pdf), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

United Nations OHCHR (Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte), *Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Gabriela Knaul; Addendum; Mission to the Russian Federation* (Bericht der Sonderberichterstatterin über die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten, Gabriela Knaul; Addendum; Mission in die russische Föderation), 30 April 2014 (http://www.ecoi.net/file_upload/1930_1403017719_a-hrc-26-32-add-1-eng.doc), aufgerufen am 25. November 2016.

UN News Centre, *Backing Ukraine's territorial integrity, UN Assembly declares Crimea referendum invalid* (Unterstützung für die territoriale Integrität der Ukraine; UN-Versammlung erklärt das Krim-Referendum für ungültig), 27. März 2014 (<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=47443&Cr=ukraine&Cr1=#.WEUof02oN9B>), aufgerufen am 25. November 2016.

UNODC (Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung), *Anti-Corruption Authorities of the Russian Federation* (Korruptionsbekämpfungsbehörden der Russischen Föderation), 2013 (<http://www.track.unodc.org/LegalLibrary/LegalResources/Russian%20Federation/Authorities/Anti-Corruption%20Authorities%20of%20the%20Russian%20Federation.pdf>), aufgerufen am 29. November 2016.

UN Women – Global Database on Violence against Women, *Federal Law No. 119-FZ on State Protection for Victims, Witnesses and Other Participants in Criminal Proceedings* (Föderationsgesetz Nr. 119-FZ „Über staatlichen Schutz für Opfer, Zeugen und andere Parteien in Strafverfahren“), n.d. (<http://www.evaw-global-database.unwomen.org/en/countries/europe/russian-federation/2004/federal-law-no-119-fz-on-state-protection-for-victims>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

US DoS (US Department of State),

2016 Investment Climate Statement, Russia (Erklärung zum Investitionsklima 2016, Russland), Juni 2016 (<http://www.state.gov/e/eb/rls/othr/ics/investmentclimatestatements/index.htm?year=2016&dliid=254409>), aufgerufen am 25. November 2016.

2014 Investment Climate Statement, Russia (Erklärung zum Investitionsklima 2014, Russland), Juni 2014 (<http://www.state.gov/e/eb/rls/othr/ics/2014/227933.htm>), aufgerufen am 25. November 2016.

2014 Country Report on Human Rights Practices, Russia (Länderbericht 2014 zu Menschenrechtspraktiken, Russland), 25. Juni 2015 (http://www.ecoi.net/local_link/306252/429631_en.html), aufgerufen am 25. November 2016.

2015 Country Report on Human Rights Practices, Russia (Länderbericht 2015 zu Menschenrechtspraktiken, Russland), Mittwoch, 13. April 2016 (http://www.ecoi.net/local_link/322455/448230_en.html), aufgerufen am 23. November 2016.

Washington Post (The), *The rocky relationship between Russia and the European Court of Human Rights* (Die schwierige Beziehung zwischen Russland und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte), 23. April 2014 (<https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2014/04/23/the-rocky-relationship-between-russia-and-the-european-court-of-human-rights/>), aufgerufen am 1. Dezember 2016.

White, S.; *Understanding Russian Politics* (Russische Politik verstehen), Cambridge University Press, 2011.

White, S. and McAllister, I., *The Putin Phenomenon* (Das Phänomen Putin), in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Volume 24, Issue 4, 2008, pp. 604-628 (<http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/13523270802510610>), aufgerufen am 23. November 2016.

WSJ (Wall Street Journal), *Chechnya: Russia's Islamic State?* (Tschetschenien: Russlands islamischer Staat?), 2. Juni 2016 (<http://www.wsj.com/articles/chechnya-russias-islamic-state-1464859621>), aufgerufen am 30. November 2016.

Zernova, M., *Russian Police and Transition to Democracy: Lessons from One Empirical Study* (Russische Politik und Übergang zur Demokratie: Lehren aus einer empirischen Studie), in: Internet Journal of Criminology, 2013 (http://www.internetjournalofcriminology.com/Zernova_Russian_Police_and_Transition_to_Democracy_IJC_May_2013.pdf), aufgerufen am 24. November 2016.

Ziegeweid, J., *Justice for Russian women? Russia begins to face its domestic violence problem* (Gerechtigkeit für russische Frauen? Russland beginnt, sich seinem Problem mit häuslicher Gewalt zu stellen), in: Human Rights Brief, 2. November 2014 (<http://hrbrief.org/2014/11/justice-for-russian-women-russia-begins-to-face-its-domestic-violence-problem/>), aufgerufen am 2. Dezember 2016.

Anonyme und nicht-öffentliche Quellen

Agora, Interview mit dem Vorsitzenden, Oslo, 6. Oktober 2015. Agora ist eine Menschenrechtsorganisation, die rechtliche Beratung für Opfer mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen durch Regierungsangestellte wie Polizisten, Angehörige des Militärs und Strafvollzugsbeamte bietet, in der Hauptsache für Journalisten, politische Aktivisten, Blogger und NRO.

CAC, Interview mit Svetlana Gannushkina, Oslo 6. Oktober 2015

Komitee für die Verhinderung von Folter, Interview mit einem Vertreter, Nischni Nowgorod, 17. November 2015. Eine russische NRO, die Vorwürfen der Folter durch Vertreter des Staates nachgeht, Folteropfern medizinische und psychologische Unterstützung anbietet und sie auf nationaler Ebene und vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vertritt.

Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 12. Oktober 2015. Die Kontaktperson ist Experte für den Schutz der Menschenrechte in der Russischen Föderation und im russischen Justizsystem. Aus Sicherheitsgründen möchte die Person anonym bleiben.

Experte der russischen NRO Komitee für die Verhinderung von Folter, E-Mail-Antwort, 2. November 2015. Die Kontaktperson ist Experte für den Schutz der Menschenrechte in der Russischen Föderation und im russischen Justizsystem. Aus Sicherheitsgründen möchte die Person anonym bleiben.

Experte des Instituts für Rechtsstaatlichkeit an der Europäischen Universität, St. Petersburg, E-Mail-Antwort, 6. November 2015. Aus Sicherheitsgründen möchte die Person anonym bleiben.

Gannushkina, S., E-Mail-Antwort, 8. November 2016.

Halbach, U., E-Mail-Antwort, 11. November 2016.

Historiker, der Experte für Tschetschenien ist und vor Ort in Tschetschenien geforscht hat, E-Mail-Antwort, 2. November 2016.

HRW, Interview mit Vertretern, Moskau, 11. November 2014.

Memorial, Interview mit Anwalt, 18. November 2014. Der Anwalt bereitet Fälle für Beschwerdeführer aus Russland beim EGMR vor.

Memorial, Schriftwechsel mit Anwalt, E-Mail-Antwort, 3. November 2015. Der Anwalt bereitet Fälle für Beschwerdeführer aus Russland beim EGMR vor.

NRO, die die Situation von Journalisten beobachtet, Interview mit Vertretern, Moskau, 12. November 2014.

SOVA (Zentrum für Information und Analyse), Interview mit Forscher, Moskau, 12. November 2014. Der Forscher befasst sich für SOVA mit Themen, die mit Extremismus zu tun haben.

SRJI, Stitching Russian Justice Initiative, Interview mit Vertreter, Moskau, 12. November 2014. Stitching Russian Justice Initiative nutzt inländische und internationale Rechtsmechanismen, um bei schweren Menschenrechtsverletzungen im Nord- und Südkaukasus Gerechtigkeit zu fordern, und hat bereits mehr als 2 000 Mandanten in mehr als 300 Fällen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vertreten.

Anhang 2: Aufgabenstellung

Überblick über die verfassungsmäßigen Organe

Jüngste Entwicklungen

Verfassung (Theorie)

Staatsaufbau (Praxis)

Duma, Regierung der Föderation gegen Regierung der Region, Verfassungsgericht

SCHUTZ BIETENDE STAATLICHE AKTEURE

Geltungsbereich (Gründe für den Ausschluss von Sicherheitsstreitkräften/FSB/Armee)

MVD (Innenministerium)/Polizei

Einleitung (Struktur, Föderation/Region, Überblick über die verschiedenen Akteure, Erläuterung, warum Schwerpunkt auf Polizei als Schutz bietender Akteur und nicht z. B. auf OMON)

Polizei (föderal, regional, lokal)

A. Allgemeines (Auftrag/Verfahren)

B. Kapazität

- Struktur
- Mittelausstattung (Statistiken von föderaler/regionaler Ebene)
- Ausbildung

C. Integrität (politische Unabhängigkeit/Einflussnahme)

- Verhaltenskodex/Loyalität
- Korruption (Gehaltstabellen)
- Straffreiheit (interne Kontrollmechanismen)
- Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen

D. Gefährdete Gruppen, z. B.:

- Ethnische Minderheiten
- Religiöse Minderheiten
- Aktivisten/Journalisten
- Sexuelle Minderheiten
- Frauen (häusliche Gewalt)
- Migranten

Staatsanwaltschaft

A. Allgemeines (Auftrag/Verfahren: z. B. Beziehung zu Gerichten)

B. Kapazität

- Struktur – föderale und regionale Staatsanwälte
- Mittelausstattung
- Ausbildung

C. Integrität

- Politische Unabhängigkeit/Einflussnahme: Ernennung
- Verhaltenskodex
- Korruption

- Straffreiheit
- Diskriminierung

Gerichte

Nationale Gerichte

A. Allgemeines:

- Verschiedene Arten von Gerichten (Verwaltungs-, Straf-, Arbeits-, Familiengerichte)
- Hierarchie (Abbildung)
- Verfahren (Wie ist eine Beschwerde einzureichen/Interaktion mit Staatsanwaltschaft)

B. Kapazität

- Mittelausstattung
- Ernennung von Mitarbeitern
- IT-Ausrüstung
- Rückstände
- Fortbildung zu neuer Gesetzgebung

C. Integrität

- Unabhängigkeit: Ernennungsverfahren
- Korruption
- Interne Kontrollnormen
- Entkriminalisierung und Menschenrechtsverletzungen
- Faires Verfahren
- Umsetzung/Vollstreckung von Gerichtsentscheidungen

D. Gefährdete Gruppen

EMRK

A. Verschiedene Arten von Fällen in der RF (Tschetschenien, Registrierungssystem, religiöse Minderheiten, häusliche Gewalt)

B. Ergebnisse

C. Auswirkungen (Reaktion des Staates)

Staatliches Untersuchungskomitee – SK

A. Allgemeines (Auftrag/Verfahren)

B. Kapazität

- Struktur (Hierarchie/Befehlskette)
- Mittelausstattung (Budget/Mitarbeiter/Ausstattung)
- Ausbildung

C. Integrität

- Loyalitätsfragen, politische Unabhängigkeit
- Zuversicht/Vertrauen
- Korruption (Verbindung zur Höhe des Gehalts)
- Straffreiheit
- Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen

D. Gefährdete Gruppen

Ombudsman (Menschenrechtsbeauftragter)

A. Allgemeines: Auftrag (Empfehlungen/Sanktionen), Verfahren

B. Kapazität

- Struktur (Hierarchie/Befehlskette)
- Mittelausstattung (Budget/Mitarbeiter/Ausstattung)
- Fortbildung

C. Integrität

- Politische Unabhängigkeit/Einflussnahme
- Zuversicht/Vertrauen
- Tatsächliche Auswirkungen
- Diskriminierung beim Zugang zum Ombudsman?

IM FOKUS: TSCHETSCHENIEN

Einleitung (Warum unterscheidet es sich vom Rest der RF?)

Jüngste Entwicklungen (Stärkung des lokalen Regimes)

Auswirkungen von Entwicklungen auf den Zugang zu staatlichem Schutz

- Fehlen einer Kontrolle durch die Föderation
- Enge Verbindung Präsident – Kadyrow
- Einfluss von Tradition und Religion – traditionelle Gerichte/Scharia-Gerichte/ordentliche Gerichte

Gefährdete Gruppen (Frauen)

Die EU kontaktieren

Besuch

In der Europäischen Union gibt es Hunderte von „Europe-Direct“-Informationsbüros. Über diesen Link finden Sie ein Informationsbüro in Ihrer Nähe: <http://europa.eu/contact>

Telefon oder E-Mail

Der Europe-Direct-Dienst beantwortet Ihre Fragen zur Europäischen Union. Kontaktieren Sie Europe Direct

- über die gebührenfreie Rufnummer: 00 800 6 7 8 9 10 11 (manche Telefondienstleister berechnen allerdings Gebühren),
- über die Standardrufnummer: +32 22999696 oder
- per E-Mail über: <http://europa.eu/contact>

Informationen über die EU

Im Internet

Auf dem Europa-Portal finden Sie Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen: <http://europa.eu>

EU-Veröffentlichungen

Beim EU-Bookshop können Sie – zum Teil kostenlos – EU-Veröffentlichungen herunterladen oder bestellen: <http://publications.europa.eu/eubookshop>. Wünschen Sie mehrere Exemplare einer kostenlosen Veröffentlichung, wenden Sie sich an Europe Direct oder das Informationsbüro in Ihrer Nähe (siehe <http://europa.eu/contact>).

Informationen zum EU-Recht

Informationen zum EU-Recht, darunter alle EU-Rechtsvorschriften seit 1951 in sämtlichen Amtssprachen, finden Sie in EUR-Lex unter <http://eur-lex.europa.eu>

Offene Daten der EU

Über ihr Offenes Datenportal (<http://data.europa.eu/euodp>) stellt die EU Datensätze zur Verfügung. Die Daten können zu gewerblichen und nichtgewerblichen Zwecken kostenfrei heruntergeladen werden.



Amt für Veröffentlichungen